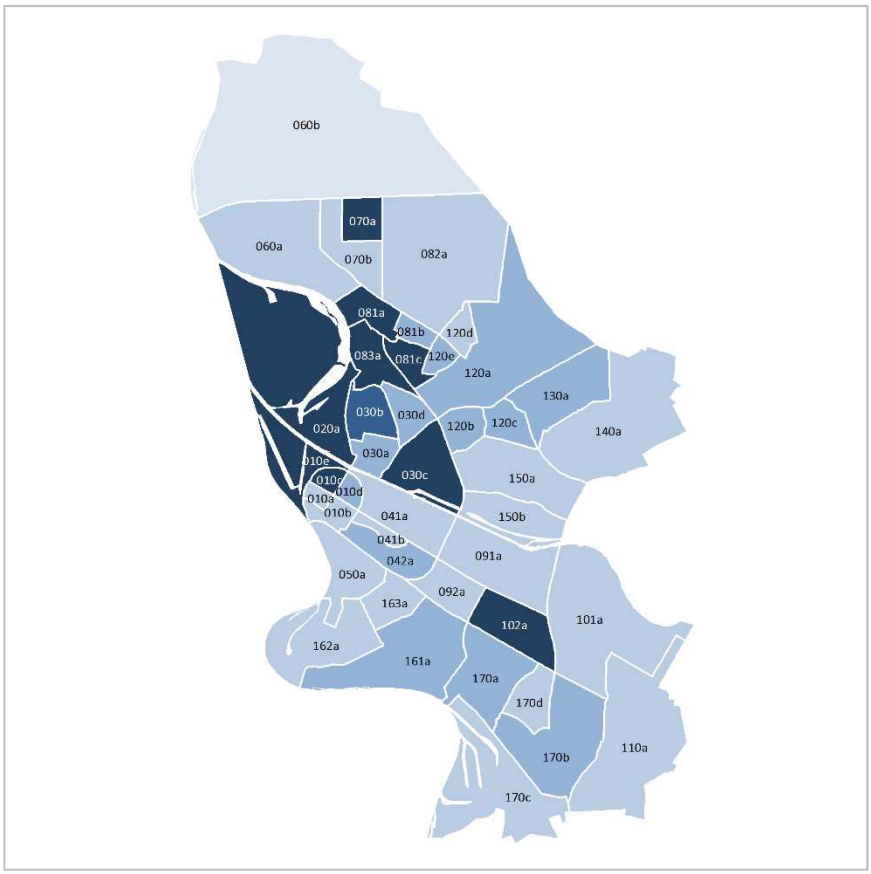


Mannheimer Sozialatlas 2017

Bevölkerung und soziale Lebenslagen

STADTMANNHEIM²

Arbeit und Soziales

Mannheimer Sozialatlas 2017

Bevölkerung und soziale Lebenslagen

Herausgeber:

Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales
Sozialplanung
K 1, 7-13
68159 Mannheim
Email: sozialplanung@mannheim.de
Internet: www.mannheim.de/sozialplanung

Redaktion

Andreas Ebert
Thomas Hauck
Lars Heinisch
Susana Santos de Castro

Besonderer Dank für die Unterstützung geht an die Kolleginnen und Kollegen der Kommunalen Statistikstelle im Fachbereich Stadtplanung.

Mannheim, August 2018

Vorwort

Michael Grötsch
Bürgermeister für
Wirtschaft, Arbeit,
Soziales und Kultur

Hermann Genz
Leiter des Fachbereichs
Arbeit und Soziales

Der vorliegende Sozialatlas 2017 stellt eine Fortschreibung der vor drei Jahren erstmals wieder erstellten kleinräumigen Sozialberichterstattung der Stadt Mannheim dar. Die Reaktionen auf den Sozialatlas 2014 bestärkten uns in dem Vorhaben, diese Form der Berichterstattung kontinuierlich fortzuführen. Das rege Interesse von Presse und Öffentlichkeit, die verwaltungsinterne und kommunalpolitische Bewertung als hilfreiches Instrument, aber auch der von verschiedenen Seiten geäußerte Wunsch nach thematischen Erweiterungen veranlassten uns, im Sozialatlas 2017 einige Bereiche weiterzuentwickeln und auszubauen. Im Themenbereich der Mindestsicherungssysteme erschien nach einer kritischen Reflexion des vorhergehenden Berichts eine tiefergehende und differenziertere Beleuchtung von Strukturen und Entwicklungen sinnvoll.

Gleichwohl bleiben gewisse Grenzen und Einschränkungen bestehen. Aufgrund inhaltlicher Erwägungen, aber auch begrenzter Ressourcen im Zuge der Erstellung des Berichts, wird sich der Bericht weiterhin auf einen Kern sozialstruktureller Kennzahlen beschränken. Die notwendige Detailtiefe bezüglich bestimmter Personengruppen und Fachthemen wird durch entsprechende Fachberichte der Stadtverwaltung (Bericht zur Lebenslage älterer Menschen, Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung, Bildungsbericht, Wohnungsmarkt-Monitoring) umfassend und zielführender abgedeckt.

Ein besonderes Anliegen ist die Erweiterung um konkrete Schlussfolgerungen und die Formulierung von Ansatzpunkten kommunalpolitischen Handelns. Als Ergebnis der Diskussion in den Gremien und Arbeitskreisen, in denen der Sozialatlas 2014 vorgestellt wurde, ergab sich die Notwendigkeit, über die objektiven Darstellung von Sachverhalten hinaus auch Möglichkeiten aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen auf soziale Herausforderungen und diagnostizierte Defizite reagiert werden kann.

Mannheim, im August 2018

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Befunde und Handlungsempfehlungen 2

1. Einleitung 9
1.1 Inhalte und Aufbau des Berichts 9
1.2 Datenquellen 10
1.3 Räumliche Darstellungsebene 11

2. Demografie 12
2.1 Altersstruktur der Bevölkerung 13
2.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 20
2.3 Struktur der Privathaushalte 26
2.4 Wanderungsbewegungen 34

3. Arbeitsmarkt 45
3.1 Beschäftigung 46
3.2 Arbeitslosigkeit 53

4. Mindestsicherungsleistungen 61
4.1 Das System der sozialen Mindestsicherung 62
4.2 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II 68
4.3 SGB II-Leistungsbezieher nach Erwerbsstatus: Erwerbstätige Leistungsbezieher (»Aufstocker«) 74
4.4 Leistungsbezug im Haushaltskontext: Kinder, Jugendliche und Bedarfsgemeinschaften im SGB II 79
4.5 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII 85

5. Typologie der Planungsräume 91
5.1 Vorgehensweise 91
5.2 Ergebnisse der Clusteranalyse 92

6. Strukturdaten der Planungsräume 109

Literaturverzeichnis 198

Zentrale Befunde und Handlungsempfehlungen

Demografische Entwicklung

Die Bevölkerungszahl der Stadt Mannheim nahm in den letzten Jahren kontinuierlich zu, in erster Linie bedingt durch den anhaltenden Zuwanderungsüberschuss von nichtdeutschen Staatsangehörigen, darunter befindet sich in den letzten Jahren ein erheblicher Anteil an zugewanderten Personen aus den EU-2 Beitrittsstaaten Südosteuropas.

Die zukünftige Entwicklung der Zuwanderung ist schwer absehbar und von gesamtgesellschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen abhängig, die von Kommunen kaum beeinflussbar sind. Insbesondere im Kontext der Fluchtmigration ist aber davon auszugehen, dass nach dem Auslaufen der Wohnsitzzuweisung eine Wanderung von Personen, die als »Fluchtmigranten« nach Deutschland kamen, in die Großstädte zu erwarten ist.

Die Alterung der Gesellschaft wird sich künftig fortsetzen, da die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer (1955 bis 1964) ins Rentenalter bzw. ins höhere Alter vorrücken. Gleichzeitig kommt es derzeit und zukünftig verstärkt zu einem Strukturwandel der älteren Bevölkerung, die in erster Linie durch die Zunahme der Anteils älterer Menschen mit Migrationshintergrund gekennzeichnet ist.

Der in den Quartieren sehr unterschiedliche Anteil älterer Menschen (vgl. Kapitel 2.1) sowie deren unterschiedliche soziale Zusammensetzung erfordern eine differenzierte Betrachtung der Ausgangslage und die Entwicklung von zielgenauen Konzepten seniorengerechter Quartiersentwicklung.

Handlungsempfehlung:
Quartierskonzepte zur Stärkung häuslicher Versorgungsstrukturen älterer Menschen

Quartiersbezogene Konzepte, die nachbarschaftliche Hilfen mit ambulanter Pflegeversorgung verknüpfen, sind ein wichtiges Instrument, um den Bewohner/innen ein selbständiges Leben zu ermöglichen und eine frühzeitige Heimunterbringung zu vermeiden. Folgende Vorhaben sind geeignet, die selbständige Haushaltsführung und Alltagsbewältigung Älterer zu fördern, um den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu sichern:

- Im Rahmen des Ideenwettbewerbs »Quartier 2020« wird im neu entstehenden Quartier FRANKLIN ein Konzept erprobt, um ambulante Unterstützungs-, Versorgungs- und Beteiligungsstrukturen für ältere Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf aufzubauen.
- Es ist erforderlich, das Angebot der Hilfen im Haushalt auszubauen. Angesichts des besonders hohen Anteils der älteren Bevölkerung wird empfohlen, ein solches Konzept zunächst modellhaft für die Vogelstang zu erarbeiten und dort den Bedarf an häuslicher Versorgung sicherzustellen, um den Verbleib älterer Menschen in der eigenen Häuslichkeit nach dem Grundsatz »ambulant vor stationär« zu ermöglichen. Hierzu wurde vom Fachbereich Arbeit und Soziales ein Projekt »Pflegemanagement« mit drei Pflegemanager/innen eingerichtet, die dies bereits vor Ort umsetzen.
- In der Neckarstadt-West sollte das zum Ideenwettbewerb »Quartier 2020« eingereichte, aber nicht prämierte Konzept weiterverfolgt werden, das einen Ausbau niedrigschwelliger und aufsuchender Angebote vorsieht, um Teilhabemöglichkeiten der älteren Bevölkerung in einem vielkulturellen und diversen Quartier zu verbessern.

– Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Prüfung auf gesamtstädtischer Ebene, wie die bestehenden dezentralen Angebote der offenen Altenhilfe (Seniorenberatungsstellen, SeniorenTreffs u.a.) zu Netzwerken auf der Quartiersebene weiterentwickelt werden können, um ein umfassendes und koordiniertes Angebot zur Beratung, Begleitung und Teilhabe älterer Bürger/innen bereitzustellen.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Mannheim ist in den letzten Jahren durch eine insgesamt positive Entwicklung gekennzeichnet. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Mannheim nochmals deutlich zu (von 120.296 auf 124.275 Beschäftigungsverhältnisse im Dezember 2017). Diese Zunahme geht sowohl auf einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung (+2.319) als auch der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung (+1.661) zurück. Infolge dieser Entwicklung stieg die Beschäftigungsquote (Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) von 56,0 auf 57,2 Prozent. Von dieser Entwicklung profitieren alle Altersgruppen im erwerbsfähigen Alter, Frauen wie Männer, Personen mit deutscher wie mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Die Zahl der Arbeitslosen ging gegenüber dem Vorjahr zurück (um 249 Personen von 8.502 auf 8.253 Personen). Die Arbeitslosenquote lag im Dezember 2017 bei 5,0 Prozent. Allerdings bestehen nach wie vor erhebliche Probleme beim Zugang insbesondere von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung. Von der positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts in den letzten Jahren profitieren Menschen mit Vermittlungshemmnissen und langer Dauer der Arbeitslosigkeit in geringerem Umfang als andere.

Im Jahr 2017 war mehr als die Hälfte der Arbeitslosen, die im SGB II durch das Jobcenter betreut werden, bereits 12 Monate oder länger arbeitslos. Geringe bzw. fehlende berufliche Qualifikationen bleiben das Hauptrisiko für (Langzeit-)Arbeitslosigkeit. Personen ohne beruflichen Abschluss machen mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen und knapp 70 Prozent aller Langzeitarbeitslosen aus (vgl. Kapitel 3.2).

Transferleistungsbezug – Verfestigte Strukturen materieller Benachteiligung

Trotz der dargestellten positiven Entwicklungen bezüglich der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bei gleichzeitig deutlichem Rückgang der Arbeitslosenzahlen verharrt der Anteil der Personen, die auf Leistungen der Mindestsicherungssysteme angewiesen sind, auf fast gleichbleibendem Niveau. Die Mindestsicherungsquote ging von 2016 auf 2017 nur geringfügig von 10,9 auf 10,7 Prozent zurück.

Diese Befunde verdeutlichen, dass Personengruppen im SGB II-Leistungsbezug nur unzureichend von der Arbeitsmarktentwicklung profitieren. Eine wesentliche Rolle bei dieser Entwicklung spielen einerseits Leistungsbeziehende, die aufgrund ihrer familiären Situation Zugangsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, zum anderen die kontinuierlich gestiegene Zahl der Zuwander/innen aus Südosteuropa, für die aufgrund der oftmals fehlenden schulischen und beruflichen Qualifikationen die Aufnahme einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit unrealistisch bleibt.

Dies belegt auch die Entwicklung der Leistungsberechtigten nach Staatsangehörigkeit: Während die Zahl der deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zwischen 2010 und 2017 nahezu gleich blieb, nahm die Zahl der nichtdeutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um etwa 1.700 Personen zu (von 7.058 Personen im Jahr 2011 auf 8.760 Personen im Jahr 2017). Dieser Anstieg ist in erster Linie dem wachsenden Leistungsbezug von

EU-Ausländer/innen geschuldet. Deren Zahl hat sich zwischen 2011 und 2017 verdoppelt (von 1.828 auf 3.596 Personen) (vgl. Kapitel 4.2).

Aus der differenzierten Analyse der Entwicklungen im Bereich der Mindestsicherungsleistungen lassen sich Personengruppen identifizieren, für die vorrangige Handlungsstrategien notwendig bzw. weiterzuentwickeln sind:

– Dies betrifft zum einen die Personengruppe der Alleinerziehenden, die sich zu einem hohen Anteil im SGB II-Leistungsbezug befinden (vgl. Kapitel 4.4).
– Zum anderen die Gruppe der sogenannten Aufstocker, deren Zahl in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat und mittlerweile einen wesentlichen Teil der Gesamtzahl der Leistungsberechtigten im SGB II ausmacht (vgl. Kapitel 4.3).

Alleinerziehende

Alleinerziehende beziehen überdurchschnittlich häufig Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende – sie stellen 3,5 Prozent aller Haushalte, aber mehr als ein Fünftel aller Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Insgesamt sind 49 Prozent aller Alleinerziehendenhaushalte auf SGB II-Leistungen angewiesen. Die Hilfequote dieser Haushaltsform ist damit knapp viermal so hoch wie im Durchschnitt aller Haushalte. In den Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender leben 3.988 Kinder unter 15 Jahren, das entspricht fast der Hälfte (48 Prozent) aller Kinder im SGB II (vgl. Kapitel 4.4).

Der Transferleistungsbezug von Alleinerziehenden ist räumlich stark ungleich verteilt. Es gibt Stadtteile, in denen nur einer von zehn Haushalten Alleinerziehender Transferleistungen bezieht, in anderen Stadtteilen sind es bis zu 90 Prozent. Ein besonderer Schwerpunkt des Leistungsbezugs findet sich auf der Hochstätt: dort ist einerseits die Haushaltsform der Alleinerziehenden besonders häufig verbreitet (10,5 Prozent aller Haushalte) und zudem findet sich unter diesen Haushalten ein außerordentlich hoher Anteil an Transferleistungsbezieher/innen unter den Alleinerziehenden.

Etwa jede/r dritte Alleinerziehende im SGB II ist erwerbstätig, jedoch überwiegend in Teilzeitbeschäftigung oder in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Die eingeschränkte Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden hat vielfältige Gründe und ist neben mangelnder Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung insbesondere auf fehlende oder veraltete berufliche Qualifikationen zurückzuführen. Hinzu kommen oftmals weitere Schwierigkeiten wie beispielsweise Schulden, Trennung vom Lebenspartner, Schwierigkeiten bei den Sorgerechtsregelungen, Probleme in der Kindererziehung, mitunter wenig Erfahrung mit selbständiger Lebensweise oder Schwierigkeiten, eine bedarfsgerechte Wohnung zu finden.

Das Jobcenter Mannheim bietet bereits vielfältige Maßnahmen für die Personengruppe der Alleinerziehenden an: Zusätzlich zu den Regelangeboten des Jobcenters Mannheim werden für Alleinerziehende spezifische Fördermaßnahmen angeboten, die zum Beispiel flexible Regelungen des zeitlichen Beginns und Endes der Maßnahmen beinhalten. Darüber hinaus besteht im Rahmen der kommunale Eingliederungsleistungen eine Verabredung mit der Stadtverwaltung, dass eine Arbeitsaufnahme nicht an fehlender oder nicht ausreichender Kinderbetreuung scheitern solle. Weitere Unterstützungsangebote für Alleinerziehende sind individuelle Coachings, um nach einer Familienphase beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen sowie individuelle Einzelberatungen und Begleitung für den Einstieg in Teilzeitausbildung.

Aufstocker

Die Zahl und der Anteil der »Aufstocker« (SGB II-Leistungsberechtigte, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen) ist in den letzten Jahren gestiegen (vgl. Kapitel 4.3). Ihr Anteil an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigen liegt inzwischen bei 28,8 Prozent.

Diese Entwicklung ist auch eine Folge des langfristigen wirtschaftsstrukturellen Wandels, denn die Zunahme des Dienstleistungssektors geht mit einer Polarisierung der Einkommen einher. Eine Zunahme der Beschäftigung findet einerseits im Bereich der hochqualifizierten Tätigkeiten statt (in den unternehmensorientierten Dienstleistungen wie EDV, Werbung und Marketing, Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationsdienste sowie der Unterhaltungsindustrie), andererseits aber auch bei Tätigkeiten, für die nur niedrige Qualifikationen erforderlich sind und die nur gering entlohnt werden (vor allem Bewachungs- und Reinigungsdienste, Transport, Hotel und Gastronomie, Gesundheits- und soziale Dienste).[1] Von dieser Entwicklung sind Neuzuwander/innen aus Rumänien und Bulgarien überdurchschnittlich betroffen, die aufgrund fehlender Qualifikationen überwiegend nur in Helfertätigkeiten, insbesondere in der Arbeitnehmerüberlassung, im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft Beschäftigung finden.

Handlungsempfehlung:
Chancen für »Aufstocker«

Da die Gruppe der Aufstocker eine große Heterogenität beispielsweise hinsichtlich Arbeitsumfang, Bruttostundenlöhnen und Haushaltskonstellation aufweist, ist eine Gesamtstrategie zu entwickeln, die je nach individueller Ausgangslage vielfältige unterschiedliche Handlungsansätze und Bewältigungsstrategien beinhaltet. Ansatzpunkte der Maßnahmen für Aufstocker sind:

- Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung möglichst oberhalb des Niedriglohnbereichs durch (a) Prüfung der Einrichtung eines Servicebetriebs »städtische Dienstleistungen« bzw. der Rekommunalisierung bisher vergebener Dienstleistungen, um existenzsichernde Beschäftigungsmöglichkeiten im Umfeld der Stadtverwaltung zu ermöglichen sowie (b) eine wirtschaftspolitische Handlungsstrategie, die das Ziel der Schaffung bzw. des Erhalts von existenzsichernden Arbeitsplätzen zum Gegenstand lokaler Wirtschaftsförderung macht. Sofern im gewerblichen Bereich durch die Stadt Vergünstigungen gewährt werden, muss darauf geachtet werden, dass vollwertige Arbeitsplätze entstehen.
- (Erst)Ausbildung und niedrigschwellige Qualifizierung zur Erhöhung der Arbeitsmarktchancen: Qualifizierung insbesondere von Zuwander/innen, um bedarfsdeckende Erwerbstätigkeit zu ermöglichen (durch Qualifizierungsangebote und Sprachförderung die Beschäftigungschancen erhöhen – BIWAQ-Projekt).[2]
- Ausweitung der Arbeitszeit: Da die Mehrheit der Aufstocker keiner vollzeitnahen Beschäftigung nachgeht, ist die Ausweitung ihres Arbeitsumfangs bzw. der Wechsel von geringfügiger in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein wichtiger Ansatzpunkt.

[1] vgl. Kronauer, Martin (2015): Was können Städte gegen zunehmende Armut tun, in: Neue Caritas 02/2015; Siebel, Walter (2007): Krise der Stadtentwicklung und die Spaltung der Städte, in: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe, S. 129.

[2] vgl. Stadt Mannheim (2016): Zwischenbericht über die Umsetzung des »Integrationsprojekts für Zuwanderer aus Südosteuropa in Mannheim (ZuwaMa)« im Rahmen des ESF-Bundesprogramms »Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)«, Informationsvorlage zum Versand Nr. V529/2016.

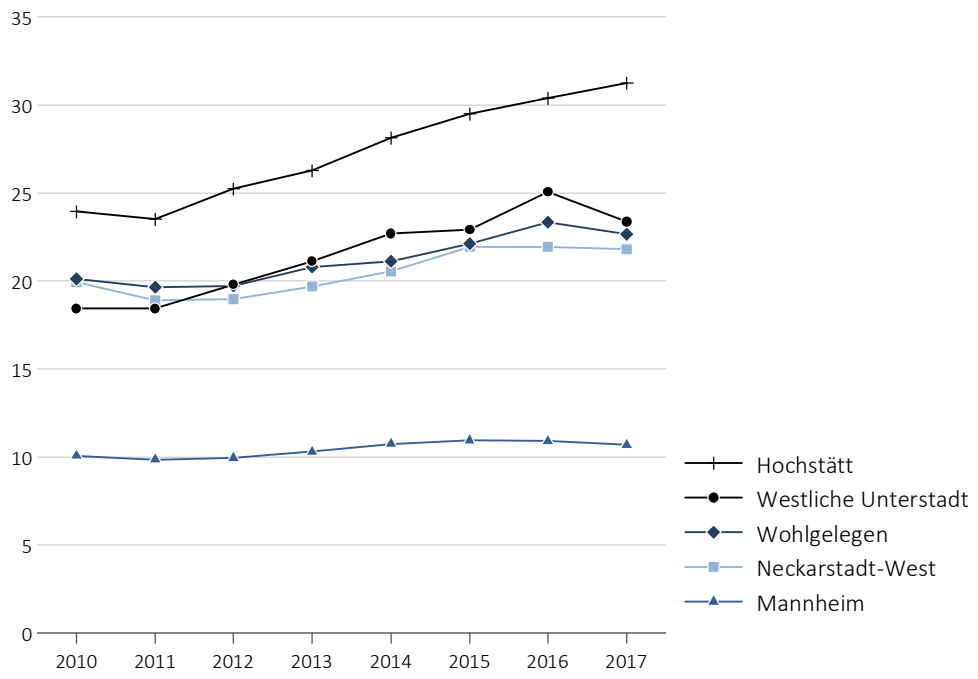
Dabei ist auch die Situation der Bedarfsgemeinschaft als Ganzes zu berücksichtigen, da bei größeren Bedarfsgemeinschaften mit mehreren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ggf. auch bei der/dem Partner/in das Potenzial einer Ausweitung des Arbeitsvolumens besteht, um den Leistungsbezug zu überwinden.

Kleinräumige Unterschiede im Transferleistungsbezug

Die kleinräumige Darstellung der sozialstrukturellen Indikatoren im vorliegenden Bericht zeigt die ausgeprägten Unterschiede in den städtischen Teilräumen. Weit überdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten haben Hochstätt (31,3 %) und Schönau-Nord (26,4 %), in denen mehr als ein Viertel der Bevölkerung auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen ist. Auch in der Westlichen Unterstadt (23,4 %), Wohlgelegen (22,7 %), Neckarstadt-West (21,8 %) und Luzenberg (20,8 %) liegt die Mindestsicherungsquote etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Stadt (siehe Kapitel 4.1).

Die in Abbildung 1-1 dargestellte Entwicklung der Mindestsicherungsquote in einigen ausgewählten Planungsräumen mit besonders markanter Entwicklung verdeutlicht die Zunahme kleinräumiger Schwerpunkte von sozialen Problemlagen, die sich in zahlreichen Indikatoren dieses Berichts widerspiegelt.

Abbildung 1-1: Entwicklung der Mindestsicherungsquote in ausgewählten Planungsräumen (Angaben in Prozent)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

Die zunehmende räumliche Konzentration sozialer Problemlagen macht kommunalpolitische Strategien erforderlich, die zur Verringerung von Ungleichheiten beitragen und der sozialen Ausgrenzung entgegen wirken. Dazu bedarf es einer verstärkten Ausrichtung kommunaler Sozialpolitik auf benachteiligte soziale Räume.

Die Aktivierung und Stärkung von Netzwerken und insbesondere das Instrument des Quartiermanagements spielen dabei eine wichtige Rolle. Quartiermanagement ist – auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Zuwanderung in benachteiligte Stadtquartiere – ein notwendiges und zielführendes Instrument kleinräumiger sozialer Stadtentwicklung. Allerdings kann Quartiermanagement vor Ort gesamtgesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels alleine nicht lösen. Die von sozialer Benachteiligung besonders betroffenen Quartiere – vor allem die Typen 4 und 5b (vgl. Kapitel 5), die einen großen Teil der Integrationsarbeit für die Gesamtstadt leisten – benötigen eine deutlich verbesserte Ressourcenausstattung.

Mit dem Prozess »Lokale Stadterneuerung (LOS)« in der Neckarstadt-West und auch im Jungbusch erarbeitet die Stadt Mannheim gemeinsam mit der städtischen Entwicklungsgesellschaft MWSP koordinierte Maßnahmen, um die Stadtquartiere zu stabilisieren, die Lebensqualität zu steigern und eine positive Entwicklung zu fördern. Ziel ist es, nachhaltig und langfristig Qualität durch Interventionen in Immobilien und öffentliche Räume zu erreichen. Flankierend zu den Maßnahmen im privaten und öffentlichen Raum und den zahlreichen Fördermaßnahmen rund um Schulen und Integration, gehört dazu der Aufbau eines zivilgesellschaftlichen Netzwerkes und die Gewinnung von neuen Partnern mit dem Ziel, die Neckarstadt-West als Quartier großer Diversität urban zu entwickeln. Um langfristig stabile soziale Verhältnisse zu schaffen, ist das Thema Jugend und Bildung ein wichtiger Eckpfeiler des Vorhabens.

Handlungsempfehlung: Sozialraumbezogenes und ressortübergreifend koordiniertes Handeln zur Integration in Erwerbsarbeit umsetzen

Vor dem Hintergrund der kontinuierlich zunehmenden Zahl der Transferleistungsbezieher/innen wird empfohlen, ein übergreifendes und koordiniertes Handlungskonzept in einem ausgewählten Stadtteil zu entwickeln. Ziel ist es, mit einem kleinräumigen Fokus eine Strategie zu entwickeln, um die verfestigten Strukturen sozialer Benachteiligung im Stadtteil zielgerichtet zu bearbeiten.

Angesichts der teils umfassenden Probleme bei arbeitsmarktfernen Personengruppen, die eine direkte Vermittlung erschweren, ist eine intensivere individuelle Fallbetreuung unerlässlich. Projekterfahrungen – unter anderem aus dem in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführten Projekt zur Verbesserung der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen im Stadtteil Hochstätt[3] – und Studien zeigen, dass eine intensivere Beratung mit einem besseren Betreuungsschlüssel zu mehr Vermittlungen führt, zu einer Verbesserung der Stabilität der eingegangenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse beiträgt sowie in höherem Maße zu einer Beendigung des Leistungsbezugs führt.[4]

Neben der Integration in Arbeit müssen dabei flankierende Angebote wie Sprach- und Integrationskurse, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung und Kinderbetreuung mit einbezogen und intensiviert werden.

[3] vgl. Stadt Mannheim (2008): Verbesserung der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen im Stadtteil Hochstätt – ein Projekt der ARGE Job-Center Mannheim. Informationsvorlage Nr. 685/2008.

[4] vgl. Beste, Jonas; Bruckmeier, Kerstin; Klingert, Isabell; Kupka, Peter; Lietzmann, Torsten; Moczall, Andreas; Osiander, Christopher; vom Berge, Philipp; Wolff, Joachim (2017): Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit. IAB-Stellungnahme 2/2017, S. 8.

Neben einem gezielten Ressourceneinsatz zur Stabilisierung und Entwicklung einzelner benachteiligter Quartiere ist auch eine gesamtstädtische Strategie eines sozialen Ausgleichs erforderlich.

Ansatzpunkt ist dabei der Wohnungsmarkt, der den entscheidenden Mechanismus der räumlichen Verteilung der Bevölkerung bildet. Personengruppen mit geringen Einkommen sind in der Regel auf schlechter ausgestattete Wohngebiete verwiesen. Dadurch kommt es zu einer Konzentration von individuellen Problemlagen in diesen Gebieten. Dieser Prozess wurde durch das insgesamt steigende Mietpreisniveau der letzten Jahre verschärft: Steigende Mietpreise führen dazu, dass das Wohnungsmarktangebot für Niedrigeinkommens- und/oder Transferleistungsbezieher/innen kleiner wurde und sich zunehmend auf die Bestände der GBG eingrenzte. Die räumliche Konzentration dieser Problemgruppen in den sozial belasteten Quartieren resultiert daher auch aus dem zunehmenden Ausschluss aus dem Wohnungsmarkt in den weniger belasteten oder durchschnittlichen Quartieren. [5]

Handlungsempfehlung: Sozial ausgleichende Wohnraumversorgung

Vor dem Hintergrund der dargestellten kleinräumigen Konzentration sozialer Benachteiligungen ist eine langfristige Strategie erforderlich, die eine Dezentralisierung von Sozialwohnungen bzw. preisgünstigem Wohnraum fördert und dem Verlust an sozialgebundenem Wohnraum entgegenwirkt. Vorrangiges Ziel einer solchen sozialen Wohnungspolitik ist die Förderung einer ausgewogenen Mischung verschiedener Mietniveaus in einem Quartier.

Zielsetzung sollte die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch in den Quartieren sein, in denen es bisher an preisgünstigen Wohnungen mangelt. Mit einer Sozialquote im Wohnungsneubau bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere, aber auch bei größeren Wohnungsbauvorhaben in bestehenden Stadtteilen, wie sie im Juli 2017 vom Gemeinderat der Stadt Mannheim beschlossen wurde, kann der geförderte Wohnungsneubau mit sozialräumlichen Mischungszielen verknüpft werden.

Auch um Quartiere mit einer hohen räumlichen Konzentration von Transferleistungsbezieher/innen zu entlasten und um die Verschärfung sozialer Problemlagen in diesen Quartieren zu vermeiden, ist es notwendig, dass preisgünstige Wohnungen in allen Stadtteilen – auch in den nachgefragten Wohnlagen und weniger segregierten Quartieren – vorhanden sind und ggf. mit öffentlicher Wohnraumförderung (mittels Belegungs- und Mietpreisbindungen) geschaffen werden.

Von besonderer Bedeutung wird eine quartiersbezogene Wohnraumpolitik, falls die Stadt Mannheim künftig Zuweisungen von Flüchtlingen erhält, für die der Aufbau von dezentralen Unterbringungsstrukturen erforderlich sein wird. Um bestehende kleinräumige Problemschwerpunkte nicht zu verschärfen, soll dabei keine Unterbringung in soziale belasteten Quartieren vorgenommen werden.

[5] vgl. Altrock, Uwe; Kunze, Ronald (Hrsg.) (2017): Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung 2016. S. 19.

1. Einleitung

Der Sozialatlas 2017 der Stadt Mannheim stellt Informationen zur Sozialstruktur und deren Entwicklung im Zeitverlauf für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zur Verfügung. Nach der Neukonzeption des Sozialatlasses 2014 und einer aktualisierten Datengrundlage für das Jahr 2015 liegt mit der vorliegenden Ausgabe 2017 ein neuer, an einigen Stellen inhaltlich weiterentwickelter Mannheimer Sozialatlas vor, der das Vorhaben einer kontinuierlichen kleinräumigen Sozialberichterstattung fortsetzt.

Der Sozialatlas stellt eine strukturierte Informationsgrundlage dar, die eine objektive Entscheidungsgrundlage sozialpolitischen Handelns bildet. Da eine alleinige Betrachtung von Entwicklungen auf gesamtstädtischer Ebene wichtige kleinräumige Trends übersieht, ist ein Berichtswesen notwendig, das Entwicklungen in Stadtteilen und Quartieren rechtzeitig erkennt und über eventuelle Tendenzen sozialer Polarisierung und räumlicher Segregation berichtet.

Begriffserklärung: Monitoring

Unter dem Begriff Monitoring werden im weitesten Sinne Aktivitäten verstanden, die das Ziel der Informationsbereitstellung verfolgen und dabei auf eine längerfristige Beobachtung (Dauerbeobachtung) ausgerichtet sind.
Monitoring verfolgt das Ziel, durch die Erfassung, Darstellung und Interpretation von Entwicklungstrends und -zuständen planerische und politische Prozesse sowie Entscheidungen zu begleiten und zu fundieren.

Sozialberichterstattung hat die Aufgabe, Lebenslagen der Bevölkerung abzubilden und einen Überblick über das Ausmaß von Armut und Ausgrenzung bzw. Teilhabe- und Verwirklichungschancen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu geben.

Ziel ist es, einen regelmäßig erscheinenden, kleinräumigen Bericht zur Verfügung zu stellen, der sozialräumliche Entwicklungen übersichtlich und anhand möglichst aktueller Daten darstellt. Ein solches »Monitoring« ist notwendiger Bestandteil einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung und dient als Planungs- und Entscheidungsgrundlage für kommunale Sozialpolitik. Dabei ist der Sozialatlas auf einer eher übergreifenden Ebene allgemeiner Sozialstrukturdaten angesiedelt, in der es nicht darum geht, einzelne Fachthemen und Fachdaten erschöpfend und in der Tiefe zu dokumentieren und zu bearbeiten.

1.1 Inhalte und Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die demografische Struktur in der Stadt Mannheim (Kapitel 2), über die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung (Kapitel 0) sowie über Entwicklung und Struktur der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen (Kapitel 4).

Jedes Kapitel beinhaltet einleitend einen Überblick über das jeweilige Thema und entsprechender Entwicklungen auf gesamtstädtischer Ebene. Anschließend folgt eine kleinräumige Darstellung ausgewählter Daten, indem kartografisch ein Überblick über die räumliche Verteilung des Indikators zum aktuellen Stichtag gegeben wird. Für Teilgebiete (»Planungsräume« – siehe Kapitel 1.3), die deutlich vom gesamtstädtischen Durchschnittswert abweichen, wird zusätzlich tabellarisch die Entwicklung der letzten Kalenderjahre in Absolutzahlen und in Prozentwerten dargestellt.

Zusammenführend wird auf Basis der im Bericht dargestellten Indikatoren eine Typologie der Planungsräume nach ihren sozialstrukturellen Charakteristika vorgenommen (Kapitel 5). Diese Typologie bildet die soziale Lage anhand eines breiten Spektrums an Indikatoren zu Demografie, Arbeitsmarkt und Transferleistungsbezug ab.

Kapitel 6 enthält eine Zusammenstellung der zentralen kleinräumigen Indikatoren für alle Planungsräume. Damit wird für die einzelnen Planungsräume eine Übersicht der sozialstrukturellen Charakteristika auf einen Blick ermöglicht.

1.2 Datenquellen

Für den vorliegenden Bericht wird überwiegend auf bereits vorliegende kommunalstatistische Daten der Stadt Mannheim sowie auf kleinräumige Auswertungen von Daten der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen.

Zur Darstellung der Bevölkerungszahlen werden Einwohnerdaten verwendet, die die Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim auf der Grundlage des städtischen Einwohnermelderegisters ermittelt. Im Gegensatz zur amtlichen Bundes- und Landesstatistik, die einmalige Volkszählungsergebnisse fortschreiben, ergeben sich die hier verwendeten Einwohnerdaten aus Abzügen der Verwaltungsregisterdaten. Infolge der unterschiedlichen Ermittlungsweise kommt es zu Abweichungen zwischen der amtlichen und der kommunalen Einwohnerzahl. Die kommunalstatistischen Daten erlauben allerdings im Gegensatz zur amtlichen Bevölkerungszahl eine kleinräumige Betrachtung und sind daher als Grundlage für kleinräumige Planungen vorzuziehen.[6]

Im zugrunde liegenden Berichtszeitraum ist die Stadt Mannheim Standort einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) sowie Bedarfsorientierter Erstaufnahmeeinrichtungen (BEA) für Flüchtlinge. Die Bewohner/innen dieser Einrichtungen sind meldepflichtig und fließen als Hauptwohnbevölkerung in die Einwohnerstatistik ein. Der vorliegende Bericht fokussiert jedoch auf die Struktur der dauerhaft in Mannheim lebenden Bevölkerung und umfasst daher bei der Darstellung der Einwohnerdaten nicht die Personen, die als Asylsuchende bzw. Flüchtlinge vorübergehend in der LEA/BEA untergebracht sind.

Im Bericht dargestellte Indikatoren und Quoten, die sich auf die Basis von Bevölkerungsgrößen beziehen (z.B. Beschäftigungsquoten, Quoten der Transferleistungsbezieher/innen) werden ebenfalls auf der Grundlage der Bevölkerungszahlen laut Melderegister der Stadt Mannheim – ohne in Erstaufnahmeeinrichtungen in Mannheim gemeldete Flüchtlinge – berechnet. Dadurch kann es zu geringen Abweichungen von in vorhandenen amtlichen Datenquellen (wie etwa der Bundesagentur für Arbeit) ausgewiesenen Quoten kommen.

Aufgrund einer Revision der SGB II-Statistik der Grundsicherung, die Personengruppen im SGB II differenzierter abbildet, sind die in Kapitel 4 dargestellten Statistiken nur sehr eingeschränkt mit den Daten des vorherigen Sozialatlasses vergleichbar. Um dennoch eine vergleichbare zeitliche Entwicklung darstellen zu können, wurde die Bundesagentur für Arbeit mit einer Sonderauswertung der revidierten SGB II-Daten für zurückliegende Jahre für die kleinräumige Gliederung der Stadt Mannheim beauftragt. Alle Angaben zum SGB II-Bezug im vorliegenden Bericht beziehen sich daher auf die revidierte Abgrenzung der Statistik.

[6] vgl. Stadt Mannheim (2016): Bevölkerungsprognose 2036 in kleinräumiger Gliederung. Statistischer Bericht Mannheim N° 6/2016, S. 72.

1.3 Räumliche Darstellungsebene

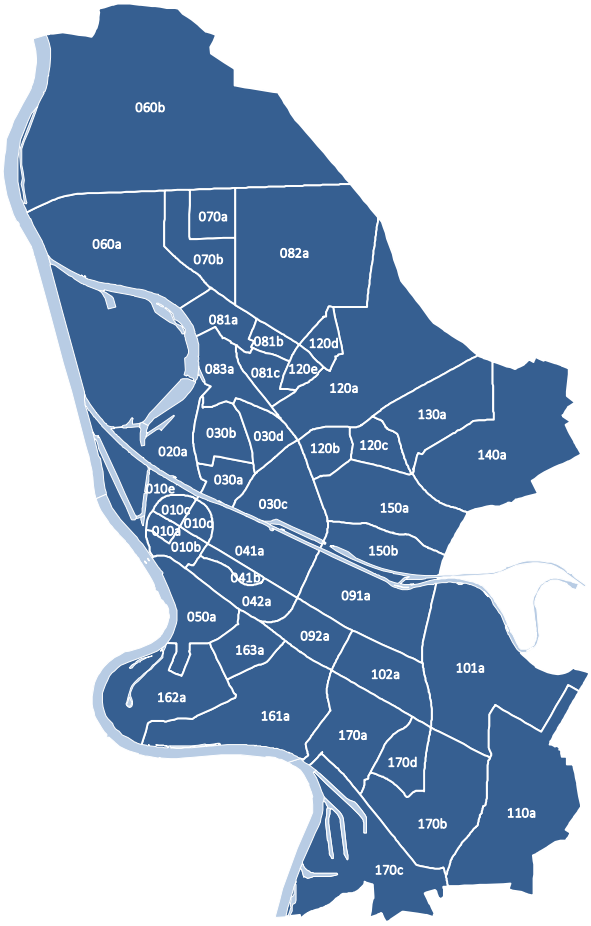
Wie im Mannheimer Sozialatlas 2014 wird im vorliegenden Bericht die kleinräumige Gliederung der Planungsräume verwendet.

Die Ebene der Planungsräume wurde erarbeitet, da sich sowohl die Ebene der 24 Stadtteile als auch die der 78 Statistischen Bezirke als ungeeignet für eine fundierte und aussagekräftige Darstellung kleinräumiger Indikatoren erwies. Nicht wenige Statistische Bezirke weisen eine zu geringe Bevölkerungszahl auf, um sinnvolle und statistisch aussagekräftige Quoten und Indikatoren auszuweisen. Gleichzeitig ist aber die Verwendung der nächsthöheren Ebene der 24 Stadtteile zu undifferenziert, da manche Gebiete, für die eine gesonderte Betrachtung wünschenswert wäre (z.B. Innenstadt, Neckarstadt-Ost, Rheinau), in einem zu großen Stadtteil zusammengefasst sind.

Die hier verwendeten Planungsräume fügen sich in die räumliche Gliederung der Stadt Mannheim ein, indem sie sich aus einem oder mehreren Statistischen Bezirken zusammensetzen, und andererseits die Grenzen der Stadtteile nicht überschreiten. Durch die beschriebene Zusammenfassung mehrerer Statistischer Bezirke ergeben sich insgesamt 44 räumliche Einheiten (»Planungsräume«). Die überwiegende Zahl der Planungsräume liegt zwischen 2.000 und 10.000 Einwohner/innen am Ort der Hauptwohnung.

Abbildung 1-1: Verwendete räumliche Gliederung im Sozialatlas: Die Planungsräume

010a Westliche Oberstadt
010b Östliche Oberstadt
010c Westliche Unterstadt
010d Östliche Unterstadt
010e Jungbusch
020a Neckarstadt-West
030a Neckarstadt-Ost
030b Herzogenried
030c Wohlgelegen
030d Neckarstadt-Nordost
041a Oststadt-Nord
041b Oststadt-Süd
042a Schwetzingerstadt
050a Lindenhof
060a Sandhofen
060b Sandhofen-Nord
070a Schönau-Nord
070b Schönau-Süd/West
081a Waldhof-West/Mitte
081b Speckweggebiet
081c Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.
082a Gartenstadt
083a Luzenberg
091a Neuostheim
092a Neuhermsheim
101a Seckenheim
102a Hochstätt
110a Friedrichsfeld
120a Käfertal
120b Käfertal-Süd
120c Käfertal-Südost
120d Sonnenschein
120e Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.
130a Vogelstang
140a Wallstadt
150a Feudenheim-Nord
150b Feudenheim-Süd
161a Neckarau
162a Niederfeld
163a Almenhof
170a Casterfeld
170b Rheinau-Mitte/Ost
170c Rheinau-Süd
170d Pfingstberg



2. Demografie

Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur und die soziale Situation in einer Kommune stehen in vielfältiger Weise miteinander in Wechselwirkung. Langfristige Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und deren Auswirkungen auf gesellschaftliche Handlungsfelder werden seit längerem unter dem Begriff des **»Demografischen Wandels«** diskutiert.

Eine zentrale Bedeutung kommt der Alterung der Bevölkerung zu. Die infolge des medizinischen Fortschritts sowie der verbesserten sozioökonomischen Lebensbedingungen steigende Lebenserwartung führt zu einer zunehmenden Zahl älterer Menschen. Gleichzeitig bewirken anhaltend niedrige Fertilitätsraten, dass der Anteil jüngerer Menschen abnimmt, wodurch das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt.

Begriffserklärung: Demografischer Wandel

Der Begriff des Demografischen Wandels bezeichnet Veränderungen in der Zusammensetzung von Gesellschaften, insbesondere der Altersstruktur. So zeichnen sich bspw. moderne Gesellschaften dadurch aus, dass einerseits die Geburtenrate (Fertilität) niedrig und die Sterberate (Mortalität) seit einigen Jahrzehnten höher ist als die Geburtenrate. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung der Bevölkerung, wodurch der Anteil der älteren gegenüber den jüngeren Menschen zunimmt.

Dieser bundesweit zu beobachtende Trend der Bevölkerungsalterung entwickelt sich dabei regional sehr unterschiedlich: Nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen städtischen Räumen und ländlichen Regionen, sogar zwischen einzelnen Stadtbezirken verlaufen demografische Entwicklungen höchst unterschiedlich.[7]

Neben der Veränderung der Altersstruktur sind weitere demografische Trends zu berücksichtigen:

- Der Trend zu einem höheren Anteil von Einwohner/innen mit Migrationshintergrund (»Heterogenisierung«): Als Folge der Zuwanderung aus dem Ausland kommt es zu einer zunehmenden Vielfalt in der Gesellschaft nach regionaler bzw. ethnischer Herkunft, sowie kulturellem und religiösem Hintergrund (siehe Kapitel 2.2).
- Die Veränderungen von Haushalts- und Familienformen (»Vereinzelung«): Die durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt sinkt kontinuierlich. Vor allem in den Städten nimmt der Anteil der Einpersonenhaushalte zu, eine Entwicklung, die sich voraussichtlich fortsetzen wird. Gleichzeitig verändern sich Dynamik und rechtliche Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens: Die Häufigkeit der Eheschließungen geht zurück, die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Alleinerziehender nimmt zu (siehe Kapitel 2.3). Mit der zunehmenden Singularisierung ist die Herausforderung verbunden, insbesondere im Alter sozialer Isolation vorzubeugen.[8]

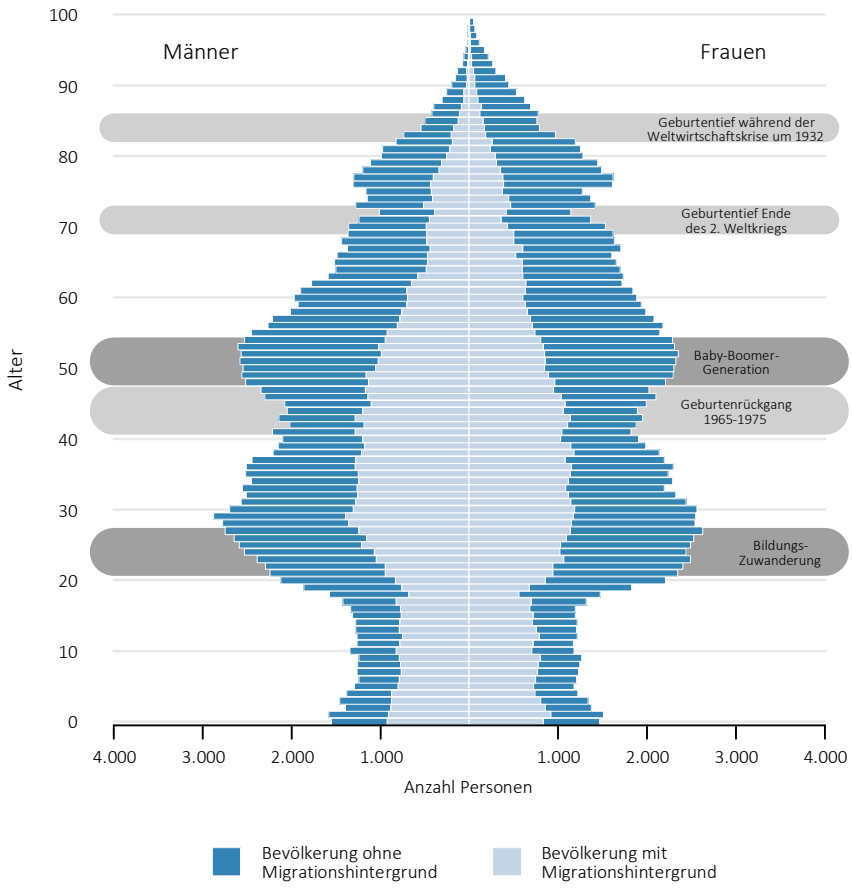
[7] Insbesondere städtischen Wachstumsräumen mit zunehmender Einwohnerzahl stehen schon heute strukturschwache Regionen gegenüber, die von Alterung und Abwanderung betroffen sind (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2016): Bevölkerungsentwicklung 2016. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel, S. 16).

[8] vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016: Gutes Zusammenleben im Quartier, S. 13.

2.1 Altersstruktur der Bevölkerung

Zum 31.12.2017 lebten im Stadtgebiet Mannheim 316.126 Personen.[9] Die folgende Abbildung zeigt die Altersverteilung der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt. Um den Altersaufbau einer Bevölkerung darzustellen, wird eine sogenannte Alterspyramide verwendet, die allerdings für die Stadt Mannheim keine Pyramidenform mehr aufweist. Der Altersaufbau der Bevölkerung Mannheims gleicht eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie auch für die aktuelle Situation in Deutschland charakteristisch ist.[10] Die mittleren Altersgruppen sind am stärksten besetzt, während die Bevölkerungszahl der jüngeren und älteren Jahrgänge geringer ist.

Abbildung 2-1: Altersaufbau der Bevölkerung in der Stadt Mannheim zum 31.12.2017



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

[9] Diese und alle folgenden Angaben beziehen sich auf die Zahl der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung ohne Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen (vgl. Kapitel 1.2).

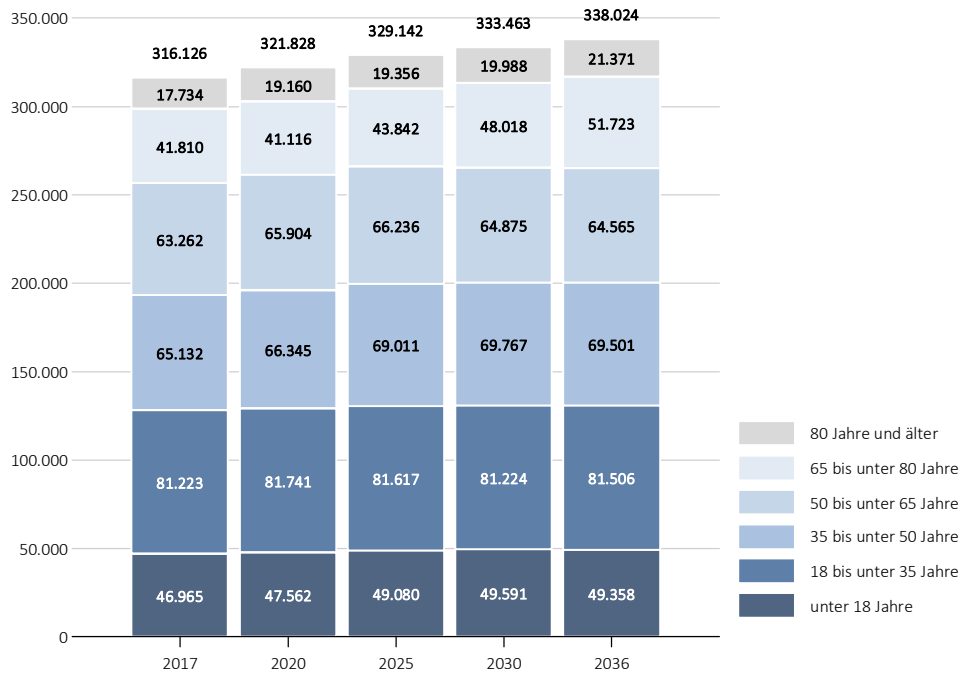
[10] vgl. Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 16.

Deutlich sichtbar sind die geringen Geburtenzahlen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich an den vergleichsweise geringen Jahrgangsstärken der heute 65- bis 70-Jährigen zeigen. In den mittleren Altersgruppen sind die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre zu erkennen (»Baby-Boomer-Generation«).

Zum anderen ist der Altersaufbau gekennzeichnet durch die gesunkenen Jahrgangsstärken seit Mitte der 1960er-Jahre (den sogenannten »Pillenknick«). Dieser Geburtenrückgang ist allerdings in der Altersstruktur der Stadt Mannheim weniger deutlich zu erkennen als im Bundesdurchschnitt, da vor allem infolge der Bildungszuwanderung die Alterskohorten der etwa 20- bis 35-Jährigen überproportional stark besetzt sind. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen ist dagegen wesentlich kleiner als die Bevölkerungsgruppen im mittleren Alter.

Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose der Kommunalen Statistikstelle der Stadt Mannheim wird die Bevölkerungszahl der Stadt Mannheim von 316.126 (im Jahr 2017) um 21.898 Personen (+ 6,9 %) auf 338.024 Personen im Jahr 2036 zunehmen.[11]

Abbildung 2-2: Bevölkerungsprognose 2017 bis 2036 nach Altersgruppen



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Der prognostizierte Zuwachs der Gesamtbevölkerung setzt sich aus einer zunehmenden Bevölkerungszahl in allen Altersgruppen zusammen, wodurch die Alterung der Bevölkerung in der Stadt Mannheim gedämpft wird. Während in einigen Regionen Deutschlands zukünftig eine deutliche Alterung zu erwarten ist, wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung in der Stadt Mannheim nach der Vorausschätzung der Kommunalen Statistikstelle bis

[11] vgl. Stadt Mannheim (2016): Bevölkerungsprognose 2036 in kleinräumiger Gliederung. Statistischer Bericht Mannheim Nr. 6/2016.

ins Jahr 2036 nur vergleichsweise geringfügig verändern. Wie in anderen Großstädten wird die Alterung der Bevölkerung verlangsamt durch eine »altersselektive« Zuwanderung, da vor allem jüngere Menschen zwischen 18 und 35 Jahren nach Mannheim zuziehen.[12]

Für sozialpolitische Planungen ist die wachsende Zahl älterer und vor allem hochbetagter Menschen von besonderer Bedeutung. Die Hauptauswirkungen der Verschiebungen in der Altersstruktur sind dabei in den Jahren nach 2020 zu erwarten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre – die »Babyboomer« – in die Altersphase der 60-Jährigen und älteren hineinwachsen und aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Zahl der ab 65-Jährigen wird bis ins Jahr 2036 von 59.544 (im Jahr 2017) auf 73.094 Personen ansteigen, was einem Zuwachs um ca. 23 Prozent entspricht. Damit wird der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von 19 Prozent auf etwa 22 Prozent im Jahr 2036 ansteigen.

Die zunehmende Zahl älterer Menschen wird infolge der damit einhergehenden Zunahme altersabhängiger Beeinträchtigungen zu steigenden Anforderungen im Pflege- und Hilfebereich führen. Da im höheren Alter die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit deutlich ansteigt, ist es sinnvoll, bezüglich der älteren Bevölkerung eine Unterscheidung zwischen »jungen Alten« (65 bis 79 Jahre) und Hochaltrigen (80 Jahre und älter) zu treffen: Die 65- bis unter 80-Jährigen gewinnen bis zum Jahr 2036 9.913 Einwohner/innen hinzu (+ 24 Prozent). Die Zahl der ab 80-Jährigen wird um 3.637 Personen zunehmen; dies entspricht einem Anstieg um ca. 21 Prozent.

Mit der zunehmenden Zahl alter, und insbesondere hochaltriger Menschen sind weitere gesellschaftliche Veränderungsprozesse verbunden, die mit einem entsprechenden Handlungsbedarf der Ausgestaltung der Hilfeangebote vor Ort einhergehen. Dies betrifft insbesondere eine Zunahme der Anzahl

- alter Menschen mit Migrationshintergrund
- alter Menschen mit Behinderungen
- pflegebedürftiger Menschen
- von Menschen mit Demenzerkrankungen
- von Armut betroffener alten Menschen (siehe auch Kapitel 4.5)
- allein lebender, teilweise kinderloser alter Menschen.[13]

[12] vgl. Stadt Mannheim (2017): Wohnungsmarkt-Monitoring 2016, S. 10; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016: Gutes Zusammenleben im Quartier, S. 13.

[13] vgl. Stoll, David; Greger, Birgit; Wohlrab, Doris (2012): Rahmenbedingungen für ein Altern mit Zukunft, in: Pohlmann, Stefan (Hrsg.): Altern mit Zukunft, S. 217.

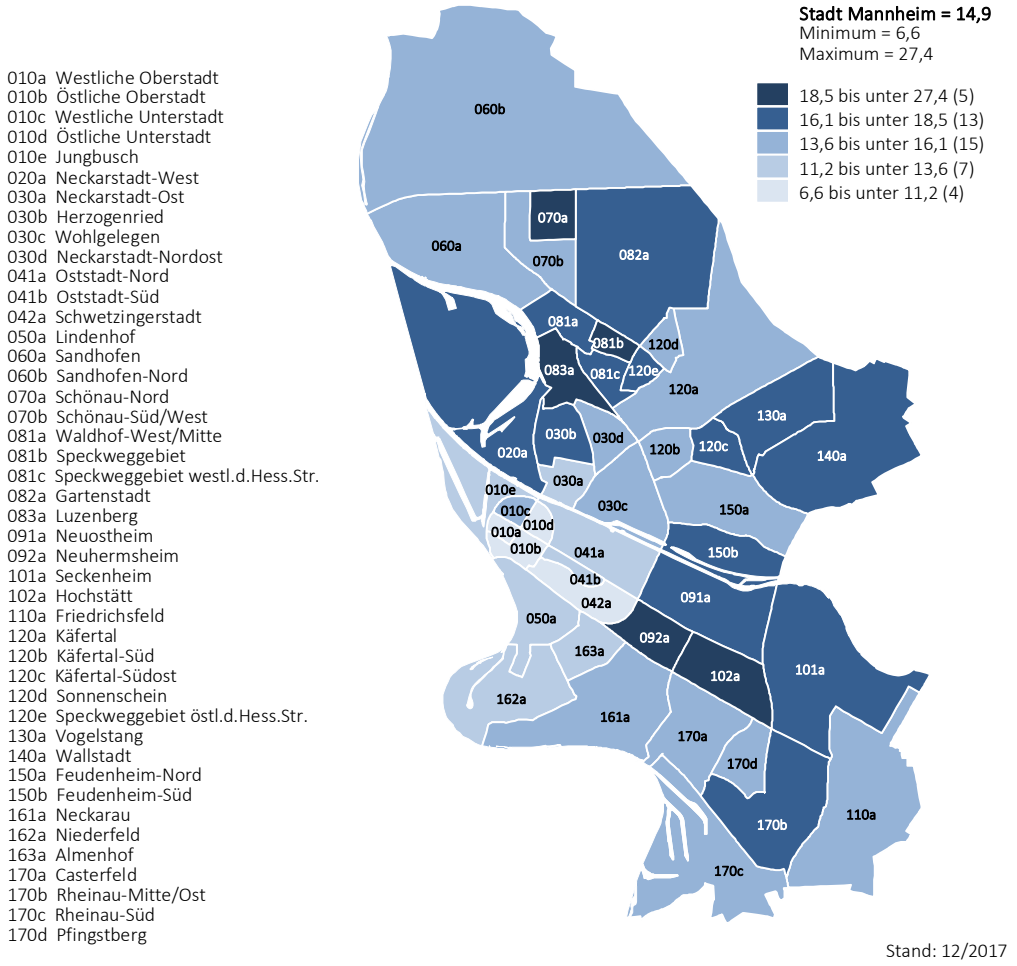
Kleinräumiger Indikator: Anteil der jungen Bevölkerung

Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Prozent

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator gibt den Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung wieder. Diese Kennzahl gibt einen Hinweis auf den Bedarf an Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. So sind etwa für die bedarfsgerechte Planung und Bereitstellung einer Bildungsinfrastruktur (z.B. in Form von Plätzen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsstätten und spezifischen Unterstützungsangeboten) grundlegende Daten zur Bevölkerungsstruktur unverzichtbar.[14]

Abbildung 2-3: Anteil der unter 18-jährigen Bevölkerung (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

[14] vgl. Stadt Mannheim (2015): Vor Ort entscheidet es sich – Zukunft gestalten. 3. Mannheimer Bildungsbericht 2015, S. 20.

Im Jahr 2017 betrug die Anzahl der Einwohner/innen unter 18 Jahren 46.965 Personen. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt damit bei 14,9 Prozent. Zwischen 2014 und 2017 nahm die Zahl der unter 18-Jährigen leicht zu (um rund 1.100 Personen).

Am höchsten ist der Anteil der jungen Bevölkerung auf der Hochstätt: Mehr als jede/r vierte Einwohner/in (27,4 %) ist dort unter 18 Jahre alt. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der unter 18-jährigen Einwohner/innen in Luzenberg (22,0 %), Schönau-Nord (19,4 %), Neuhermsheim (19,2 %) und im Speckweggebiet (18,9 %).

Die Planungsräume mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen sind gleichzeitig überwiegend durch einen hohen Anteil an Transferleistungsbezieher/innen gekennzeichnet (vgl. Kapitel 4.1). Zudem geht der hohe Anteil der unter 18-jährigen Bevölkerung in den genannten Planungsräumen Hochstätt, Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße und Schönau-Nord mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Alleinerziehendenhaushalten einher (vgl. Kapitel 2.3).

Gering ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der Innenstadt sowie den innenstadtnahen Planungsräumen Schwetzingerstadt (9,3 %), Oststadt (-Süd: 11,5 % und -Nord: 12,1 %) und Lindenhof (11,8 %).

Tabelle 2-1: Anzahl und Anteil der unter 18-Jährigen (absolut und in %)

	Bevölkerung unter 18 Jahre				Anteil unter 18 Jährige an der Gesamtbevölkerung (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Hochstätt	835	867	879	876	26,8	27,6	27,8	27,4
Luzenberg	661	692	684	677	21,6	22,3	22,3	22,0
Schönau-Nord	1.857	1.830	1.800	1.782	19,6	19,4	19,3	19,4
Neuhermsheim	926	939	922	873	20,1	20,4	20,2	19,2
Speckweggebiet	825	837	899	1.000	17,2	17,6	18,4	18,9
Waldhof-West/Mitte	688	722	749	767	17,6	17,8	18,1	18,5
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	477	457	474	482	18,0	17,6	18,3	18,4
Käfertal-Südost	786	771	800	813	18,9	17,8	17,8	18,0
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	403	372	356	333	20,4	19,3	18,4	17,7
Herzogenried	1.361	1.342	1.341	1.310	17,5	17,4	17,8	17,6
Mannheim	**45.861**	**46.251**	**46.768**	**46.965**	**14,7**	**14,8**	**15,0**	**14,9**
Oststadt-Nord	856	882	914	922	11,5	11,7	12,1	12,1
Jungbusch	807	798	787	767	12,8	12,6	12,5	12,1
Lindenhof	1.466	1.492	1.572	1.585	11,2	11,3	11,8	11,8
Oststadt-Süd	529	578	526	548	11,2	12,1	11,2	11,5
Schwetzingerstadt	909	937	961	981	9,1	9,3	9,4	9,3
Östliche Unterstadt	691	708	700	717	9,1	9,2	9,3	9,2
Westliche Oberstadt	260	273	272	270	7,6	8,0	7,8	7,3
Östliche Oberstadt	272	273	262	261	7,2	7,1	6,9	6,6

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Kleinräumiger Indikator: Anteil der älteren Bevölkerung

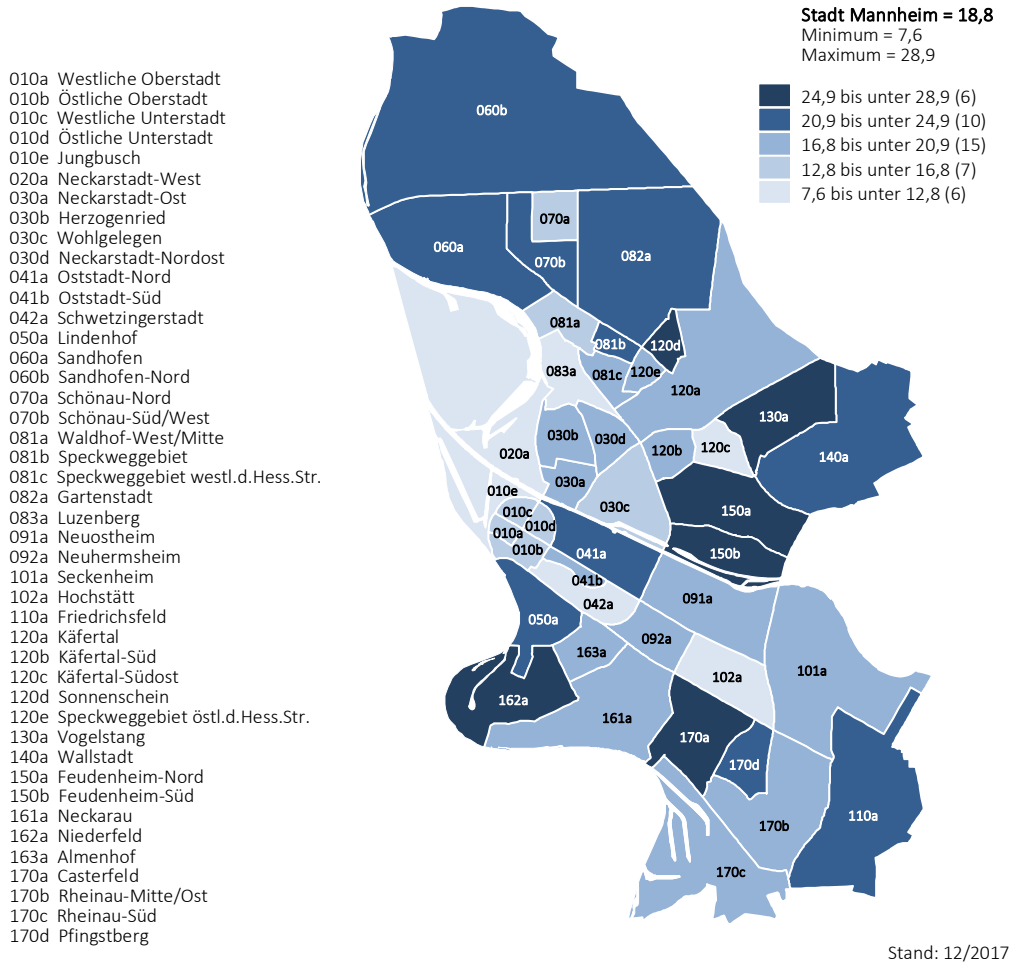
Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung am Ort der Hauptwohnung in %

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Die kleinräumige Betrachtung des Anteils der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gibt Hinweise auf Anforderungen an die soziale Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Altenhilfe (Berücksichtigung altenspezifischer Anforderungen, z. B. Barrierefreiheit, Nachbarschaftshilfe, soziale Dienste), um älteren Menschen so lange wie möglich das Führen eines selbstbestimmten Lebens zu ermöglichen.

Von 57.272 im Jahr 2010 auf 59.544 Personen im Jahr 2017 nahm die Zahl der älteren Menschen in Mannheim kontinuierlich zu. Aufgrund der insgesamt wachsenden Einwohnerzahl Mannheims blieb der Anteil der ab 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung allerdings nahezu konstant. Zum Stand Dezember 2017 betrug der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung 18,8 Prozent.

Abbildung 2-4: Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Der Anteil der älteren Bevölkerung fällt in den einzelnen Planungsräumen sehr unterschiedlich aus. Die »älteste« Bevölkerung hat der Planungsraum Vogelstang: 28,9 Prozent der Einwohner/innen sind 65 Jahre oder älter. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil der älteren Bevölkerung mit mehr als einem Viertel weisen auch die Planungsräume Sonnenschein (26,4 %), Feudenheim-Nord (25,4 %), Feudenheim-Süd (25,3 %), Casterfeld (25,2 %) und Niederfeld (25,1 %) auf.

Sehr gering ist der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dagegen im Jungbusch (7,6 %), in Luzenberg (9,5 %), auf der Hochstätt (9,9 %), in der Neckarstadt-West (11,6 %) und in Käfertal-Südost (11,8 %) – diese Planungsräume sind durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen und/oder Personen im Erwerbsalter geprägt.

Ein unterdurchschnittlicher Anteil der älteren Bevölkerung ist neben den genannten Planungsräumen charakteristisch für die Innenstadt und innenstadtnahe Planungsräume. Hohe Anteile Älterer sind in der Regel in Quartieren zu finden, in denen – zumeist in den 1960er/1970er Jahren – in relativ kurzer Zeit umfangreiche Neubautätigkeiten stattfanden und in denen die damals neu zugezogene, oft altershomogene Bevölkerung »kollektiv gealtert« ist. In den entsprechenden Stadtquartieren, die häufig auch durch einen hohen Eigentumsanteil gekennzeichnet sind, wird diese Entwicklung im Zuge des fortschreitenden demografischen Wandels zu vielfältigen wohnungspolitischen und stadtplanerischen Herausforderungen führen – insbesondere der Frage der Bewohnernachfolge in den kleinräumigen Wohnungsbeständen.

Tabelle 2-2: Anzahl und Anteil der 65-Jährigen und Älteren (absolut und in %)

	Bevölkerung ab 65 Jahre				Anteil der 65-Jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Vogelstang	3.770	3.742	3.689	3.625	29,4	29,4	29,1	28,9
Sonnenschein	890	893	896	892	27,3	26,9	26,6	26,4
Feudenheim-Nord	2.489	2.448	2.419	2.414	26,3	26,0	25,7	25,4
Feudenheim-Süd	1.109	1.131	1.156	1.167	24,3	24,8	25,3	25,3
Casterfeld	1.484	1.480	1.478	1.494	25,2	24,9	25,1	25,2
Niederfeld	1.854	1.892	1.891	1.914	25,5	25,4	25,5	25,1
Pfingstberg	408	411	411	406	24,5	24,8	24,8	24,7
Oststadt-Nord	1.805	1.802	1.826	1.816	24,2	23,9	24,1	23,8
Gartenstadt	2.485	2.493	2.474	2.481	23,7	23,9	23,8	23,8
Wallstadt	1.819	1.827	1.859	1.888	23,0	23,0	23,5	23,7
Schönau-Süd/West	857	871	858	875	23,4	23,6	23,1	23,3
Mannheim	**58.978**	**59.148**	**59.234**	**59.544**	**18,9**	**18,9**	**18,9**	**18,8**
Wohlgelegen	753	754	753	751	14,1	14,2	14,1	13,8
Waldhof-West/Mitte	500	543	560	570	12,8	13,4	13,5	13,8
Östliche Oberstadt	553	560	539	541	14,7	14,6	14,2	13,7
Westliche Unterstadt	1.140	1.155	1.134	1.141	12,5	12,7	13,0	13,0
Östliche Unterstadt	1.028	1.026	1.012	1.010	13,6	13,3	13,4	12,9
Westliche Oberstadt	471	460	461	474	13,8	13,4	13,1	12,9
Schwetzingerstadt	1.350	1.319	1.333	1.304	13,5	13,1	13,1	12,4
Käfertal-Südost	476	508	520	533	11,5	11,8	11,6	11,8
Neckarstadt-West	2.398	2.409	2.365	2.392	11,3	11,8	11,6	11,6
Hochstätt	319	307	305	316	10,2	9,8	9,7	9,9
Luzenberg	274	282	289	293	8,9	9,1	9,4	9,5
Jungbusch	497	503	497	483	7,9	7,9	7,9	7,6

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

2.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Anstelle des Anteils der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit wird im Folgenden das in der Statistik mittlerweile gängige Konzept der **»Bevölkerung mit Migrationshintergrund«** verwendet.

Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Unterscheidung der Bevölkerung nach ihrer Staatsangehörigkeit immer weniger ausreicht, um die Lebenswirklichkeit der Bevölkerungsgruppe der Zuwander/innen zu beschreiben. Denn ein großer Teil der Zugewanderten und ihrer Kinder haben die deutsche Staatsbürgerschaft erworben bzw. bei Geburt erlangt und werden daher in einer Statistik, die sich auf die Staatsangehörigkeit stützt, nicht erfasst.[16]

Begriffserklärung: Migrationshintergrund

Als Einwohner/innen mit Migrationshintergrund gelten Ausländer/innen, eingebürgerte Deutsche und Aussiedler/innen sowie Kinder unter 18 Jahren, bei denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt.[15]

Dagegen umfasst das Merkmal »Migrationshintergrund« sowohl die ausländische Bevölkerung als auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, wenn sie entweder

- im Ausland geboren sind,
- eingebürgert worden sind,
- (mindestens) einen ausländischen Elternteil haben,
- neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen,
- oder wenn (mindestens) ein Elternteil aus dem Ausland eingewandert ist und/oder eingebürgert wurde.

Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit

Das statistische Konzept des »Migrationshintergrunds« setzt an der Feststellung an, dass die Unterscheidung zwischen »Deutschen« und »Ausländern« an Erklärungskraft verloren hat. Allerdings ist auch der Begriff der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht unproblematisch, da die Ebenen der Migrationserfahrung mit der Staatsbürgerschaft vermischt werden. Mit der angegebenen Definition werden auch (insbesondere jüngere) Personen zu »Menschen mit Migrationshintergrund«, bei denen eine eigene Migrationserfahrung gar nicht vorliegt. Dies spiegelt sich etwa in der Tatsache wider, dass 71,2 Prozent der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren in Mannheim geboren sind.[17] Bei allen folgenden Ausführungen muss daher beachtet werden, dass Migrationshintergrund und Zuwanderung nicht gleichbedeutend sind.

Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass Einwohner/innen mit Migrationshintergrund per se keine gesellschaftliche Problemgruppe sind.[18] Die Herausforderungen ergeben sich vielmehr aus der in der Regel überdurchschnittlichen Verbreitung von integrationshemmenden strukturellen Merkmalen wie geringer beruflicher Qualifikation oder

---

15 vgl. Stadt Mannheim (2016): Einwohner mit Migrationshintergrund in kleinräumiger Gliederung.

16 Seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhält ein großer Teil der Kinder ausländischer Eltern bereits mit Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, daher geht der Anteil von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit seit 2000 überproportional zurück; vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2013): Bevölkerungsentwicklung 2013. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel, S. 48.

17 Stadt Mannheim, Kommunale Statistikstelle: Statistikatlas (Abfrage am 14.05.2018)

18 vgl. Schmitz-Veltin, Ansgar; Bulenda, Norman (2017): Der Migrationshintergrund in der Kommunalstatistik. Möglichkeiten und Grenzen registergestützter Daten, in: sozialmagazin 5-6/2017, S. 63f.

sprachlichen Defiziten, die allerdings nicht auf alle Personen mit Migrationshintergrund gleichermaßen zutreffen. Zu berücksichtigen ist, dass die Kategorie des Migrationshintergrunds auch die unterschiedlichen gruppenbezogenen Herkunfts- und Sozialisationserfahrungen nur unzureichend reflektiert und es beachtliche Unterschiede hinsichtlich des Qualifikationsniveaus von Migrantengruppen gibt. Ein Integrationsbedarf kann daher aus den Daten zum Migrationshintergrund allein nicht abgeleitet werden, beispielsweise kann aber eine noch nicht allzu lang zurückliegende eigene Migrationserfahrung mit Sprach- und Integrationsproblemen bzw. sozialer Ausgrenzung verbunden sein.

Von den 316.126 Einwohner/innen mit Hauptwohnsitz[19] in der Stadt Mannheim zum 31.12.2017 besaßen 238.244 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft, 77.882 Personen waren ausländischer Nationalität (dies entspricht einem Ausländeranteil von 24,6 Prozent). Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ergibt sich eine Gesamtzahl von 138.675 Personen, da zur Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit noch 60.793 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit hinzukommen, die nach den oben angegebenen Kriterien einen Migrationshintergrund aufweisen. Damit beträgt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Mannheimer Bevölkerung im Jahr 2017 43,9 Prozent.

Abbildung 2-5: Bevölkerung mit Hauptwohnsitz in der Stadt Mannheim nach Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund (31.12.2017)

		Staatsangehörigkeit			
		deutsch		nicht deutsch	
Lage des Geburtsortes	Deutschland	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Eingebürgerte, Kinder von Eingebürgerten und Aussiedlern	Nicht zugewanderte Ausländer der 2. und 3. Generation	= Einwohner ohne eigene Migrationserfahrung
	Ausland		Eingebürgerte, Aussiedler	Zugewanderte Ausländer der ersten Generation	= Einwohner mit eigener Migrationserfahrung
		Deutsche ohne Migrationshintergrund 177.451 (56,1 %)	Deutsche mit Migrationshintergrund 60.793 (19,2 %)	Ausländer 77.882 (24,6 %)	
			Bevölkerung mit Migrationshintergrund 138.675 (43,9 %)		

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung, eigene Darstellung in Anlehnung an Schmitz-Veltin/Bulenda 2017. Angaben zu Bevölkerungszahlen ohne Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Zahl und der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland nahm langfristig gesehen kontinuierlich zu – die Bevölkerungsentwicklung verlief entsprechend der Zuwanderungsphasen nach (West-) Deutschland. So besteht ein Großteil der heutigen

[19] Angaben ohne Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften (siehe Erläuterungen in Kapitel 1.2)

ausländischen Bevölkerung aus Personen, die zwischen 1955 und 1973 als sogenannte »Gastarbeiter/innen« aus den ehemaligen Anwerbeländern zuwanderten, sowie deren Familienangehörigen und ihren in Deutschland geborenen Nachkommen.

Seit Ende der 1980er Jahre wird die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durch neue Zuwanderergruppen geprägt. Dies sind zum einen deutschstämmige Aussiedler/innen bzw. Spätaussiedler/innen aus den ehemaligen Ostblockstaaten und jüdische Zuwander/innen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, zum anderen Asylsuchende und Flüchtlinge.

In den letzten Jahren war die Zuwanderung geprägt durch den wachsenden Zuzug von Personen aus den EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien sowie den Zuzug von Personen im Kontext der Fluchtmigration (siehe Kapitel 2.4).

Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Hauptgrund der benachteiligten Lebenslage und der Integrationsdefizite vieler Zuwanderergruppen ist neben sprachlichen Barrieren auch deren oftmals geringeres berufliches Bildungsniveau. Da die »Gastarbeiter« vor allem für manuelle Hilfstätigkeiten angeworben wurden, gibt es unter den Zuwanderern der ersten Generation aus den Anwerbeländern (Türkei und südeuropäische EU-Länder) besonders viele Geringqualifizierte.[20] Da »gleichzeitig aber keinerlei Integrationsbemühungen oder Sprachkurse stattfanden, übertrug sich die Bildungsferne fast automatisch auf den Nachwuchs der Gastarbeiter. Diese Defizite sind bis heute spürbar und sie zeigen sich in durchschnittlich niedrigen Bildungsabschlüssen der zweiten und dritten Generation«.[21]

Aufgrund der niedrigeren Bildungsabschlüsse liegt die Erwerbsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund deutlich unter der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, ihre Arbeitslosenquote ist häufig zwei- bis dreimal so hoch (siehe auch Kapitel 3.2).

Altersstruktur

Auch hinsichtlich ihrer Altersstruktur unterscheidet sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 20,4 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind unter 18 Jahre alt (gegenüber 10,7 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund). Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kommt den Familienhaushalten eine größere Bedeutung zu als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In Baden-Württemberg lebten im Jahr 2012 rund 64 Prozent der Migrant/innen in Familienhaushalten, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war es hingegen lediglich knapp die Hälfte (48 %). Hinzu kommt, dass in Familien mit Migrationshintergrund im Durchschnitt mehr Kinder leben.[22]

Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren fällt hingegen bei Menschen mit Migrationshintergrund (12,2 %) wesentlich niedriger aus als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (24,0 %; Bevölkerung insgesamt: 18,8 %).

---

[20] vgl. Höhne, Jutta (2016): Migrantinnen und Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): WISTA Wirtschaft und Statistik. Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration, S. 28.

[21] Klingholz, Reiner (2016): Deutschlands demografische Herausforderungen. Herausgegeben vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S. 9.

[22] vgl. Maier, Simone (2014): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg, S. 19ff.

Zwischen den einzelnen Altersgruppen unterscheidet sich der Anteil der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund erheblich. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ist bei den unter 18-Jährigen am höchsten. Auch in der Altersgruppe der 30- bis unter 45-Jährigen ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund mit etwa 53 Prozent überdurchschnittlich. Von den ab 80-Jährigen haben dagegen lediglich 21 Prozent einen Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 2-3).

Tabelle 2-3: Anzahl und Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 2010-2017

	Zahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund			Anteil an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Altersgruppe (in Prozent)		
	2010	2013	2017	2010	2013	2017
unter 18 Jahre	25.711	25.987	28.459	55,5	56,9	60,6
18 bis unter 30 Jahre	21.186	22.273	24.302	41,2	41,2	42,9
30 bis unter 45 Jahre	31.073	33.137	35.474	46,5	50,0	52,7
45 bis unter 65 Jahre	27.583	29.648	33.518	34,5	35,4	39,1
65 bis unter 80 Jahre	11.815	12.424	13.211	28,0	29,0	31,6
80 Jahre und älter	2.297	2.763	3.711	15,2	17,8	20,9
Insgesamt	119.665	126.232	138.675	39,7	41,0	43,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Ältere Migrant/innen sind zwar derzeit noch eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe, ihr Anteil – sowohl bezogen auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch bezogen auf die ältere Bevölkerung insgesamt – wird zukünftig aber überproportional zunehmen. Dazu trägt vor allem die Alterung der großen Bevölkerungsgruppe der zwischen 1955 und 1973 nach Deutschland eingewanderten »Gastarbeiter/innen« bei, die mit ihren Familien in Deutschland geblieben sind und die nun ins Rentenalter kommen.[23] Die erste Generation der Arbeitsmigrant/innen wird in den kommenden Jahren das achtzigste Lebensjahr erreichen und damit einen nicht zu unterschätzenden Teil der hochbetagten Klientel des sozialen Sektors ausmachen.[24]

Die das Rentenalter erreichenden Migrant/innen der ersten Generation sind verstärkt auf staatliche Hilfen angewiesen, da die eigene Rente aufgrund geringer Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung den Lebensunterhalt häufig nur unzureichend sichert (siehe auch Kapitel 4.5).[25] Hinzu kommen die Herausforderungen, vor denen die Pflege- und Sozialdienste stehen: Alternde Migrant/innen mit mangelhaften Sprachkenntnissen und eigenen kulturellen Gepflogenheiten haben einen besonderen Unterstützungsbedarf.[26] Wenngleich pflegebedürftige Migrant/innen derzeit weit überwiegend zu Hause durch eigene Verwandte versorgt werden und kaum professionelle Unterstützung in Anspruch nehmen, stehen Pflege- und Sozialdienste vor der Herausforderung, ihre Angebote an diese wachsende Personengruppe anzupassen.

[23] vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (2010): Empfehlungen des Deutschen Vereins zur besseren Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshintergrund, S. 2.

[24] vgl. Heinecker, Paula; Pohlmann, Stefan; Leopold, Christian (2012): Ältere Migranten als Klienten, in: Pohlmann, Stefan (Hrsg.) Altern mit Zukunft. Wiesbaden, S. 100.

[25] vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten. Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven, S. 34.

[26] vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014): Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, S. 7.

Kleinräumiger Indikator: Bevölkerung mit Migrationshintergrund

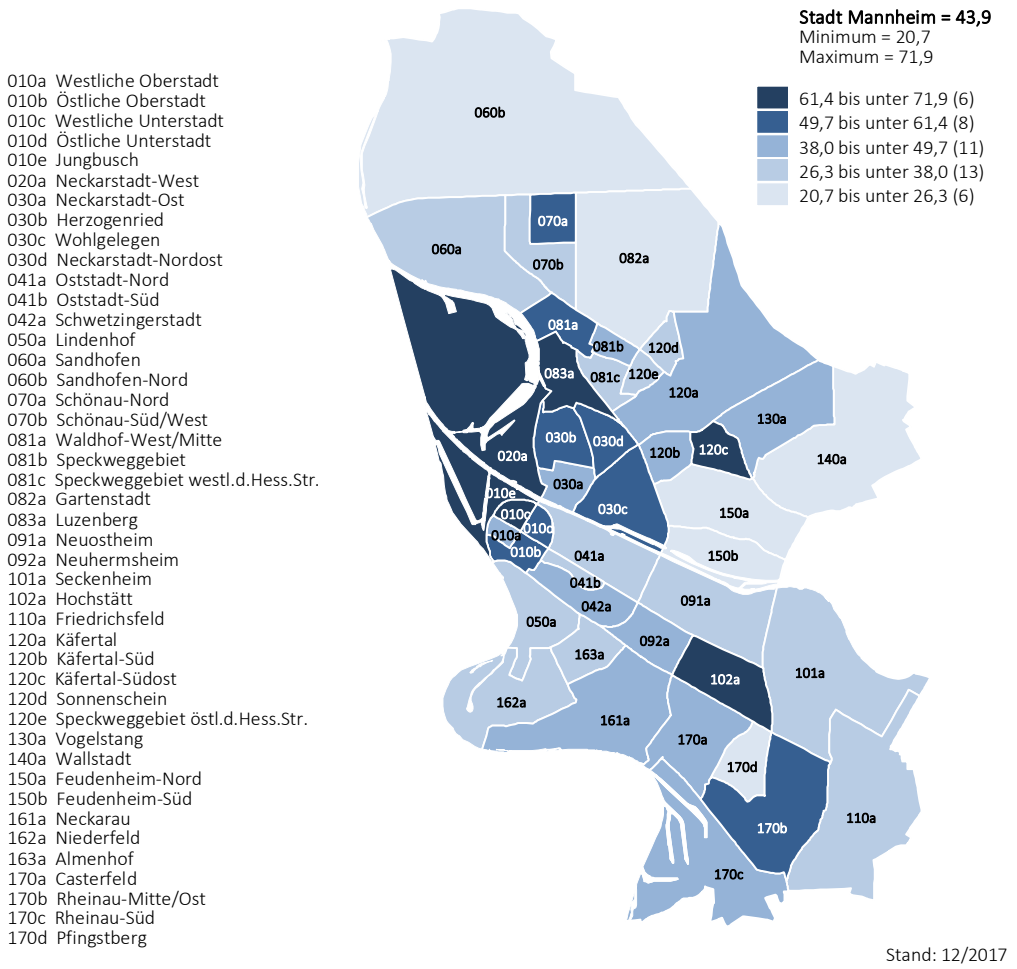
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Prozent

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung kann einen Hinweis auf erhöhte Integrationserfordernisse in einem Quartier geben. Häufig ist der Migrationshintergrund mit Merkmalen verbunden, die mit dem Risiko verminderter Chancen z.B. im Bereich Bildung oder am Arbeitsmarkt einhergehen.

Seit dem Jahr 2014 stieg die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund von 130.908 auf 138.675 im Jahr 2017, was einer Zunahme um etwa 6 Prozent entspricht. Der Anteil der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung Mannheims am Ort der Hauptwohnung betrug im Jahr 2017 43,9 Prozent.

Abbildung 2-6: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Die höchsten Anteile an Einwohner/innen mit Migrationshintergrund weisen Hochstätt (71,9 %), Luzenberg (71,5 %), die Westliche Unterstadt (69,6 %), Neckarstadt-West (67,8 %) und Jungbusch (67,7 %) auf. In diesen Planungsräumen haben mehr als zwei von drei Bewohner/innen einen Migrationshintergrund.

Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Planungsräumen, in denen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit unter einem Viertel vergleichsweise gering ausfällt. Unterdurchschnittliche Anteile sind fast ausschließlich in zentrumsfernen Planungsräumen zu finden, besonders in Feudenheim (Süd: 20,7 %, Nord: 22,9 %), in Wallstadt (22,7 %) sowie in Sandhofen-Nord (22,9 %).

Planungsräume mit einem hohen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind häufig auch von überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen geprägt. Das Zusammentreffen der beiden Faktoren führt in den jeweiligen Quartieren zu erheblichen Herausforderungen bezüglich sozialer Integration und gesellschaftlicher Teilhabe.

Tabelle 2-4: Anzahl und Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

	Bevölkerung mit Migrationshintergrund				Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Hochstätt	2.169	2.226	2.277	2.303	69,6	70,8	72,1	71,9
Luzenberg	2.087	2.144	2.143	2.203	68,0	69,0	69,9	71,5
Westliche Unterstadt	6.375	6.432	6.094	6.100	69,9	70,6	69,9	69,6
Neckarstadt-West	14.270	13.530	13.667	14.012	66,9	66,2	67,1	67,8
Jungbusch	4.366	4.324	4.312	4.298	69,0	68,3	68,5	67,7
Käfertal-Südost	2.633	2.714	2.870	2.910	63,4	62,8	63,9	64,5
Herzogenried	4.630	4.599	4.550	4.480	59,5	59,7	60,4	60,2
Waldhof-West/Mitte	2.110	2.279	2.401	2.444	54,0	56,1	58,1	59,0
Wohlgelegen	3.035	3.022	3.121	3.200	57,0	57,1	58,3	59,0
Östliche Unterstadt	4.273	4.452	4.271	4.469	56,5	57,6	56,8	57,1
Rheinau-Mitte/Ost	5.617	5.816	5.899	5.912	53,6	54,7	55,3	55,9
Mannheim	**130.908**	**133.406**	**135.263**	**138.675**	**42,0**	**42,7**	**43,2**	**43,9**
Friedrichsfeld	1.550	1.596	1.629	1.675	28,7	29,6	30,1	30,9
Niederfeld	2.024	2.177	2.214	2.315	27,8	29,3	29,8	30,3
Schönau-Süd/West	934	982	1.004	1.088	25,5	26,6	27,0	29,0
Seckenheim	3.167	3.333	3.494	3.570	25,2	26,2	27,4	28,0
Sonnenschein	817	862	907	944	25,1	26,0	27,0	27,9
Neuostheim	691	726	747	758	24,6	26,1	26,4	26,8
Gartenstadt	2.388	2.450	2.499	2.599	22,8	23,5	24,1	24,9
Pfingstberg	377	386	395	403	22,6	23,3	23,8	24,5
Feudenheim-Nord	1.952	1.946	2.039	2.177	20,6	20,7	21,6	22,9
Sandhofen-Nord	393	416	451	452	20,1	21,4	22,6	22,9
Wallstadt	1.652	1.680	1.721	1.805	20,9	21,2	21,7	22,7
Feudenheim-Süd	861	899	931	953	18,8	19,7	20,3	20,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

2.3 Struktur der Privathaushalte

Die langfristige Entwicklung der Privathaushalte ist durch eine Veränderung der Haushaltsgröße und -zusammensetzung, in erster Linie infolge der Verringerung der durchschnittlichen Personenzahl je Haushalt, gekennzeichnet. Der Trend zur Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße resultiert vor allem aus den niedrigen Kinderzahlen, dem steigenden Anteil der Alleinlebenden und dem Aufschub der Familiengründung in spätere Lebensphasen. Auch die zunehmende Zahl der Partnerschaften mit separater Haushaltsführung infolge gestiegener beruflicher Mobilität ist mit der Bildung kleinerer Haushalte verbunden.[27]

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg lag die durchschnittliche Haushaltgröße in der Stadt Mannheim im Jahr 1961 noch bei 2,5 Personen je Haushalt. Seitdem ist ein kontinuierlicher Rückgang bis auf 1,8 Personen je Haushalt zu verzeichnen.[28] Parallel stieg die Anzahl der Privathaushalte im Stadtgebiet Mannheim laut Statistischem Landesamt von 122.380 (1961) auf 169.770 (2006). Im Jahr 2017 gab es nach Angaben der Kommunalen Statistikstelle in Mannheim bereits 173.533 Privathaushalte.

Diese Entwicklung ging mit einer langfristigen Zunahme der Zahl und des Anteils der Einpersonenhaushalte einher. Generell gibt es in Deutschland immer mehr Menschen, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenwohnen oder nie Kinder bekommen haben, entsprechend wächst der Anteil der Haushalte, in denen nur eine Person lebt. Während der Anteil der Einpersonenhaushalte im Jahr 1970 in den alten Bundesländern rund ein Viertel betrug, lag er 1990 bei gut einem Drittel und 2010 bereits bei rund 40 Prozent.[29] In Städten ist der Anteil der Einpersonenhaushalte in der Regel noch höher: so sind 2017 in der Stadt Mannheim mehr als die Hälfte der Haushalte (51,7 %) Einpersonenhaushalte.

Die Haushalts- bzw. Familienform ist eine wichtige Determinante für die Einkommenslage: insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind überdurchschnittlich von Armutsrisiken betroffen (vgl. auch Kapitel 4.4).

Alleinerziehende haben darüber hinaus häufig besondere Bedarfe an Infrastrukturangeboten, beispielsweise bezüglich des Betreuungsangebotes für Kinder. Dies resultiert unter anderem aus zeitlichen Belastungen, aus der finanziellen Situation, aus Wohnraumknappheit und stärkerer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit.

Alleinlebende Ältere

Zwar geht der Anteil der in Einpersonenhaushalten lebenden älteren Menschen an der Gesamtzahl älterer Menschen zurück[30], dennoch sind ältere Menschen – neben 25- bis 35jährigen Männern – die Bevölkerungsgruppe, die relativ am häufigsten alleine in einem Haushalt lebt. Dabei sind geschlechtsspezifische Unterschiede zu beobachten: Frauen leben im Alter (insbesondere bei den Hochaltrigen) deutlich häufiger alleine als Männer. Von den ab 80-jährigen Frauen lebt fast die Hälfte (49 %) in einem Einpersonenhaushalt, während die-

[27] vgl. Brachat-Schwarz, Werner (2017): Setzt sich der Trend zu kleineren Privathaushalten fort? Ergebnisse einer neuen Haushaltsvorausberechnung für Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5 + 6/2017.

[28] vgl. Stadt Mannheim (2017): Anzahl und Struktur der Mannheimer Privathaushalte in kleinräumiger Gliederung. Statistische Daten Mannheim 2/2017.

[29] vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 58f.

[30] vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2016): Bevölkerungsentwicklung 2016. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel, S. 67.

ser Anteil bei den Männern mit etwa 28 Prozent deutlich geringer ausfällt. Die höhere Lebenserwartung von Frauen führt zusammen mit einer Struktur der Partnerschaften, in denen der Mann meist älter als die Frau ist, dazu, dass (verwitwete) Frauen im höheren Alter überdurchschnittlich oft alleine leben.[31]

Tabelle 2-5: Einpersonenhaushalte nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund (Dezember 2017) und Anteile an der wohnberechtigten Bevölkerung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

	insgesamt	Männer	Frauen	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
Anzahl					
unter 25 Jahre	10.664	5.351	5.313	3.727	6.937
25 bis unter 35 Jahre	19.332	11.377	7.955	8.037	11.295
35 bis unter 45 Jahre	12.195	8.128	4.067	6.188	6.007
45 bis unter 55 Jahre	14.026	8.898	5.128	5.337	8.689
55 bis unter 65 Jahre	12.685	6.833	5.852	4.119	8.566
65 bis unter 80 Jahre	13.573	5.228	8.345	4.002	9.571
80 Jahre und älter	7.284	1.868	5.416	1.490	5.794
Insgesamt	89.759	47.683	42.076	32.900	56.859
Anteil					
unter 25 Jahre	13,8	13,7	14,0	9,1	19,1
25 bis unter 35 Jahre	37,9	43,1	32,4	33,5	41,8
35 bis unter 45 Jahre	28,6	36,3	20,0	26,4	31,2
45 bis unter 55 Jahre	29,9	36,1	23,1	26,8	32,2
55 bis unter 65 Jahre	32,7	34,8	30,4	30,2	34,0
65 bis unter 80 Jahre	32,5	27,1	37,1	30,3	33,5
80 Jahre und älter	41,1	27,9	49,1	40,2	41,3
Insgesamt	28,4	30,1	26,6	23,7	32,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Die alleinstehenden Älteren sind im Falle fehlender lokaler verwandtschaftlicher Netzwerke auf die Hilfe der Kommunen, von Pflegediensten oder von ehrenamtlichen Unterstützern angewiesen.[32] Mit dem »Hineinwachsen« stark besetzter Altersgruppen in solche Altersgruppen, die überwiegend in kleinen Haushalten leben – insbesondere in die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren – wird die Zahl kleinerer Haushalte künftig voraussichtlich weiter ansteigen.

Der Wandel der Haushalts- und Familienformen ist für die Entwicklung der Nachfrage am Wohnungsmarkt von hoher Relevanz. Die zu erwartende steigende Anzahl der älteren Menschen wird die Wohnungsnachfrage nach kleinen 1- bis 2-Zimmer-Wohnungen erhöhen. Aufgrund der Einkommensentwicklung bei der älteren Bevölkerung mit einem prognostizierten Anstieg der Zahl der Grundsicherungsbezieher/innen im Alter (vgl. Kapitel 4.5) ist eine größere Zahl an preisgünstigen kleineren Wohnungen erforderlich.

[31] vgl. Körner-Blätgen, Nadine; Sturm, Gabriele (2016): Wandel demografischer Strukturen in deutschen Großstädten. BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2016, S. 18.

[32] vgl. Klingholz, Reiner (2016): Deutschlands demografische Herausforderungen. Herausgegeben vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S. 14.

Kleinräumiger Indikator: Einpersonenhaushalte

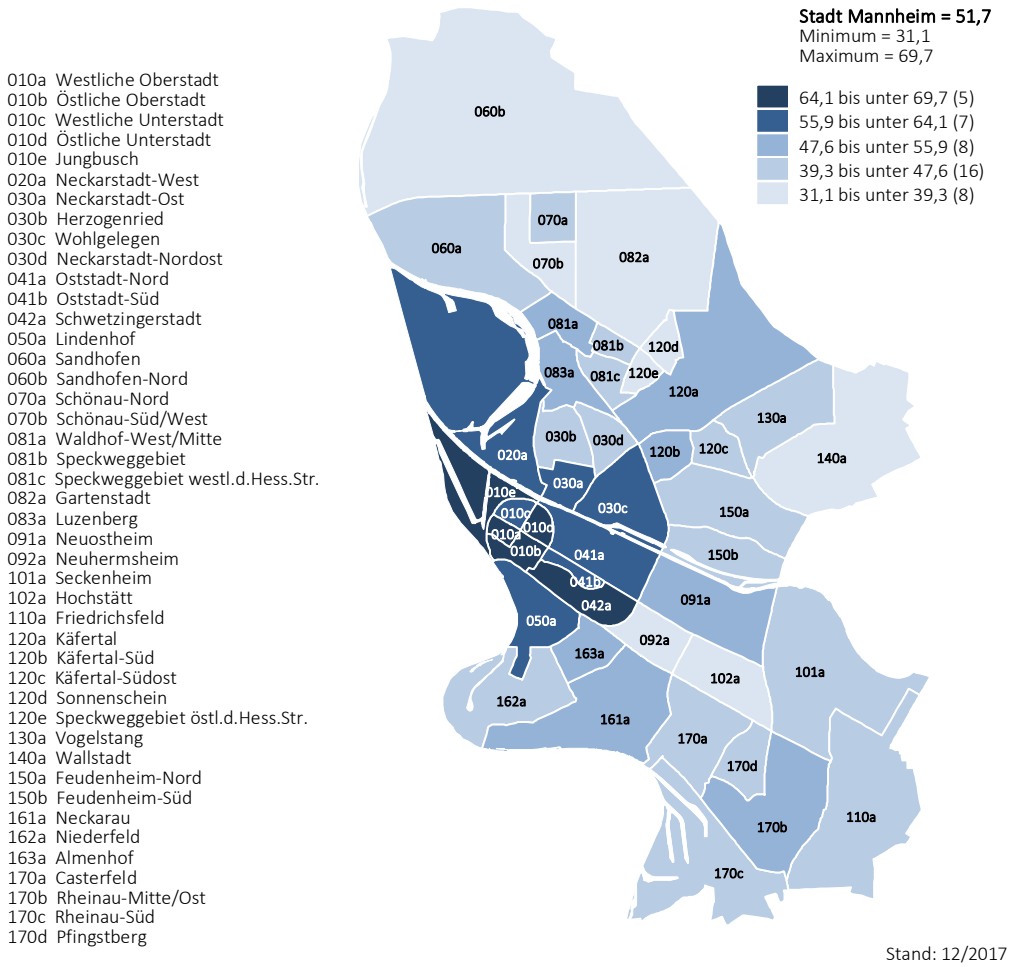
Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten in Prozent

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator gibt Auskunft über den Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten. Die zunehmende Zahl der Einpersonenhaushalte ist einerseits eine Folge demografischer Verschiebungen im Altersaufbau (Zunahme der Zahl älterer Menschen bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl jüngerer Menschen) und andererseits Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels der Lebensformen (Individualisierung).

Unter den insgesamt 173.533 Privathaushalten in der Stadt Mannheim sind 89.759 Privathaushalte alleinlebender Personen. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten beträgt somit 51,7 Prozent.

Abbildung 2-7: Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Besonders hohe Anteile an Einpersonenhaushalten finden sich in der Innenstadt sowie in innenstadtnahen Planungsräumen: in der Östlichen Oberstadt (69,7 %), der Östlichen Unterstadt (69,1 %), der Schwetzingerstadt (67,7 %), der Westlichen Oberstadt (66,6 %) und im Jungbusch (65,8 %) sind etwa zwei Drittel aller Privathaushalte Einpersonenhaushalte.

Niedrige Anteile an Einpersonenhaushalten finden sich in innenstadtfernen Planungsräumen, die überwiegend durch eine Bebauung mit Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Reihenhäusern gekennzeichnet sind und infolgedessen von Familienhaushalten geprägt werden. Dazu zählen insbesondere Neuhermsheim (31,1 %), Schönau-Süd/West (34,3 %) und Sandhofen-Nord (35,6 %). Geringe Anteile an Einpersonenhaushalten weisen auch die Gartenstadt (35,7 %), das Speckweggebiet östlich der Hessischen Straße (35,8 %), Hochstätt (36,8 %), Wallstadt (37,3 %) und Sonnenschein (37,8 %), auf.

Tabelle 2-6: Anzahl und Anteil der Einpersonenhaushalte

	Anzahl Einpersonenhaushalte				Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Östliche Oberstadt	2.221	2.255	2.220	1.993	72,5	72,1	71,5	69,7
Östliche Unterstadt	4.043	4.167	3.997	3.788	71,3	71,4	70,3	69,1
Schwetzingerstadt	5.282	5.329	5.364	4.977	70,0	70,0	69,6	67,7
Westliche Oberstadt	1.893	1.887	1.919	1.728	69,7	69,3	68,9	66,6
Jungbusch	2.834	2.866	2.863	2.678	66,9	67,0	67,0	65,8
Westliche Unterstadt	3.643	3.700	3.472	3.275	63,4	64,1	63,2	62,5
Neckarstadt-West	7.637	7.590	7.619	7.446	61,5	61,3	61,6	61,3
Oststadt-Süd	2.092	2.073	2.077	1.887	62,8	62,7	63,1	61,1
Neckarstadt-Ost	5.780	5.945	5.916	5.628	61,1	61,4	61,3	60,5
Mannheim	**93.679**	**94.940**	**94.642**	**89.759**	**52,7**	**52,9**	**52,8**	**51,7**
Friedrichsfeld	1.232	1.248	1.205	1.197	43,2	43,6	42,3	42,8
Rheinau-Süd	1.307	1.390	1.425	1.450	40,8	42,0	42,0	42,7
Feudenheim-Süd	1.107	1.074	1.097	1.009	44,6	43,4	44,0	42,5
Casterfeld	1.278	1.315	1.291	1.228	42,8	43,4	43,1	42,3
Speckweggebiet	1.145	1.101	1.056	1.060	46,1	45,0	43,1	41,6
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	390	386	399	364	42,1	42,0	42,7	41,4
Vogelstang	2.553	2.678	2.693	2.550	40,1	41,3	41,8	41,1
Seckenheim	2.597	2.664	2.752	2.560	41,1	41,5	42,5	40,8
Käfertal-Südost	723	793	847	875	37,1	38,4	39,1	40,2
Sonnenschein	630	615	611	604	39,7	38,4	37,6	37,8
Wallstadt	1.453	1.488	1.524	1.436	37,5	37,9	38,6	37,3
Hochstätt	540	510	510	497	39,1	37,6	37,7	36,8
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	471	461	458	432	37,3	36,9	36,9	35,8
Gartenstadt	1.828	1.836	1.837	1.748	36,4	36,5	36,6	35,7
Sandhofen-Nord	341	358	336	339	35,4	36,9	34,5	35,6
Schönau-Süd/West	587	589	584	594	34,1	34,0	33,4	34,3
Neuhermsheim	567	569	572	593	29,9	30,1	30,1	31,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

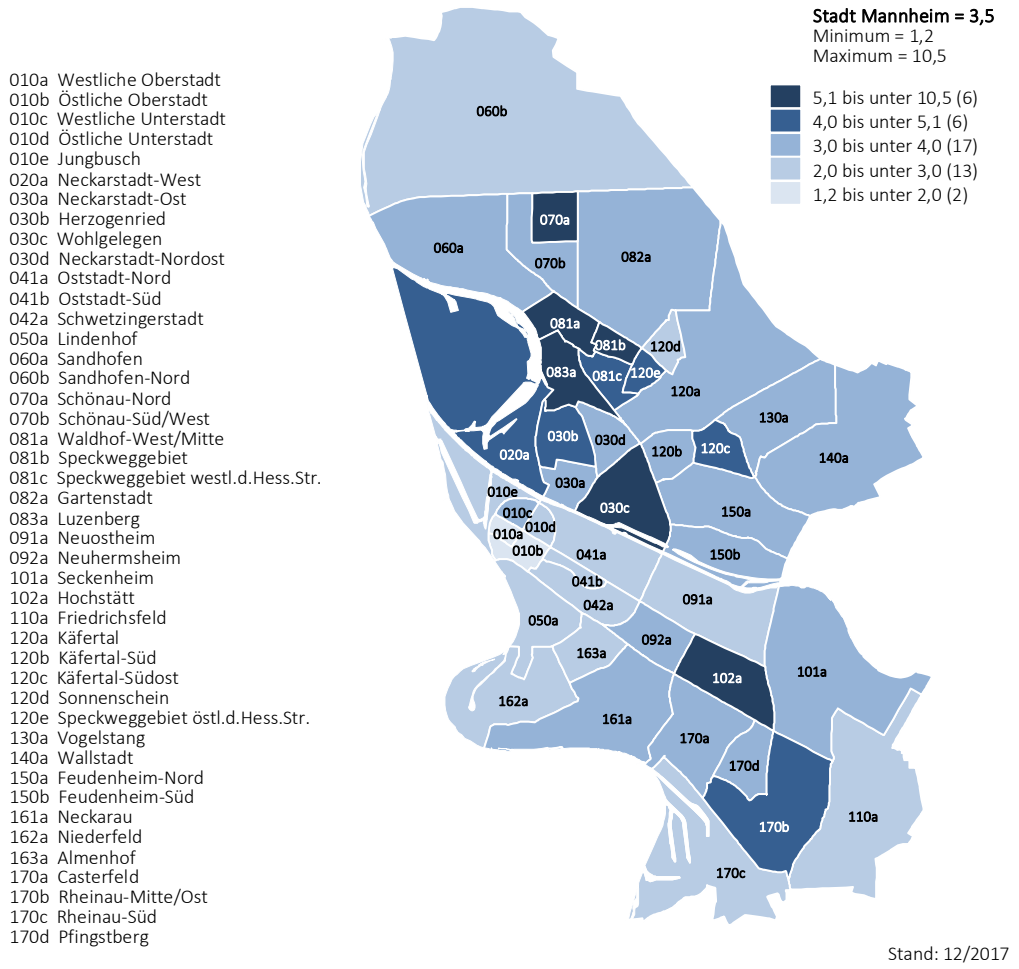
Kleinräumiger Indikator: Alleinerziehendenhaushalte

Anteil der Alleinerziehendenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren an allen Privathaushalten in Prozent

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator »Alleinerziehendenhaushalte« gibt einen Hinweis auf minderjährige Kinder, die von nur einem Elternteil betreut und erzogen werden. Da Alleinerziehende mit ihren Kindern häufig in sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Hinsicht besonders belastet sind, lässt der Indikator Rückschlüsse auf potentiell benachteiligte Lebenslagen zu. Alleinerziehendenhaushalte haben ein deutlich höheres Armutsrisiko als der Durchschnitt aller Haushalte oder der Paarhaushalte mit Kind(ern). Die Quote der Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Transferleistungen nach dem SGB II betrug bei den Alleinerziehendenhaushalten in der Stadt Mannheim im Jahr 2017 knapp 49 Prozent (siehe Kapitel 4.4). Darüber hinaus haben Alleinerziehende einen besonderen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen.

Abbildung 2-8: Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren an allen Privathaushalten (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Insgesamt sind 6.120 Haushalte in der Stadt Mannheim bzw. 3,5 % aller Haushalte Alleinerziehendenhaushalte. Planungsräume mit einem hohen Anteil an Alleinerziehenden sind vor allem Hochstätt (10,5 %) und Schönau-Nord (7,2 %). Auch in den Planungsräumen Speckweggebiet (6,2 %), Luzenberg (6,1 %), Waldhof-West/Mitte (5,5 %) und Wohlgelegen (5,4 %) finden sich überdurchschnittlich viele Alleinerziehendenhaushalte.

Ein hoher Anteil an Alleinerziehenden fällt dabei in der Regel zusammen mit einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (siehe Kapitel 4.4). Insbesondere Hochstätt und Schönau-Nord haben einen hohen Anteil Kinder und Jugendlicher an der Bevölkerung (Kapitel 2.1) und gleichzeitig eine ausgeprägte Armutsgefährdung dieser Altersgruppe. Eine zielgruppen- und sozialraumorientierte Bekämpfung der Kinderarmut sollte daher den Schwerpunkt auf diese Planungsräume legen.

Tabelle 2-7: Anzahl und Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren an allen Privathaushalten (in %)

	Anzahl Alleinerziehenden- haushalte				Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Hochstätt	131	127	124	142	9,5	9,4	9,2	10,5
Schönau-Nord	322	331	319	322	7,0	7,2	7,0	7,2
Speckweggebiet	133	137	143	157	5,4	5,6	5,8	6,2
Luzenberg	101	106	94	92	6,5	6,8	6,1	6,1
Waldhof-West/Mitte	126	110	123	119	5,7	4,9	5,4	5,5
Wohlgelegen	167	165	180	177	4,9	4,9	5,3	5,4
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	55	57	48	56	4,4	4,6	3,9	4,6
Mannheim	**6.129**	**6.249**	**6.198**	**6.120**	**3,4**	**3,5**	**3,5**	**3,5**
Almenhof	125	118	111	99	3,0	2,8	2,6	2,4
Oststadt-Nord	118	115	117	113	2,3	2,2	2,3	2,4
Jungbusch	88	113	99	97	2,1	2,6	2,3	2,4
Niederfeld	79	84	86	95	1,9	2,0	2,1	2,3
Oststadt-Süd	74	68	71	71	2,2	2,1	2,2	2,3
Rheinau-Süd	68	70	83	75	2,1	2,1	2,4	2,2
Östliche Unterstadt	97	109	119	109	1,7	1,9	2,1	2,0
Westliche Oberstadt	33	36	38	31	1,2	1,3	1,4	1,2
Östliche Oberstadt	50	51	43	34	1,6	1,6	1,4	1,2

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Kleinräumiger Indikator: Haushalte mit drei oder mehr Kindern

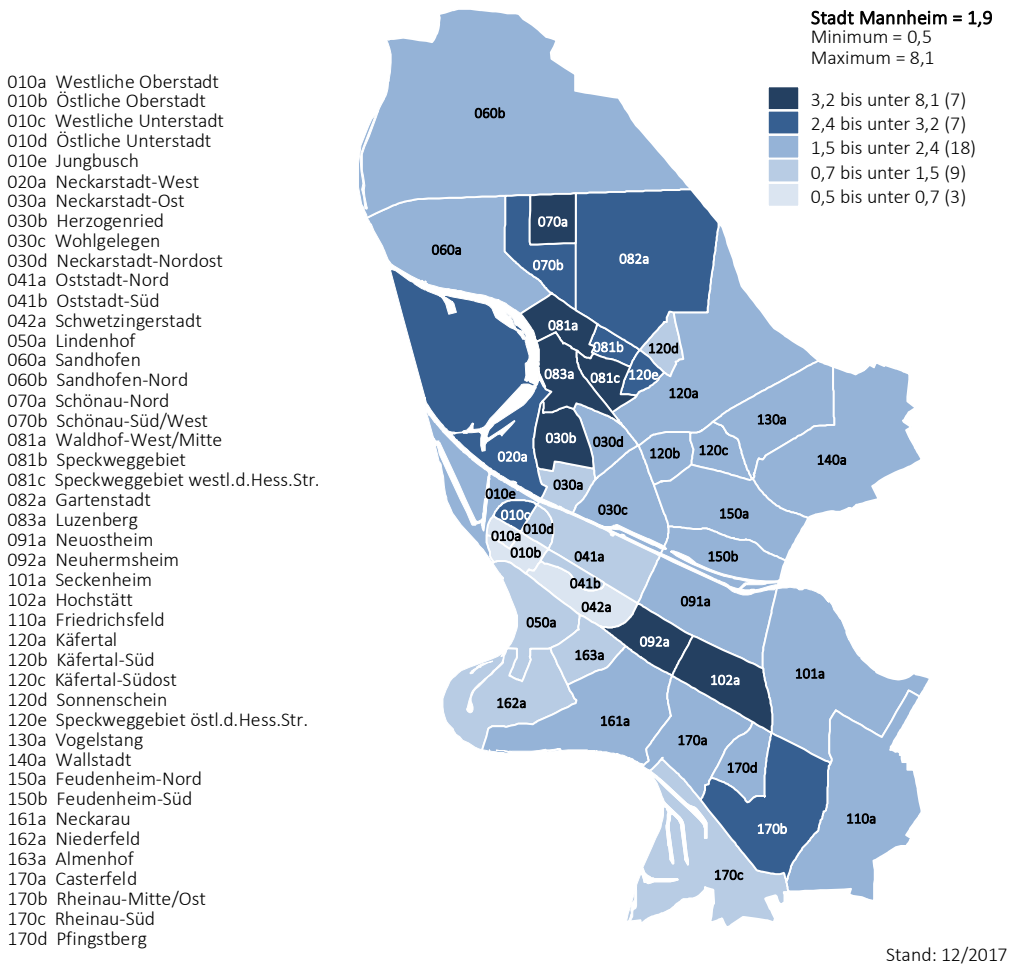
Anteil der Privathaushalte mit drei oder mehr Kindern unter 18 Jahren an allen Privathaushalten in Prozent

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator benennt den Anteil der Haushalte mit drei oder mehr Kindern an allen Privathaushalten. Eine hohe Anzahl von Kindern stellt ein erhöhtes Armutsrisiko dar.

In Mannheim beträgt der Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften an den Haushalten mit drei oder mehr Kindern etwa 31 Prozent und liegt damit deutlich höher als an der Gesamtheit aller Haushalte von 8,5 Prozent (vgl. Kapitel 4.4, Tabelle 4-7, S. 81).

Abbildung 2-9: Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren an allen Privathaushalten (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Infolge der langfristigen Veränderungen der Familien- und Lebensformen sind kinderreiche Familien heutzutage selten. Von den insgesamt 173.533 Privathaushalten in Mannheim lebten in 3.383 Haushalten drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren. Der Anteil dieser kinderreichen Haushalte an allen Haushalten beträgt damit lediglich 1,9 Prozent.

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil kinderreicher Haushalte in den Planungsräumen Hochstätt (8,1 %), Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße (4,7 %), Luzenberg (4,3 %), Schönau-Nord (3,9 %) sowie Herzogenried (3,6 %).

Tabelle 2-8: Anzahl und Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren an allen Privathaushalten (in %)

	Anz. Privathaushalte mit drei und mehr Kindern				Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Privathaushalten (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Hochstätt	99	97	105	109	7,2	7,1	7,8	8,1
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	53	48	45	41	5,7	5,2	4,8	4,7
Luzenberg	60	65	62	66	3,9	4,1	4,0	4,3
Schönau-Nord	178	172	176	173	3,9	3,7	3,8	3,9
Herzogenried	138	135	137	130	3,6	3,5	3,5	3,6
Waldhof-West/Mitte	69	76	74	74	3,1	3,4	3,3	3,4
Neuhermsheim	56	59	63	62	3,0	3,1	3,3	3,2
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	36	33	36	36	2,8	2,6	2,9	3,0
Mannheim	**3.192**	**3.200**	**3.296**	**3.383**	**1,8**	**1,8**	**1,8**	**1,9**
Oststadt-Süd	16	18	22	27	0,5	0,5	0,7	0,9
Oststadt-Nord	37	38	36	39	0,7	0,7	0,7	0,8
Östliche Unterstadt	37	41	49	45	0,7	0,7	0,9	0,8
Lindenhof	56	57	57	63	0,7	0,7	0,7	0,8
Schwetzingerstadt	42	41	44	45	0,6	0,5	0,6	0,6
Östliche Oberstadt	15	14	14	15	0,5	0,4	0,5	0,5
Westliche Oberstadt	13	14	14	13	0,5	0,5	0,5	0,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

2.4 Wanderungsbewegungen

Bei den Wanderungsbewegungen wird danach unterschieden, ob sie über die Stadtgrenze hinweg oder innerhalb des Stadtgebiets erfolgen. Wanderungen über die Stadtgrenze werden als Außenwanderung bezeichnet. Innerstädtische Wanderungen werden als Binnenwanderung bezeichnet.

Wanderungen sind einerseits für die Entwicklung der Bevölkerungs*zahl* von großer Bedeutung. Angesichts dauerhaft niedriger Geburtenzahlen ist die Außenwanderung ein entscheidender Faktor dafür, ob die Gesamtzahl der Bevölkerung zu- oder abnimmt. Andererseits beeinflussen Zu- und Abwanderung auch in starkem Maße die Zusammensetzung der Bevölkerung, insbesondere hinsichtlich der Altersverteilung und der beruflichen Qualifikation.

Die Zuwanderung in die Stadt Mannheim ist wesentlich bestimmt von den Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland. Diese Wanderungsströme lassen sich in verschiedene Zuwanderungsphasen einteilen, wie sie auch für Westdeutschland bzw. für Baden-Württemberg charakteristisch sind und die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bis heute prägen:

Seit Ende der 1950er-Jahre wanderten sogenannte »Gastarbeiter/innen« zunächst aus Italien, ab den 1960er-Jahren auch aus dem damaligen Jugoslawien, Spanien, Portugal und der Türkei zu. Von 1958 bis 1973 sind per Saldo etwa 830.000 Ausländer/innen aus dem Ausland nach Baden-Württemberg zugezogen. Aufgrund der durch die Ölkrise im Jahr 1973 ausgelösten Rezession wurde die Anwerbung gestoppt.[33]

Seit Ende der 1980er-Jahre wird die Zuwanderung durch neue Migrant/innengruppen geprägt. Dies sind zum einen deutschstämmige Aussiedler/innen bzw. Spätaussiedler/innen aus den ehemaligen Ostblockstaaten und jüdische Zuwander/innen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, zum anderen Asylsuchende und Flüchtlinge. Seit der ersten Runde der Osterweiterung der EU im Jahr 2004 hat sich die Zuwanderung aus den Beitrittsstaaten deutlich erhöht.[34]

Seit dem Jahr 2001 hat die Stadt Mannheim fast durchgehend einen positiven Außenwanderungssaldo und damit einen Nettowanderungsgewinn zu verzeichnen.[35] Eine Ausnahme bilden die Jahre 2004 mit einem Wanderungsverlust von -895 Personen und das Jahr 2005 mit einem ausgeglichenen **Wanderungssaldo**. Seit 2006 steigt die Außenzuwanderung stetig an. Der höchste Wanderungsgewinn der letzten zwölf Jahre war im Jahr 2014 mit +3.431 Personen zu verzeichnen.

Begriffserklärung: Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo ist die Differenz aus der Zahl der Zuzüge und der Fortzüge in bzw. aus einer Raumeinheit innerhalb eines Kalenderjahres.

Die Wanderungsgewinne der Jahre 2011 bis 2015 gehen dabei fast ausschließlich auf die Zuwanderung von Personen nichtdeutscher Nationalität zurück. Nach dem vergleichsweise geringen Wanderungssaldo des Jahres 2016 war im Jahr 2017 wieder eine hohe Nettozuwanderung von knapp +3.400 Personen zu verzeichnen, was auch darauf zurückzuführen

[33] vgl. Brachat-Schwarz, Werner (2012): Vom Babyboom zur älter werdenden Gesellschaft, S. 13.

[34] vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten. Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven, S. 31f.

[35] Im bundesweiten Vergleich gehört Mannheim zu den Städten mit den höchsten prozentualen Außenwanderungsgewinnen zwischen 2005 und 2014; Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016: Gutes Zusammenleben im Quartier, S. 12.

ist, dass im Gegensatz zu den Vorjahren die Differenz der Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger leicht positiv ist (vgl. Tabelle 2-9).[36]

Tabelle 2-9: Außenwanderungsbewegungen in Mannheim 2011 bis 2017

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Wanderungssaldo insgesamt	**1.911**	**3.351**	**1.974**	**3.431**	**2.414**	**246**	**3.397**
Deutsche	-274	318	-962	-785	-872	-1.539	192
Ausländer	2.185	3.033	2.936	4.216	3.286	1.785	3.205
Zuzüge insgesamt	23.384	24.161	24.966	26.681	27.162	25.131	26.754
Deutsche	12.442	12.491	12.123	11.872	12.238	11.431	13.045
Ausländer	10.942	11.670	12.843	14.809	14.924	13.700	13.709
Fortzüge insgesamt	21.473	20.810	22.992	23.250	24.748	24.885	23.357
Deutsche	12.716	12.173	13.085	12.657	13.110	12.970	12.853
Ausländer	8.757	8.637	9.907	10.593	11.638	11.915	10.504

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Zuwanderung aus Südosteuropa

Beginnend mit der Osterweiterung der EU im Jahr 2004 und nochmal verstärkt mit der 2014 in Kraft getretenen vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgar/innen und Rumän/innen innerhalb der EU hat sich die Zuwanderung aus den südosteuropäischen Beitrittsstaaten deutlich erhöht. Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens (sogenannte EU 2-Staaten) am 1.1.2007 hat sich die Zahl der in Mannheim gemeldeten südosteuropäischen Zuwander/innen aus diesen beiden Ländern mehr als versechsfacht (von 1.635 auf 10.202 Personen Ende 2017).

Die Zuwanderung konzentriert sich in Mannheim wie in anderen Großstädten überwiegend auf die Innenstadtbereiche.[37] Etwas mehr als die Hälfte der EU 2-Zuwander/innen sind in den beiden Stadtteilen Neckarstadt-West und Innenstadt/Jungbusch gemeldet. Die Zuwanderung vollzieht sich damit vorrangig in solche Quartiere, die ohnehin durch eine schwierige soziale Lage gekennzeichnet sind und verschärft die Herausforderungen der Integration in diesen Quartieren.

Die Lebensbedingungen für einen Großteil der bulgarischen und rumänischen Zuwander/innen in Mannheim sind von einer prekären Wohnsituation in verwahrlosten Immobilien, problematischen Arbeitsverhältnissen, gesundheitlichen Risiken und einer schwierigen Bildungsintegration, zu einem erheblichen Teil auch Analphabetismus und fehlende Schulerfahrung, geprägt.[38]

Zum 31.12.2017 befanden sich 1.654 Bulgar/innen und 402 Rumän/innen im SGB II-Bezug. Seit dem Jahr 2013 hat sich die Zahl der SGB II-Bezieher/innen aus Bulgarien und Rumänien von 520 auf 2.056 Personen stark erhöht.

[36] Es ist zu beachten, dass Personen im Kontext der Fluchtmigration in diesen Zahlen nicht enthalten sind. Unter Einschluss dieses Personenkreises würden die Zahlen der Wanderungsbewegungen insbesondere im Jahr 2015 deutlich höher ausfallen.

[37] vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016: Gutes Zusammenleben im Quartier.

[38] vgl. Stadt Mannheim (2012): Neue EU-Binnenwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Beschlussvorlage Nr. V674/2012; Altrock, Uwe; Kunze, Ronald (Hrsg.) (2017): Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung 2016, S. 4f.

Zuwanderung im Kontext von Fluchtmigration

Die zweite bestimmende Wanderungsbewegung der letzten Jahre ist die Zuwanderung im Kontext der Fluchtmigration. Die Entwicklung und Auswirkungen der im Laufe des Jahres 2015 stark gestiegenen Zahl zugewanderter Flüchtlinge werden im folgenden Abschnitt knapp dargestellt.[39]

Bei der Betrachtung der Anzahl der in Mannheim untergebrachten Flüchtlinge ist zu differenzieren zwischen den sogenannten »kommunalen Flüchtlingen« und den Flüchtlingen, die in der Zuständigkeit des Landes Baden-Württemberg in Mannheim in der Landeserstaufnahmestelle (LEA, Industrie-/Pyramidenstraße) bzw. den Bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen (BEA, Mannheimer Kasernen) untergebracht sind.

- Da die Stadt Mannheim für die Erstaufnahme zuständig war und ist, werden ihr bislang (noch) keine Flüchtlinge mit dauerhaftem Wohnsitz zugewiesen. Die »kommunalen Flüchtlinge«, die gegenwärtig in Mannheim untergebracht sind, halten sich bereits seit mehr als zwei Jahren in der Stadt auf. In einer Mehrzahl von Fällen ist bereits eine Entscheidung über ihren Asylantrag durch das BAMF getroffen worden. Fast ausnahmslos wurden die Anträge abgelehnt, führten aber aus unterschiedlichen Gründen zur Aussetzung der Abschiebung. Diese Personen erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, etwa in Höhe der Grundsicherungsleistungen im SGB XII. Zu den »kommunalen Flüchtlingen« zählen aber auch die sog. »Folgeantragssteller«, d.h. Personen, die in früheren Jahren bereits ein noch nicht abgeschlossenes Asylverfahren hatten sowie Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung der Stadt Mannheim zugewiesen werden.
- Weil die Landeserstaufnahmestelle keine hinreichende Kapazität hatte, um ein ordnungsgemäßes Aufnahmeverfahren für alle neu ankommenden Flüchtlinge durchzuführen, hat das Land sogenannte Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtungen (BEA) geschaffen. Ende des Jahres 2015 befanden sich zwischenzeitlich mehr als 12.000 Flüchtlinge in den BEA in den Kasernengebäuden auf Benjamin-Franklin, Spinelli-Barracks und auf dem Gelände der Hammond-Barracks. Hinter dieser Gesamtzahl verbirgt sich eine hohes Wanderungsaufkommen, da der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen nur wenige Wochen/Monate betrug. Die Flüchtlinge in den BEA verblieben dort nur wenige Tage oder Wochen und wurden nach Registrierung sowie Antragstellung beim BAMF auf die übrigen Stadt- und Landkreise weiterverteilt.
- Zusätzlich sind in der Stadt Mannheim auch unbegleitete minderjährige Ausländer untergebracht. Als unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) gelten alle Personen unter 18 Jahren, die ohne Begleitung von Personensorge- oder Erziehungsberechtigten aus einem Drittstaat unerlaubt einreisen.
- Ein Teil der anerkannten Flüchtlinge befindet sich inzwischen im Leistungsbereich des SGB II und erhält somit Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Diese Zahl wird voraussichtlich künftig zunehmen.

[39] Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung und der ergriffenen Maßnahmen findet sich in den Gemeinderatsvorlagen Nr. V534/2015 »Aktuelle Situation der Unterbringung von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen in Mannheim«, Nr. V013/2016 »Unterbringung und Integration von Flüchtlingen« sowie Nr. V581/2016 »Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete«.

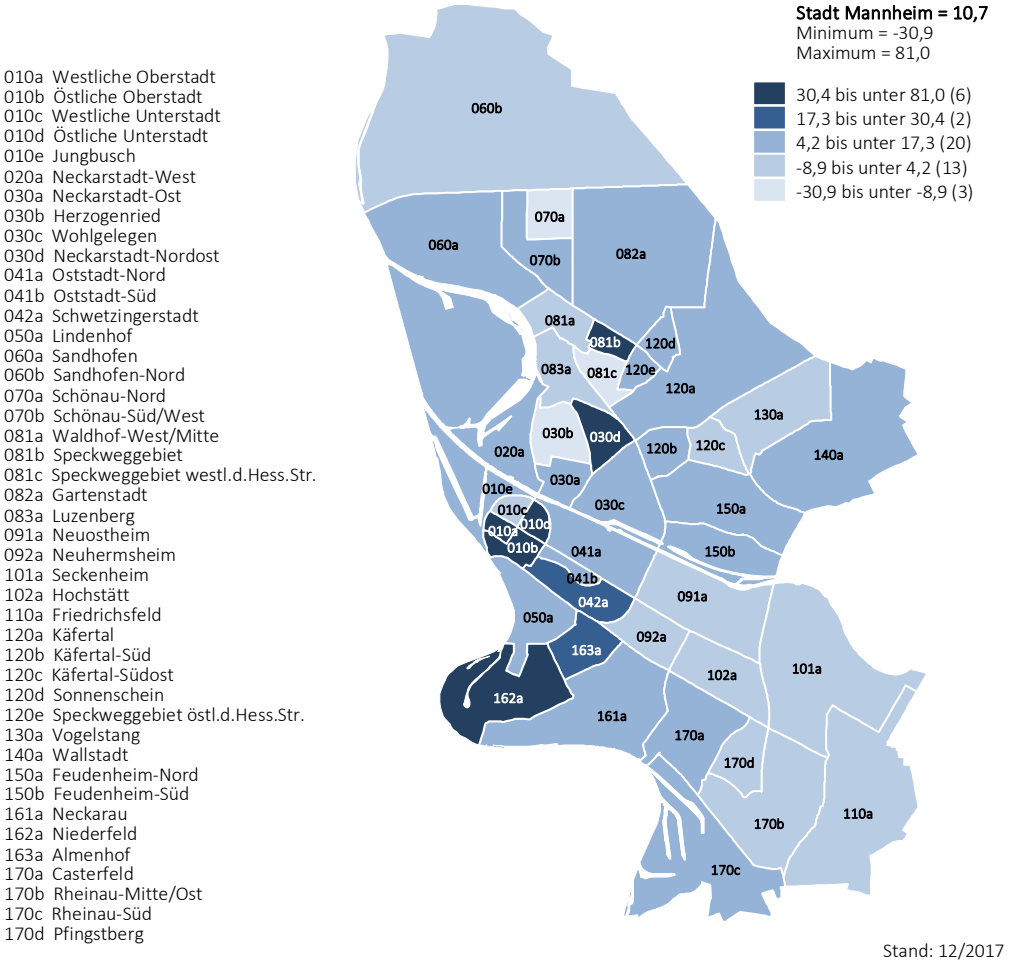
Kleinräumiger Indikator: Wanderungssaldorate

Wanderungssaldo (Summe der Zuzüge minus Summe der Fortzüge im Kalenderjahr) je 1.000 Einwohner/innen

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator »Wanderungssaldorate« gibt die Differenz aus Zu- und Fortzügen innerhalb eines Gebiets wieder. Mit Hilfe des Wanderungssaldos lassen sich innerhalb der Stadt Gebiete identifizieren, die durch Umzüge Einwohner/innen hinzugewinnen, und solche, die Einwohner/innen verlieren. Ein negativer Wanderungssaldo kann Hinweise auf mangelnde Attraktivität eines Gebietes geben: Überwiegt der Fortzug den Zuzug in einem Quartier dauerhaft, lässt dies vermuten, dass die Ursache hierfür in Defiziten der Lebens- und Wohnqualität des Gebietes liegt (»push-Faktoren«). Mit einem dauerhaften negativen Wanderungssaldo ist die Gefahr eines zunehmenden Wohnungsleerstands, einer schlecht ausgelasteten Infrastruktur sowie als Folge ein weiterer Attraktivitätsverlust der Stadtteile und einzelner Quartiere verbunden.

Abbildung 2-10: Wanderungssaldorate (je 1.000 Einwohner/innen)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

In einzelnen Teilräumen kann ein auffälliger Wanderungssaldo durch besondere Faktoren verursacht sein, etwa den Neubau oder Abriss größerer Wohnkomplexe. Hohe positive Wanderungssalden kennzeichnen daher häufig Gebiete mit Neubautätigkeit, evtl. auch Sanierungsgebiete mit Umbau- oder Ausbautätigkeit. [40]

Hohe Wanderungsgewinne relativ zur Bevölkerungsgröße verzeichnet 2017 das Speckweggebiet (+81 je 1.000 Einwohner/innen) sowie wie bereits in den Vorjahren die Neckarstadt-Nordost (+62,1 je 1.000 Einwohner/innen), was in erster Linie auf das Neubauprojekt »Centro Verde« und die Entwicklung des ehemaligen Kasernenareals »Turley« zurückzuführen ist. Auch Teile der Innenstadt (Westliche und Östliche Oberstadt, Östliche Unterstadt) haben im Jahr 2017 deutliche Bevölkerungsgewinne aus Nettozuwanderung.

Tabelle 2-10: Wanderungssaldorate (je 1.000 Einwohner/innen)

	Wanderungssaldo				Wanderungssaldorate (je 1.000 Einwohner)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Speckweggebiet	12	25	157	429	2,5	5,3	32,1	81,0
Neckarstadt-Nordost	200	199	291	302	48,6	46,3	63,5	62,1
Westliche Oberstadt	81	-2	84	155	23,7	-0,6	23,9	42,1
Östliche Oberstadt	66	50	-2	141	17,6	13,1	-0,5	35,8
Östliche Unterstadt	216	139	-220	268	28,5	18,0	-29,2	34,2
Niederfeld	194	172	37	239	26,7	23,1	5,0	31,3
Schwetzingerstadt	48	92	106	285	4,8	9,1	10,4	27,1
Mannheim	**3.431**	**2.414**	**246**	**3.397**	**11,0**	**7,7**	**0,8**	**10,7**
Luzenberg	1	15	-66	-10	0,3	4,8	-21,5	-3,2
Käfertal-Südost	76	132	135	-15	18,3	30,5	30,1	-3,3
Waldhof-West/Mitte	70	155	57	-14	17,9	38,2	13,8	-3,4
Vogelstang	-65	-44	51	-57	-5,1	-3,5	4,0	-4,5
Sandhofen-Nord	31	-1	34	-12	15,8	-0,5	17,0	-6,1
Rheinau-Mitte/Ost	125	188	43	-87	11,9	17,7	4,0	-8,2
Herzogenried	124	-71	-167	-71	15,9	-9,2	-22,2	-9,5
Schönau-Nord	29	-39	-85	-146	3,1	-4,1	-9,1	-15,9
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	-1	-35	-2	-58	-0,5	-18,1	-1,0	-30,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

[40] vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (1986): Handbuch der örtlichen Sozialplanung, S. 592f.

Kleinräumiger Indikator: Wanderungsvolumen

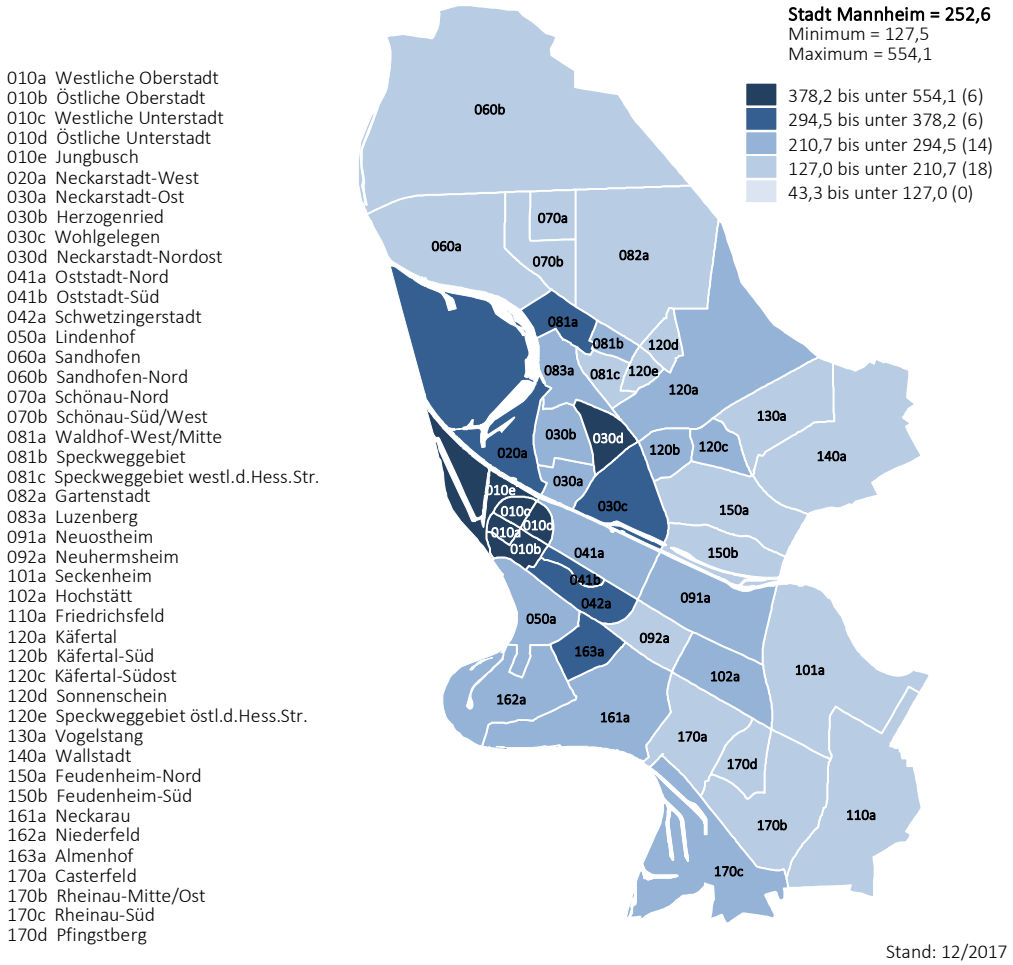
Wanderungsvolumen (Summe der Zuzüge und Fortzüge im Kalenderjahr) je 1.000 Einwohner/innen

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Wanderungssaldo lässt keine Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der Zu- und Abwanderungen zu. Beispielsweise kann auch bei einem geringen Wanderungssaldo gleichzeitig eine hohe Zu- und Abwanderung in einem Gebiet stattfinden. Eine Betrachtung des Wanderungsgeschehens muss daher neben dem Wanderungssaldo auch die Gesamtzahl der Zu- und Abwanderungen und ihr relatives Gewicht zur Bevölkerungsgröße mit einbeziehen.

Daher wird als zusätzlicher Indikator das Wanderungsvolumen ausgewiesen, das die Summe aller Wanderungsvorgänge, also die Summe aus Zu- und Fortzügen über die Grenzen eines Planungsraums angibt.

Abbildung 2-11: Wanderungsvolumen je 1.000 Einwohner/innen



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Das Wanderungsvolumen ist ein Indikator für die Mobilität der Wohnbevölkerung im Gebiet. Ein hohes Wanderungsvolumen kann die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung verändern und kann daher ein Hinweis auf Veränderungstendenzen der Bevölkerungsstruktur sein. Da mit einer hohen Bevölkerungsfluktuation sich verändernde Nachbarschaften und soziale Netzwerke einhergehen, wird die Bildung dauerhafter Nachbarschaftsstrukturen erschwert. Eine hohe Mobilität der Bevölkerung macht hohe, wiederkehrende Integrationsanforderungen in Nachbarschaften und Institutionen des betreffenden Quartiers erforderlich.

Ein hohes Wanderungsvolumen ist charakteristisch für die innerstädtischen und innenstadtnahen Quartiere: Der Jungbusch und die vier Planungsräume der Innenstadt verzeichnen das höchste Wanderungsvolumen je 1.000 Einwohner/innen.

Die Planungsräume im unteren Teil der Tabelle zeichnen sich überwiegend durch einen hohen Anteil von Wohneigentum aus, was mit den dort geringeren Wanderungsbewegungen korrespondiert.

Tabelle 2-11: Wanderungsvolumen (je 1.000 Einwohner/innen)[41]

	Wanderungsvolumen				Wanderungsvolumen (je 1.000 Einwohner)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Jungbusch	3.672	3.536	3.358	3.520	580,6	558,8	533,4	554,1
Westliche Oberstadt	1.691	1.856	1.830	1.913	495,3	541,9	521,5	519,8
Östliche Oberstadt	1.904	2.074	1.994	2.029	506,4	542,2	524,7	515,4
Östliche Unterstadt	3.882	3.805	3.820	3.792	513,0	492,6	507,6	484,4
Neckarstadt-Nordost	1.780	1.785	1.915	1.932	432,7	415,1	417,9	397,0
Westliche Unterstadt	4.199	4.139	3.873	3.386	460,7	454,5	444,1	386,2
Schwetzingerstadt	3.788	3.988	3.884	3.923	380,1	396,3	380,4	372,9
Waldhof-West/Mitte	1.496	1.901	1.595	1.478	383,2	468,1	385,8	356,8
Neckarstadt-West	8.476	8.105	7.209	7.361	397,7	396,5	354,1	356,1
Mannheim	**1.886**	**1.931**	**1.850**	**1.815**	**266,4**	**271,6**	**260,2**	**252,6**
Friedrichsfeld	1.043	1.119	1.089	914	193,1	207,5	201,4	168,6
Pfingstberg	267	271	335	277	160,2	163,3	201,9	168,2
Sandhofen-Nord	299	287	308	324	152,7	147,4	154,2	164,1
Schönau-Nord	1.933	1.805	1.605	1.482	204,1	191,5	172,2	161,5
Sonnenschein	455	499	522	538	139,8	150,4	155,1	159,2
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	397	388	397	417	150,1	149,5	153,0	159,1
Sandhofen	2.019	1.933	1.736	1.837	178,1	167,6	149,7	156,8
Schönau-Süd/West	628	557	579	561	171,4	150,7	155,7	149,7
Vogelstang	2.035	1.992	1.683	1.759	158,6	156,5	132,6	140,4
Neuhermsheim	651	661	640	634	141,1	143,5	140,1	139,2
Wallstadt	996	1.126	1.085	1.081	125,9	141,8	137,1	135,9
Gartenstadt	1.286	1.416	1.217	1.330	122,9	135,6	117,3	127,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

[41] Für die Stadt Mannheim insgesamt wird hier als Vergleichswert nicht der Durchschnitt, sondern der Median der Planungsräume angegeben. Der Median ist der Wert, der in der Mitte aller Planungsräume liegt, wenn man die Werte der Größe nach sortiert.

Kleinräumiger Indikator:
Außenzuzugsrate von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit

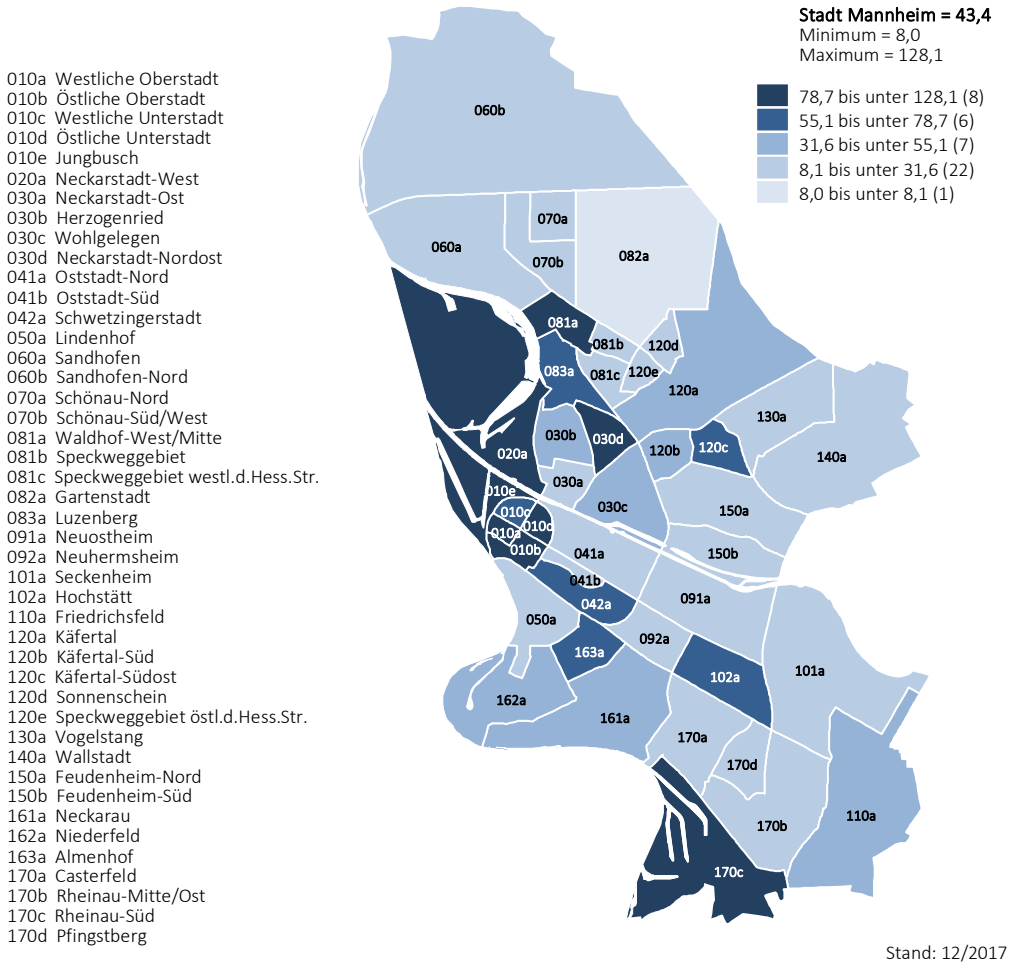
Zuzüge von Einwohner/innen nichtdeutscher Nationalität über die Stadtgrenzen je 1.000 Einwohner/innen

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator gibt die Zahl der in einem Jahr über die Stadtgrenzen nach Mannheim zugewanderten nichtdeutschen Personen in Relation zur Gesamtbevölkerung eines Planungsraums wieder. Eine hohe Außenzuzugsrate von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit weist auf Herausforderungen in Bezug auf sprachliche und kulturelle Integration, Integration in Bildung und Arbeitsmarkt sowie Integration in soziale Netzwerke und Nachbarschaften hin.

Insgesamt sind im Jahr 2017 13.709 Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nach Mannheim zugewandert. Dies entspricht einer Rate von 43,4 je 1.000 Einwohner/innen am Ort der Hauptwohnung.

Abbildung 2-12: Außenzuzugsrate von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (je 1.000 Einwohner/innen)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Die Zuwanderung von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit konzentriert sich auf einige Planungsräume. Dazu zählen alle Planungsräume der Innenstadt, Jungbusch, die Neckarstadt-Nordost, Waldhof-West/Mitte, die Neckarstadt-West und Rheinau-Süd.

Insgesamt handelt es sich bei Planungsräumen mit einer hohen Zuzugsquote von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit fast durchgängig um die gleichen Stadtteile, die auch eine hohe Fortzugsquote von Einwohner/innen in andere Planungsräume aufweisen.

Tabelle 2-12: Außenzuzugsrate von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (je 1.000 Einwohner/innen)

	Außenzuzüge, Ausländer				Außenzuzüge von Ausländern je 1.000 Einwohner			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Jungbusch	884	813	736	814	139,8	128,5	116,9	128,1
Östliche Oberstadt	375	428	382	452	99,7	111,9	100,5	114,8
Östliche Unterstadt	811	858	716	837	107,2	111,1	95,1	106,9
Neckarstadt-Nordost	511	507	491	459	124,2	117,9	107,2	94,3
Waldhof-West/Mitte	371	448	394	365	95,0	110,3	95,3	88,1
Neckarstadt-West	2.611	1.929	1.691	1.806	122,5	94,4	83,1	87,4
Westliche Oberstadt	305	312	311	319	89,3	91,1	88,6	86,7
Rheinau-Süd	612	646	594	553	93,3	95,9	89,2	81,8
Westliche Unterstadt	953	959	795	623	104,6	105,3	91,2	71,1
Mannheim	**14.809**	**14.924**	**13.700**	**13.709**	**47,5**	**47,7**	**43,8**	**43,4**
Pfingstberg	41	23	39	32	24,6	13,9	23,5	19,4
Speckweggebiet	65	68	91	102	13,6	14,3	18,6	19,3
Vogelstang	289	298	253	219	22,5	23,4	19,9	17,5
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	35	30	28	42	13,2	11,6	10,8	16,0
Neuhermsheim	53	48	60	63	11,5	10,4	13,1	13,8
Wallstadt	63	88	93	108	8,0	11,1	11,8	13,6
Feudenheim-Süd	42	43	50	61	9,2	9,4	10,9	13,2
Sonnenschein	47	62	36	41	14,4	18,7	10,7	12,1
Gartenstadt	69	76	64	83	6,6	7,3	6,2	8,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Kleinräumiger Indikator: Binnenfortzugsrate

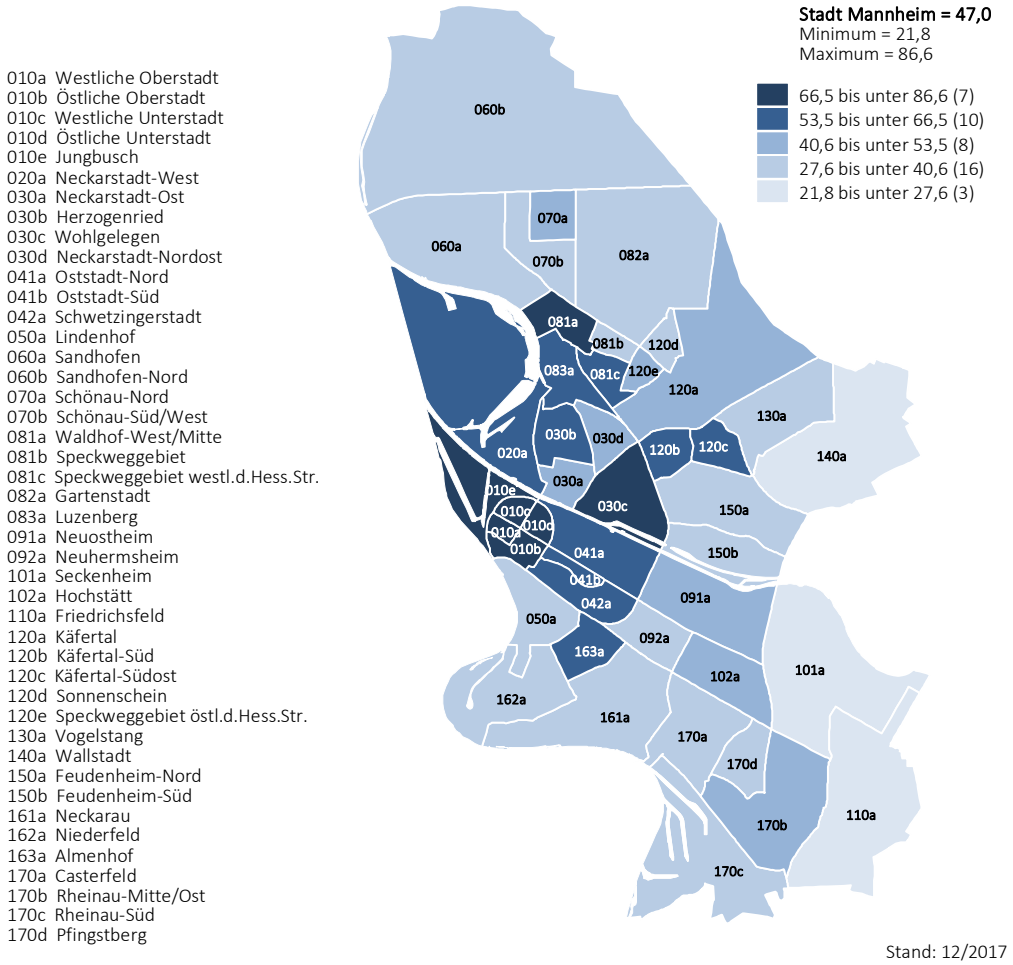
Fortzüge innerhalb der Stadtgrenzen je 1.000 Einwohner/innen

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator gibt den Anteil der Fortzüge in einen anderen Planungsraum der Stadt Mannheim an der Bevölkerung an.

Binnenwanderungen können als Indikator für örtliche Disparitäten in den Bereichen Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder generell für Unterschiede in der Attraktivität von Stadtteilen interpretiert werden. Ein hoher Anteil an Fortzügen kann auf Defizite – z. B. im Bereich der Wohnungsangebote, Infrastrukturausstattung, Emissionsbelastung – oder auf eine mögliche Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen in einzelnen Planungsräumen hinweisen.

Abbildung 2-13: Binnenfortzüge (je 1.000 Einwohner/innen)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

Planungsräume mit einer hohen Binnenfortzugsrate sind die vier Planungsräume der Innenstadtquadrate, der Jungbusch (86,6 je 1.000 Einwohner/innen), Waldhof-West/Mitte (78,0), Wohlgelegen (72,3) und die Neckarstadt-West (66,3).

Die Ursache einer hohen Binnenabwanderung kann ein hoher Anteil einer wanderungsaktiven Bevölkerungsgruppe sein, die nur für eine begrenzte Zeit Wohnraum sucht (»Durchgangsstation«). Dies umfasst vor allem jüngere Altersgruppen, Studierende und Berufseinsteiger/innen; daher weisen vor allem Stadtteile mit einem hohen Anteil dieser Bevölkerungsgruppen eine hohe Fortzugsquote auf. Jüngere Menschen ziehen bei Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums bevorzugt in diese Stadtteile, nach Beendigung der Ausbildung und / oder der Gründung einer Familie wählen sie oft einen neuen Wohnort in einem anderen Stadtteil oder außerhalb der Stadt.

Tabelle 2-13: Binnenfortzüge (je 1.000 Einwohner/innen) [42]

	Binnenfortzüge				Binnenfortzüge je 1.000 Einwohner			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Jungbusch	712	648	580	550	112,6	102,4	92,1	86,6
Östliche Oberstadt	335	342	354	335	89,1	89,4	93,2	85,1
Waldhof-West/Mitte	343	441	352	323	87,9	108,6	85,1	78,0
Wohlgelegen	389	412	347	392	73,0	77,8	64,9	72,3
Westliche Unterstadt	725	726	722	621	79,5	79,7	82,8	70,8
Östliche Unterstadt	719	635	626	546	95,0	82,2	83,2	69,7
Westliche Oberstadt	260	284	272	247	76,2	82,9	77,5	67,1
Neckarstadt-West	1.789	1.585	1.508	1.370	83,9	77,5	74,1	66,3
Schwetzingerstadt	723	717	698	687	72,5	71,3	68,4	65,3
Luzenberg	269	237	212	196	87,7	76,3	69,2	63,6
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	113	134	132	115	57,1	69,4	68,3	61,2
Mannheim	**375**	**375**	**357**	**338**	**53,0**	**52,8**	**50,2**	**47,0**
Gartenstadt	363	421	329	346	34,7	40,3	31,7	33,2
Neuhermsheim	124	140	140	143	26,9	30,4	30,7	31,4
Rheinau-Süd	237	244	231	208	36,1	36,2	34,7	30,8
Sandhofen	391	349	348	347	34,5	30,3	30,0	29,6
Vogelstang	322	432	341	365	25,1	33,9	26,9	29,1
Wallstadt	219	196	202	211	27,7	24,7	25,5	26,5
Seckenheim	304	341	353	328	24,2	26,8	27,7	25,7
Friedrichsfeld	186	160	156	118	34,4	29,7	28,9	21,8

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Kommunalen Statistikstelle.

[42] Für die Stadt Mannheim insgesamt wird hier als Vergleichswert nicht der Durchschnitt, sondern der Median der Planungsräume angegeben. Der Median ist der Wert, der in der Mitte aller Planungsräume liegt, wenn man die Werte der Größe nach sortiert.

3. Arbeitsmarkt

Erwerbsarbeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Art und Umfang der Erwerbstätigkeit entscheiden über Einkommenschancen und materielle Lage sowie soziale Integration und gesellschaftliche Stellung. Die Integration in den Arbeitsmarkt stellt somit eine grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration dar.

Personen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen, sind in materieller Hinsicht gefährdet. Reichen die Einnahmen aus der Erwerbstätigkeit nicht aus, muss auf Transferleistungen zurückgegriffen werden. Besonders betroffen sind Personen, die aufgrund Alter, Gesundheit, familiärer Lebensumstände, fehlender beruflicher Qualifikationen und / oder schlechter Arbeitsmarktchancen vorübergehend oder dauerhaft aus dem Beschäftigungssystem ausgeschlossen sind.

Insbesondere längere Phasen der Arbeitslosigkeit können zu einer Selbst- und Fremdabwertung der Kompetenzen und Fähigkeiten des Individuums führen. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt die Chance der Integration und es erhöht sich das Risiko, langfristig vom Erwerbsleben ausgegrenzt zu werden.

Ein (dauerhafter) Ausschluss aus der Erwerbsbeteiligung kann unter anderem folgende Auswirkungen haben:

- Erhöhte Gefahr psychosozialer Belastungen, wodurch es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Suchterkrankungen, zunehmenden familialen, sozialen und psychischen Problemen kommen kann[43]
- Gefährdung sozialer Beziehungen und familiärer Strukturen (Trennung, Scheidung)
- Geringere soziale und kulturelle Beteiligung (Ehrenamt, Bürgerbeteiligung, Wahlbeteiligung)
- Sinkende Lebenszufriedenheit

Die Chancen am Arbeitsmarkt hängen eng mit der Qualifikation zusammen. Je niedriger die schulische bzw. berufliche Bildung ist, desto schlechter ist die Position auf dem Arbeitsmarkt. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind Personen ohne Berufsabschluss, gut Ausgebildete sind dagegen deutlich seltener arbeitslos.

Personen mit Migrationshintergrund haben nach wie vor schlechtere Arbeitsmarktchancen als der Bevölkerungsdurchschnitt; sie sind von Arbeitslosigkeit in sehr viel stärkerem Maße betroffen. Dies ist in erster Linie eine Folge der geringeren Bildungschancen. Personen mit Migrationshintergrund haben im Schnitt niedrigere Schulabschlüsse und infolgedessen schlechtere Chancen am Ausbildungsmarkt, geringere Beschäftigungschancen und ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko.

Eine vergleichsweise neue Form der Gefährdung im Bereich der Erwerbsarbeit ist die prekäre Integration in den Arbeitsmarkt. In den letzten Jahrzehnten war eine deutliche Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse (befristete Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit) zu beobachten. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind häufig schlechter entlohnt als vergleichbare Normalarbeitsverhältnisse und gehen mit einer höheren Beschäftigungsunsicherheit einher. Bestimmte Personengruppen

[43] vgl. Promberger, Markus (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2008.

(z.B. gering Qualifizierte, Arbeitsmarkteinsteiger, Frauen) sind überdurchschnittlich häufig in atypischen oder niedrig entlohnten Beschäftigungsformen zu finden.[44]

Wenn sich mehrere nicht existenzsichernde und/oder nicht dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu prekären Erwerbsbiografien aneinanderreihen, so entsteht für den betroffenen Personenkreis ein erhöhtes Risiko mangelnder Alterssicherung bzw. späterer Altersarmut.

3.1 Beschäftigung

Von den 124.275 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dezember 2017 mit Wohnsitz in Mannheim sind 33.492 Personen in Teilzeit beschäftigt, dies entspricht einem Anteil von etwa 26,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Hinzu kommen 18.065 Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind,[45] dies entspricht bezogen auf die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einem Anteil von 8,3 Prozent.

Tabelle 3-1: Erwerbsbevölkerung und Erwerbstätigkeit (jeweils Dezember)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
SVB	103.268	106.772	108.379	109.784	112.902	117.655	120.296	124.275
Beschäftigungsquote	50,1	51,3	51,4	51,7	52,6	54,6	56,0	57,2
SVB Vollzeit (*)				82.040	84.561	87.124	88.464	90.783
SVB Teilzeit (*)				27.660	28.311	30.522	31.831	33.492
Teilzeitquote				25,2	25,1	25,9	26,5	26,9
Geringfügig Beschäftigte	19.151	19.141	18.777	18.928	19.398	19.190	18.341	18.065
Quote geringfügig Beschäftigte	9,3	9,2	8,9	8,9	9,0	8,9	8,5	8,3

SVB = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

* Voll- und Teilzeitbeschäftigung aufgrund einer Umstellung des Erhebungsverfahrens erst ab 2013 verfügbar

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarkt in Zahlen, Report für Kreise und kreisfreie Städte (bis 2012); Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport (ab 2013)).

Die Entwicklung der letzten Jahre ist von einer positiven Dynamik gekennzeichnet. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm zwischen 2010 und 2017 kontinuierlich zu (von 103.268 auf 124.275 Beschäftigungsverhältnisse). Das Beschäftigungswachstum geht sowohl auf einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung (2013 bis 2017: +8.743 Beschäftigungsverhältnisse) als auch der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung (2013 bis 2017: +5.832 Beschäftigungsverhältnisse) zurück. Infolge dieser Entwicklung stieg die Beschäftigungsquote (Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) von 50,1 (2010) auf 57,2 Prozent (2017). Von dieser Entwicklung profitieren alle Altersgruppen, Frauen wie Männer, Personen mit deutscher wie mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Dennoch bestehen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung bestimmter Personenkreise am Arbeitsmarkt fort.

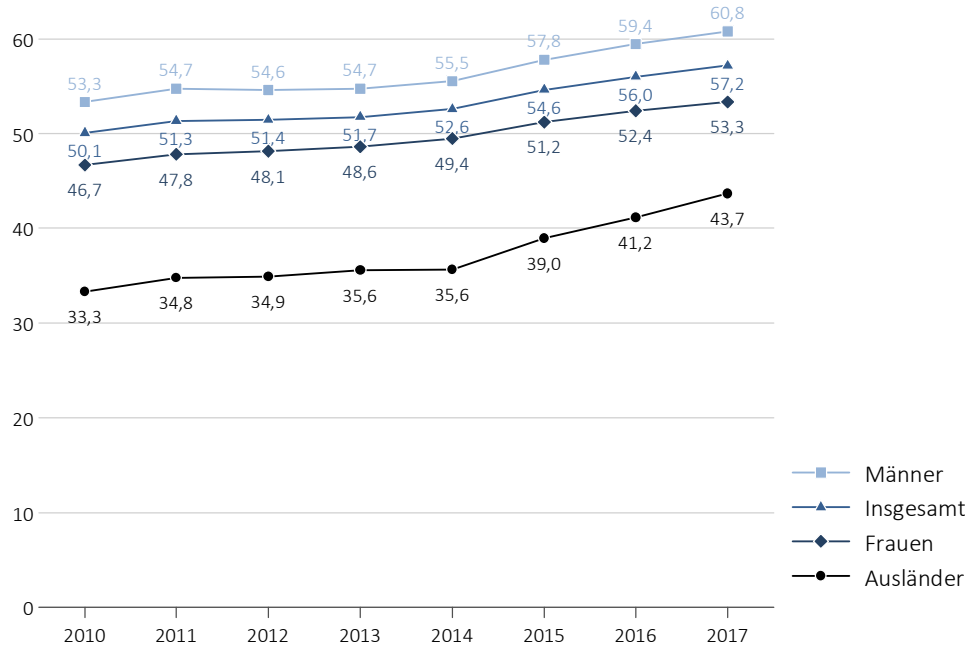
[44] vgl. Giesecke, Johannes (2014): Arbeitsmarkt und Beschäftigung, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 55.

[45] Daneben gibt es noch weitere 11.453 Personen, die in einer Nebentätigkeit geringfügig beschäftigt sind. Insgesamt bestanden zum 31.12.2017 29.518 geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse von Personen mit Hauptwohnung in der Stadt Mannheim.

So hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahren zwar kontinuierlich zugenommen, Frauen sind aber weiterhin in geringerem Maße erwerbstätig als Männer: Die Beschäftigungsquote liegt bei Männern bei 60,8 Prozent, bei Frauen bei 53,3 Prozent. Hinzu kommt, dass Frauen in überdurchschnittlichem Maß in Teilzeitbeschäftigung arbeiten und damit in Beschäftigungsverhältnissen, die überwiegend weder zu einem existenzsichernden Einkommen noch zu einer ausreichenden eigenen Altersabsicherung führen.

Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind in geringerem Umfang am Arbeitsmarkt beteiligt. Zwar ist die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren gestiegen (von 17.699 im Jahr 2010 auf 27.768 Personen im Jahr 2017), die Beschäftigungsquote der Ausländer/innen liegt allerdings mit 43,7 Prozent weit unterhalb der Quote der deutschen Bevölkerung (62,7 %).

Abbildung 3-1: Beschäftigungsquoten nach Personengruppen, Stadt Mannheim (jeweils Dezember)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen)) und der Kommunalen Statistikstelle.

Tabelle 3-2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigungsquoten nach Personengruppen, Stadt Mannheim (jeweils Dezember)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte								
insgesamt	103.268	106.772	108.379	109.784	112.902	117.655	120.296	124.275
Frauen	47.139	48.625	49.475	50.155	51.360	53.402	54.503	56.153
Männer	56.129	58.147	58.904	59.629	61.542	64.253	65.793	68.122
Deutsche	85.504	87.699	88.586	89.115	91.029	93.433	94.659	96.427
Ausländer	17.699	18.997	19.731	20.619	21.796	24.139	25.563	27.768
Beschäftigungsquote								
insgesamt	50,1	51,3	51,4	51,7	52,6	54,6	56,0	57,2
Frauen	46,7	47,8	48,1	48,6	49,4	51,2	52,4	53,3
Männer	53,3	54,7	54,6	54,7	55,5	57,8	59,4	60,8
Deutsche	55,8	57,2	57,5	57,8	59,3	60,9	62,0	62,7
Ausländer	33,3	34,8	34,9	35,6	35,6	39,0	41,2	43,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen)) und der Kommunalen Statistikstelle.

Die Beschäftigungsquote hat zwischen 2010 und 2017 in allen Altersgruppen zugenommen. Kontinuierlich gestiegen ist auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Personen in der späten Erwerbsphase. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 50 und 65 Jahren stieg um 43 Prozent (+10.738 Beschäftigte; von 24.743 auf 35.481). Dies ist zum einen eine Folge der wachsenden Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe, zum anderen Ausdruck einer deutlichen Zunahme des Anteils der Beschäftigten in dieser Altersgruppe zwischen 2010 und 2017 (von 44,5 auf 56,1 %).

Tabelle 3-3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigungsquoten nach Altersgruppen, Stadt Mannheim (jeweils Dezember)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte								
insgesamt	103.268	106.772	108.379	109.784	112.902	117.655	120.296	124.275
15 bis 24 Jahre	11.807	12.341	12.791	12.585	12.948	13.639	13.932	14.248
25 bis 49 Jahre	66.272	67.818	67.820	68.045	69.187	71.626	72.518	74.546
50 bis 64 Jahre	24.743	26.100	27.166	28.494	30.767	32.390	33.846	35.481
Beschäftigungsquote								
insgesamt	50,1	51,3	51,4	51,7	52,6	54,6	56,0	57,2
15 bis 24 Jahre	32,8	33,6	34,2	33,6	34,3	36,1	37,5	37,5
25 bis 49 Jahre	57,8	59,1	58,7	58,7	59,2	61,5	62,8	64,2
50 bis 64 Jahre	44,5	46,1	47,1	48,4	51,2	52,9	54,5	56,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen)) und der Kommunalen Statistikstelle.

Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen

Die insgesamt positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren stellt sich nach Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich dar. In den Jahren 2013 bis 2017 setzte sich der sektorale Wandel der Wirtschaftsstruktur fort. Dies zeigt sich anhand der leicht rückläufigen Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe (-911 Beschäftigte bzw. -2,2 Prozent). Dagegen entfiel der Großteil des Beschäftigungswachstums auf den Dienstleistungssektor, in dem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigungsverhältnisse zwischen 2013 und 2017 um mehr als 10.000 wuchs (+8,8 Prozent).

Einzelne Wirtschaftszweige mit besonders starker Wachstumsdynamik sind Information und Kommunikation (+18,3 Prozent), Heime und Sozialwesen (+18,0 Prozent), der Bereich Verkehr und Logistik (+17,5 Prozent) und das Gastgewerbe (+15,3 Prozent).

Tabelle 3-4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftszweigen in der Stadt Mannheim (jeweils Dezember)

	Anzahl		Entwicklung 2013 bis 2017	
	2013	2017	abs.	in %
SVB am Arbeitsort insgesamt	**177.136**	**188.551**	**11.415**	**6,4**
Verarbeitendes Gewerbe	40.635	39.724	-911	-2,2
Baugewerbe	7.585	8.857	1.272	16,8
Produzierendes Gewerbe insgesamt	**51.950**	**52.400**	**450**	**0,9**
Handel; Instandhaltg. und Reparatur v. Kfz	25.964	26.888	924	3,6
Verkehr und Lagerei	9.537	11.202	1.665	17,5
Gastgewerbe	4.372	5.040	668	15,3
Information und Kommunikation	5.537	6.548	1.011	18,3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6.511	6.257	-254	-3,9
Immobilien, freiberufliche Dienstleistungen	15.541	17.812	2.271	14,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	18.932	20.592	1.660	8,8
dar. Überlassung von Arbeitskräften	8.296	8.591	295	3,6
Öffentl. Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	6.542	6.817	275	4,2
Erziehung und Unterricht	6.822	7.042	220	3,2
Gesundheits- und Sozialwesen	19.407	21.580	2.173	11,2
dar. Gesundheitswesen	11.689	12.469	780	6,7
Heime und Sozialwesen	7.718	9.111	1.393	18,0
sonstige Dienstleistungen, Private Haushalte	5.819	6.156	337	5,8
Dienstleistungen insgesamt	**124.984**	**135.934**	**10.950**	**8,8**

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigung am Arbeitsort).

Auch differenziert nach Berufsgruppen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (vgl. Tabelle 3-5). Der Zuwachs an Beschäftigungsverhältnissen der Jahre 2013 bis 2017 vollzog sich stark überwiegend im Bereich der Dienstleistungstätigkeiten. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit bei den Produktionsberufen war vorrangig durch die Bau- und Ausbauberufe (+1.113 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bzw. +13,5 %) getragen.

Die absolut und prozentual größten Beschäftigungszuwächse sind in den Jahren 2013 bis 2017 im Bereich der Verkehrs- und Logistikberufe (+3.044 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse) zu finden. Darüber hinaus stieg die Beschäftigtenzahl auch in den personenbezogenen Dienstleistungsberufe, und dort vor allem in Gesundheitsberufen (+1.708) und Sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen (+1.317).

Tabelle 3-5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Berufsgruppen in der Stadt Mannheim (jeweils Dezember)

	Anzahl		Entwicklung 2013 bis 2017	
	2013	2017	abs.	in %
SVB am Arbeitsort insgesamt	**177.136**	**188.551**	**11.415**	**6,4**
Produktionsberufe	**43.454**	**44.816**	**1.362**	**3,1**
Land-, Forst- und Gartenbauberufe	1.041	1.181	140	13,4
Fertigungsberufe (a)	8.258	7.937	-321	-3,9
Fertigungstechnische Berufe (b)	25.934	26.364	430	1,7
Bau- und Ausbauberufe	8.221	9.334	1.113	13,5
Personenbezogene Dienstleistungen	**33.078**	**36.586**	**3.508**	**10,6**
Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe	7.342	7.825	483	6,6
Gesundheitsberufe	14.970	16.678	1.708	11,4
Soziale und kulturelle Dienstleistungsberufe	10.766	12.083	1.317	12,2
Kaufmännische und unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe	**66.248**	**69.625**	**3.377**	**5,1**
Handelsberufe	16.581	17.829	1.248	7,5
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	30.053	30.910	857	2,9
Unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe (c)	19.614	20.886	1.272	6,5
IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe	**9.274**	**10.304**	**1.030**	**11,1**
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungsberufe	**23.608**	**26.228**	**2.620**	**11,1**
Sicherheitsberufe	2.266	2.250	-16	-0,7
Verkehrs- und Logistikberufe	15.562	18.606	3.044	19,6
Reinigungsberufe	5.780	5.372	-408	-7,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigung am Arbeitsort).

(a) *Fertigungsberufe* sind Berufe, die auf Gewinn und Verarbeitung von Rohstoffen oder Herstellung von Produkten aus verschiedensten Materialien (wie Glas, Keramik, Kunststoff, Holz, Papier, Metall, Textil, Leder) gerichtet sind.

(b) Im Gegensatz zu den Fertigungsberufen sind mit *Fertigungstechnischen Berufen* Tätigkeiten gemeint, für die stärker technische Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich sind. Hier sind Berufe der Maschinenbau- und Betriebstechnik, der Fahrzeugtechnik, der Mechatronik und Automatisierungstechnik, der Energie- und Elektrotechnik und der Technischen Forschung, Entwicklung und Konstruktion zusammengefasst.

(c) *Unternehmensbezogene Dienstleistungen* sind Berufe in Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Steuerung, Berufe in Recht und Verwaltung sowie Werbung, Marketing, kaufmännische und redaktionelle Medienberufe.

Insgesamt wird deutlich, dass ein Großteil des Beschäftigungswachstums auf Branchen bzw. Berufsgruppen entfällt (Logistik, Heime und Sozialwesen, Handel), in denen Niedriglöhne überdurchschnittlich verbreitet sind[46] - mit der entsprechenden Folge, dass häufig ein ergänzender Bezug von Sozialleistungen notwendig wird, um das Existenzminimum zu sichern.

[46] In diesen Wirtschaftszweigen ist auch die Armutsgefährdung von Haupteinkommensbeziehern sehr hoch; vgl. Dingeldey, Irene (2015): Bilanz und Perspektiven des aktivierenden Wohlfahrtsstaates, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2015, S. 39.

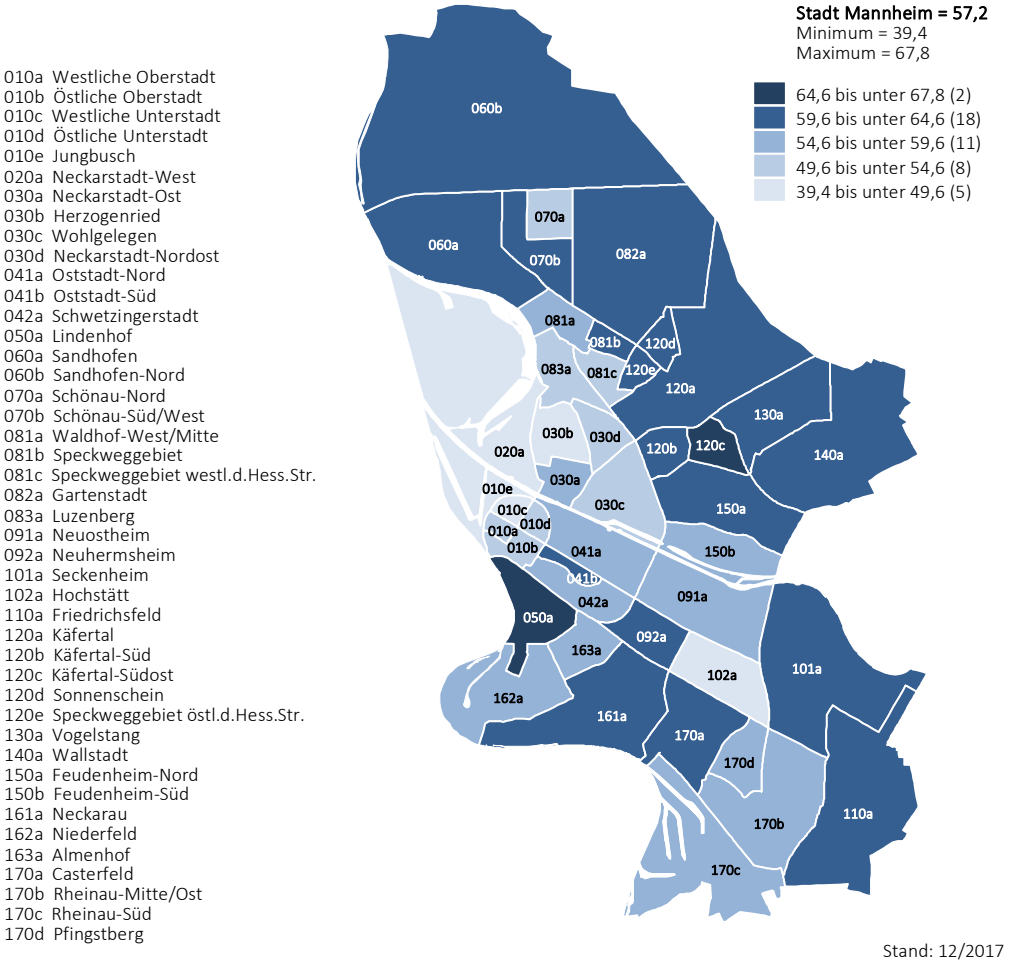
Kleinräumiger Indikator: Beschäftigungsquote

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Mannheim an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zwischen 15 und 64 Jahren.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Die Beschäftigungsquote setzt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Mannheim in Beziehung zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zwischen 15 und 64 Jahren. Sie ist ein Indikator für die Erwerbsbeteiligung und die Integration der Bevölkerung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Stadt Mannheim betrug im Dezember 2017 124.275 Personen. Gegenüber dem Jahr 2010 nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 21.000 Personen zu. Bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (d. h. zwischen 15 und 64 Jahre) liegt die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mannheim bei 57,2 Prozent.

Abbildung 3-2: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

Die Planungsräume mit den höchsten Beschäftigungsquoten sind Käfertal-Südost (67,8 %), Lindenhof (65,5 %), Sandhofen-Nord (64,2 %) und Sandhofen (63,6 %). Überdurchschnittliche Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind mit jeweils mehr als 62 Prozent auch in Neuhermsheim, Wallstadt, Seckenheim, Oststadt-Süd sowie im Speckweggebiet zu finden.

Eine besonders niedrige Beschäftigungsquote weist der Jungbusch (39,4 %) auf, gefolgt von Hochstätt (43,9 %), der Westlichen Unterstadt (44,2 %), der Neckarstadt-West (48,4 %) und Herzogenried (48,7 %).

Die kleinräumigen Unterschiede des Indikators sind unter anderem bedingt durch das Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit (die bei Migrantinnen oft niedrig ist) und verminderte Chancen im Zugang zum Arbeitsmarkt (fehlende Ausbildung usw.). So weisen Planungsräume mit hohen Migrantenanteilen (siehe Kapitel 2.2) in der Regel auch eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsquote auf.

Tabelle 3-6: Anzahl und Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (in %)

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				Beschäftigungsquote (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Käfertal-Südost	1.850	1.998	2.105	.2.237	61,2	63,1	63,9	67,8
Lindenhof	5.494	5.725	5.867	6.045	61,8	63,7	64,6	65,5
Sandhofen-Nord	799	820	826	847	60,8	62,2	61,9	64,2
Sandhofen	4.534	4.768	4.829	4.915	60,6	62,5	63,2	63,6
Neuhermsheim	1.840	1.843	1.854	1.935	59,4	59,8	60,9	63,2
Wallstadt	3.044	3.090	3.105	3.148	60,2	61,1	61,8	62,8
Seckenheim	5.103	5.236	5.251	5.373	60,1	60,8	61,2	62,8
Oststadt-Süd	1.969	2.034	2.089	2.158	57,2	58,3	61,5	62,4
Speckweggebiet	1.736	1.782	1.813	2.049	58,6	60,9	60,3	62,2
Mannheim	**112.902**	**117.655**	**120.296**	**124.275**	**52,6**	**54,6**	**56,0**	**57,2**
Luzenberg	974	1.084	1.147	1.153	43,8	48,5	51,8	51,7
Westliche Oberstadt	1.255	1.331	1.430	1.531	46,3	48,8	50,8	51,3
Schönau-Nord	2.911	3.012	3.017	3.088	44,6	46,5	47,5	49,9
Herzogenried	2.240	2.308	2.324	2.430	42,6	44,4	46,0	48,7
Neckarstadt-West	6.473	6.889	7.119	7.476	40,1	45,1	46,9	48,4
Westliche Unterstadt	2.607	2.752	2.876	2.908	37,9	40,1	44,3	44,2
Hochstätt	804	900	917	935	38,2	42,7	43,5	43,9
Jungbusch	1.672	1.831	1.928	2.060	32,4	35,4	37,5	39,4

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

3.2 Arbeitslosigkeit

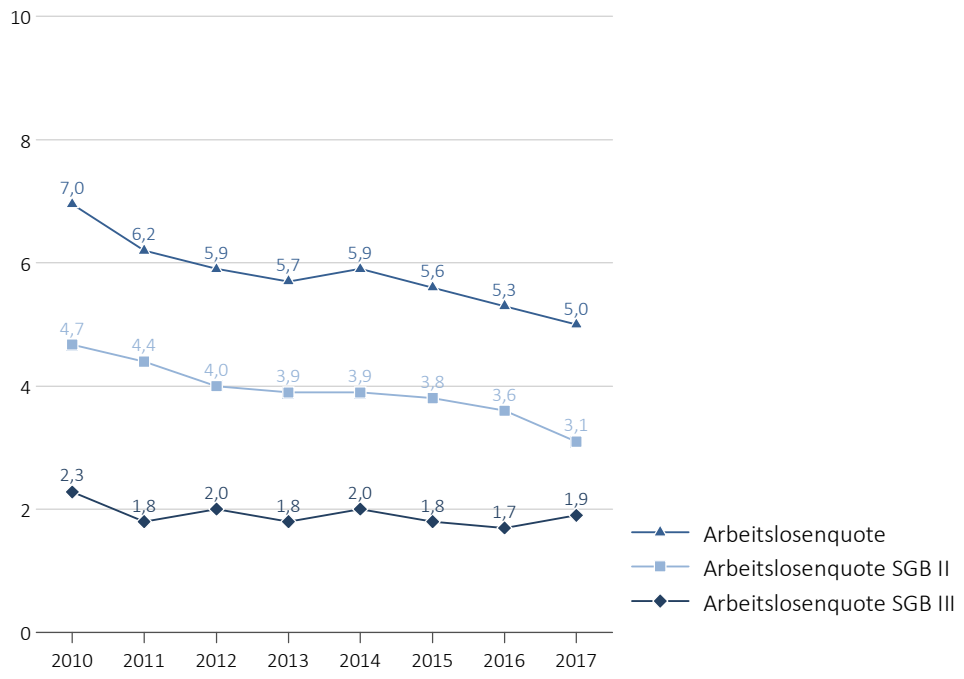
Die Zahl der registrierten **Arbeitslosen** in der Stadt Mannheim sank von 10.615 Personen im Jahr 2010 auf 8.253 Personen im Jahr 2017. Entsprechend ging die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum von 7,0 Prozent auf 5,0 Prozent zurück.

Begriffserklärung: Arbeitslosigkeit

Als arbeitslos gilt nach dem SGB III, wer vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht, das mehr als 15 Stunden wöchentlich umfasst, eine versicherungspflichtige Beschäftigung sucht und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht und sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet hat

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen verteilt sich auf die Rechtskreise SGB III und SGB II. Die Arbeitslosen im SGB III sind weit überwiegend erst seit kurzer Zeit arbeitslos und haben in der Regel bessere Chancen auf eine neue Stelle. Dagegen befindet sich im SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ein großer Teil des verfestigten Kerns der Arbeitslosigkeit – Personen, die bereits lange Zeit ohne Arbeit sind.[47]

Abbildung 3-3: Entwicklung der Arbeitslosenquote (jeweils Dezember)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Im Zeitverlauf ging auch die Zahl der Arbeitslosen im SGB II zurück. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen im SGB II zwischen 2012 und 2015 etwa stagnierte, war im Jahr 2016 ein Rück-

[47] Des Weiteren zählen zu diesem Bereich Personen, die wegen sehr kurzer oder fehlender Beschäftigungszeiten keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung erworben haben, sowie Personen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld so gering ist, dass dieses durch Arbeitslosengeld II ergänzt werden muss.

gang um mehr als 200 Personen (von 6.008 auf 5.789 Personen) zu verzeichnen. Die zwischen 2016 und 2017 deutlich sinkende Zahl der Arbeitslosen im SGB II ist zum Großteil einer veränderten statistischen Erfassung derjenigen Personen geschuldet, die parallel Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II beziehen.[48]

Tabelle 3-7: Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Mannheim nach Rechtskreisen und Personengruppen, jeweils Dezember

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Arbeitslose	**10.615**	**9.465**	**9.046**	**8.860**	**9.210**	**8.858**	**8.502**	**8.253**
davon:								
SGB III	3.485	2.732	2.983	2.778	3.148	2.850	2.713	3.146
SGB II	7.130	6.733	6.063	6.082	6.062	6.008	5.789	5.107
davon:								
Männer	5.656	4.883	4.724	4.548	4.848	4.613	4.599	4.443
Frauen	4.959	4.582	4.322	4.312	4.362	4.245	3.903	3.810
unter 25 Jahre	455	331	379	370	462	417	362	383
55 Jahre und älter	1.658	1.476	1.528	1.440	1.548	1.562	1.653	1.515
Ausländer	3.413	3.160	3.210	3.211	3.439	3.408	3.302	3.263
Arbeitslosenquote	**7,0**	**6,2**	**5,9**	**5,7**	**5,9**	**5,6**	**5,3**	**5,0**
darunter:								
SGB III	2,3	1,8	2,0	1,8	2,0	1,8	1,7	1,9
SGB II	4,7	4,4	4,0	3,9	3,9	3,8	3,6	3,1
darunter:								
Männer	6,9	6,0	5,8	5,5	5,8	5,4	5,3	5,0
Frauen	7,0	6,5	6,1	6,0	6,0	5,8	5,2	5,0
unter 25 Jahre	2,8	2,0	2,2	2,1	2,6	2,3	2,0	2,0
55 Jahre und älter	8,1	7,1	7,1	6,4	6,6	6,4	6,5	5,8
Ausländer [49]	12,2	11,4	11,4	10,9	11,3	10,7	9,8	

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarkt in Zahlen, Report für Kreise und kreisfreie Städte (bis 2012); Arbeitsmarktreport (ab 2013)).

Zwischen 2010 und 2017 nahm die Zahl der Arbeitslosen sowie die Arbeitslosenquote in allen Bevölkerungsgruppen merklich ab. Bei den Männern sank die Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent auf 5,0 Prozent, bei den Frauen von 7,0 Prozent auf 5,0 Prozent. Auch die Arbeitslosenquote von Ausländer/innen ist in diesem Zeitraum zurückgegangen. Dabei liegt die Arbeitslosenquote der Ausländer/innen im Jahr 2016[49] mit 9,8 Prozent immer noch deutlich über der Arbeitslosenquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

[48] Seit dem 1. Januar 2017 werden die sogenannten »Aufstocker«, also Personen die aufgrund von Hilfebedürftigkeit neben dem Arbeitslosengeld aufstockend auch Arbeitslosengeld II beziehen, vermittlerisch durch die Agentur für Arbeit betreut und dadurch im Rechtskreis SGB III erfasst. Bis Dezember 2016 erfolgte dies im Rechtskreis SGB II.

[49] Da die Bundesagentur für Arbeit die Ausländerarbeitslosenquote in der Standardberichterstattung aufgrund systematischer statistischer Verzerrungen bis auf weiteres nicht ausweist, sind derzeit keine aktuellen Angaben für das Jahr 2017 verfügbar.

Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit in Mannheim liegt wie im Vorjahr bei 2,0 Prozent. Dies ist nicht zuletzt dem Erfolg des Programms »Jump Plus« geschuldet, mit dem das Jobcenter »Junges Mannheim« das Prinzip der raschen Aktivierung durch Sofortangebote am Tag der Antragstellung verfolgt. Für eine passgenaue Förderung stehen dazu im Verbund mit Beschäftigungsträgern Plätze in 40 Arbeitsfeldern und fast allen nachgefragten Berufen zur Verfügung. Innerhalb des Systems kann deshalb jedem jungen Menschen ein individuelles, mit ihm abgestimmtes Hilfsangebot unterbreitet werden. Infolge dieser Maßnahmen lag die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen im SGB II im Dezember 2017 bei 0,3 Prozent (im SGB III beträgt die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen 1,7 Prozent).

Langzeitarbeitslosigkeit

Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** gilt als Indikator für verfestigte Arbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Indikator für das Risiko eines dauerhaften Ausschlusses vom Arbeitsmarkt und damit der Verfestigung einer sozialen Problemlage. Für die Bewertung der Situation am Arbeitsmarkt ist dies von besonderer Bedeutung, da ein hohes Ausmaß an langandauernder Arbeitslosigkeit ein zentrales Hemmnis für Eingliederungsbestrebungen darstellt. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sinken die Chancen, wieder Arbeit zu finden (z.B. dadurch bedingt, dass das Fachwissen veraltet und/oder der/die Erwerbslose zunehmend negativen Zuschreibungen potenzieller Arbeitgeber ausgesetzt ist). Daneben führt die Perspektivlosigkeit, mit der Langzeitarbeitslose aufgrund der fehlenden Erwerbsarbeit konfrontiert sind, nicht selten zu gesundheitlichen Problemen und arbeitsmarktfernen Lebensstilen.

Begriffserklärung: Langzeitarbeitslosigkeit

Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die seit einem Jahr und länger arbeitslos sind.[50]

Im Dezember 2017 waren 3.152 Arbeitslose bereits seit mehr als einem Jahr arbeitslos gemeldet und gelten damit als langzeitarbeitslos. Dies entspricht einem Anteil von 38,2 Prozent aller Arbeitslosen. Davon wurden 2.914 (92 Prozent) vom Jobcenter im Rechtskreis SGB II betreut. Langzeitarbeitslose erhalten somit zum größten Teil kein Arbeitslosengeld I aus der Arbeitslosenversicherung (SGB III) mehr, da sich der Anspruch darauf i.d.R. nach einem Jahr erschöpft.[51]

Im Zuge der positiven Entwicklung der Arbeitslosenquote ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen in den Jahren 2010 bis 2013 gesunken. In den folgenden Jahren blieb die Zahl der Langzeitarbeitslosen allerdings – mit leichten Schwankungen – weitgehend konstant. Die abnehmende Gesamtzahl der Arbeitslosen zwischen 2014 und 2016 schlug sich nicht gleichermaßen in der Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit nieder. Von 2016 auf 2017 war dagegen ein wesentlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit sichtbar (von 3.371 auf 3.152 Personen).

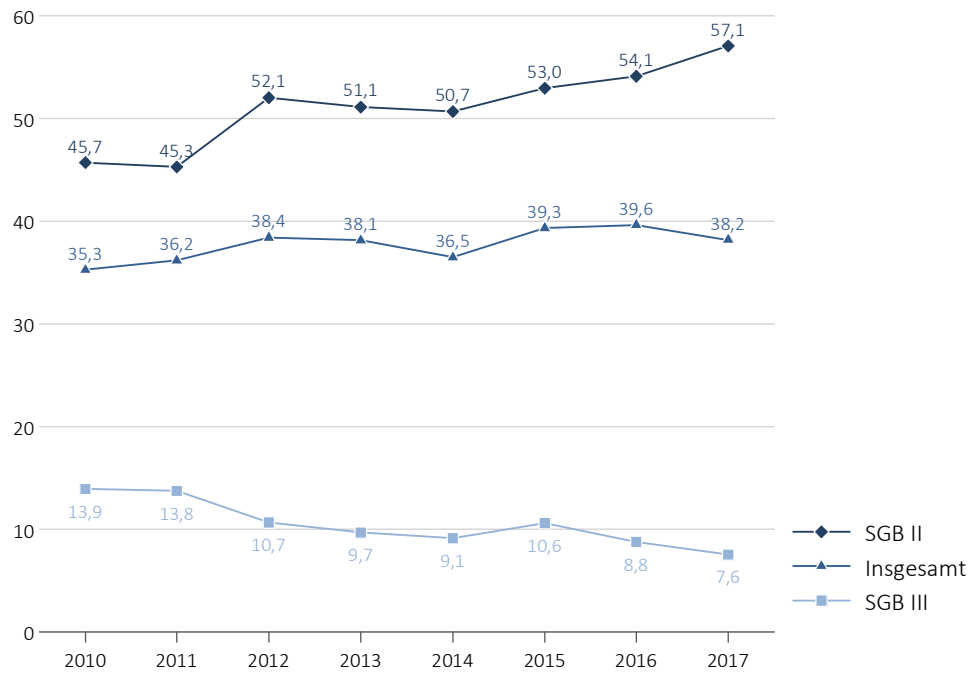
Im Zeitverlauf zeigt sich ein zunehmender Anteil an Langzeitarbeitslosen im SGB II: Dieser Anteil stieg von 2010 bis 2017 von 45,7 Prozent auf 57,1 Prozent. Diese Entwicklung weist

[50] Bei Unterbrechungen beginnt die Dauer wieder bei null. Auch die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme unterbricht im Regelfall die Arbeitslosigkeit. Nur kurzfristige Unterbrechungen (z. B. Krankheit bis zu sechs Wochen) sind für die Messung unschädlich.

[51] Ausnahmen sind ältere Arbeitslosengeld-Bezieher/innen, die Leistungsansprüche von mehr als zwölf Monaten haben. Auch Arbeitslose, die nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldbezugs wegen fehlender Bedürftigkeit kein Arbeitslosengeld II erhalten, verbleiben im SGB III.

darauf hin, dass von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt eher Personen profitieren, die nur kurze Zeit arbeitslos waren.

Abbildung 3-4: Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an allen Arbeitslosen nach Rechtskreis, Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarkt in Zahlen, Report für Kreise und kreisfreie Städte (bis 2012); Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport (ab 2013)).

Tabelle 3-8: Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen in der Stadt Mannheim, jeweils Dezember

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Langzeitarbeitslose								
insgesamt	3.745	3.425	3.476	3.380	3.362	3.485	3.371	3.152
SGB II	3.259	3.049	3.157	3.110	3.074	3.182	3.133	2.914
SGB III	486	376	319	270	288	303	238	238
Anteil Langzeitarbeitslose an allen Arbeitslosen in Prozent								
insgesamt	35,3	36,2	38,4	38,1	36,5	39,3	39,6	38,2
SGB II	45,7	45,3	52,1	51,1	50,7	53,0	54,1	57,1
SGB III	13,9	13,8	10,7	9,7	9,1	10,6	8,8	7,6

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarkt in Zahlen, Report für Kreise und kreisfreie Städte (bis 2012); Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport (ab 2013)).

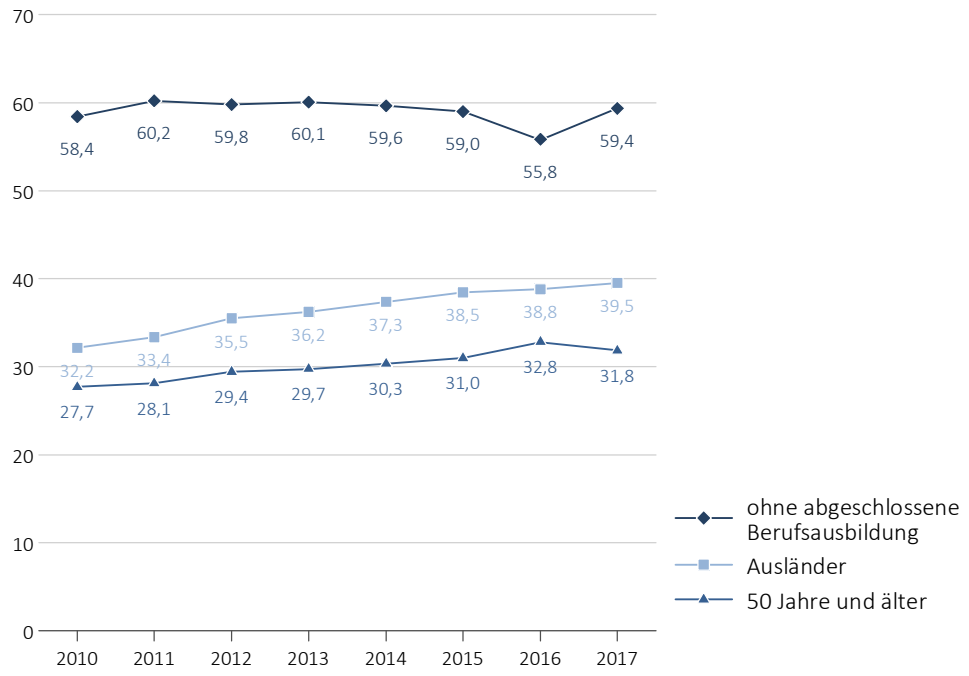
Bei Langzeitarbeitslosen stehen in der Regel ein oder mehrere schwerwiegende Hemmnisse der Aufnahme einer Beschäftigung im Wege. Innerhalb der Gruppe der Langzeitarbeitslosen sind vermehrt Arbeitslose mit ungünstigen Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration zu finden. Dabei kann es sich zum Beispiel um gesundheitliche Probleme,

höheres Alter, mangelnde Sprachkenntnisse, mangelnde berufliche Qualifikationen oder fehlende Kinderbetreuungs- oder Unterstützungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen handeln.[52] Insbesondere das eher geringe Qualifikationsniveau von Langzeitarbeitslosen stellt ein bedeutendes Vermittlungshemmnis dar. So hatte im Jahr 2017 mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Abbildung 3-5 zeigt, wie sich die Anteile ausgewählter Merkmale an allen Arbeitslosen zwischen 2010 und 2017 verändert haben. Es wird deutlich, dass sich unter allen Arbeitslosen diejenigen Personengruppen anteilig erhöht haben, die individuelle Merkmale aufweisen, die eine Vermittlung in Arbeit tendenziell erschweren: der Anteil der ab 50-Jährigen, für die eine Integration in Arbeit eher schwer ist, stieg von 27,7 Prozent im Jahr 2010 bis 2016 kontinuierlich an. Im Jahr 2017 war fast jeder Dritte Arbeitslose 50 Jahre oder älter.

Auch der Anteil der Arbeitslosen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nahm im Zeitverlauf deutlich zu. Diese Personengruppe, die häufig aufgrund von sprachlichen Hindernissen und/oder geringer beruflicher Qualifikation Schwierigkeiten bei der Vermittlung in Beschäftigung hat, nahm von 32,2 Prozent auf 39,5 Prozent zu.

Abbildung 3-5: Anteile ausgewählter Merkmale an allen Arbeitslosen (in Prozent, jeweils Dezember)



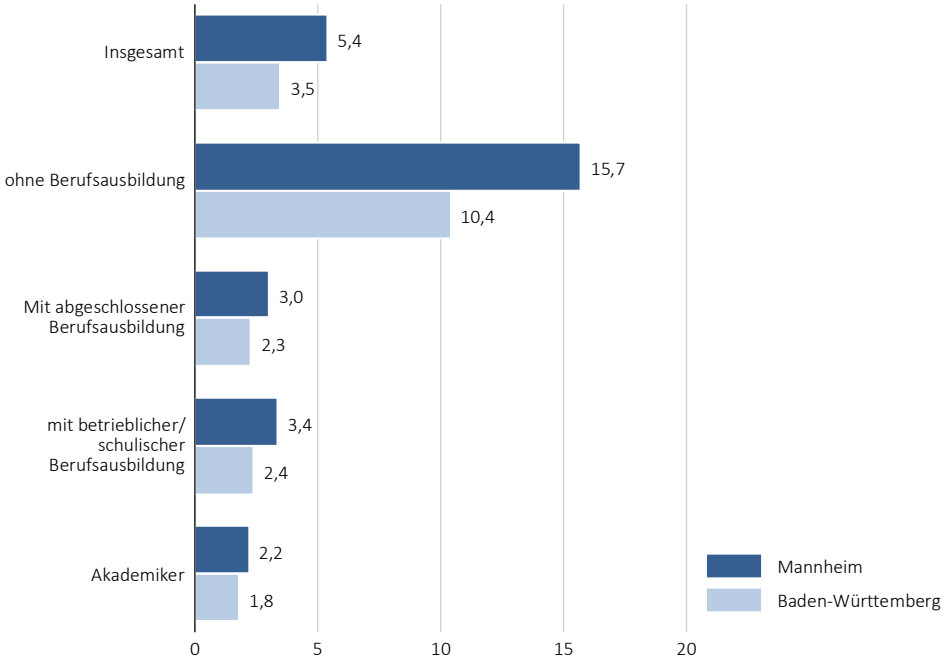
Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit.

[52] vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. XIX.

Arbeitslosigkeit nach Qualifikation

Die Chancen und Risiken von Personen am Arbeitsmarkt werden in erheblichem Maße von deren Qualifikationsniveau bestimmt. Im Jahresdurchschnitt 2017 war die Arbeitslosenquote von Personen ohne Berufsabschluss in der Stadt Mannheim mit 15,7 Prozent fast fünfmal so groß wie für Personen mit einer betrieblichen oder schulischen Berufsausbildung, deren Quote bei 3,4 Prozent lag. Die geringste Arbeitslosenquote weisen Akademiker/innen auf, von denen nur 2,2 Prozent arbeitslos waren.

Abbildung 3-6: Arbeitslosenquote nach beruflicher Qualifikation, Stadt Mannheim und Baden-Württemberg 2017 (im Jahresdurchschnitt)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte ohne Berufsausbildung weisen im Vergleich zu den anderen Qualifikationsgruppen ein deutlich höheres Risiko auf, ihre Beschäftigung zu verlieren. Gleichzeitig haben sie deutlich geringere Chancen, die Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsaufnahme zu beenden und ein größeres Risiko, langzeitarbeitslos zu werden.[53] Entsprechend stellen Ungelernte in Mannheim mehr als die Hälfte der Arbeitslosen. Dagegen haben Akademiker/innen das kleinste Risiko, ihre Beschäftigungsaufnahme zu beenden.

Markant sind dabei die Unterschiede zum Land Baden-Württemberg: Die Differenz der Arbeitslosenquoten von Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie der Akademiker/innen sind zwischen Mannheim und dem Land eher gering. Einen deutlichen Abstand weist dagegen die Arbeitslosenquote der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf (Mannheim: 15,7 %; Baden-Württemberg: 10,4 %).

[53] vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Qualifikation und Arbeitslosigkeit in regionaler Betrachtung. Vortrag auf der Statistischen Woche 2017 von Michael Hartmann, S. 8.

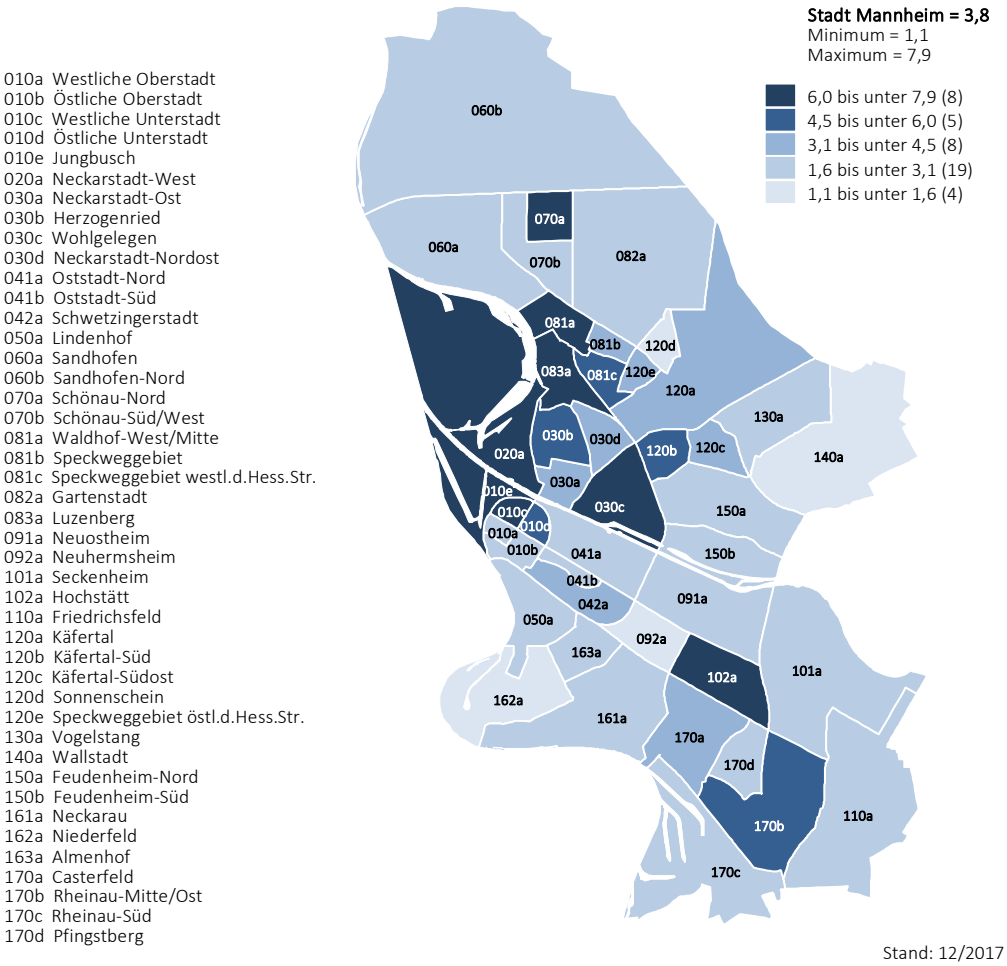
Kleinräumiger Indikator: Arbeitslosenquotient

Anteil der Arbeitslosen mit Wohnort in der Stadt Mannheim an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zwischen 15 und 64 Jahren in Prozent

Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim, Bundesagentur für Arbeit

Der Indikator »Arbeitslosenquotient« ist ein Ersatz für die auf kleinräumiger Ebene nicht verfügbare Arbeitslosenquote. Da Daten zu den Erwerbspersonen auf kleinräumiger Ebene nicht verfügbar sind, wird die Zahl der Arbeitslosen zur Zahl der Einwohner/innen im erwerbsfähigen Alter (Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren) ins Verhältnis gesetzt. Der Arbeitslosenquotient ist somit nicht identisch mit der Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit, die den Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Beamt/innen und Arbeitslose) berechnet.

Abbildung 3-7: Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

Der Arbeitslosenquotient in der Stadt Mannheim betrug im Dezember 2017 3,8 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Arbeitslosen in der Gesamtstadt um 249 Personen ab.

Die stadtweit höchsten Arbeitslosenquotienten sind in den Planungsräumen Schönau-Nord (7,9 %), Wohlgelegen (6,8 %), Waldhof-West/Mitte (6,8 %), Westliche Unterstadt (6,7 %), Hochstätt (6,6 %) und Neckarstadt-West (6,6 %) zu verzeichnen.

Auffällig ist allerdings die positive Entwicklung der Arbeitslosigkeitszahl in Luzenberg. Ausgehend von 8,3 Prozent im Jahr 2014 sank der Arbeitslosenquotient bis 2017 auf 6,1 Prozent. Zurückgegangen ist der Arbeitslosenquotient zwischen 2014 und 2017 auch in Schönau-Nord (von 8,8 % auf 7,9 %) und auf der Hochstätt (von 7,6 % auf 6,6 %). Zur Einordnung dieser Entwicklung ist auch ein Blick auf die Entwicklung des SGB II-Leistungsbezugs sinnvoll: während Luzenberg gleichzeitig eine deutlich sinkende SGB II-Quote aufweist, bleiben die sinkenden Arbeitslosenzahlen auf der Hochstätt ohne Auswirkungen auf die Zahl der SGB II-Leistungsbezieher/innen (siehe Kapitel 4.2, Tabelle 4-5, Seite 73).

Die niedrigsten Arbeitslosenquotienten im Stadtgebiet weisen die Planungsräume Niederfeld (1,1 %), Sonnenschein (1,4 %), Neuhermsheim (1,4 %), Wallstadt (1,5 %), Feudenheim-Süd (1,7 %) und Oststadt-Nord (1,8 %) auf.

Tabelle 3-9: Zahl der Arbeitslosen und Arbeitslosenquotient (in %)

	Arbeitslose				Arbeitslosenquotient (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Schönau-Nord	572	544	507	488	8,8	8,4	8,0	7,9
Wohlgelegen	263	303	293	268	6,8	7,9	7,6	6,8
Waldhof-West/Mitte	207	191	201	199	7,3	6,6	6,8	6,8
Westliche Unterstadt	520	506	552	442	7,6	7,4	8,5	6,7
Hochstätt	160	147	142	140	7,6	7,0	6,7	6,6
Neckarstadt-West	1.067	1.018	986	1.014	6,6	6,7	6,5	6,6
Luzenberg	184	157	143	135	8,3	7,0	6,5	6,1
Jungbusch	357	364	380	315	6,9	7,0	7,4	6,0
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	93	82	87	74	7,0	6,2	6,5	5,7
Mannheim	**9.210**	**8.858**	**8.502**	**8.253**	**4,3**	**4,1**	**4,0**	**3,8**
Feudenheim-Nord	144	131	123	133	2,5	2,2	2,1	2,2
Pfingstberg	31	35	31	23	2,9	3,3	2,9	2,2
Sandhofen-Nord	30	27	37	29	2,3	2,0	2,8	2,2
Westliche Oberstadt	79	92	91	64	2,9	3,4	3,2	2,1
Lindenhof	211	195	193	193	2,4	2,2	2,1	2,1
Neuostheim	50	44	33	37	2,7	2,4	1,8	2,0
Seckenheim	190	182	176	167	2,2	2,1	2,1	2,0
Oststadt-Nord	106	98	90	92	2,2	2,0	1,8	1,8
Feudenheim-Süd	56	53	54	48	2,0	1,9	1,9	1,7
Wallstadt	81	104	85	75	1,6	2,1	1,7	1,5
Neuhermsheim	51	59	56	44	1,6	1,9	1,8	1,4
Sonnenschein	40	32	22	30	2,0	1,6	1,0	1,4
Niederfeld	79	69	63	55	1,7	1,4	1,3	1,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

4. Mindestsicherungsleistungen

Im folgenden Kapitel wird dargestellt, welche Personengruppen sich in einer materiell benachteiligten Lebenslage befinden.

In Deutschland gibt es bestimmte Personenkreise, die ein erhöhtes Armutsrisiko bzw. ein überdurchschnittliches Risiko materieller Benachteiligung aufweisen. Überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind Haushalte mit Kindern (darunter vor allem Alleinerziehende und kinderreiche Familien), Personen mit fehlendem oder niedrigem Bildungs- oder Berufsabschluss, Langzeitarbeitslose, Personen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderung.

Das Armutsrisiko im Alter ist insgesamt eher unterdurchschnittlich, allerdings gibt es auch im Alter Personengruppen mit hohem Armutsrisiko – einkommensschwache Personen mit langen Zeiten der Erwerbslosigkeit, alleinstehende Frauen mit Niedrigrenten, ältere Menschen mit chronischen Gesundheitsproblemen sowie ältere Migrant/innen der ersten Einwanderergeneration. Infolge diskontinuierlicher Erwerbsbiografien, prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dem gestiegenem Anteil an Niedriglohnbeschäftigung bei den heute Erwerbstätigen ist mit einem Anstieg des Anteils der Menschen zu rechnen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind (siehe Kapitel 4.5).

Folgende zentrale Aspekte müssen bei der Darstellung und Interpretation von Armutsindikatoren berücksichtigt werden:

- Armut ist mehrdimensional: Menschen, die in Einkommensarmut leben, sind auch in anderen Lebensbereichen benachteiligt. Armut geht mit sozialer Isolation, gesundheitlichen Risiken und geringeren Bildungschancen einher.[54]
- Armut prägt Lebensläufe: Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, aber auch in anderen Lebensphasen wirken sich Armutsphasen erschwerend auf den weiteren Lebenslauf aus. Materiell benachteiligte Kinder sind in der Regel stärker von ungleichen Bildungschancen, Entwicklungsverzögerungen und -störungen sowie gesundheitlichen Problemen betroffen als Kinder aus Haushalten, die nicht auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind. Diese armutsgeprägten Lebensbedingungen können zur Reproduktion (»Vererbung«) von Armut, Ungleichheit und Teilhabeeinschränkungen beitragen.
- Armut hat eine räumliche Dimension: Personen mit hohem Armutsrisiko konzentrieren sich in bestimmten städtischen Sozialräumen. Es besteht die Gefahr, dass sich Armutsmilieus verfestigen, bzw. dass durch individuelle Charakteristika ohnehin benachteiligte Gruppen durch negative Umfeldeffekte des Quartiers zusätzlich benachteiligt werden.

Zur Darstellung unzureichender materieller Absicherung wird häufig das Konzept der »relativen Armut« herangezogen. Relative Armut umschreibt eine »soziale Lage, die durch einen erheblichen Mangel an Ressourcen geprägt ist, der es den Betroffenen nicht mehr erlaubt, in angemessener Weise am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen«.[55] Zur Messung der relativen Armut wird das Nettoeinkommen eines Haushaltes in Relation zum Mittel der

[54] vgl. Groh-Samberg, Olaf; Voges, Wolfgang (2014): Armut und soziale Ausgrenzung, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands,

[55] Groh-Samberg, Olaf; Voges, Wolfgang (2014): Armut und soziale Ausgrenzung, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 58.

jeweiligen Gesellschaft gesetzt und dabei eine Armutsgrenze definiert. Haushalte unterhalb dieser Grenze werden als »arm« bzw. »armutsgefährdet« bezeichnet.

Auf kleinräumiger Ebene ist allerdings nicht die notwendige Datengrundlage für eine solche Vorgehensweise verfügbar. Aus diesem Grund werden in kleinräumigen Analysen in der Regel Kennzahlen herangezogen, die aus dem Transferleistungsbezug abgeleitet sind. Indikatoren, die auf die Bezieher/innen von Transferleistungen Bezug nehmen, werden auch mit dem Begriff der »bekämpften Armut« bezeichnet. Personen, die Transferleistungen aus dem System der sozialen Mindestsicherung beziehen, leben zwar unter schwierigen materiellen Bedingungen, sind aber nach diesem Verständnis nicht »arm«, da dem Transferleistungsbezug eine armutsvermeidende Wirkung zugeschrieben wird. Nichtsdestotrotz kann der Anteil der Transferleistungsbezieher/innen als guter Indikator für den Umfang der materiell gefährdeten Bevölkerung herangezogen werden.

4.1 Das System der sozialen Mindestsicherung

Unter dem Begriff der sozialen Mindestsicherungssysteme werden finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des Lebensunterhaltes verstanden. Im Falle unzureichenden eigenen Einkommens und Vermögens sollen die Transferleistungen der Mindestsicherung den soziokulturellen Mindestbedarf der leistungsberechtigten Personen abdecken, um eine Lebensführung auf gesellschaftlich akzeptablem Niveau zu ermöglichen.

Die Anzahl der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen zeigt, wie viele Personen kein oder kein ausreichendes Einkommen zur grundlegenden Existenzsicherung durch eigene Einkommen erzielen können und ist somit ein Maß dafür, wie viele Personen ohne diese Unterstützungsleistungen von Armut betroffen wären.

Das System der sozialen Mindestsicherung umfasst eine Reihe von Leistungen, die im Prinzip ähnlich ausgestaltet sind: Die Hilfen werden Personen gewährt, die nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht werden kann. Der Zugang zu den Leistungen ist von der Einkommens- und Vermögenslage abhängig und unterliegt einer Bedürftigkeitsprüfung, die Leistungshöhe ist am notwendigen Lebensbedarf im Sinne des soziokulturellen Existenzminimums orientiert.

Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung werden im vorliegenden Bericht folgende Leistungen gezählt:[56]

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II hat am 1.1.2005 die vormalige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz abgelöst. Mit den Leistungen nach dem SGB II erhalten erwerbsfähige Leistungsberechtigte Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts und werden bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unterstützt, die sie zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts befähigt (siehe ausführlichere Informationen in Kapitel 4.2).

[56] In der Statistischen Berichterstattung des Bundes und der Länder werden zusätzlich folgende Leistungen zur Mindestsicherung gezählt: Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz. Im vorliegenden Bericht werden – davon abweichend – diese Personenkreise nicht zur Berechnung der Gesamtzahl der Mindestsicherungsbezieher/innen herangezogen. Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die in Einrichtungen leben, werden hier ebenfalls nicht zu den Mindestsicherungsbezieher/innen gezählt.

Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII ist eine bedürftigkeitsabhängige Leistung zur materiellen Absicherung des Lebensunterhalts. Anspruchsberechtigt sind Personen, die ein der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechendes Lebensalter erreicht beziehungsweise überschritten haben, oder das 18. Lebensjahr vollendet haben und auf Dauer voll erwerbsgemindert sind und ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten können (siehe ausführlichere Informationen in Kapitel 4.5).

Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII

Die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) ist eine Leistung für einen kleineren Personenkreis, der von den beiden bedeutenden Leistungsarten der Grundsicherung (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII) nicht erfasst wird.

Da für bedürftige erwerbsfähige Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren und für die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen seit 2005 in der Regel das SGB II maßgeblich ist, bleibt nur ein kleiner Personenkreis, der Anspruch auf HLU hat. Bei diesen Personen handelt es sich beispielsweise um Erwerbsunfähige auf Zeit, Vorruheständler mit niedriger Rente und längerfristig Erkrankte.[57]

Abbildung 4-1: System der Mindestsicherung

Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)		Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe (SGB XII)	
Arbeitslosengeld II (ALG II)	Sozialgeld	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt
Erwerbsfähige Personen im Alter von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze	Nicht erwerbsfähige Personen bis zur Regelaltersgrenze, die mit einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben	Nicht erwerbsfähige Personen mit voller Erwerbsminderung gemäß §43 Abs. 2 SGB VI im Alter von 18 Jahren bis zur Regelaltersgrenze bzw. Personen im Alter ab der Regelaltersgrenze	Nicht erwerbsfähige Personen bis zur Regelaltersgrenze (Kinder und zeitweilig Erwerbsgeminderte), die nicht in einer Bedarfsgemeinschaft mit Erwerbsfähigen leben

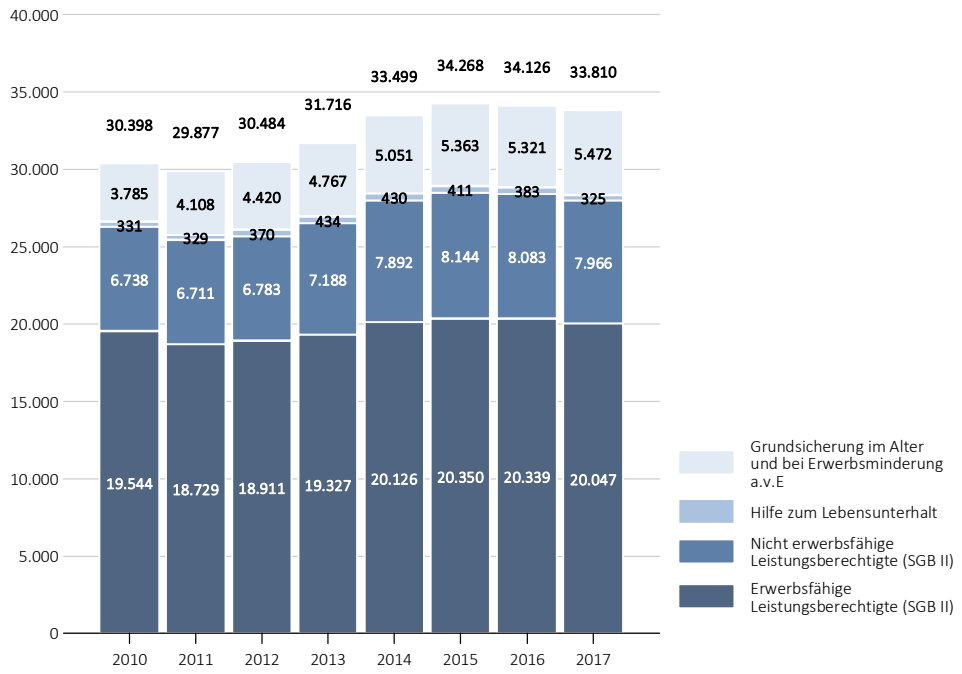
Insgesamt ergibt sich eine Zahl von 33.810 Personen, die zum 31.12.2017 in der Stadt Mannheim Transferleistungen der sozialen Mindestsicherung bezogen. Davon entfiel die überwiegende Mehrzahl auf Regelleistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (28.013 Personen). 5.472 Personen bezogen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen[58]. Weitere 325 Personen erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt.

[57] vgl. Gölz, Uwe (2014): Soziale Sicherungssysteme in Baden-Württemberg. Ein Überblick. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2014, S. 29.

[58] Wie zum Beispiel Pflegeheime und Heime der Eingliederungshilfe.

Die zwischen 2011 und 2015 zu beobachtende kontinuierliche Zunahme der Zahl der Leistungsbezieher/innen setzte sich im aktuellen Berichtsjahr nicht fort. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Gesamtzahl der Leistungsbezieher/innen in der Mindestsicherung geringfügig (um 316 Personen, von 34.236 auf 33.810 Personen) ab.

Abbildung 4-2: Entwicklung der Zahl der Leistungsbezieher/innen nach Art der Leistung in der Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und des Fachbereichs Arbeit und Soziales.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der Stadt Mannheim am Ort der Hauptwohnung beträgt die Quote der Mindestsicherungsleistungsbezieher/innen im Jahr 2017 10,7 Prozent. Etwas mehr als jede/r zehnte Einwohner/in war auf Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen. Zwischen 2011 und 2015 stieg der Anteil der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen in der Stadt Mannheim von 9,9 Prozent auf 11,0 Prozent, und nahm seither wieder leicht ab.

Die Mindestsicherungsquote unterscheidet sich deutlich nach Altersphase. Weit überdurchschnittliche Quoten weisen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren auf. In dieser Gruppe ist etwa jede fünfte Person auf den Bezug von Transferleistungen angewiesen. Bei den Altersgruppen, die sich im Erwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren befinden, unterscheidet sich die Mindestsicherungsquote nur gering. Die 15- bis unter 25-Jährigen liegen mit einem Anteil von 8,9 Prozent Mindestsicherungsbezieher/innen leicht unter der durchschnittlichen Quote.

Die Quote der Personen, die sich im Rentenalter befinden und überwiegend Grundsicherung im Alter beziehen, liegt deutlich unter der durchschnittlichen Mindestsicherungsquote. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass Altersarmut derzeit (noch) vergleichsweise gering ausgeprägt ist (vgl. dazu ausführlich Kapitel 4.5). Allerdings hat die Mindestsicherungsquote der 65-jährigen und älteren Bevölkerung im betrachteten Zeitraum zugenommen.

Tabelle 4-1: Entwicklung der Zahl der Leistungsbezieher/innen nach Alter in der Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl Leistungs-bezieher/innen	**30.398**	**29.877**	**30.484**	**31.716**	**33.499**	**34.268**	**34.126**	**33.810**
darunter:								
unter 15 Jahre	6.626	6.644	6.746	7.174	7.876	8.121	8.073	7.951
15 bis 24 Jahre	2.906	2.919	3.080	3.182	3.358	3.337	3.415	3.365
25 bis 54 Jahre	14.215	13.602	13.784	14.224	14.903	15.180	15.058	14.692
55 bis 64 Jahre	3.924	3.904	3.913	3.992	4.097	4.204	4.222	4.362
65 bis 79 Jahre	2.162	2.263	2.414	2.576	2.687	2.800	2.763	2.820
80 Jahre und älter	367	401	436	466	469	507	492	521
Mindestsicherungs-quote	**10,1**	**9,9**	**10,0**	**10,3**	**10,8**	**11,0**	**10,9**	**10,7**
darunter:								
unter 15 Jahre	17,3	17,6	18,0	19,1	20,9	21,3	20,8	20,3
15 bis 24 Jahre	8,1	7,9	8,2	8,5	8,9	8,8	9,2	8,9
25 bis 54 Jahre	10,5	10,0	10,0	10,3	10,6	10,8	10,8	10,5
55 bis 64 Jahre	11,3	11,1	11,0	11,1	11,2	11,3	11,1	11,2
65 bis 79 Jahre	5,1	5,4	5,7	6,0	6,3	6,6	6,6	6,7
80 Jahre und älter	2,4	2,6	2,8	3,0	2,9	3,1	2,9	2,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

Kleinräumiger Indikator: Mindestsicherungsquote

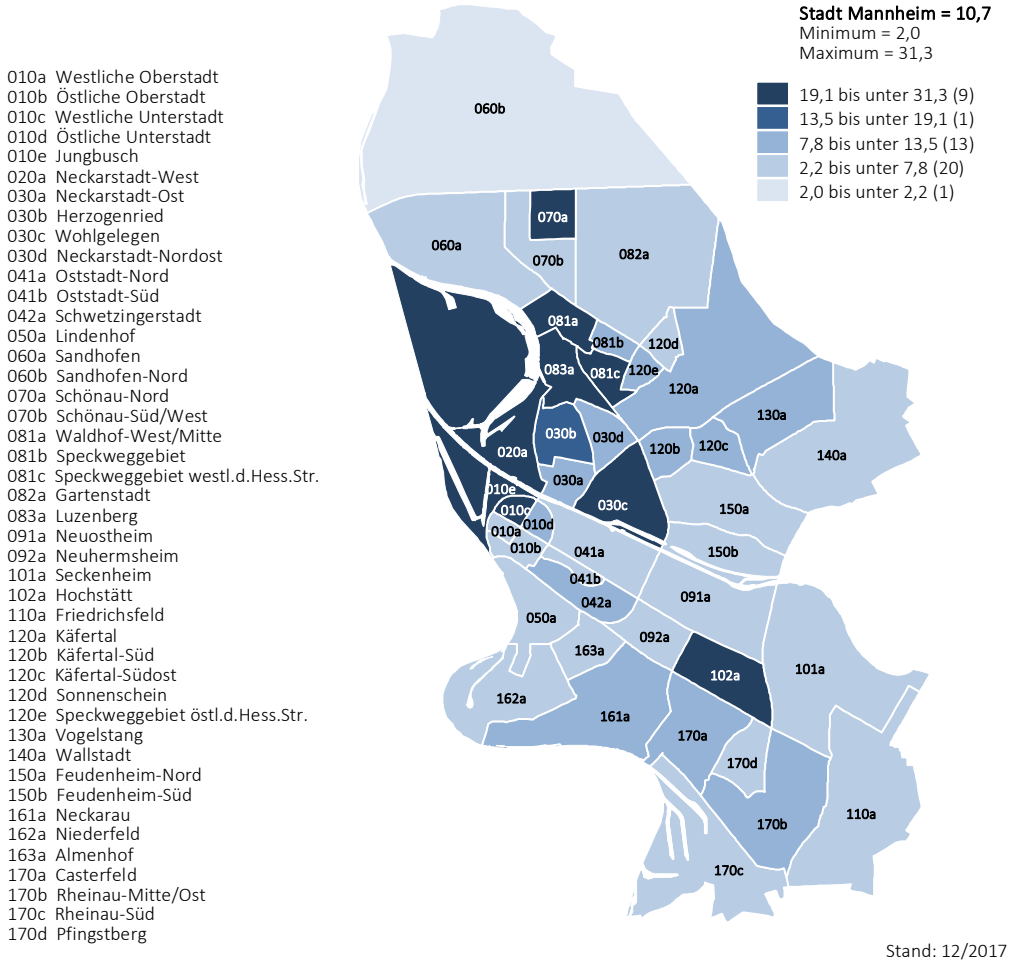
Anteil der Zahl der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Prozent

Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Fachbereich Arbeit und Soziales, Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim.

Die Mindestsicherungsquote setzt die Gesamtzahl der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen in Relation zur Bevölkerungszahl. Dieser zentrale Indikator der Sozialberichterstattung weist auf die Konzentration von Armutsgefährdung in einem Stadtteil hin. Er bildet den Anteil der Menschen ab, die ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe nicht im Rahmen eines gesellschaftlich definierten Existenzminimums bestreiten können.

Die eingeschränkten finanziellen Ressourcen (Einkommensarmut) steigern die Risiken in anderen Lebensbereichen, wie z.B. Bildungsteilhabe, soziale und politische Teilhabe sowie Gesundheit.

Abbildung 4-3: Mindestsicherungsquote (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

Die Gesamtzahl der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen in der Stadt Mannheim beträgt im Dezember 2017 33.810 Personen. Dies entspricht einem Anteil von 10,7 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Weit überdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten haben Hochstätt (31,3 %) und Schönau-Nord (26,4 %), in denen mehr als ein Viertel der Bevölkerung auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen ist. Auch in der Westlichen Unterstadt (23,4 %), Wohlgelegen (22,7 %), Neckarstadt-West (21,8 %), Luzenberg (20,8 %) und Waldhof-West/Mitte (20,1 %) liegt die Mindestsicherungsquote etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Stadt.

Andererseits gibt es Planungsräume, die stark unterdurchschnittliche Mindestsicherungsquote aufweisen. Dies sind insbesondere Sandhofen-Nord (2,0 %), Niederfeld (2,4 %) und Wallstadt (2,7 %).

Tabelle 4-2: Mindestsicherungsquote (Absolut und in %)

	Anz. Bezieher/innen Mindestsicherungsleistungen				Mindestsicherungsquote (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Hochstätt	877	928	960	1.001	28,1	29,5	30,4	31,3
Schönau-Nord	2.625	2.613	2.542	2.418	27,7	27,7	27,3	26,4
Westliche Unterstadt	2.070	2.085	2.187	2.050	22,7	22,9	25,1	23,4
Wohlgelegen	1.125	1.172	1.249	1.229	21,1	22,1	23,3	22,7
Neckarstadt-West	4.378	4.483	4.468	4.505	20,5	21,9	21,9	21,8
Luzenberg	691	628	591	642	22,5	20,2	19,3	20,8
Waldhof-West/Mitte	841	882	851	832	21,5	21,7	20,6	20,1
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	451	432	384	372	22,8	22,4	19,9	19,8
Jungbusch	1.291	1.316	1.255	1.235	20,4	20,8	19,9	19,4
Herzogenried	1.380	1.404	1.323	1.298	17,7	18,2	17,6	17,4
Mannheim	**33.499**	**34.268**	**34.126**	**33.810**	**10,8**	**11,0**	**10,9**	**10,7**
Lindenhof	634	635	658	635	4,9	4,8	4,9	4,7
Feudenheim-Nord	416	395	415	420	4,4	4,2	4,4	4,4
Seckenheim	496	547	580	517	3,9	4,3	4,5	4,1
Sonnenschein	117	134	112	127	3,6	4,0	3,3	3,8
Neuostheim	83	98	113	106	3,0	3,5	4,0	3,7
Neuhermsheim	144	173	178	161	3,1	3,8	3,9	3,5
Oststadt-Nord	234	228	224	228	3,1	3,0	3,0	3,0
Feudenheim-Süd	112	121	131	136	2,5	2,7	2,9	3,0
Wallstadt	189	195	184	215	2,4	2,5	2,3	2,7
Niederfeld	159	157	157	182	2,2	2,1	2,1	2,4
Sandhofen-Nord	60	49	44	39	3,1	2,5	2,2	2,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

4.2 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II

Der weit überwiegende Teil der in Kapitel 4.1 dargestellten Mindestsicherungsleistungen entfällt auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Die SGB II-Leistungen setzen sich aus dem Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld zusammen.

Das Arbeitslosengeld II stellt eine Grundsicherung für Erwerbsfähige, Arbeitsuchende und Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen dar. Anspruchsberechtigt sind **erwerbsfähige Leistungsberechtigte**, die das 15. Lebensjahr vollendet und die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

Die im Haushalt der ALG II-Bezieher/innen lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen haben Anspruch auf Sozialgeld. Dies umfasst alle Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft[61], die noch nicht im erwerbsfähigen Alter (unter 15 Jahren) sind oder aufgrund ihrer gesundheitlichen Leistungsfähigkeit nicht in der Lage sind, mindestens 3 Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten.

Begriffserklärung
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten nach § 7 SGB II Personen, die
das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben,
erwerbsfähig[59] sind,
hilfebedürftig[60] sind und
ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben

Tabelle 4-3: Entwicklung der Zahl der SGB II-Regelleistungsberechtigten in der Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
SGB II-Regelleistungsberechtigte	**26.282**	**25.440**	**25.694**	**26.515**	**28.018**	**28.494**	**28.422**	**28.013**
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	19.544	18.729	18.911	19.327	20.126	20.350	20.339	20.047
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	6.738	6.711	6.783	7.188	7.892	8.144	8.083	7.966
unter 15 Jahren	6.540	6.567	6.672	7.086	7.783	8.025	7.980	7.867
ab 15 Jahren	198	144	111	102	109	119	103	99

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende).

In Mannheim erhielten im Dezember 2017 28.013 Personen SGB II-Regelleistungen. Davon waren 20.047 (ca. 72 %) erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Bezug von Arbeitslosengeld II und 7.966 (ca. 28 %) nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, deren Anspruch auf

[59] Als erwerbsfähig gilt gem. § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Ebenfalls als erwerbsfähig zählen diejenigen, welchen z. B. wegen Erziehung eines Kindes unter drei Jahren, Pflege eines Angehörigen oder aus bestimmten anderen Gründen vorübergehend keine Erwerbstätigkeit zugemutet werden kann (§ 10 Abs. 1 SGB II).

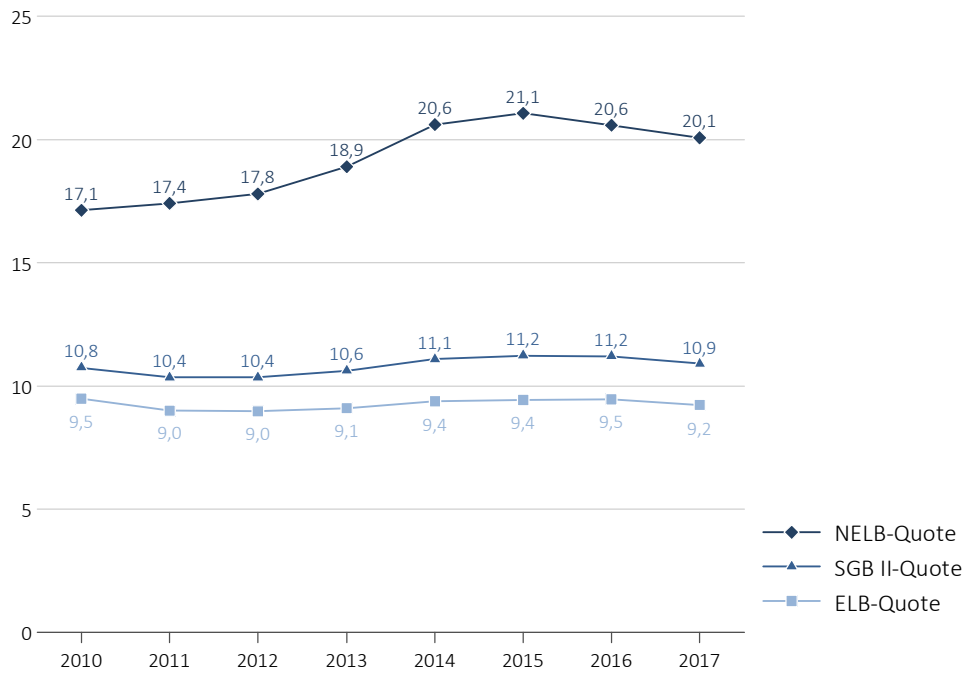
[60] Hilfebedürftig ist nach § 9 SGB II, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

[61] Zur Begriffserläuterung und weiteren Informationen siehe Kapitel 4.4.

das sogenannte Sozialgeld des SGB II darauf beruht, dass sie mit einem/einer erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich (zu 98,8 %) um Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren; lediglich 99 der 7966 nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren 15 Jahre oder älter.

Die SGB II-Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten hat seit 2011 deutlich zugenommen. Der Anstieg fand in den Jahren 2011 bis 2014 statt, seitdem ist die Quote etwa gleichbleibend bzw. von 2015 auf 2017 leicht abnehmend (vgl. Abbildung 4-4).

Abbildung 4-4: Entwicklung der SGB II-Quote 2010 bis 2017 (jeweils Dezember)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende) und der Kommunalen Statistikstelle.

Der Anteil der erwerbsfähigen SGB II-Leistungsbezieher/innen an der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung liegt im Jahr 2017 bei 9,2 Prozent. Etwas höher liegt die Quote der Frauen, was unter anderem damit zu erklären ist, dass Frauen häufiger in Teilzeit und in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und geringere Einkommen haben als Männer und damit häufiger trotz Erwerbstätigkeit auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind. Ein weiterer Grund ist, dass Alleinerziehende, die überdurchschnittlich häufig im Leistungsbezug sind, weit überwiegend Frauen sind (siehe auch Kapitel 4.4).

Mit 13,8 Prozent liegt die Quote der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei Ausländer/innen über dem Durchschnitt. Ursachen für diese höhere Quote sind vor allem fehlende schulischen und berufliche Qualifikationen (bzw. nicht anerkannte berufliche Abschlüsse), Sprachbarrieren sowie eine geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.[62]

[62] vgl. FamilienForschung Baden-Württemberg (2008): Ökonomische Lage von Familien, S. 13.

Tabelle 4-4: Entwicklung der Zahl der SGB II-Bezieher/innen und Hilfequoten[63] in der Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl Leistungsbezieher/innen								
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	19.544	18.729	18.911	19.327	20.126	20.350	20.339	20.047
Frauen	10.245	9.973	10.143	10.364	10.843	10.863	10.819	10.673
Männer	9.299	8.756	8.768	8.963	9.283	9.487	9.520	9.374
unter 25 J.	2.802	2.809	2.979	3.076	3.239	3.221	3.316	3.287
25 bis unter 55 J.	13.374	12.663	12.755	13.092	13.702	13.922	13.808	13.421
55 bis unter 65 J.	3.368	3.257	3.177	3.159	3.185	3.207	3.215	3.339
Deutsche	12.302	11.618	11.534	11.520	11.556	11.666	11.520	11.243
Ausländer	7.187	7.058	7.323	7.753	8.516	8.634	8.771	8.760
Hilfequoten *								
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	9,5	9,0	9,0	9,1	9,4	9,4	9,5	9,2
Frauen	10,1	9,8	9,9	10,0	10,4	10,4	10,4	10,1
Männer	8,8	8,2	8,1	8,2	8,4	8,5	8,6	8,4
unter 25 J.	7,8	7,6	8,0	8,2	8,6	8,5	8,9	8,6
25 bis unter 55 J.	9,9	9,3	9,3	9,4	9,8	9,9	9,9	9,5
55 bis unter 65 J.	9,7	9,3	8,9	8,8	8,7	8,6	8,5	8,6
Deutsche	8,0	7,6	7,5	7,5	7,5	7,6	7,5	7,3
Ausländer	13,5	12,9	13,0	13,4	13,9	13,9	14,1	13,8

* bezogen auf die Bevölkerung der jeweiligen Struktur in Prozent

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende) und der Kommunalen Statistikstelle.

Die Zunahme der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zwischen 2011 und 2016 resultiert aus der ansteigenden Zahl der Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Wie Tabelle 4-4 zeigt, blieb der Zahl der deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in diesem Zeitraum nahezu konstant, während die Zahl der nichtdeutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um über 1.700 Personen (von 7.058 Personen im Jahr 2011 auf 8.760 Personen im Jahr 2017) zunahm.

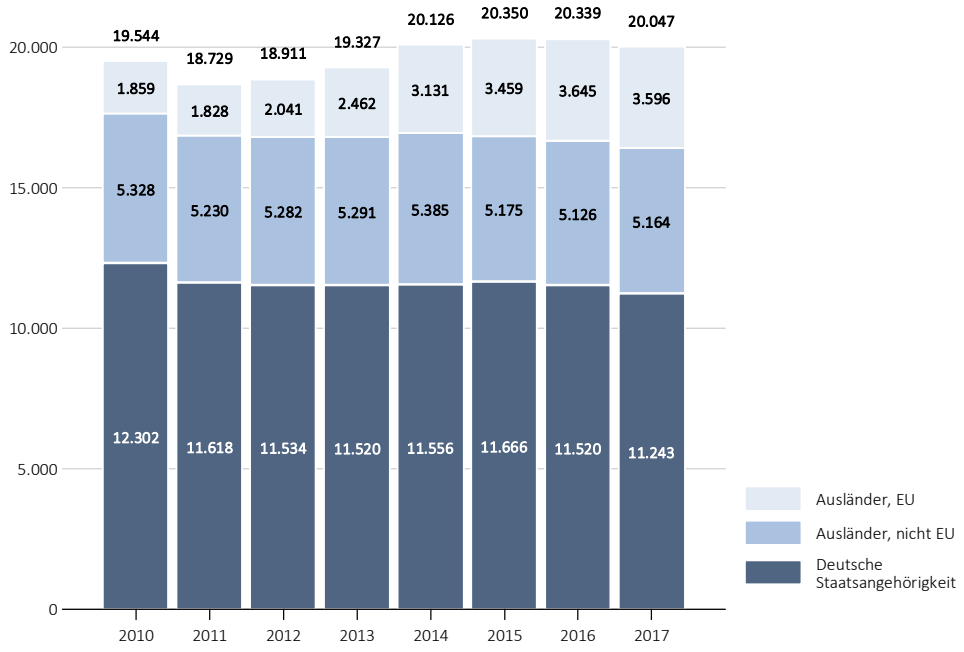
Diese Zunahme ist insbesondere der ansteigenden Zahl des Leistungsbezugs von EU-Ausländer/innen geschuldet (vgl. Abbildung 4-5). Deren Zahl hat sich zwischen 2011 und 2017 verdoppelt (von 1.828 auf 3.596 Personen), was aus einem verstärkten Zugang von Zuwander/innen aus den südosteuropäischen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien resultiert. Im Dezember 2017 befanden sich 1.119 erwerbsfähige Personen aus Bulgarien und 291 erwerbsfähige Personen aus Rumänien im Leistungsbezug.

[63] Die hier dargestellten Hilfequoten verwenden als Basis die Bevölkerungszahl auf Grundlage des kommunalen Melderegisters. Die Hilfequoten der Bundesagentur für Arbeit werden nicht verwendet, da die zugrundeliegende Bevölkerungszahl von den Einwohnerzahlen abweicht, die von der Kommunalen Statistikstelle der Stadt Mannheim bereitgestellt werden. Daher kommt es auch bei den berechneten Quoten zu leichten Abweichungen von den amtlichen Hilfequoten, die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht werden.

Der starke Anstieg ist auch darauf zurückzuführen, dass Antragssteller/innen aus EU-Staaten nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland vollen Zugang zu den hiesigen Sozialleistungen haben. Vermittlungshemmnisse der Leistungsbezieher/innen aus Südosteuropa bestehen vor allem in geringen deutschen Sprachkenntnissen und häufig nicht vorhandener beruflicher Ausbildung.

Zukünftig wird die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten – neben der Entwicklung der Zuwander/innen aus Südosteuropa – insbesondere davon abhängen, wie sich die entsprechenden Zugänge durch bleibeberechtigte Flüchtlinge entwickeln.[64]

Abbildung 4-5: Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende).

64 Stadt Mannheim (2017): Jobcenter Mannheim. Zielerreichung und Finanzabschluss 2016 – Zielvereinbarungsprozess und Finanz- und Stellenplan – Geplante Eingliederungsmaßnahmen 2017. Beschlussvorlage Nr. V274/2017, S. 8

Kleinräumiger Indikator: SGB II-Quote

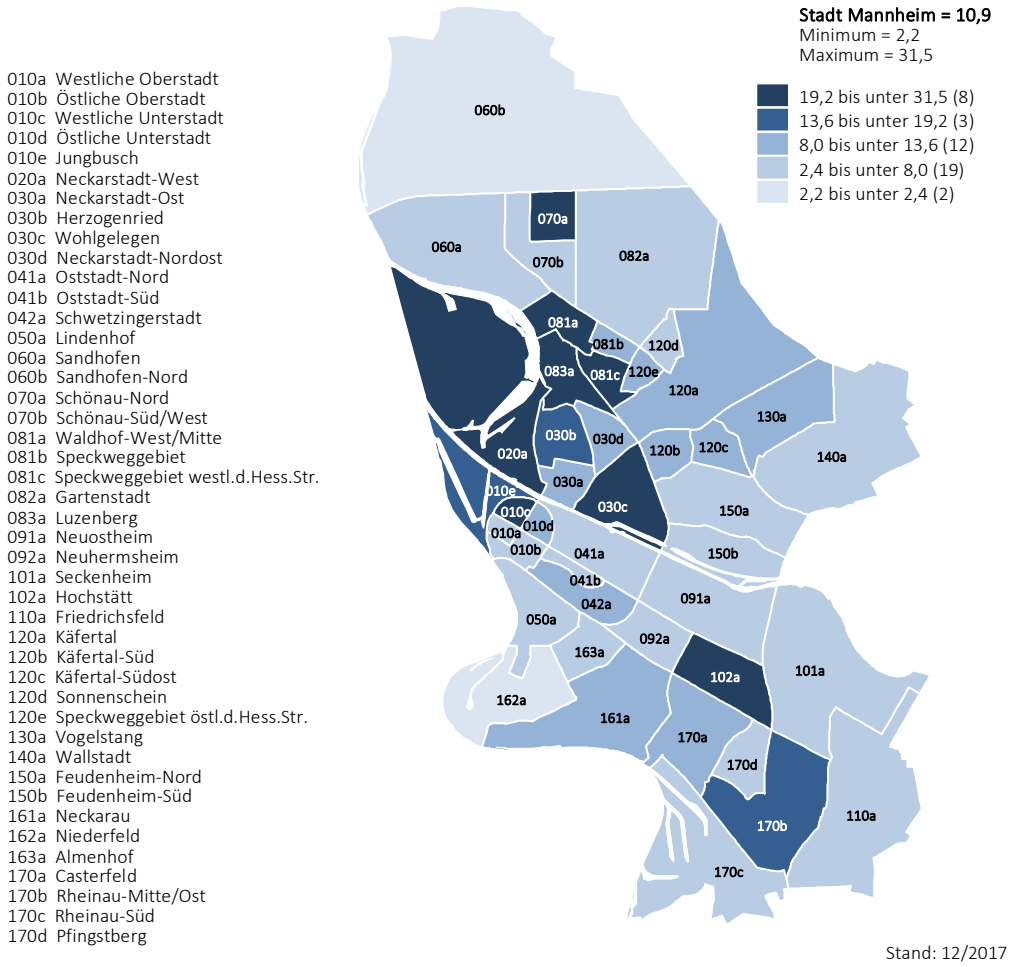
Anteil der SGB II-Regelleistungsberechtigten an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung unter 65 Jahren.

Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim.

Der Transferleistungsbezug nach dem SGB II stellt neben der Mindestsicherungsquote den wichtigsten Armutsindikator dar. Der Indikator bildet den Anteil der Personen unter 65 Jahren ab, die SGB II-Leistungen zur dauerhaften Sicherung ihres Lebensunterhaltes erhalten. Der Indikator misst somit den Anteil der Bevölkerung unter 65 Jahren, die von Einkommensarmut betroffen sind.

Die wirtschaftliche Benachteiligung führt häufig auch zu einer Einschränkung der Teilhabe am sozialen Leben, zu Gesundheitsrisiken oder zu beeinträchtigten Bildungschancen im Haushalt lebender Kinder und Jugendlicher. Eine hohe Konzentration von SGB II-Leistungsberechtigten in einem Quartier kann zudem zu dessen Stigmatisierung beitragen und dadurch zu einer weiteren Benachteiligung der Bewohner/innen führen.

Abbildung 4-6: SGB II-Quote (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

Die im Stadtgebiet höchsten SGB II-Quoten weisen Hochstätt (31,5 %) und Schönau-Nord (25,2 %) auf. Weitere Planungsräume, in denen mehr als jede/r fünfte Einwohner/in SGB II-Leistungen bezieht, sind die Westliche Unterstadt (22,8 %), Wohlgelegen (22,1 %), Luzenberg (21,3 %), Neckarstadt-West (21,1 %), Waldhof-West/Mitte (21,1 %) und das Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße (20,2 %).

Dabei verlief die Entwicklung in den Planungsräumen in den vergangenen vier Jahren recht unterschiedlich: Auf der einen Seite finden sich Planungsräume mit positiver Entwicklung, d.h. einer abnehmenden SGB II-Quote. Insbesondere das Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße (von 24,5 % im Jahr 2014 auf 20,2 % im Jahr 2017) fällt hierbei auf, auch Schönau-Nord zeigt eine leicht positive Entwicklung.

Eine völlig andere, merklich negative, Entwicklung findet sich auf der Hochstätt (Anstieg von 28,6 % im Jahr 2014 auf 31,5 % im Jahr 2017) und im Wohlgelegen (Anstieg von 20,1 % auf 22,1 %).

Tabelle 4-5: Anzahl und Anteil der SGB II-Bezieher/innen (Absolut und in %)

	Anz. SGB II-Regelleistungsberechtigte				SGB II-Quote insgesamt (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Hochstätt	800	840	874	908	28,6	29,6	30,6	31,5
Schönau-Nord	2.161	2.147	2.072	1.934	26,9	26,8	26,3	25,2
Westliche Unterstadt	1.754	1.752	1.868	1.738	22,0	22,0	24,6	22,8
Wohlgelegen	921	973	1.043	1.035	20,1	21,4	22,7	22,1
Luzenberg	650	581	546	594	23,3	20,6	19,7	21,3
Neckarstadt-West	3.753	3.845	3.831	3.861	19,8	21,3	21,3	21,1
Waldhof-West/Mitte	765	793	767	753	22,5	22,5	21,5	21,1
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	408	386	333	315	24,5	23,9	20,6	20,2
Jungbusch	1.152	1.170	1.114	1.087	19,8	20,1	19,2	18,5
Herzogenried	1.174	1.184	1.106	1.082	18,4	18,7	18,0	17,9
Mannheim	**28.018**	**28.494**	**28.422**	**28.013**	**11,1**	**11,2**	**11,2**	**10,9**
Feudenheim-Nord	330	312	345	342	4,7	4,5	4,9	4,8
Seckenheim	403	443	469	417	4,0	4,3	4,6	4,1
Neuostheim	64	80	94	91	2,9	3,6	4,2	4,0
Lindenhof	439	413	441	421	4,3	4,0	4,2	4,0
Sonnenschein	85	98	81	98	3,6	4,0	3,3	3,9
Feudenheim-Süd	94	102	111	115	2,7	3,0	3,2	3,3
Neuhermsheim	105	130	135	120	2,7	3,4	3,5	3,2
Wallstadt	155	162	149	186	2,5	2,7	2,5	3,1
Oststadt-Nord	156	155	161	157	2,8	2,7	2,8	2,7
Niederfeld	123	122	114	135	2,3	2,2	2,1	2,4
Sandhofen-Nord	55	44	39	34	3,6	2,9	2,5	2,2

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

4.3 SGB II-Leistungsbezieher nach Erwerbsstatus: Erwerbstätige Leistungsbezieher (»Aufstocker«)

Da beim Arbeitslosengeld II alle Hilfebedürftigen leistungsberechtigt sind, die als erwerbsfähig gelten, begrenzt sich der Empfängerkreis nicht nur auf (registrierte) Arbeitslose, sondern umfasst auch Erwerbstätige (Arbeitnehmer/innen wie Selbständige) sowie jene, die zwar erwerbsfähig, aber nur eingeschränkt verfügbar sind, oder denen Erwerbstätigkeit (z.B. wegen der Betreuung von Kleinkindern) nicht zugemutet wird.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte können nach ihrem Status der Arbeitsuche als arbeitslos, nicht arbeitslos arbeitsuchend oder nicht arbeitsuchend definiert werden:

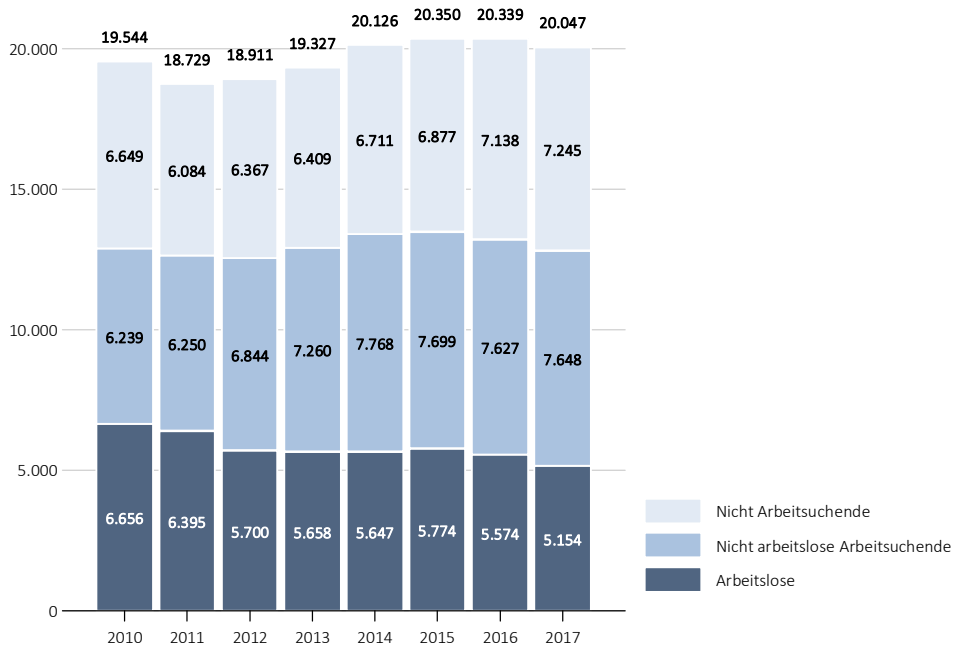
- Arbeitslose sind weniger als 15 Stunden in der Woche erwerbstätig, suchen eine Beschäftigung, stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und nehmen an keiner arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teil. Personen, die wenigstens eines dieser Merkmale nicht erfüllen, werden nicht als arbeitslos geführt. Hier ist insbesondere der § 10 SGB II relevant, der bestimmt, unter welchen Bedingungen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht jede Arbeit zumutbar ist (siehe Nicht-Arbeitsuchende).
- Nicht arbeitslose Arbeitsuchende sind Erwerbstätige, die mehr als 15 Stunden wöchentlich einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer Selbständigkeit nachgehen, oder auch Teilnehmende in Weiterbildungsmaßnahmen oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Sie erfüllen nicht die Voraussetzungen der Arbeitslosigkeit im Sinne des SGB III (da das Kriterium der Beschäftigungslosigkeit nicht erfüllt ist) und werden daher nicht als arbeitslos gezählt, sind aber dennoch arbeitsuchend. Wegen eines zur Unterhaltssicherung zu geringem Einkommens sind sie bedürftig nach dem SGB II und erhalten deshalb Arbeitslosengeld II.
- Nicht-Arbeitsuchende schließlich sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die aus verschiedenen Gründen dem Arbeitsmarkt zeitweise nicht zur Verfügung stehen bzw. denen aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation (zeitweise) keine Erwerbstätigkeit zugemutet werden kann. Darunter fallen Schüler/innen, Auszubildende, Erziehungsleistende mit Kindern unter drei Jahren, pflegende Angehörige, Teilnehmende in längerfristigen Maßnahmen zur Weiterbildung. Wegen mangelnder Verfügbarkeit wird dieser Personenkreis nicht als arbeitslos gezählt.

Von den Ende 2017 registrierten 20.047 erwerbsfähigen SGB II-Leistungsberechtigten waren 5.154 Personen und damit etwa 26 Prozent arbeitslos gemeldet. Weitere 7.648 Personen im SGB II-Bezug gelten nicht als arbeitslos, werden aber als Arbeitsuchende gezählt. Mit 7.245 Personen entfällt mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf die Personengruppe der nicht arbeitsuchenden SGB II-Bezieher/innen.

Im Zeitverlauf wird deutlich, dass die Zahl der arbeitslosen Leistungsbezieher im SGB II zwischen 2012 und 2015 – ungeachtet leichter Schwankungen – etwa konstant blieb und seitdem abnimmt, wodurch der Anteil dieser Personengruppe an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von 34 Prozent (2010) auf 25,7 Prozent (2017) sank.

Die Zunahme der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um etwa 1.400 Personen zwischen 2012 und 2016 entfiel zu etwa gleichen Teilen auf die nicht Arbeitsuchenden (+771 Personen) und die nicht arbeitslosen Arbeitsuchenden (+783 Personen).

Abbildung 4-7: Entwicklung der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II nach Erwerbsstatus, Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Insgesamt ging in Mannheim im Jahr 2017 etwas mehr als ein Viertel der Arbeitslosengeld II-Bezieher/innen einer Erwerbstätigkeit nach. Dies sind Personen, deren Erwerbseinkommen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts ausreicht. Diese 5.777 Personen stocken ihr nicht bedarfsdeckendes Erwerbseinkommen mittels SGB II-Leistungen bis zum Existenzminimum ihrer Bedarfsgemeinschaft auf (»Aufstocker«[65]). Damit beträgt der Anteil der Aufstocker an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2017 28,8 Prozent.

Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen, die lediglich ein nicht bedarfsdeckendes Erwerbseinkommen erzielen und dieses mit Transferleistungen ergänzen, nahm in den Jahren 2012 bis 2016 stetig zu (vgl. Tabelle 4-6). Im Dezember 2017 weisen 5.459 SGB II-Leistungsbezieher/innen ein Einkommen aus einer abhängigen Erwerbstätigkeit auf.

Etwas mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Leistungsbezieher/innen ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt: 3.191 Personen und damit 55 Prozent der erwerbstätigen SGB II-Leistungsbezieher/innen befinden sich in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Bei der anderen Hälfte handelt es sich um Personen in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis oder um Personen, bei denen keine Meldung vorliegt.

65 Umgangssprachlich werden diese in der Regel als »Aufstocker« bezeichnet. Die Bundesagentur für Arbeit verwendet davon abweichend den Begriff »Aufstocker« allerdings für den Parallelbezug von ALG I und ALG II, also für Personen, deren Arbeitslosengeld nicht ausreicht, um den Bedarf der Bedarfsgemeinschaft zu decken. Neben Arbeitslosengeld erhalten diese Personen dann auch Arbeitslosengeld II. Das Arbeitslosengeld wird um die entsprechenden Leistungen des SGB II »aufgestockt«.

Von den 5.459 abhängig erwerbstätigen SGB II-Leistungsberechtigten waren (nach Höhe des Bruttoerwerbseinkommens):

– 2.322 Beschäftigte (43 %) mit Monatseinkommen bis 450 €.
– 1.355 Personen (25 %) in Beschäftigungsverhältnissen mit einem Bruttoeinkommen zwischen 450 € und 850 € pro Monat und
– 1.782 Personen (33 %) mit einem Monatseinkommen über 850 €.

Zu einem wesentlichen Anteil ist der Erwerbsumfang der Aufstocker gering. Knapp ein Drittel ist in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Allerdings befinden sich unter den erwerbstätigen Leistungsbezieher/innen in zunehmendem Umfang auch sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte. Zwischen 2013 und 2017 stieg die Anzahl dieser Beschäftigtengruppe von 771 Personen auf 1.023 Personen. Im Jahr 2017 betrug der Anteil der in Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen abhängig erwerbstätigen ELB knapp 19 Prozent.

Tabelle 4-6: Entwicklung der Zahl der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) , Stadt Mannheim 2012 bis 2017, jeweils Dezember

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
erwerbstätige ELB	**5.146**	**5.220**	**5.532**	**5.718**	**5.805**	**5.777**
davon:						
abhängig erwerbstätige ELB	4.849	4.898	5.185	5.373	5.490	5.459
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.412	2.467	2.656	2.855	3.034	3.191
in Vollzeit	797	771	878	903	967	1.023
in Teilzeit	1.607	1.693	1.778	1.952	2.067	2.168
ausschließlich geringfügig Beschäftigte	1.886	1.861	1.963	1.908	1.854	1.720
selbständig erwerbstätige ELB	329	357	367	378	344	342
abhängig erwerbstätige ELB nach Einkommen						
<=450 Euro	2.396	2.497	2.540	2.503	2.469	2.322
>450 Euro bis <=850 Euro	1.137	1.124	1.251	1.277	1.357	1.355
>850 Euro	1.316	1.277	1.394	1.593	1.664	1.782

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Langzeitleistungsbezieher - Zeitreihen; sowie Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Art und Umfang der Erwerbstätigkeit von Aufstocker/innen sind somit sehr unterschiedlich. Damit einher gehen vielfältige Gründe dafür, warum Beschäftigte trotz Erwerbstätigkeit auf Leistungen des SGB II angewiesen sind. Im Wesentlichen können drei Ursachen unterschieden werden:[66]

- Geringer Stundenumfang der Erwerbstätigkeit: Dabei handelt es sich um Personen, die aus bestimmten Gründen eine nicht bedarfsdeckende Teilzeitbeschäftigung ausüben und deren Bezüge durch SGB II-Leistungen ergänzt werden. Die geringe wöchentliche Arbeitszeit ist zum Teil eine Folge nicht ausreichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder gesundheitlicher Einschränkungen, kann aber auch auf fehlende Beschäftigungsmöglichkeit mit einer höheren Stundenzahl zurückzuführen sein.
- Geringer Stundenlohn bzw. Beschäftigung im Niedriglohnsektor: Bei diesen Personen ist die niedrige Entlohnung der Hauptgrund für den ergänzenden Leistungsbezug. Insbesondere betrifft dies un- und angelernte Tätigkeiten von Geringqualifizierten. Aufgrund des wachsenden Niedriglohnsektors ist für einen Teil der Beschäftigten ein ausreichendes Erwerbseinkommen selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung nicht mehr sicher gewährleistet.[67]
- Darüber hinaus kann auch der Haushaltskontext dazu führen, dass ergänzende Leistungen nach dem SGB II in Anspruch genommen werden. Bei diesen Personen ist das Erwerbseinkommen auch bei einer Vollzeiterwerbstätigkeit infolge eines zu geringen Entgelts und/oder durch die Familiengröße zu gering, dass das Erwerbseinkommen nicht zur Existenzsicherung aller Haushaltsmitglieder reicht. In Paarfamilien ist daher überwiegend nicht ein geringer Erwerbsumfang, sondern die Arbeitslosigkeit des Partners oder der Partnerin die Hauptursache der Bedürftigkeit.[68]

Die Bedeutung niedriger Löhne und von Teilzeitbeschäftigung für die Wahrscheinlichkeit, aufstockende Leistungen zu beziehen, hat auch zur Folge, dass bestimmte Branchen einen besonders hohen Anteil von Aufstocker/innen aufweisen. Zwar liegen zu diesem Thema derzeit keine differenzierten Daten auf Kreisebene vor, die westdeutschen Daten zeigen aber, dass aufstockender Leistungsbezug insbesondere in Dienstleistungsbranchen dominiert. Berufe in denen »Aufstocker« überdurchschnittlich stark vertreten sind (gemessen am Anteil erwerbstätiger ELB an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dezember 2017) sind in Westdeutschland[69]: Reinigungsberufe (9,2 %) und Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe (4,6 %). In absoluten Zahlen der Aufstocker spielen darüber hinaus Handelsberufe sowie Verkehrs- und Logistikberufe eine große Rolle.

Dies deckt sich auch mit den Branchen, in denen Aufstocker/innen erwerbstätig sind. Relativ stark verbreitet sind sie bei Reinigungsdiensten (10,2 %), im Gastgewerbe (6,1 %), sowie zusätzlich in der Arbeitnehmerüberlassung (4,8 %). Besonders ins Auge fällt dabei der hohe Anteil vollzeitbeschäftigter Aufstocker in der Arbeitnehmerüberlassung: Der überwiegende Teil der Leiharbeitnehmer/innen, die ergänzende Leistungen aus der Grundsicherung bezog, war in Vollzeit beschäftigt (71 Prozent; zum Vergleich alle Branchen: 26 Prozent).[70]

---

66 vgl. Rudolph, Helmut (2014): „Aufstocker“: Folge der Arbeitsmarktreformen?, in: WSI-Mitteilungen 3/2014.

67 vgl. Giesecke, Johannes (2014): Arbeitsmarkt und Beschäftigung, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 55.

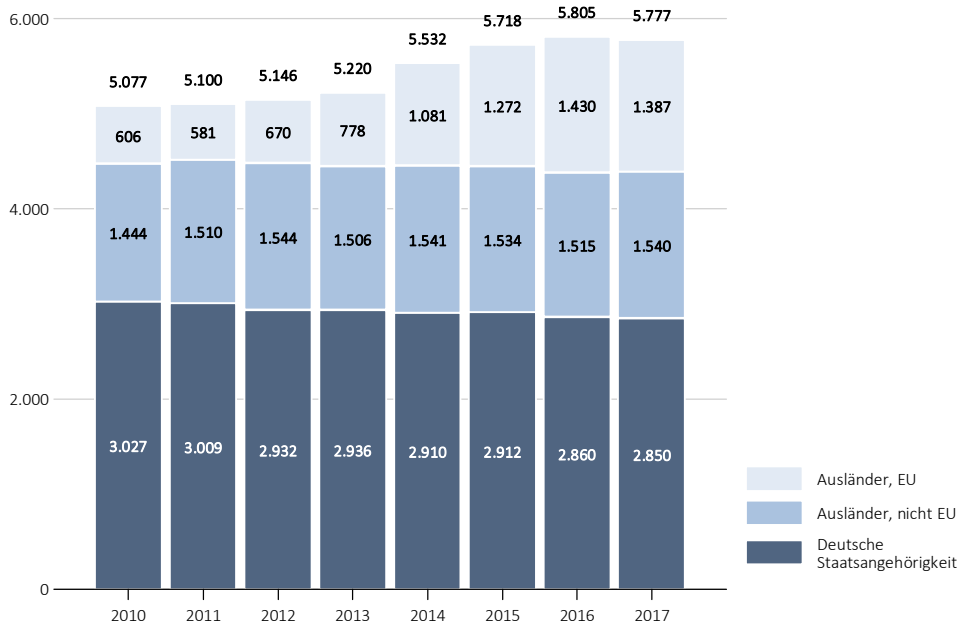
68 vgl. Rudolph, Helmut (2014): „Aufstocker“: Folge der Arbeitsmarktreformen?, in: WSI-Mitteilungen 3/2014, S. 217.

69 vgl. Bundesagentur für Arbeit (2016): Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Deutschland, Länder und Kreise. März 2017; Entsprechende Zahlen auf Kreisebene liegen derzeit nicht vor.

70 vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Blickpunkt Arbeitsmarkt – Aktuelle Entwicklungen der Zeitarbeit, S. 19.

Bei der Entwicklung der Zahl der »Aufstocker« ist hinsichtlich der Zusammensetzung nach Staatsangehörigkeit eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie bei der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten: Die Zahl der Aufstocker mit deutscher Staatsangehörigkeit nimmt kontinuierlich leicht ab, während bei Ausländer/innen aus EU-Staaten eine starke Zunahme zu verzeichnen ist (von 670 Personen im Jahr 2012 auf 1.387 Personen im Jahr 2017) (vgl. Abbildung 4-8).

Abbildung 4-8: Entwicklung der Zahl der »Aufstocker« (erwerbsfähige Leistungsberechtigten im SGB II mit Einkommen aus abhängiger und/oder selbstständiger Tätigkeit) nach Staatsangehörigkeit, Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Langzeitleistungsbezieher - Zeitreihen, Nürnberg, Daten mit Wartezeit von 3 Monaten.

Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich ein hoher Anteil an Aufstocker/innen bei Bulgar/innen und Rumän/innen. Deutschlandweit waren im Dezember 2017 42,7 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien erwerbstätig, im Vergleich zu 25,5 Prozent bei den Ausländer/innen insgesamt.[71]

In engem Zusammenhang damit steht der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich, der bei Ausländer/innen und Neuzuwander/innen überdurchschnittlich hoch ist. Während von den deutschen Vollzeitbeschäftigten 19 Prozent ein Monatsentgelt in der unteren Entgeltgruppe erzielten, liegt dieser Anteil bei Ausländer/innen insgesamt bei 32 Prozent und für Beschäftigte aus den Staaten der EU-Osterweiterung bei knapp 50 Prozent.[72]

[71] vgl. IAB Zuwanderungsmonitor März 2018, S. 5.

[72] vgl. Hartmann, Michael (2016): Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, in: Statistisches Bundesamt, WISTA Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration, S. 76.

4.4 Leistungsbezug im Haushaltskontext: Kinder, Jugendliche und Bedarfsgemeinschaften im SGB II

Die materielle Benachteiligung im Kindheits- und Jugendalter prägt den Lebenslauf in vielfältiger Weise, in deren Folge sich soziale Ungleichheiten und geringere Teilhabechancen sich dann wiederum in späteren Lebensphasen fortsetzen:

– Ein Aufwachsen in Armut hat häufig **frühkindliche Entwicklungsdefizite** zur Folge: Armutsgefährdete Kinder haben bereits im Vorschulalter deutliche Defizite in ihrer Entwicklung verglichen mit gleichaltrigen Kindern. Bereits im Kindergarten weisen armutsgefährdete Kinder häufiger Auffälligkeiten in den Bereichen des Sprach-, Spiel- und Arbeitsverhaltens sowie den emotionalen und sozialen Kompetenzen auf.[73] Laut 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung werden zum Zeitpunkt der Einschulung Entwicklungsverzögerungen und -störungen (Sprach- und Sprechstörungen, psychomotorische Störungen sowie intellektuelle Entwicklungsverzögerungen) bei Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern etwa dreimal häufiger festgestellt als bei Kindern aus Elternhäusern, die sozial nicht benachteiligt sind.[74] Kinder im Leistungsbezug haben zum Zeitpunkt der Einschulung häufiger Aufmerksamkeitsprobleme, sprechen schlechter die deutsche Sprache, können schlechter zählen und verfügen über weniger soziale Kompetenzen als Kinder, die keine Leistungen nach dem SGB II beziehen.
– Arme Kinder sind häufiger von **gesundheitlichen Risiken und Einschränkungen** betroffen. Armut erhöht für Kinder das Risiko für chronische Erkrankungen wie beispielsweise Diabetes und schlägt sich in einem gesundheitsriskanteren Verhalten nieder. Unfallverletzungen, zahnmedizinische Probleme sowie psychische bzw. psychosomatische Beschwerden sind unter armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen überdurchschnittlich verbreitet. Zudem ist Armut bzw. ein niedriger sozioökonomischer Status bei Kindern und Jugendlichen ein Risikofaktor für die Entstehung oder die Intensivierung von Suchtproblemen.[75]
– Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Aufwachsen in Einkommensarmut und **geringeren Bildungserfolgen**: So besuchen armutsgefährdete Kinder seltener ein Gymnasium.[76] Durch die in Deutschland besonders enge Koppelung von Bildungserfolgen an die soziale Herkunft von Schüler/innen werden die Armutsrisiken »vererbt«. Die geringeren Bildungschancen bestehen im weiteren Ausbildungsweg fort: Jugendliche deren Eltern nicht erwerbstätig sind, haben eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit, nach der Schule selbst in Inaktivität oder in berufsvorbereitende Maßnahmen zu münden. Über ein Viertel der Kinder in Familien ohne Erwerbsbeteiligung bricht ihre erste berufliche Ausbildung ab, ein etwa doppelt so hoher Anteil wie bei anderen Auszubildenden.[77]

---

[73] vgl. Tophoven, Silke; Wenzig, Claudia; Lietzmann, Torsten (2016): Kinder in Armutslagen. Konzepte, aktuelle Zahlen und Forschungsstand. IAB-Forschungsbericht 11/2016, S. 24.

[74] vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 91.

[75] vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015, S. 59.

[76] vgl. Tophoven, Silke; Wenzig, Claudia; Lietzmann, Torsten (2016): Kinder in Armutslagen. Konzepte, aktuelle Zahlen und Forschungsstand. IAB-Forschungsbericht 11/2016, S. 24.

[77] vgl. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen (IAW) (2015): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung), S. 4.

Bedarfsgemeinschaften im SGB II

Wie in Kapitel 4.2 dargestellt, nahm die Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NELB) zwischen 2011 und 2015 deutlich zu (vgl. Abbildung 4-4, S. 69). Die strukturellen Hintergründe dieser Entwicklung werden im folgenden Kapitel näher betrachtet.

Dabei ist zunächst festzuhalten, dass Armutsgefährdung von Kindern ein Resultat verminderter Erwerbs- und Einkommenschancen der Eltern ist. Das Risiko für Kinder und Jugendliche, in den Leistungsbezug zu geraten, ist von der familiären Situation und von der Haushaltskonstellation abhängig. Daher wird im folgenden Abschnitt die Struktur der Bedarfsgemeinschaften im SGB II näher betrachtet.

Begriffserklärung Bedarfsgemeinschaft

Eine Bedarfsgemeinschaft (nach § 7 SGB II) bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.[78]

Das Armutsrisiko bzw. der Transferleistungsbezug von Kindern und Jugendlichen wird von zwei wesentlichen Bestimmungsfaktoren beeinflusst: Vom Familientyp, in dem die Kinder und Jugendlichen leben sowie von der Erwerbsbeteiligung der Eltern.

Die größte Armutsgefährdung für Familien ist eine geringe oder fehlende Erwerbsbeteiligung der Eltern.[79] In Familienhaushalten schränkt oft ein Elternteil, in der Regel die Mutter, mit der Gründung einer Familie die eigene Erwerbstätigkeit ein, wodurch sich das Erwerbseinkommen der Familie deutlich reduziert. In Paarfamilien kann dies zum Teil durch die Erwerbsbeteiligung des/der Partner/in kompensiert werden, für Alleinerziehendenhaushalte ist es dagegen häufig schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. Infolge der durch Kinderbetreuungspflichten eingeschränkten Möglichkeiten des Einkommenserwerbs sind Alleinerziehende im Vergleich zu Paarfamilien stärker armutsgefährdet. Auch wenn ein Erwerbseinkommen bezogen wird, ist dies häufig nicht ausreichend; gerade für Alleinerziehende reicht Erwerbstätigkeit oft nicht zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit aus.

Insgesamt beträgt der Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften an allen Privathaushalten in der Stadt Mannheim 8,5 Prozent (vgl. Tabelle 4-7). Eine hohe Armutsgefährdung zeigt sich bei kinderreichen Familien und bei Alleinerziehenden, die weit überwiegend Frauen sind. Von den Haushalten mit drei oder mehr Kindern bezieht fast jeder Dritte (31,4 Prozent), bei Alleinerziehendenhaushalten sogar fast die Hälfte (48,5 Prozent) Transferleistungen nach dem SGB II. Insgesamt stellen Alleinerziehendenhaushalte ein Fünftel der Bedarfsgemeinschaften, während ihr Anteil an allen Haushalten lediglich 3,5 Prozent beträgt (siehe Kapitel 2.3). Relativ selten ist der SGB II-Leistungsbezug dagegen in Haushalten ohne Kinder; in diesen Haushalten beträgt der Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften 6,5 Prozent. Am geringsten ist die Hilfebedürftigkeit bei Paaren ohne Kinder, da deren Erwerbsbeteiligung typischerweise hoch ist und keine Ausgaben für die Versorgung von Kindern

[78] Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als der Haushalt, zu dem alle Personen gehören, die zusammen leben und wirtschaften. Zur Bedarfsgemeinschaft gehören der Ehepartner oder der Partner, sowie die unverheirateten Kinder unter 25 Jahren.

[79] Neben der Anzahl der Kinder hängt das Armutsrisiko auch vom Alter des jüngsten Kindes ab: „Mit steigendem Lebensalter nimmt die Zahl der hilfebedürftigen Kinder ab. Dies hängt u.a. mit der abnehmenden Betreuungsnotwendigkeit für ältere Kinder zusammen, die den Eltern verstärkt die Aufnahme bzw. eine Ausweitung von Beschäftigung ermöglicht“; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 121.

anfallen (»double income, no kids«). Auch die SGB II-Quote von Single-Bedarfsgemeinschaften liegt deutlich unter der Hilfequote von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften; sie ist jedoch höher als bei Paaren ohne Kinder. In absoluten Zahlen ist trotz der eher durchschnittlichen Betroffenheit zu berücksichtigen, dass Einpersonenhaushalte rund die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften ausmachen.

Tabelle 4-7: SGB II-Quote Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsgemeinschaften-Typ, Stadt Mannheim, jeweils Dezember

	Anzahl Bedarfsgemeinschaften			SGB II-Quote Bedarfsgemeinschaften		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Insgesamt	**14.983**	**15.005**	**14.808**	**8,4**	**8,4**	**8,5**
Haushalte ohne Kinder	9.346	9.449	9.340	6,2	6,3	6,5
darunter:						
Einpersonenhaushalte	7.574	7.745	7.656	8,0	8,2	8,5
Paare ohne Kinder	1.458	1.433	1.410	3,6	3,5	3,4
Haushalte mit Kind(er)	5.637	5.556	5.468	19,5	19,1	18,9
darunter:						
mit 1 Kind	2.776	2.701	2.655	17,5	17,1	17,0
mit 2 Kindern	1.783	1.785	1.751	18,1	18,0	17,5
mit 3 oder mehr Kindern	1.056	1.070	1.062	33,0	32,5	31,4
darunter:						
Alleinerziehende	3.092	3.031	2.971	49,5	48,9	48,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte) und der Kommunalen Statistikstelle.

Tabelle 4-8: Anzahl der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsgemeinschaften-Typ, Stadt Mannheim, jeweils Dezember

	Anzahl			Anteil		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Anzahl Kinder unter 15 Jahren						
insgesamt	8.518	8.456	8.348	100,0	100,0	100,0
nach Zahl der Kinder in der BG						
mit 1 Kind	2.250	2.160	2.151	26,4	25,5	25,8
mit 2 Kindern	3.074	3.085	3.062	36,1	36,5	36,7
mit 3 und mehr Kindern	3.183	3.199	3.132	37,4	37,8	37,5
nach Haushaltstyp						
in Alleinerziehenden-BG	4.117	4.073	3.988	48,3	48,2	47,8
in Partner-BG mit Kindern	4.390	4.371	4.357	51,5	51,7	52,2

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Kinder in Bedarfsgemeinschaften).

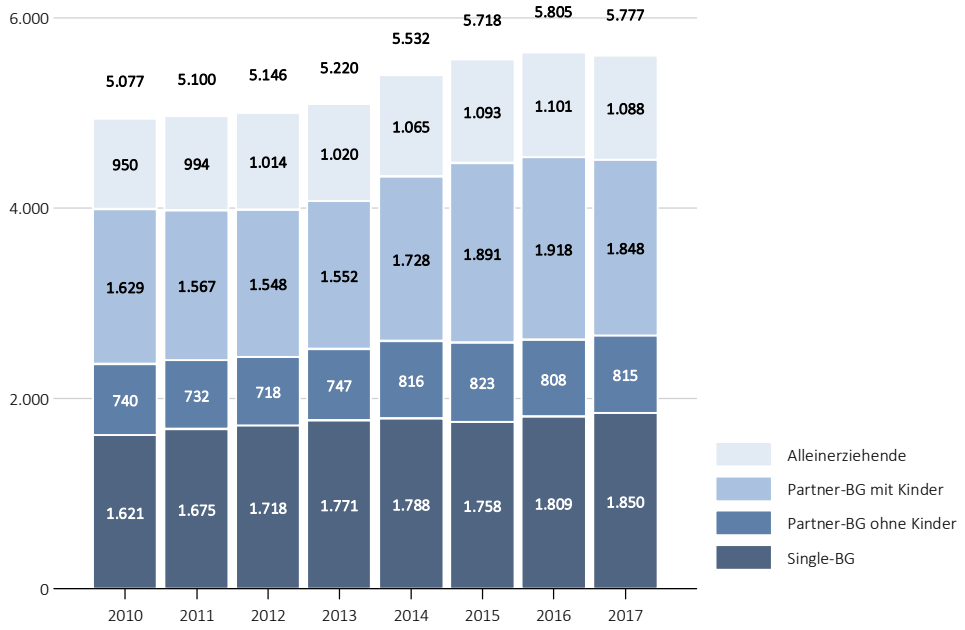
In Tabelle 4-8 ist zusätzlich die Zahl der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren nach dem Typ der Bedarfsgemeinschaft aufgeschlüsselt. Ein beträchtlicher Anteil der armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen lebt in Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften und/oder kinderreichen Bedarfsgemeinschaften: Fast die Hälfte (48 Prozent) der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren leben in Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften. 37,5 Prozent der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften mit drei oder mehr Kindern. Maßnahmen

und Handlungsansätze zur Verringerung des Leistungsbezugs von Kindern und Jugendlichen müssen daher gezielt in diesen Haushaltskonstellationen ansetzen.

Der Haushaltskontext spielt bei Personen mit aufstockendem Leistungsbezug nach dem SGB II eine entscheidende Rolle. Während aufstockender Leistungsbezug in kleineren Haushalten häufig aus kurzen Arbeitszeiten und/oder niedrigen Verdiensten resultiert, reicht bei größeren Familien auch ein Einkommen aus einer Vollzeittätigkeit nicht immer aus, um das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern.[80] Aufstocker spielen daher v.a. in größeren Familienhaushalten eine wesentliche Rolle, wenn ein Erwerbseinkommen nicht die Existenzsicherung beider Partner und der Kinder gewährleisten kann.

Wie Abbildung 4-9 zeigt, ist die in den letzten Jahren zunehmende Zahl der Aufstocker in erster Linie auf die steigende Zahl der aufstockenden Personen in Familienhaushalten (bzw. Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern) zurückzuführen. Während die Zahl der Alleinerziehenden mit aufstockendem Leistungsbezug seit 2013 etwa gleich blieb, nahm die Zahl der Aufstocker in Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern) von 1.552 Personen (2013) auf 1.848 (2017) zu. In Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern) finden sich etwa ein Drittel aller aufstockenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, obwohl deren Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften lediglich 19 Prozent beträgt.

Abbildung 4-9: Entwicklung der Zahl der »Aufstocker« nach Bedarfsgemeinschaftstyp, Stadt Mannheim 2010 bis 2017, jeweils Dezember



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Langzeitleistungsbezieher - Zeitreihen, Nürnberg, Daten mit Wartezeit von 3 Monaten.

[80] vgl. Bruckmeier, Kerstin (2017): Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug, in: Möller, Joachim; Walwei, Ulrich (Hg.) (2017): Arbeitsmarkt kompakt. Analysen, Daten, Fakten. Nürnberg, S. 60.

Kleinräumiger Indikator:
SGB II-Quote nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

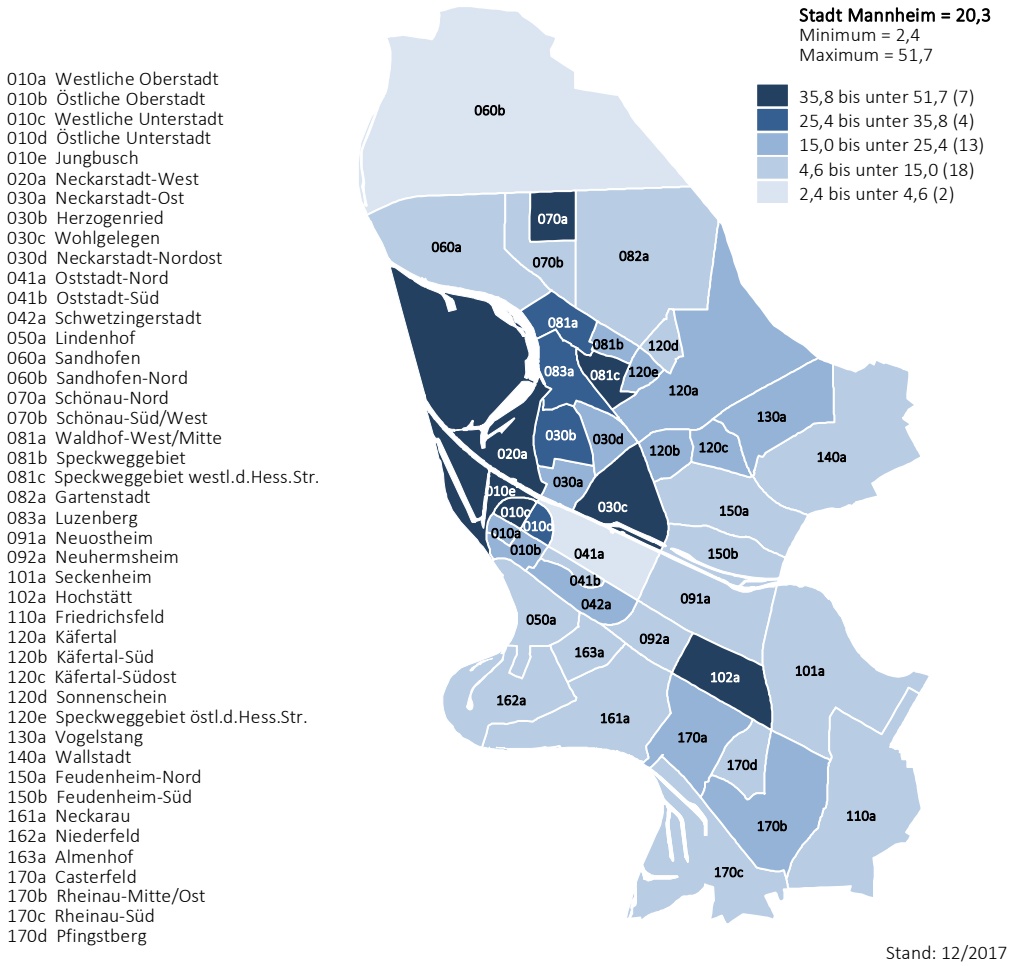
Anteil der nicht erwerbsfähigen SGB II-Regelleistungsberechtigten an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung unter 15 Jahren.

Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim.

Der Indikator »SGB II-Quote nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte« gibt den Anteil der hilfebedürftigen Personen wieder, die mit ALG II-Bezieher/innen in einer Bedarfsgemeinschaft leben und selbst nicht erwerbsfähig sind.

Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug ist kleinräumig nicht verfügbar. Da es sich aber bei den nicht erwerbsfähigen SGB II-Bezieher/innen fast ausschließlich um Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren handelt, wird diese Zahl zur Berechnung des Indikators verwendet, der von Kinder- und Jugendarmut betroffene Gebiete erkennen lässt.

Abbildung 4-10: Anteil der nicht erwerbsfähigen SGB II-Bezieher/innen an der Bevölkerung unter 15 Jahren (in %)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

Im gesamtstädtischen Durchschnitt beträgt die Quote der nicht erwerbsfähigen SGB II-Bezieher/innen 20,3 Prozent. Jede/r fünfte unter 15-Jährige wächst somit in einem materiell benachteiligten Haushalt auf. In einigen Planungsräumen liegt dieser Anteil mehr als doppelt so hoch: Jungbusch (51,7 %), Hochstätt (47,0 %), Westliche Unterstadt (43,8 %), Neckarstadt-West (38,6 %) und Wohlgelegen (38,4 %) weisen die höchsten Anteile der Kinder- und Jugendarmut auf.

Auffällig ist die gegenläufige Entwicklung in einigen der Planungsräumen mit hoher SGB II-Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Während sich in einigen Planungsräumen des Stadtbezirks Waldhof (Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße und Waldhof-West/Mitte) die Zahl und die Quote der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen deutlich reduzierte, kam es insbesondere auf der Hochstätt seit 2014 zu einem erheblichen Anstieg.

Tabelle 4-9: Anzahl und Anteil der nicht erwerbsfähigen SGB II-Bezieher/innen an der Bevölkerung unter 15 Jahren (Absolut und in %)

	Nichterwerbsfähige Hilfebedürftige				SGB II-Quote nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Jungbusch	321	340	346	334	48,1	51,8	52,2	51,7
Hochstätt	303	331	341	356	43,7	45,2	45,8	47,0
Westliche Unterstadt	513	507	521	460	46,5	46,5	47,7	43,8
Neckarstadt-West	1.018	1.096	1.080	1.097	36,5	39,7	38,5	38,6
Wohlgelegen	248	276	291	291	35,5	39,8	40,5	38,4
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	157	136	101	98	47,3	46,4	37,3	37,7
Schönau-Nord	642	639	627	552	42,2	42,0	41,4	36,8
Luzenberg	228	205	182	197	40,0	34,9	32,3	35,4
Waldhof-West/Mitte	235	246	234	227	40,5	40,3	37,8	35,3
Herzogenried	389	387	355	345	34,7	34,6	33,0	32,3
Mannheim	**7.892**	**8.144**	**8.083**	**7.966**	**20,9**	**21,4**	**20,9**	**20,3**
Sonnenschein	27	33	27	34	7,4	9,1	7,2	9,1
Almenhof	77	74	79	65	10,3	9,9	10,3	8,4
Oststadt-Süd	34	31	32	36	7,5	6,7	6,8	7,4
Feudenheim-Nord	80	72	75	85	7,2	6,5	6,7	7,4
Seckenheim	118	133	135	116	7,1	7,9	8,0	6,9
Neuostheim	14	20	28	24	3,6	5,3	7,1	6,1
Lindenhof	73	74	75	82	5,7	5,7	5,5	5,9
Wallstadt	43	54	49	61	4,2	5,1	4,8	5,8
Neuhermsheim	30	43	50	37	3,9	5,7	6,5	5,1
Feudenheim-Süd	25	31	29	31	3,9	4,9	4,7	5,0
Niederfeld	34	36	33	40	4,8	4,8	4,3	5,0
Sandhofen-Nord	15	11	11	10	6,7	5,1	4,5	4,2
Oststadt-Nord	13	14	19	19	1,7	1,8	2,4	2,4

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunalen Statistikstelle.

4.5 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII

Materielle Benachteiligung im Alter weist spezifische Merkmale auf, die für die kommunale Sozialpolitik von besonderer Relevanz sind. Zum einen lässt sich die finanzielle Lage im Alter auf der kommunalen Ebene kaum beeinflussen. Zum anderen ist materielle Armut im Rentenalter häufig von Dauer, da im Gegensatz zu jüngeren Menschen kaum Möglichkeiten bestehen, das Einkommen zu verbessern.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde im Jahr 2003 eingeführt, um insbesondere älteren Menschen bei finanzieller Bedürftigkeit ein existenzsicherndes Einkommen zu gewähren. Leistungsberechtigte Personengruppen sind bei Bedürftigkeit:

- ältere Menschen ab dem Erreichen der Regelaltersgrenze nach § 41 SGB XII[81] – unabhängig davon, ob ein Anspruch auf eine Alters- oder Hinterbliebenenrente besteht,
- dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen[82] ab 18 Jahren – unabhängig davon, ob die Voraussetzung für eine Erwerbsminderungsrente erfüllt sind.

Hauptursache für den Bezug von Grundsicherung im Alter ist eine fehlende oder nicht ausreichende Alterssicherung, die durch lückenhafte Erwerbsbiografien, längeren Phasen der Arbeitslosigkeit, geringfügiger Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung oder Erwerbstätigkeit im Niedriglohnsektor bedingt sein kann. Personen, die aus diesen Gründen in ihrem Erwerbsleben häufig keine zur Deckung des Existenzminimums ausreichenden Rentenansprüche erwerben konnten, sind daher überdurchschnittlich häufig auf Grundsicherungsleistungen angewiesen.

Von diesen Risiken sind auf der einen Seite Personen mit niedriger schulischer oder beruflicher Bildung betroffen. Sie haben ein überdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko und sind häufiger in gering entlohnten Tätigkeiten beschäftigt. Auf der anderen Seite haben (alleinlebende) ältere Frauen (in Westdeutschland) ein erhöhtes Risiko der Armutsgefährdung, da sie häufig aufgrund der Kindererziehung unterbrochene Erwerbsbiografien aufweisen.

Ebenso besonders betroffen sind Personen mit Migrationshintergrund, die ein tendenziell erhöhtes Risiko haben, durch geringes Einkommen in der Erwerbsphase nur geringe Rentenansprüche zu erzielen. [83]

Tabelle 4-10 bildet die Entwicklung der Fallzahlen der Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab, wobei nur Personen außerhalb von Einrichtungen berücksichtigt sind. Die Zahl der Leistungsbezieher/innen liegt im Jahr 2017 bei 5.472 Personen. Davon ist etwa ein Drittel unter 65 Jahre alt, zwei Drittel sind 65 Jahre und älter. Seit 2010 stieg die Zahl der Grundsicherungsbezieher/innen deutlich an. Von 3.785 Personen stieg die Zahl um 1.687 Personen, was einem Anstieg um etwa 45 Prozent entspricht.

Der Anstieg der Vorjahre setzt sich zunächst im Jahr 2016 nicht fort. Die Zahl der Bezieher/innen dieser Leistungen verringerte sich geringfügig von 5.363 Personen im Jahr 2015 auf 5.321 Personen im Jahr 2016. Zu dem leichten Rückgang haben die Wohngelderhöhung zum Jahresbeginn 2016 und die überdurchschnittlich hohe Rentenanpassung im gleichen

---

81 Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze mit Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze seit dem 1. Januar 2012 bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben.

82 Eine volle Erwerbsminderung ist dann gegeben, wenn die Betroffenen wegen Krankheit oder Behinderung unabhängig von der Arbeitsmarktlage auf Dauer nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden pro Tag einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

83 vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015): Lebenslagen und Einkommenssituation älterer Menschen. Implikationen für Wohnungsversorgung und Wohnungsmärkte, S. 102.

Jahr beigetragen.[84] Im Jahr 2017 war wieder eine Zunahme um +150 Leistungsbezieher/innen zu verzeichnen.

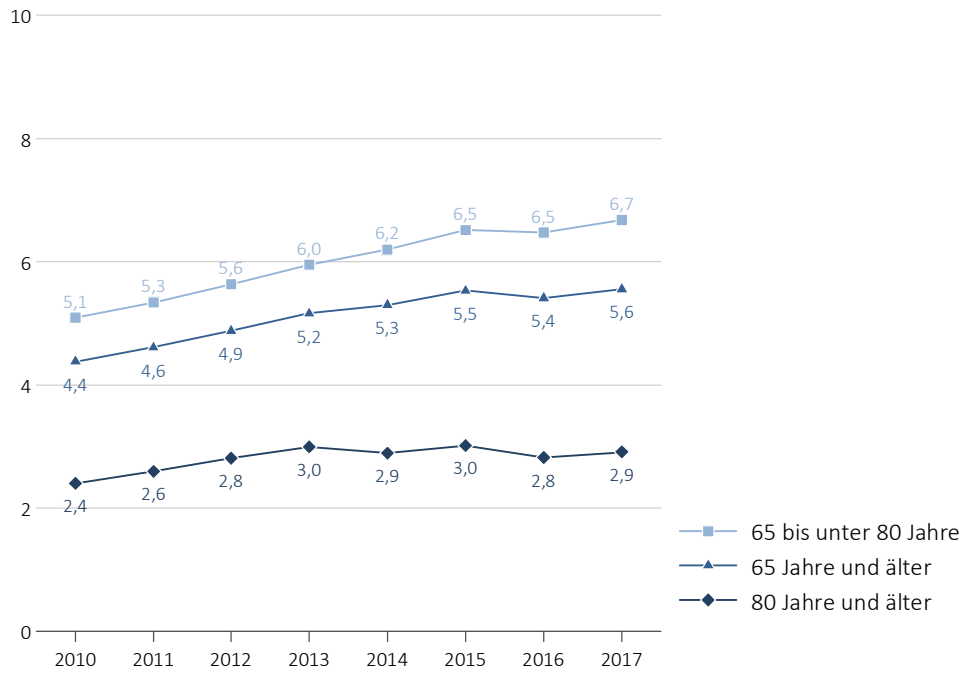
Tabelle 4-10: Anzahl der Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen (jeweils Dezember)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Insgesamt	3.785	4.108	4.420	4.767	5.051	5.363	5.321	5.472
unter 65 Jahre	1.275	1.458	1.594	1.757	1.926	2.091	2.115	2.164
65 Jahre und älter	2.510	2.650	2.826	3.010	3.125	3.272	3.206	3.308
65 bis 79 Jahre	2.148	2.251	2.392	2.546	2.658	2.771	2.720	2.792
80 Jahre und älter	362	399	434	464	467	501	486	516

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

Der Anteil der Grundsicherungsbezieher/innen an der Bevölkerung ab 65 Jahren beträgt im Jahr 2017 5,6 Prozent. Damit liegt die Quote des Transferleistungsbezugs der Bevölkerung im Rentenalter deutlich unterhalb dem der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Abbildung 4-11: Anteil der ab 65-jährigen Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII an der Bevölkerung im jeweiligen Alter (Angaben in Prozent)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

[84] vgl. Der Paritätische Gesamtverband (2017): Abschied vom Aufstieg. Paritätisches Jahresgutachten 2017, S. 26.

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich, dass die ab 80-jährige Bevölkerung eine deutlich geringere Grundsicherungsquote aufweist als die 65- bis 79-Jährigen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die ältere Generation der heute über 80-Jährigen (Geburtsjahrgänge 1936 und früher) noch vergleichsweise stabile Erwerbsbiografien aufweist. Die 65- bis 79-Jährigen (Geburtsjahrgänge 1937 bis 1951) waren dagegen in ihrem Erwerbsleben stärker von Wirtschaftskrisen und Unterbrechungen des Erwerbslebens betroffen.

Zwischen Männern und Frauen ist insgesamt betrachtet nur ein geringer Unterschied der Grundsicherungsquote zu verzeichnen.[85] Eine große Differenz zeigt sich dagegen bei der Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit: Die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter ist bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (12,2 %) deutlich höher als bei der deutschen Bevölkerung (4,4 %). Die Gründe hierfür liegen in migrationsgeprägten Erwerbsbiografien mit einer in der Regel geringen Zahl von rentenversicherungsrelevanten Beschäftigungsjahren, niedrigeren Löhnen, stärkeren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Eine wesentliche Rolle spielen Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, der beispielsweise in der industriellen Massenproduktion und der Schwerindustrie zum Abbau der oft von den »Gastarbeiter/innen« der ersten Generation verrichteten Tätigkeiten geringer beruflicher Qualifikation führte. Dadurch kam es bei dieser Personengruppe in der letzten Phase des Erwerbsalters häufig zu Einkommenseinbußen durch Transferleistungen und zu einem entsprechend niedrigeren Alterseinkommen.[86]

Tabelle 4-11: Anteil der ab 65-jährigen Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII an der Bevölkerung im jeweiligen Alter (Angaben in Prozent)

	Anzahl der ab 65-jährigen Bezieher/innen		Grundsicherungsquote ab 65 Jahren	
	2016	2017	2016	2017
Insgesamt	3.206	3.308	5,4	5,6
Frauen	1.828	1.862	5,5	5,6
Männer	1.378	1.446	5,3	5,6
Deutsche	2.160	2.212	4,3	4,4
Frauen	1.250	1.254	4,2	4,3
Männer	910	958	4,3	4,5
Ausländer	1.046	1.096	12,0	12,2
Frauen	578	608	14,7	14,5
Männer	468	488	9,9	10,2

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

Darüber hinaus kommt bei den älteren Ausländer/innen ein Geschlechterunterschied zum Tragen, der in erster Linie auf die sehr unterschiedliche Erwerbsbeteiligung zugewanderter Männer und Frauen zurückzuführen ist. Aufgrund ihrer geringen Erwerbsbeteiligung ist die

85 Zu berücksichtigen ist dabei aber, dass hier nur Personen außerhalb von Einrichtungen betrachtet werden – Personen in stationären Pflegeeinrichtungen, die zu fast zwei Dritteln Frauen sind, sind hier nicht enthalten.

86 vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften, S. 89.

Grundsicherungsquote im Alter bei nichtdeutschen Frauen mit 14,5 Prozent überdurchschnittlich hoch und liegt über der Quote der ausländischen Männer (10,2 %) und mehr als dreimal über dem Wert der deutschen Frauen.

Zukünftige Entwicklung der Altersarmut

Prognosen gehen von zukünftig steigenden Risiken aus, die sich insbesondere auf veränderte Erwerbsbiografien, veränderte Familienstrukturen sowie Änderungen im Rentenrecht zurückführen lassen.[87] Während ein großer Teil der heute Älteren im Laufe ihres Erwerbslebens vergleichsweise stabile Erwerbsverhältnisse und Versicherungsbedingungen hatte, gehen in Zukunft Generationen in Rente, für die beides nicht mehr gilt. Erwerbsbiografien sind heute weniger geradlinig, sie sind häufiger von prekärer oder atypischer Beschäftigung sowie von Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit durch Phasen der Arbeitslosigkeit geprägt, die insgesamt zu deutlich niedrigeren Rentenanwartschaften führen, als sie die heutigen Älteren erworben haben.[88]

Wie stark die zukünftige Zunahme der Armutsgefährdung im Alter ausfallen wird, lässt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen. Dabei spielen zu viele unterschiedlichste Einflussfaktoren eine Rolle. Hierzu gehören die gesamtwirtschaftliche und die demografische Entwicklung, Entwicklungen und Dynamiken auf dem Arbeitsmarkt, weitere Veränderungen in den individuellen Erwerbsverläufen, Bildungs- und Erwerbsmustern sowie Veränderungen in den Lebensformen und Haushaltszusammensetzungen. Hinzu kommen arbeitsmarkt-, sozial- und rentenpolitische Entscheidungen.

Insgesamt schätzt ein Gutachten im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung die bundesweite Entwicklung der Grundsicherungsquote von heute etwa 5,5 Prozent bis auf etwas über 7 Prozent im Jahr 2036.[89] Eine vergleichbare Entwicklung in der Stadt Mannheim zugrunde gelegt, würde einen Anstieg der Anzahl der Grundsicherungsbezieher/innen ab 65 Jahren (außerhalb von Einrichtungen) von derzeit 3.300 Personen auf etwa 5.100 Personen im Jahr 2036 nach sich ziehen. Allerdings ist dies lediglich als unter derzeitigen Rahmenbedingungen plausibles Szenario zu interpretieren, keinesfalls als gesicherte Prognose, da die langfristige Entwicklung vielfältigen Einflüssen unterworfen sind, die derzeit nicht absehbar sind (Änderung der rentenrechtlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung etc.).

---

[87] vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015, S. 225.

[88] vgl. Rock, Joachim (2017): Armut im Alter, in: Der Paritätische Armutsbericht 2017, S. 45; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2015): Lebenslagen und Einkommenssituation älterer Menschen. Implikationen für Wohnungsversorgung und Wohnungsmärkte, S. 104.

[89] vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017): Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politikszenarien. S. 18.

Kleinräumiger Indikator: Grundsicherungsquote im Alter

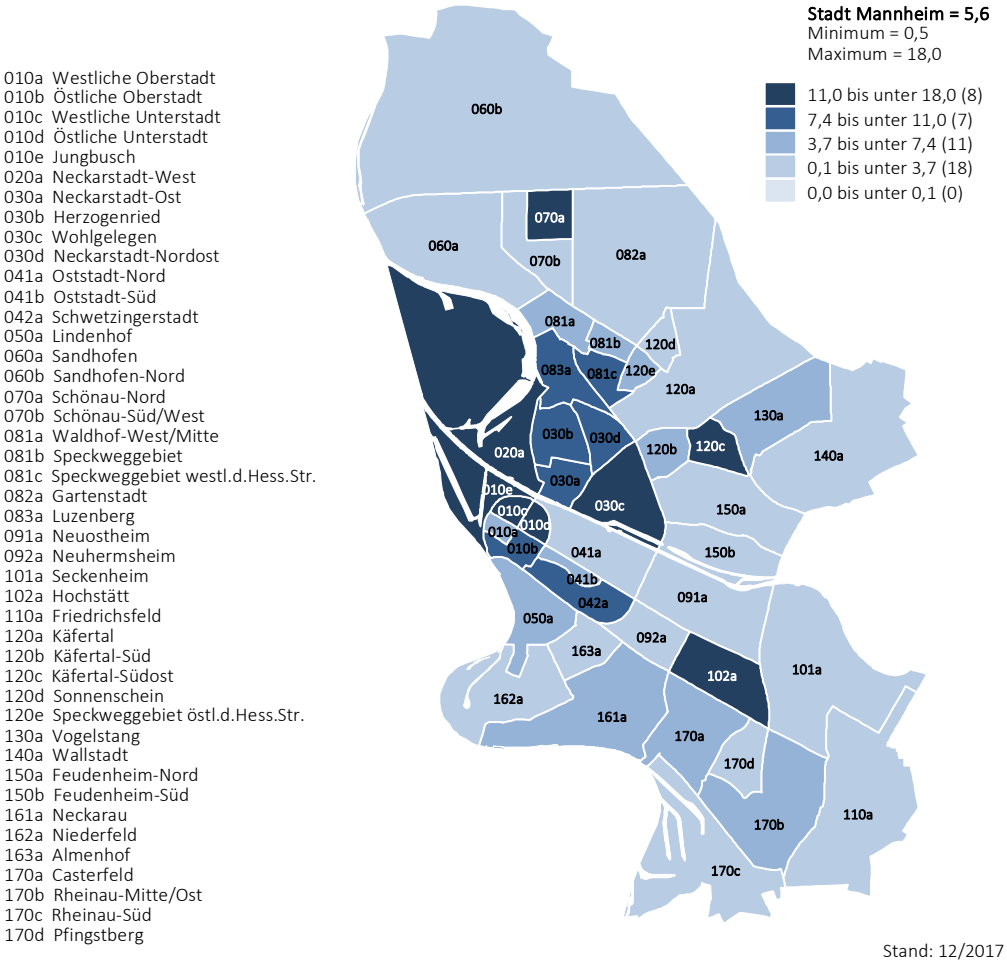
Anteil der 65-jährigen und älteren Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter (außerhalb von Einrichtungen) an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 65 und mehr Jahren in Prozent

Datenquelle: Fachbereich Arbeit und Soziales, Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim

Der Indikator Grundsicherungsquote im Alter misst den Anteil der Transferleistungsbezieher/innen von Grundsicherung im Alter an der älteren Bevölkerung. Der Indikator gibt an, welcher Anteil der Personengruppe der ab 65-Jährigen vom Risiko materieller Benachteiligung bzw. Altersarmut betroffen ist.

Im Jahr 2017 beziehen 3.308 Personen ab 65 Jahren in der Stadt Mannheim Grundsicherungsleistungen außerhalb von Einrichtungen. Dies entspricht einem Anteil von 5,6 Prozent der Bevölkerung ab 65 Jahren.

Abbildung 4-12: Grundsicherungsquote im Alter (in Prozent)



Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

Die Grundsicherungsquote der ab 65-jährigen Bevölkerung weist in der kleinräumigen Betrachtung erhebliche Unterschiede auf. Der Anteil der Grundsicherungsbezieher/innen ab 65 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe liegt in den Planungsräumen der Stadt Mannheim zwischen 0,5 Prozent und 18,0 Prozent.

Die höchsten Grundsicherungsquoten finden sich im Jungbusch (18,0 %) und in der Westlichen Unterstadt (17,4 %). Weitere Planungsräume mit deutlich überdurchschnittlichen Anteilen der Grundsicherungsbezieher/innen sind die Hochstätt (16,5 %), Neckarstadt-West (15,8 %), Schönau-Nord (15,1 %), Käfertal-Südost (14,3 %) und Wohlgelegen (13,7 %). Dort ist die ältere Bevölkerung überdurchschnittlich stark von Zuwander/innen geprägt, die ein erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko im Alter aufweisen.

Äußerst geringe Grundsicherungsquoten weisen die Planungsräume Sandhofen-Nord (0,5 %), Wallstadt (0,8 %), Pfingstberg (1,0 %), Niederfeld (1,1 %), Feudenheim-Süd (1,3 %) sowie Sonnenschein (1,3 %) auf.

Tabelle 4-12: Anzahl und Anteil der 65-jährigen und älteren Bezieher/innen von Grundsicherung nach SGB XII (absolut und in %)

	Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren a.v.E.				Grundsicherungsquote der ab 65-Jährigen (in %)			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Jungbusch	86	97	91	87	17,3	19,3	18,3	18,0
Westliche Unterstadt	192	202	204	199	16,8	17,5	18,0	17,4
Hochstätt	37	44	43	52	11,6	14,3	14,1	16,5
Neckarstadt-West	371	373	364	379	15,5	15,5	15,4	15,8
Schönau-Nord	213	224	212	224	15,0	15,7	14,7	15,1
Käfertal-Südost	65	69	74	76	13,7	13,6	14,2	14,3
Wohlgelegen	114	114	106	103	15,1	15,1	14,1	13,7
Östliche Unterstadt	116	126	121	128	11,3	12,3	12,0	12,7
Herzogenried	122	126	129	133	8,7	9,1	9,2	9,6
Östliche Oberstadt	43	52	49	52	7,8	9,3	9,1	9,6
Mannheim	**3.125**	**3.272**	**3.206**	**3.308**	**5,3**	**5,5**	**5,4**	**5,6**
Friedrichsfeld	25	23	24	23	2,1	1,9	2,0	1,9
Gartenstadt	48	47	46	46	1,9	1,9	1,9	1,9
Seckenheim	39	44	53	42	1,6	1,8	2,1	1,7
Sonnenschein	14	14	14	12	1,6	1,6	1,6	1,3
Feudenheim-Süd	11	12	14	15	1,0	1,1	1,2	1,3
Niederfeld	18	19	22	21	1,0	1,0	1,2	1,1
Pfingstberg	2	6	6	4	0,5	1,5	1,5	1,0
Wallstadt	20	17	16	16	1,1	0,9	0,9	0,8
Sandhofen-Nord	3	3	2	2	0,7	0,7	0,5	0,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

5. Typologie der Planungsräume

5.1 Vorgehensweise

Ein zentraler Bestandteil des Sozialatlas 2017 ist eine Typologie der Sozialräume, die eine übersichtliche Gesamtdarstellung der sozialräumlichen Informationen ermöglicht. Dazu werden die Planungsräume der Stadt Mannheim mit Hilfe eines Typisierungsverfahrens verschiedenen charakteristischen Gebietstypen zugeordnet.

Wie im Sozialatlas 2014 wird die Typisierung der Planungsräume anhand einer Clusteranalyse durchgeführt. Ziel des Verfahrens ist es, strukturell ähnliche Planungsräume zu sogenannten Clustern zusammenzufassen, die als »Typen« interpretiert werden können.

Die Clusteranalyse hat zum Ziel, Gruppen (Cluster) von städtischen Teilräumen zu bilden, die sich hinsichtlich der verwendeten Merkmale untereinander möglichst stark unterscheiden – die in einem Cluster gruppierten Teilgebiete sind sich hingegen möglichst ähnlich. Im Gegensatz zur Indexbildung wird mit der Clusteranalyse keine Rangfolge der Gebiete erstellt, sondern mit der Gruppierung wird lediglich eine Strukturierung angestrebt, die durch eine Beschreibung und Interpretation zu konkretisieren ist.

Zur Typisierung der 44 Planungsräume der Stadt Mannheim mittels des statistischen Verfahrens der Clusteranalyse wird folgende Auswahl an Indikatoren herangezogen, die sich als besonders trennscharf hinsichtlich der Zuordnung zu den unterschiedlichen Clustern erwies:[90]

Tabelle 5-1: Übersicht der verwendeten Indikatoren

Kurzbezeichnung der Indikatoren	Erläuterungen auf Seite …
Anteil der jungen Bevölkerung	16
Anteil der Bevölkerung 65 Jahre +	18
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	24
Anteil der Einpersonen-HH	28
Anteil der HH mit Kindern	30
Wanderungsvolumen	39
Außenzuzüge Ausländer/innen	41
Arbeitslosenquotient	59
Beschäftigungsquote	51
Mindestsicherungsquote	66
SGB II-Quote erwerbsfähige	72
SGB II-Quote nicht erwerbsfähige	83
Grundsicherungsquote im Alter	89

[90] Um die unterschiedliche Skalierung der Indikatoren zu berücksichtigen, wurden die Werte im ersten Schritt z-standardisiert und anschließend auf der Grundlage der standardisierten Indikatoren eine hierarchische Clusteranalyse durchgeführt. Als Distanzmaß wurde die quadrierte Euklidische Distanz verwendet. Als Linkage-Verfahren kam das Wards Linkage zur Anwendung. Mit dem Ward-Verfahren wird der auftretende Homogenitätsverlust durch die Fusionierung zweier Cluster minimiert. In der Praxis erzeugt das Verfahren nach Ward sehr homogene Gruppen und stellt das leistungsstärkste Verfahren unter den agglomerativen Verfahren dar; vgl. Stein, P.; Vollnhals, S. (2011): Grundlagen clusteranalytischer Verfahren.

5.2 Ergebnisse der Clusteranalyse

Auf der Grundlage des dargestellten Sets an sozialstrukturellen Indikatoren ergab sich eine inhaltlich und statistisch aussagekräftige Gruppierung mit insgesamt sieben Typen (Cluster):

Tabelle 5-2: Die sieben Typen der Planungsräume (Ergebnisse der Clusteranalyse)

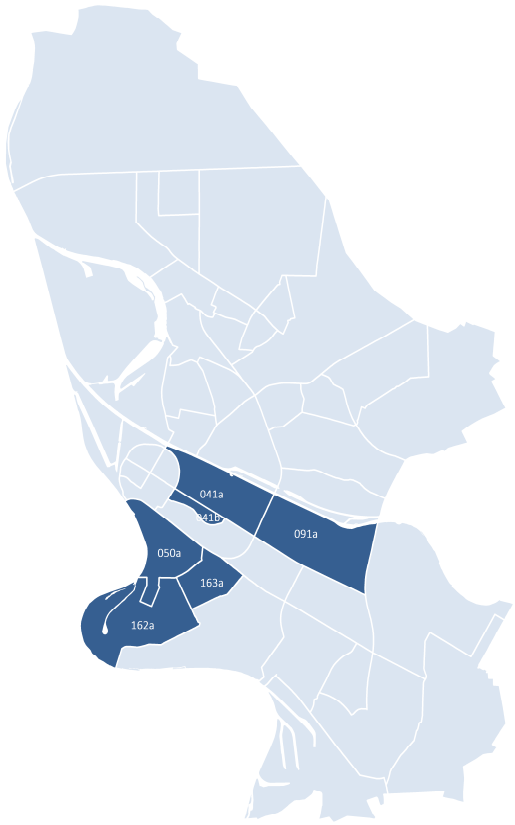
Typ	Bezeichnung	
Typ 1a	»Innenstadtnahe Planungsräume mit unterdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«	Oststadt-Nord Oststadt-Süd Lindenhof Neuostheim Niederfeld Almenhof
Typ 1b	»Zentrumsferne Planungsräume mit unterdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«	Sandhofen Sandhofen-Nord Schönau-Süd/West Gartenstadt Seckenheim Friedrichsfeld Sonnenschein Wallstadt Feudenheim-Nord Feudenheim-Süd Pfingstberg
Typ 2	»Sozialstrukturell durchschnittliche Planungsräume«	Neckarstadt-Ost Neckarstadt-Nordost Speckweggebiet Neuhermsheim Käfertal Käfertal-Süd Käfertal-Südost Speckweggebiet östl.d.Hess.Str. Vogelstang Neckarau Casterfeld Rheinau-Süd
Typ 3	»Innerstädtische Planungsräume mit durchschnittlichen sozialen Problemlagen«	Westliche Oberstadt Östliche Oberstadt Östliche Unterstadt Schwetzingerstadt
Typ 4	»Innerstädtische Planungsräume mit stark überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«	Westliche Unterstadt Jungbusch Neckarstadt-West Wohlgelegen
Typ 5a	»Zentrumsferne Planungsräume mit überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«	Herzogenried Waldhof-West/Mitte Speckweggebiet westl.d.Hess.Str. Luzenberg Rheinau-Mitte/Ost
Typ 5b	»Großwohnsiedlungen mit stark überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«	Schönau-Nord Hochstätt

33 der insgesamt 44 Mannheimer Planungsräume sind durch geringe bis durchschnittliche soziale Problemlagen gekennzeichnet. Die überwiegende Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung lebt in diesen Planungsräumen. In der Summe der Typen 1a, 1b, 2 und 3 sind es 229.600 Einwohner/innen (dies entspricht knapp 74 Prozent der Gesamtbevölkerung Mannheims).

Die Planungsräume mit überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen finden sich in den Typen 4, 5a und 5b, die sich voneinander durch unterschiedliche demografischen Strukturen abgrenzen lassen. Diese 11 Planungsräume machen einen Anteil von 26 Prozent der Gesamtbevölkerung Mannheims aus.

Für das Verständnis der Typologie auf Grundlage einer Clusteranalyse ist entscheidend, dass die Zuordnung zu den Clustern keine Rangordnung bildet. Anhand der vielfältigen sozialstrukturellen Konstellationen in den Planungsräumen wird deutlich, dass eine einfache Reihung in „gute“, „mittlere“ und „schlechtere“ Quartiere auch der Lebenswirklichkeit in den Quartieren nicht gerecht wird, sondern dass sich die Gruppierung der Planungsräume anhand der jeweils typischen Merkmalskombination ergibt, die in den folgenden Abschnitten detaillierter beschrieben wird.

Typ 1a: »Innenstadtnahe Planungsräume mit unterdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«



041a Oststadt-Nord
041b Oststadt-Süd
050a Lindenhof
091a Neuostheim
162a Niederfeld
163a Almenhof

- Die Planungsräume des Typs 1a sind in erster Linie durch insgesamt geringe soziale Problemlagen gekennzeichnet. Charakteristisch ist eine geringe Mindestsicherungsquote, eine geringe SGB II-Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren) und eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungsquote liegt im bzw. teilweise deutlich über (Lindenhof: 65 %; Oststadt-Süd: 62 %) dem Mannheimer Durchschnitt von 57 Prozent.
- Der Anteil der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund liegt in allen Planungsräumen unter dem gesamtstädtischen Durchschnittswert. Rund ein Drittel der Bevölkerung in Typ 1a weist einen Migrationshintergrund auf (gegenüber 44 Prozent in der Gesamtstadt).
- Die demografischen Kennzahlen spiegeln eine eher urban geprägte Sozialstruktur wider: Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt – mit Ausnahme von Niederfeld – über dem Durchschnitt der Stadt. Haushalte mit Kindern sind dagegen leicht unterdurchschnittlich vertreten.
- Die Haushalts- und Sozialstruktur weist insgesamt darauf hin, dass diese Planungsräume eher Wohnstandorte für überwiegend materiell gut gestellte Haushalte darstellen.
- Die Planungsräume in Typ 1a haben die Gemeinsamkeit, dass es sich überwiegend um innenstadtnahe, gehobene Lagen handelt. Städtebaulich sind die Quartiere geprägt

durch Einzel- und Doppelhausbebauung, zum Teil auch durch Block- und Blockrandbebauung (Lindenhof, Oststadt-Süd). Die Lage der Quartiere mit ihrer räumlichen Nähe zu Naherholungsmöglichkeiten (Neckar, Rhein, Waldpark, Luisenpark) spricht für eine hohe Wohnqualität.

– Nach den Ergebnissen des Wohnungsmarkt-Monitoring 2016 sind die Planungsräume des Typs 1a durch überdurchschnittliche Angebotsmieten geprägt.[91] Der unterdurchschnittliche Anteil an Transferleistungsbezieher/innen hängt demzufolge auch damit zusammen, dass in Typ 1a kaum Mietwohnungen in dem Preissegment zur Verfügung stehen, das für SGB II- oder SGB XII-Leistungsbezieher/innen geeignet bzw. angemessen ist. Die GBG verfügt in diesen Planungsräumen über vergleichsweise wenige Wohnungen, die dämpfend auf das Mietpreisniveau wirken könnten.

Tabelle 5-3: Kennzahlen der zu Typ 1a zugehörigen Planungsräume

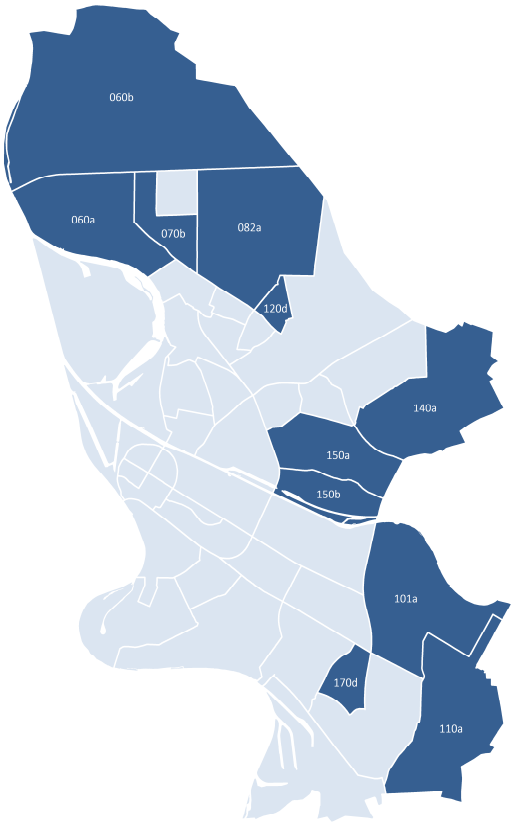
		Oststadt-Nord	Oststadt-Süd	Lindenhof	Neuostheim	Niederfeld	Almenhof	Typ 1a	Mannheim
Bevölkerungsstruktur	unter 18 Jahre	12	11	12	17	13	13	12	15
	65+ Jahre	24	18	21	20	25	19	22	19
	Migrationshintergrund	33	35	33	27	30	37	33	44
Haushaltsstruktur	Einpersonen-HH	57	61	58	51	46	56	55	52
	HH mit Kindern	13	13	13	18	15	14	14	17
	HH mit 3+ Kindern	1	1	1	2	1	1	1	2
	Alleinerziehende	2	2	3	3	2	2	3	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	10	7	12	2	31	19	15	11
	Wanderungsvolumen	281	299	245	231	233	304	264	253
	Außenzuzüge Ausländer	31	31	23	20	32	56	32	43
	Binnenfortzüge	55	57	40	49	38	58	48	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	2	3	2	2	1	3	2	4
	Beschäftigungsquote	57	62	66	59	57	57	60	57
Transferleistungen	Mindestsicherungsquote	3	6	5	4	2	6	4	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	3	5	4	4	2	5	4	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	2	7	6	6	5	8	6	20
	Grundsicherungsquote 65+	3	5	5	2	1	3	3	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

[91] vgl. Stadt Mannheim (2017): Wohnungsmarkt-Monitoring 2016.

Typ 1b: »Zentrumsferne Planungsräume mit unterdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«



060a Sandhofen
060b Sandhofen-Nord
070b Schönau-Süd/West
082a Gartenstadt
101a Seckenheim
110a Friedrichsfeld
120d Sonnenschein
140a Wallstadt
150a Feudenheim-Nord
150b Feudenheim-Süd
170d Pfingstberg

- Typ 1b ist (wie Typ 1a) durch unterdurchschnittlich ausgeprägte soziale Problemlagen gekennzeichnet. Die Mindestsicherungsquote liegt in allen Planungsräumen dieses Typs unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnitts. Der Arbeitslosenquotient ist ebenfalls unterdurchschnittlich, zudem finden sich in diesem Typ einige der Planungsräume mit den höchsten Beschäftigungsquoten.
- Die demografische Struktur unterscheidet sich allerdings deutlich von Typ 1a, wodurch auch die Abgrenzung in einen eigenen Typ begründet ist. Im Gegensatz zu Typ 1a ist der Anteil der Einpersonenhaushalte unterdurchschnittlich. Ebenso verzeichnen die Planungsräume in Typ 1b durchgehend geringe Wanderungsbewegungen.
- Auffällig ist, dass die Mehrzahl der Planungsräume in Typ 1b einen überdurchschnittlich hohen Anteil der ab 65-jährigen Bevölkerung aufweist. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Haushalte mit Kindern leicht überdurchschnittlich.
- Räumlich befinden sich die Bezirke an den Randlagen der Stadt. Bei dem überwiegenden Teil der Planungsräume handelt es sich um eingemeindete Vororte, die z.T. einen dörflichen Charakter mit historischem Ortskern aufweisen und als stabile Wohngebiete des Mittelstandes gelten. Ein hoher Anteil von Wohneigentum und Einfamilien- und Doppelhausbebauung prägt die städtebauliche Struktur dieser Planungsräume. Mietwohnraum der GBG gibt es in nennenswertem Umfang lediglich in Feudenheim-Nord

(10 % des dortigen Wohnungsbestands), in der Gartenstadt (11 %), sowie in Seckenheim (6 %). Um ausgewogene Bevölkerungsstrukturen aufrechtzuerhalten und keine weitere Verdrängung zu verursachen, ist darauf zu achten, dass künftige Wohnungsbauprojekte (auch Modernisierungen, Sanierungen etc.) in diesen Planungsräumen den ohnehin geringen Bestand an bezahlbarem Mietwohnraum nicht verringern.

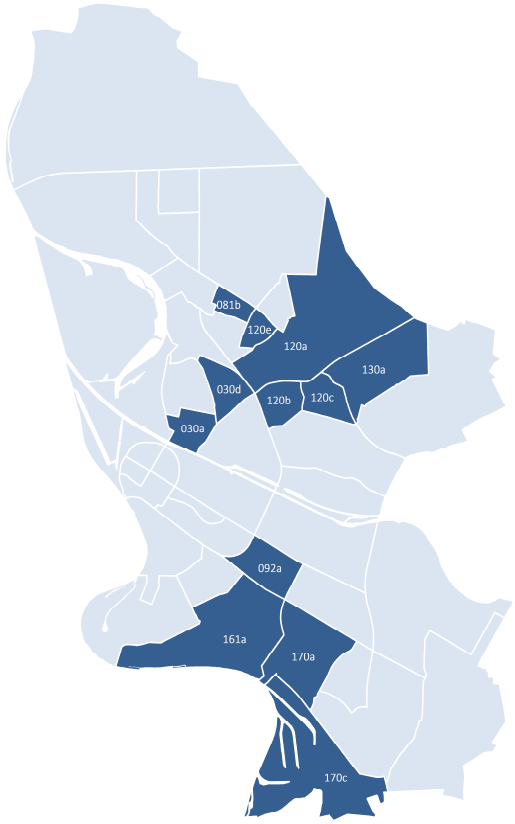
Tabelle 5-4: Kennzahlen der zu Typ 1b zugehörigen Planungsräume

		Sandhofen	Sandhofen-Nord	Schönau-Süd/West	Gartenstadt	Seckenheim	Friedrichsfeld	Sonnenschein	Wallstadt	Feudenheim-Nord	Feudenheim-Süd	Pfingstberg	Typ 1b	Mannheim
Bevölkerungsstruktur	unter 18 Jahre	15	15	15	16	16	14	15	16	15	16	15	15	15
	65+ Jahre	22	21	23	24	20	22	26	24	25	25	25	23	19
	Migrationshintergrund	35	23	29	25	28	31	28	23	23	21	24	27	44
Haushaltsstruktur	Einpersonen-HH	45	36	34	36	41	43	38	37	47	43	43	41	52
	HH mit Kindern	18	20	20	21	21	17	19	21	18	20	18	20	17
	HH mit 3+ Kindern	2	2	3	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2
	Alleinerziehende	4	3	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	12	-6	14	8	2	2	15	5	13	7	-2	7	11
	Wanderungsvolumen	157	164	150	128	188	169	159	136	173	173	168	160	253
	Außenzuzüge Ausländer	27	21	27	8	31	34	12	14	24	13	19	22	43
	Binnenfortzüge	30	35	36	33	26	22	37	27	35	39	38	31	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	3	2	2	2	2	3	1	1	2	2	2	2	4
	Beschäftigungsquote	64	64	62	60	63	62	62	63	60	57	59	62	57
Transferleistungen	Mindestsicherungsquote	7	2	7	6	4	5	4	3	4	3	7	5	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	6	2	6	5	4	5	3	2	4	3	6	4	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	14	4	14	12	7	11	9	6	7	5	12	9	20
	Grundsicherungsquote 65+	2	0	2	2	2	2	1	1	2	1	1	2	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

Typ 2: »Sozialstrukturell durchschnittliche Planungsräume«



030a Neckarstadt-Ost
030d Neckarstadt-Nordost
081b Speckweggebiet
092a Neuhermsheim
120a Käfertal
120b Käfertal-Süd
120c Käfertal-Südost
120e Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.
130a Vogelstang
161a Neckarau
170a Casterfeld
170c Rheinau-Süd

- Die Planungsräume des Typs 2 zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie keine besonders hervorstechenden Merkmale aufweisen. Im Durchschnitt dieses Typs lassen sich keine größeren Abweichungen zum gesamtstädtischen Durchschnitt feststellen. Insbesondere die Mindestsicherungsquote dieser Planungsräume entspricht annähernd dem Durchschnitt Mannheims.
- Aufgrund der insgesamt geringen Abweichungen vom gesamtstädtischen Durchschnitt können die Planungsräume des Typs 2 als »auffällig unauffällig« bezeichnet werden.
- Bei einzelnen Planungsräumen des Typs 2 gibt es allerdings einige wenige Indikatoren, die vom städtischen Durchschnitt abweichen. So ist z. B. der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Käfertal-Südost überdurchschnittlich hoch. Eine weitere Besonderheit ist der besonders hohe Anteil von Familienhaushalten in Neuhermsheim. Dort ist gleichzeitig der Anteil der Bezieher/innen von Mindestsicherungsleistungen mit vier Prozent sehr gering.
- Charakteristisch für die Vogelstang ist der hohe Anteil der ab 65-jährigen Bevölkerung. 29 Prozent der Einwohner/innen sind dort 65 Jahre oder älter, der stadtweit höchste Wert. Die Altersstruktur der Vogelstang ist ein Hinweis darauf, dass dort Konzepte entwickelt werden sollten, um quartiersbezogene Unterstützungsstrukturen für ältere Menschen zu stärken.
- Zu berücksichtigen ist, dass einige Planungsräume dieses Typs in sich sehr heterogen sind, wodurch sich die durchschnittlichen Werte erklären lassen, bei näherer Betrachtung aber eine Binnendifferenzierung notwendig ist (z.B. Neckarstadt-Ost).

Tabelle 5-5: Kennzahlen der zu Typ 2 zugehörigen Planungsräume

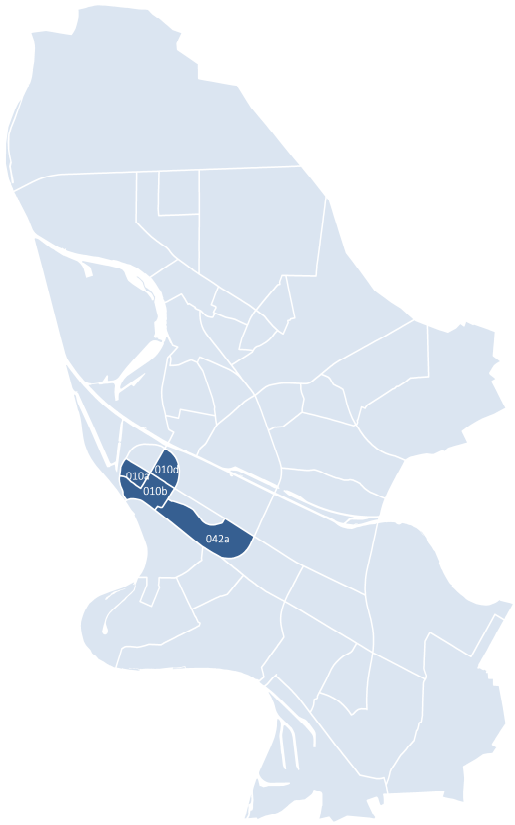
		Neckarstadt-Ost	Neckarstadt-Nordost	Speckweggebiet	Neuhermsheim	Käfertal	Käfertal-Süd	Käfertal-Südost	Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	Vogelstang	Neckarau	Casterfeld	Rheinau-Süd	Typ 2	Mannheim
Bevölkerungsstruktur	unter 18 Jahre	13	14	19	19	16	14	18	18	16	15	14	14	15	15
	65+ Jahre	18	19	21	17	20	20	12	21	29	18	25	18	20	19
	Migrationshintergrund	43	52	42	42	39	42	64	35	49	40	39	49	44	44
Haushaltsstruktur	Einpersonen-HH	61	46	42	31	49	54	40	36	41	53	42	43	48	52
	HH mit Kindern	14	18	24	28	18	16	24	24	19	17	17	18	18	17
	HH mit 3+ Kindern	1	2	3	3	2	2	2	3	2	2	2	2	2	2
	Alleinerziehende	3	4	6	4	4	4	4	5	4	4	4	2	4	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	12	62	81	3	15	8	-3	10	-5	14	15	12	16	11
	Wanderungsvolumen	245	397	223	139	217	221	253	159	140	223	175	279	220	253
	Außenzuzüge Ausländer	30	94	19	14	37	36	56	16	17	37	24	82	37	43
	Binnenfortzüge	46	50	35	31	45	56	56	42	29	40	40	31	41	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	4	4	4	1	4	5	4	3	3	3	4	3	3	4
	Beschäftigungsquote	59	53	62	63	61	60	68	61	61	60	61	58	60	57
Transferleistungen	Mindestsicherungsquote	12	11	12	4	8	11	11	9	10	8	10	6	9	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	10	10	10	3	7	10	8	8	8	7	8	5	8	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	25	17	18	5	16	17	18	18	20	15	21	12	17	20
	Grundsicherungsquote 65+	8	8	5	3	4	5	14	5	5	4	5	3	5	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

Typ 3: »Innerstädtische Planungsräume mit durchschnittlichen sozialen Problemlagen«

010a Westliche Oberstadt
010b Östliche Oberstadt
010d Östliche Unterstadt
042a Schwetzingerstadt



- Typ 3 umfasst innerstädtische Planungsräume mit eher durchschnittlichen sozialen Problemlagen. In diesen Typ fallen mit Ausnahme der Westlichen Unterstadt alle Planungsräume der Innenstadtquadrate zuzüglich der Schwetzingerstadt, die eine vergleichbare Sozialstruktur aufweist.
- Die Mindestsicherungsquote der Planungsräume liegt ebenso wie der Arbeitslosenquotient nahe am Durchschnitt der Stadt Mannheim. Hinsichtlich der Quote der Transferleistungsbezieher/innen weicht die Östliche Oberstadt mit lediglich 6 Prozent positiv ab.
- Die Bevölkerungsstruktur der Planungsräume des Typs 3 ist durch einen sehr hohen Anteil an Einpersonenhaushalten gekennzeichnet: Mehr als zwei Drittel der Haushalte in diesem Typ bestehen aus Alleinlebenden. Haushalte mit Kindern finden sich dagegen vergleichsweise selten.
- In den Planungsräumen zeigen sich stark überdurchschnittliche Wanderungsbewegungen. Das hohe Wanderungsvolumen, das sich als Summe der Zu- und Fortzüge errechnet, weist auf eine hohe Bevölkerungsfluktuation hin.
- Die demografische Struktur in Typ 3 spiegelt wider, dass ein Großteil der Bevölkerung in diesen Planungsräumen sich in der Lebensphase vor der Familiengründung befindet (junge Erwachsene, Studierende, Berufseinsteiger/innen) und nur einen vorübergehenden Wohnstandort sucht. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre machen ebenso

wie die ältere Bevölkerung ab 65 Jahren nur einen vergleichsweise geringen Anteil an der Bevölkerung dieser Quartiere aus.

– Eine Ausnahme bezüglich der sozialen Problemlagen in diesem Typ bildet die Kinderarmut (SGB II-Quote der nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten) in der Östlichen Unterstadt. Obwohl die SGB II-Quote insgesamt nur geringfügig über dem städtischen Durchschnitt liegt, ist die Kinderarmut überdurchschnittlich ausgeprägt. Dies weist auf eine Polarisierung der Sozialstruktur in der Östlichen Unterstadt hin: Einem hohen Anteil von Einpersonenhaushalten stehen wenige Familien gegenüber, die aber überdurchschnittlich häufig Mindestsicherungsleistungen beziehen. Daher konzentrieren sich Kinder und Jugendliche in der Östlichen Unterstadt in Haushalten mit Leistungsbezug.

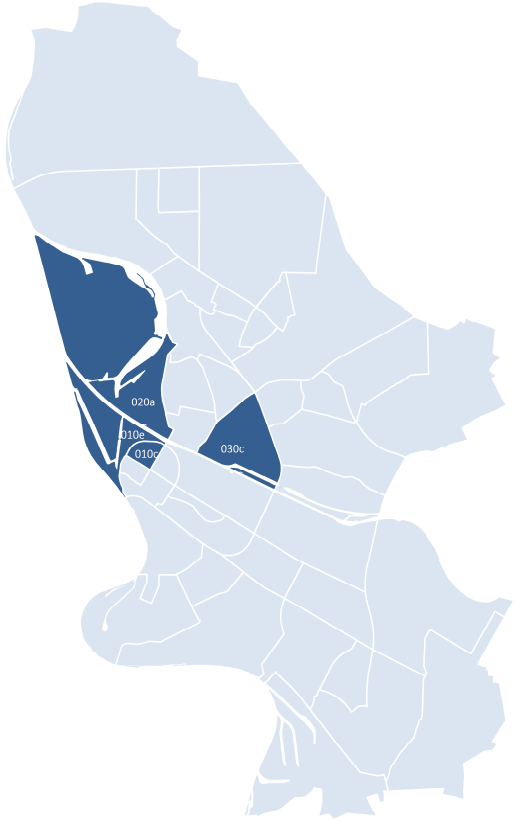
Tabelle 5-6: Kennzahlen der zu Typ 3 zugehörigen Planungsräume

		Westliche Oberstadt	Östliche Oberstadt	Östliche Unterstadt	Schwetzingerstadt	Typ 3	Mannheim
Bevölkerungsstruktur	unter 18 Jahre	7	7	9	9	9	15
	65+ Jahre	13	14	13	12	13	19
	Migrationshintergrund	46	52	57	46	50	44
Haushaltsstruktur	Einpersonen-HH	67	70	69	68	68	52
	HH mit Kindern	7	6	9	9	8	17
	HH mit 3+ Kindern	1	1	1	1	1	2
	Alleinerziehende	1	1	2	3	2	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	42	36	34	27	33	11
	Wanderungsvolumen	520	515	484	373	449	253
	Außenzuzüge Ausländer	87	115	107	56	84	43
	Binnenfortzüge	67	85	70	65	70	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	2	3	5	4	4	4
	Beschäftigungsquote	51	52	53	59	55	57
Transferleistungen	Mindestsicherungsquote	7	7	12	10	10	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	5	5	10	8	8	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	18	18	27	20	22	20
	Grundsicherungsquote 65+	7	10	13	9	10	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

Typ 4: »Innerstädtische Planungsräume mit stark überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«



010c Westliche Unterstadt
010e Jungbusch
020a Neckarstadt-West
030c Wohlgelegen

- Typ 4 umfasst innerstädtische bzw. innenstadtnahe Planungsräume mit ähnlichen demografischen Charakteristika wie Typ 3. Demografisch werden die Planungsräume geprägt von einem hohen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und von einem sehr hohen Anteil an Einpersonenhaushalten.
- Im Gegensatz zu Typ 3 sind die Planungsräume allerdings zusätzlich durch ausgeprägte soziale Problemlagen gekennzeichnet. Die Planungsräume weisen einen überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteil auf, der Mindestsicherungsleistungen bezieht. Mehr als jede/r fünfte Bewohner/in ist auf Transferleistungen nach dem SGB II oder SGB XII angewiesen. In der Westlichen Unterstadt und im Jungbusch ist darüber hinaus eine besonders hohe Kinderarmut (SGB II-Quote der nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten) zu beobachten. Der Bezug von Grundsicherung im Alter ist dreimal so häufig wie im gesamtstädtischen Durchschnitt.
- Charakteristisch ist darüber hinaus – insbesondere in der Westlichen Unterstadt, Jungbusch und Neckarstadt-West – die überdurchschnittliche Bevölkerungsfluktuation. Das Wanderungsvolumen liegt deutlich über dem Schnitt aller Planungsräume. Sowohl was die Außenzuwanderung der nichtdeutschen Bevölkerung als auch die Binnenfortzugsrate angeht, weist Typ 4 die höchsten Werte im Stadtgebiet auf. Bei diesen Planungsräumen handelt es sich um diejenigen Quartiere, auf die der überwiegende Teil der Zuwanderung aus den EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien entfällt.

- Insgesamt handelt es sich um die traditionellen Zuwanderungsviertel der Stadt, die sich bereits seit Jahrzehnten durch eine ausgeprägte ethnische und kulturelle Vielfalt auszeichnen. Prägendes Merkmal dieser Ankunftsquartiere ist, dass hier ein überproportional hoher Anteil an Migrant/innen lebt und sich hier zugleich oftmals städtische Armut konzentriert. In derart benachteiligten Quartieren überlagern und verstärken sich soziale Problemlagen, entsprechende Konflikte eingeschlossen.
- Der Charakter als »Ankunfts- und Integrationsquartiere« erfordert eine dauerhafte Unterstützung mit einer entsprechenden Ressourcenausstattung. Inwieweit diese Quartiere mit ihrer Integrationsfunktion für die Stadt erfolgreich sind, hängt in erster Linie vom Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung ab. Zur Unterstützung sind weiterhin Sonderprogramme notwendig, die – wie beispielsweise die JobBörse Jungbusch, das ESF-Projekt BIWAQ und Maßnahmen, die über den Integrationsfonds in den Quartieren umgesetzt werden – über die Regelaufgaben der Verwaltung hinaus die Integrationsarbeit in den Quartieren stärken.
- In den drei Planungsräumen Westliche Unterstadt, Jungbusch und Neckarstadt-West erfordern die komplexen sozialen Problemlagen den Einsatz eines Quartiermanagements, um zivilgesellschaftliche Strukturen, Netzwerke und Nachbarschaften zu stärken sowie positive Entwicklungen in den Quartieren anzustoßen. Die Entwicklung in Wohlgelegen wird künftig genau zu beobachten sein, um gegebenenfalls bei weiter negativer Entwicklung entsprechende quartiersbezogene Maßnahmen zu konzipieren.

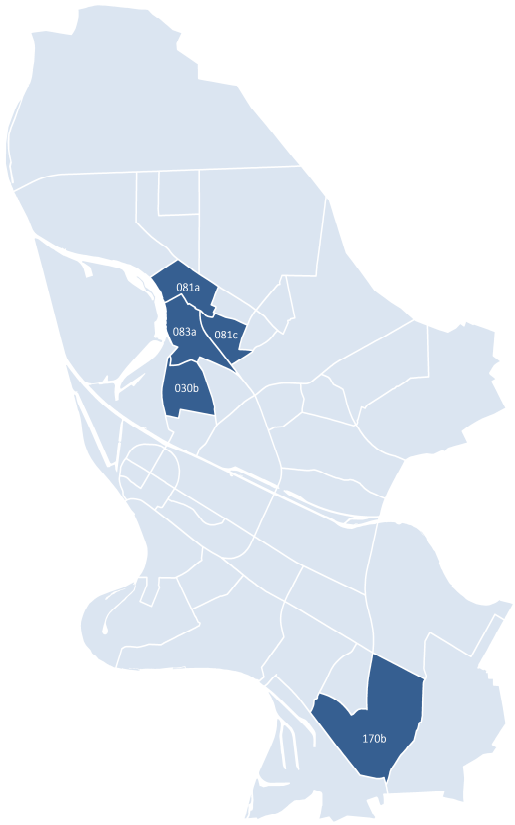
Tabelle 5-7: Kennzahlen der zu Typ 4 zugehörigen Planungsräume

		Westliche Unterstadt	Jungbusch	Neckarstadt-West	Wohlgelegen	Typ 4	Mannheim
Bevölkerungs-struktur	unter 18 Jahre	15	12	16	16	15	15
	65+ Jahre	13	8	12	14	12	19
	Migrationshintergrund	70	68	68	59	67	44
Haushaltsstruktur	Einpersonen-HH	63	66	61	60	62	52
	HH mit Kindern	14	10	16	16	15	17
	HH mit 3+ Kindern	3	2	3	2	3	2
	Alleinerziehende	4	2	4	5	4	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	2	7	7	7	6	11
	Wanderungsvolumen	386	554	356	308	387	253
	Außenzuzüge Ausländer	71	128	87	46	85	43
	Binnenfortzüge	71	87	66	72	71	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	7	6	7	7	7	4
	Beschäftigungsquote	44	39	48	52	47	57
Transferleistungen	Mindestsicherungsquote	23	19	22	23	22	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	19	14	18	19	18	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	44	52	39	38	41	20
	Grundsicherungsquote 65+	17	18	16	14	16	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

Typ 5a: »Zentrumsferne Planungsräume mit überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«



030b Herzogenried
081a Waldhof-West/Mitte
081c Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.
083a Luzenberg
170b Rheinau-Mitte/Ost

- Typ 5a umfasst drei Planungsräume des Stadtbezirks Waldhof (Waldhof-West/Mitte, Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße, Luzenberg) sowie Herzogenried und Rheinau-Mitte/Ost.
- Die Planungsräume sind durch überdurchschnittliche soziale Problemlagen gekennzeichnet. Die Mindestsicherungsquote sowie die Kinderarmut (SGB II-Quote nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte) liegt in den Planungsräumen über dem gesamtstädtischen Durchschnitt.
- Auch die Arbeitslosigkeit liegt insgesamt, insbesondere in Waldhof-West/Mitte, Luzenberg und im Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße über dem Durchschnitt der Stadt Mannheim. Die Beschäftigungsquoten sind dagegen etwas geringer als in der Gesamtstadt. In den letzten Jahren zeichnete sich jedoch insbesondere im Stadtbezirk Waldhof eine positive Entwicklung ab, die sich in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und in sinkenden Transferleistungsquoten niederschlägt.
- Die Planungsräume des Typs 5a weisen einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung auf. Haushalte mit Kindern sind überproportional vertreten, insbesondere in Luzenberg.
- Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt mit Ausnahme des Speckweggebiets westlich der Hessischen Straße bei mehr als 50 Prozent und damit über dem Durchschnitt Mannheims. In Luzenberg weisen sogar mehr als zwei Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf.

– Städtebaulich sind die Planungsräume überwiegend geprägt durch Geschosswohnungsbau. Die Planungsräume im Stadtbezirke Waldhof lassen sich charakterisieren als »ehemalige Arbeiterviertel« bzw. als von ehemaligen Arbeitersiedlungen dominierte Stadtteile. Zum Teil sind aber auch gemischte städtebauliche und soziale Strukturen vorzufinden (Rheinau-Mitte, Herzogenried), die gegebenenfalls eine räumlich differenziertere Betrachtung der Teilgebiete erfordern, aus denen sich die Planungsräume zusammensetzen.

Tabelle 5-8: Kennzahlen der zu Typ 5a zugehörigen Planungsräume

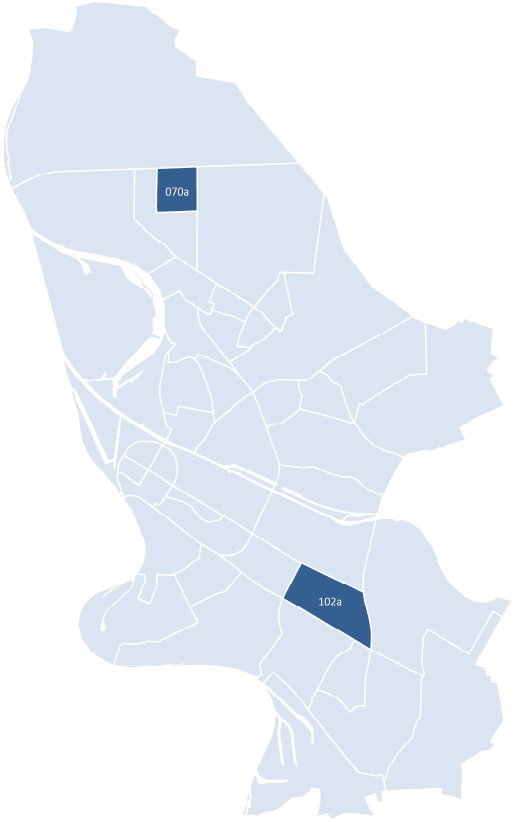
		Herzogenried	Waldhof-West/Mitte	Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	Luzenberg	Rheinau-Mitte/Ost	Typ 5a	Mannheim
Bevölkerungs-struktur	unter 18 Jahre	18	19	18	22	17	18	15
	65+ Jahre	19	14	17	10	20	17	19
	Migrationshintergrund	60	59	36	72	56	58	44
Haushalts-struktur	Einpersonen-HH	44	55	41	48	48	48	52
	HH mit Kindern	20	20	20	26	19	20	17
	HH mit 3+ Kindern	4	3	5	4	3	3	2
	Alleinerziehende	4	5	4	6	4	5	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	-10	-3	-31	-3	-8	-9	11
	Wanderungsvolumen	245	357	198	271	178	236	253
	Außenzuzüge Ausländer	41	88	23	57	29	44	43
	Binnenfortzüge	54	78	61	64	41	54	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	5	7	6	6	5	5	4
	Beschäftigungsquote	49	56	54	52	57	54	57
Transferleis-tungen	Mindestsicherungsquote	17	20	20	21	13	17	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	15	18	17	18	12	15	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	32	35	38	35	23	30	20
	Grundsicherungsquote 65+	10	6	8	9	5	7	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

Typ 5b: »Großwohnsiedlungen mit stark überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen«

070a Schönau-Nord
102a Hochstätt



- Typ 5b ähnelt dem Typ 5a, die sozialen Problemlagen sind jedoch erheblich stärker ausgeprägt. Hochstätt und Schönau-Nord sind die beiden Planungsräume mit den höchsten Mindestsicherungsquoten der Stadt Mannheim. Damit einhergehend ist die SGB II-Quote der nicht erwerbsfähigen Bevölkerung mehr als doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt: Von den Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren lebt fast jeder Zweite in einem Haushalt mit Bezug von Transferleistungen. Auch die Grundsicherungsquote im Alter liegt deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit, die Beschäftigungsquote ist dagegen in beiden Planungsräumen geringer als in Mannheim insgesamt.
- Darüber hinaus ist der Typ 5b besonders stark von Familienhaushalten geprägt. Sowohl der Anteil der Haushalte mit Kindern als auch der Anteil der jungen Bevölkerung sind höher als im städtischen Durchschnitt. Damit verbunden ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil von besonders armutsgefährdeten Haushaltsformen (kinderreiche Familien und Alleinerziehende).
- Kennzeichnend für die städtebauliche Struktur beide Planungsräume des Typs 5b ist die Prägung durch den (ehemaligen) sozialen Wohnungsbau. In den Quartieren wurden in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren Großprojekte im Geschosswohnungsbau errichtet. Die Siedlungen erbringen einerseits eine wichtige Leistung für die Gesamtstadt, indem sie preisgünstigen Wohnraum insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen bereitstellen. Andererseits sind die Bewohnerstrukturen ge-

prägt durch einen hohen Anteil von Haushalten, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, was eine entsprechende räumliche Konzentration von Haushalten im Transferleistungsbezug zur Folge hat.

– Handlungsspielraum ergibt sich in diesen Planungsräumen aus dem für den Massenwohnungsbau der 1950er bis 1970er Jahre typischen großen Wohnungsbestand kommunaler Wohnungsunternehmen: Der Anteil der GBG-Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand ist mit 74 Prozent (Schönau-Nord) bzw. 60 Prozent (Hochstätt) außerordentlich hoch. Im Unterschied zum zersplitterten Kleineigentum schafft dies die Möglichkeit abgestimmten Handelns im Rahmen von Sonderprogrammen der Stadterneuerung (z.B. Soziale Stadt) und/oder einer sozialverträglichen Belegungspolitik.
– Eine langfristig tragfähige Entwicklung in den beiden Planungsräumen setzt allerdings die Schaffung einer stärker gemischten Wohnungsstruktur voraus, die die Quartiere auch für andere Personengruppen attraktiv macht.

Tabelle 5-9: Kennzahlen der zu Typ 5b zugehörigen Planungsräume

		Schönau-Nord	Hochstätt	Typ 5b	Mannheim
Bevölkerungs-struktur	unter 18 Jahre	19	27	21	15
	65+ Jahre	16	10	15	19
	Migrationshintergrund	54	72	59	44
Haushaltsstruktur	Einpersonen-HH	46	37	44	52
	HH mit Kindern	24	34	26	17
	HH mit 3+ Kindern	4	8	5	2
	Alleinerziehende	7	11	8	4
Wanderungen	Wanderungssaldo	-16	3	-11	11
	Wanderungsvolumen	162	232	180	253
	Außenzuzüge Ausländer	25	64	35	43
	Binnenfortzüge	42	43	42	47
Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquotient	8	7	8	4
	Beschäftigungsquote	50	44	48	57
Transferleistungen	Mindestsicherungsquote	26	31	28	11
	SGB II-Quote Erwerbsfähige	22	26	23	9
	SGB II-Quote Nicht erwerbsfähige	37	47	40	20
	Grundsicherungsquote 65+	15	16	15	6

* in der Tabelle sind die Prozentwerte aller Kennzahlen wiedergegeben. Hohe Werte bei den einzelnen Indikatoren sind mit dunklen Flächen hinterlegt:

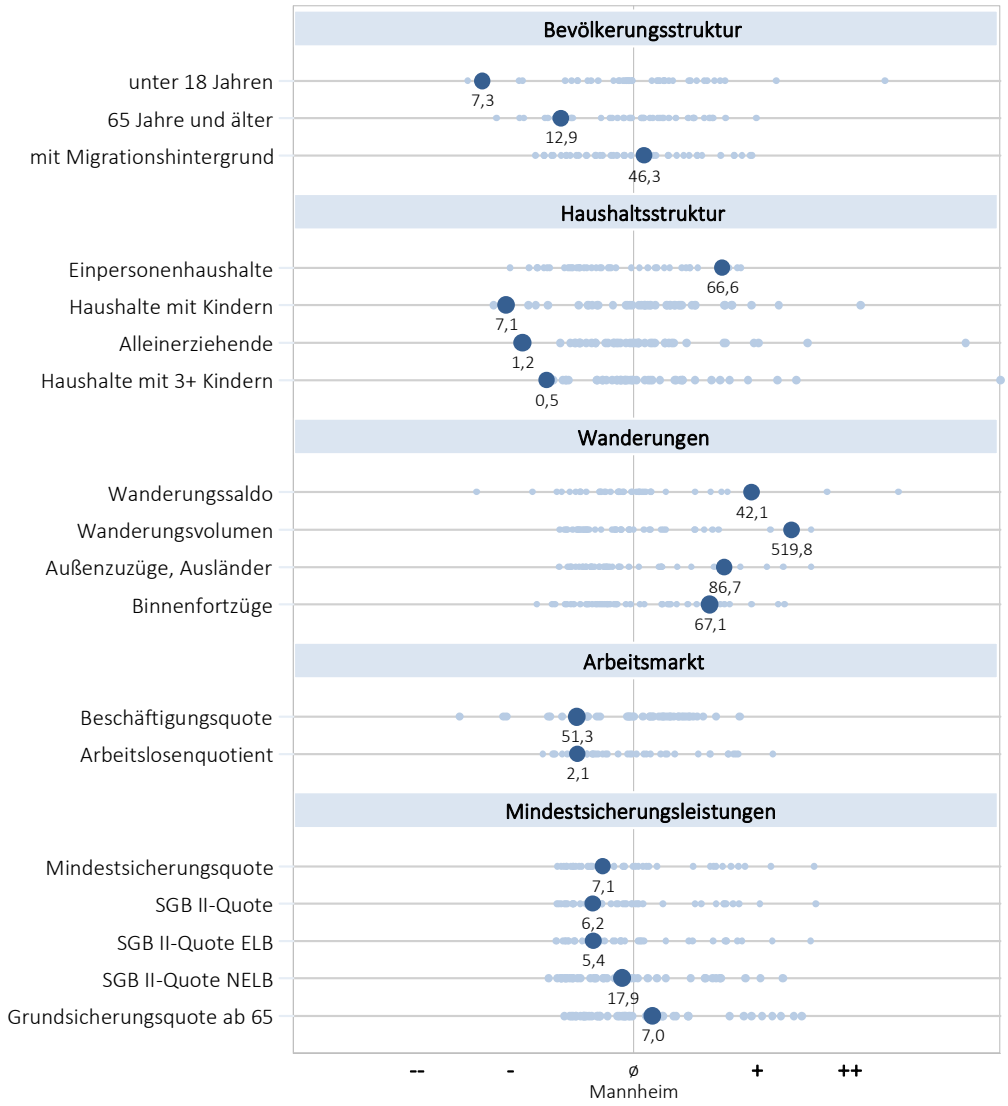
- stark unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- durchschnittlich
- überdurchschnittlich
- stark überdurchschnittlich

6. Strukturdaten der Planungsräume

Westliche Oberstadt 110
Östliche Oberstadt 112
Westliche Unterstadt 114
Östliche Unterstadt 116
Jungbusch 118
Neckarstadt-West 120
Neckarstadt-Ost 122
Herzogenried 124
Wohlgelegen 126
Neckarstadt-Nordost 128
Oststadt-Nord 130
Oststadt-Süd 132
Schwetzingerstadt 134
Lindenhof 136
Sandhofen 138
Sandhofen-Nord 140
Schönau-Nord 142
Schönau-Süd/West 144
Waldhof-West/Mitte 146
Speckweggebiet 148
Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße 150
Gartenstadt 152
Luzenberg 154
Neuostheim 156
Neuhermsheim 158
Seckenheim 160
Hochstätt 162
Friedrichsfeld 164
Käfertal 166
Käfertal-Süd 168
Käfertal-Südost 170
Sonnenschein 172
Speckweggebiet östlich der Hessischen Straße 174
Vogelstang 176
Wallstadt 178
Feudenheim-Nord 180
Feudenheim-Süd 182
Neckarau 184
Niederfeld 186
Almenhof 188
Casterfeld 190
Rheinau-Mitte/Ost 192
Rheinau-Süd 194
Pfingstberg 196

Westliche Oberstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Westliche Oberstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Westliche Oberstadt

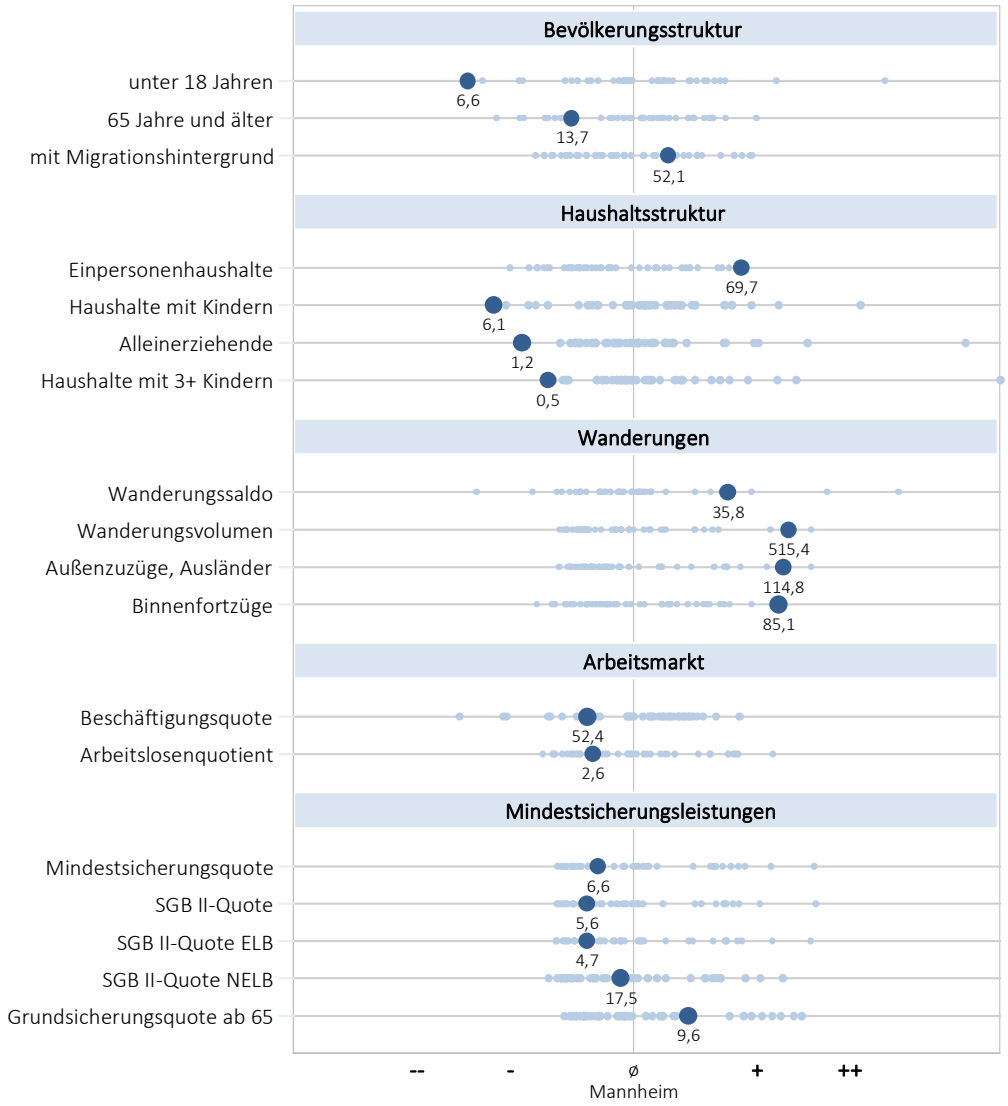
Westliche Oberstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.414	3.425	3.509	3.680	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	260	273	272	270	7,6	8,0	7,8	7,3
65 Jahre und älter	471	460	461	474	13,8	13,4	13,1	12,9
mit Migrationshintergrund	1.590	1.620	1.651	1.705	46,6	47,3	47,1	46,3
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.714	2.723	2.785	2.594	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.893	1.887	1.919	1.728	69,7	69,3	68,9	66,6
Haushalte mit Kindern	180	190	184	183	6,6	7,0	6,6	7,1
Alleinerziehendenhaushalte	33	36	38	31	1,2	1,3	1,4	1,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	13	14	14	13	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen								
Wanderungssaldo	81	-2	84	155	23,7	-0,6	23,9	42,1
Wanderungsvolumen	1.691	1.856	1.830	1.913	495,3	541,9	521,5	519,8
Außenzuzüge, Ausländer	305	312	311	319	89,3	91,1	88,6	86,7
Binnenfortzüge	260	284	272	247	76,2	82,9	77,5	67,1
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.255	1.331	1.430	1.531	46,3	48,8	50,8	51,3
Arbeitslose	79	92	91	64	2,9	3,4	3,2	2,1
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	243	247	268	263	7,1	7,2	7,6	7,1
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	195	193	209	200	6,6	6,5	6,9	6,2
ELB	151	152	153	160	5,6	5,6	5,4	5,4
NELB	44	41	56	40	19,0	17,1	24,2	17,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	27	30	30	33	5,7	6,5	6,5	7,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Östliche Oberstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Östliche Oberstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Östliche Oberstadt

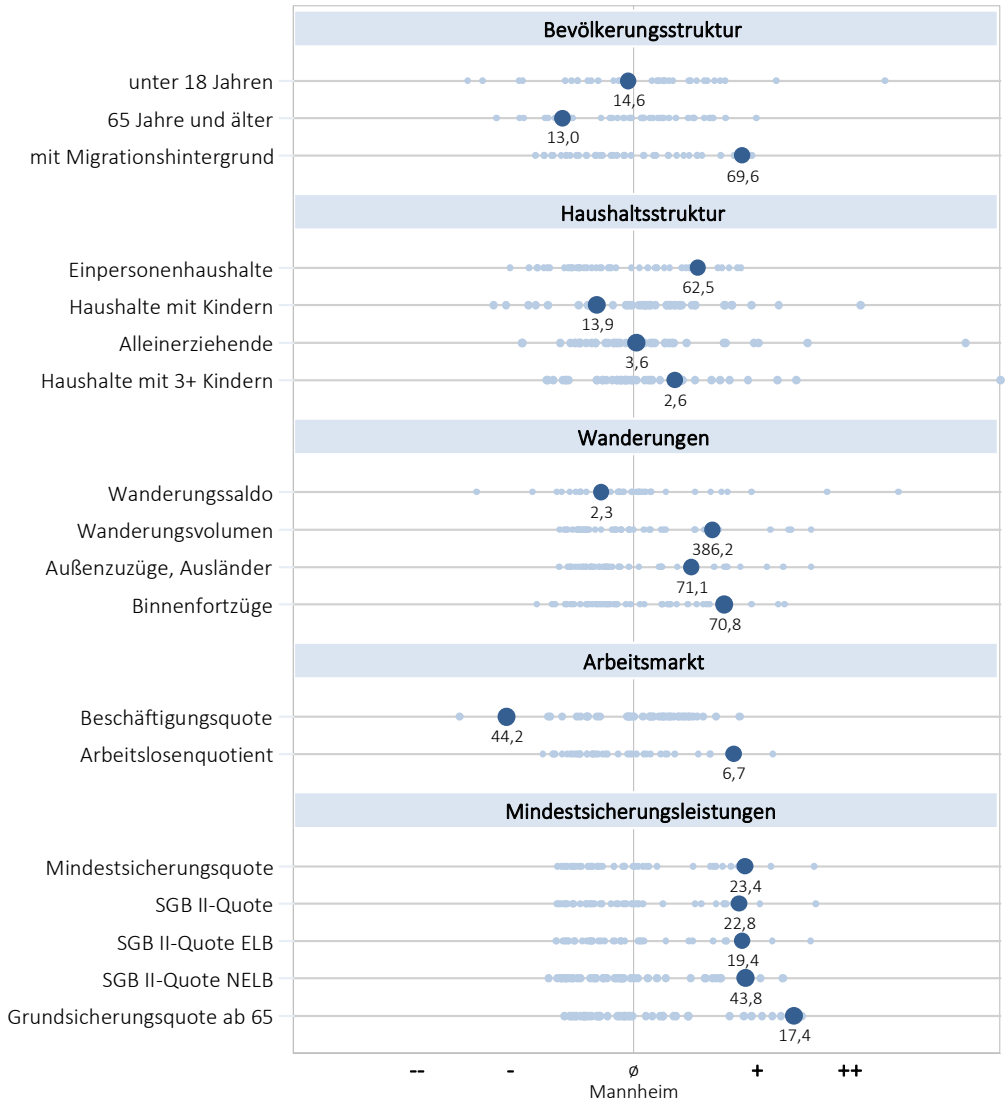
Östliche Oberstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.760	3.825	3.800	3.937	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	272	273	262	261	7,2	7,1	6,9	6,6
65 Jahre und älter	553	560	539	541	14,7	14,6	14,2	13,7
mit Migrationshintergrund	1.887	1.980	1.979	2.052	50,2	51,8	52,1	52,1
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	3.065	3.126	3.103	2.859	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.221	2.255	2.220	1.993	72,5	72,1	71,5	69,7
Haushalte mit Kindern	177	186	177	175	5,8	6,0	5,7	6,1
Alleinerziehendenhaushalte	50	51	43	34	1,6	1,6	1,4	1,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	15	14	14	15	0,5	0,4	0,5	0,5
Wanderungen								
Wanderungssaldo	66	50	-2	141	17,6	13,1	-0,5	35,8
Wanderungsvolumen	1.904	2.074	1.994	2.029	506,4	542,2	524,7	515,4
Außenzuzüge, Ausländer	375	428	382	452	99,7	111,9	100,5	114,8
Binnenfortzüge	335	342	354	335	89,1	89,4	93,2	85,1
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.316	1.432	1.530	1.666	44,1	47,1	50,2	52,4
Arbeitslose	91	88	65	82	3,0	2,9	2,1	2,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	243	243	241	260	6,5	6,4	6,3	6,6
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	184	172	172	189	5,7	5,3	5,3	5,6
ELB	143	139	139	151	4,8	4,6	4,6	4,7
NELB	41	33	33	38	18,6	14,5	15,6	17,5
Grundsicherung ab 65 Jahren	43	52	49	52	7,8	9,3	9,1	9,6

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Westliche Unterstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Westliche Unterstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Westliche Unterstadt

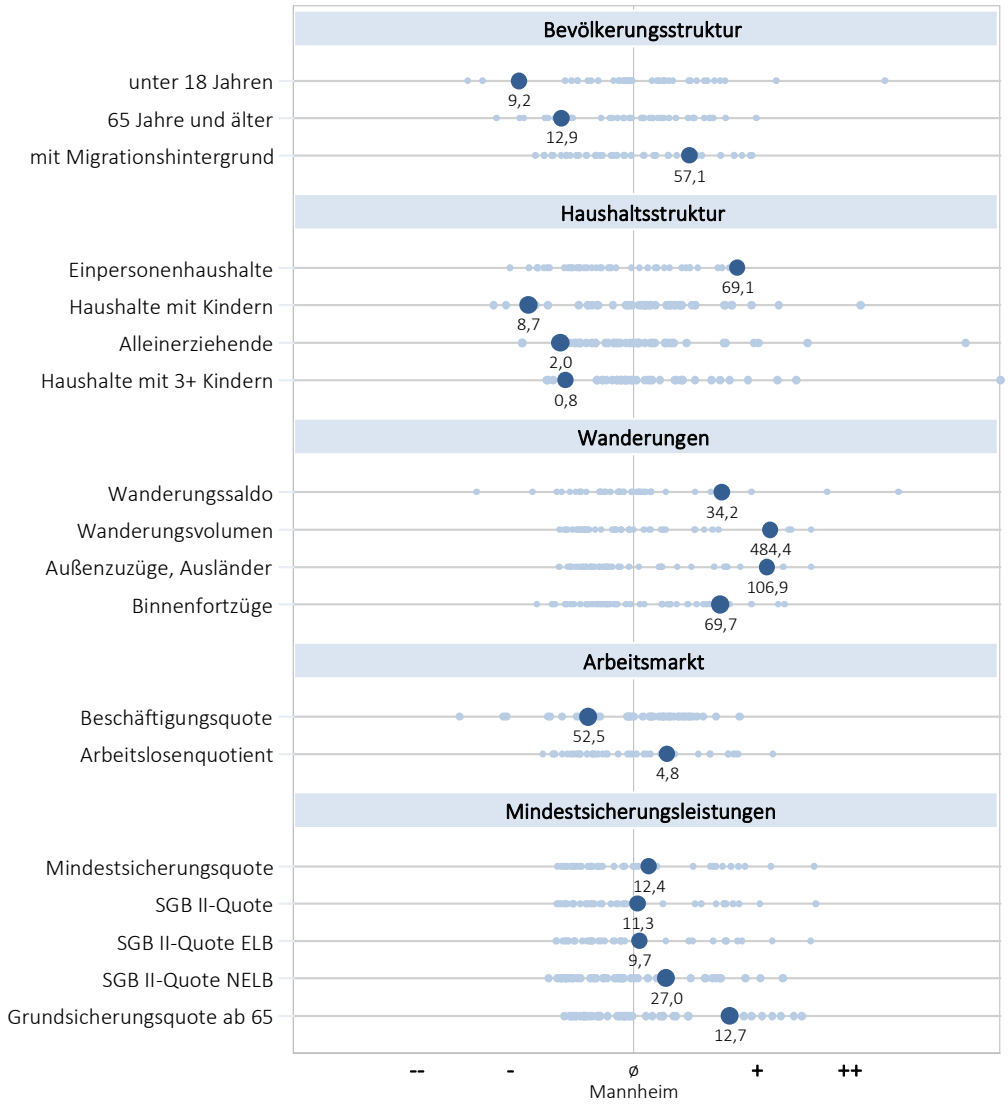
Westliche Unterstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	9.115	9.106	8.721	8.768	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.309	1.314	1.313	1.281	14,4	14,4	15,1	14,6
65 Jahre und älter	1.140	1.155	1.134	1.141	12,5	12,7	13,0	13,0
mit Migrationshintergrund	6.375	6.432	6.094	6.100	69,9	70,6	69,9	69,6
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.750	5.774	5.491	5.236	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	3.643	3.700	3.472	3.275	63,4	64,1	63,2	62,5
Haushalte mit Kindern	759	752	742	730	13,2	13,0	13,5	13,9
Alleinerziehendenhaushalte	193	197	191	188	3,4	3,4	3,5	3,6
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	140	146	145	138	2,4	2,5	2,6	2,6
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-27	-1	-409	20	-3,0	-0,1	-46,9	2,3
Wanderungsvolumen	4.199	4.139	3.873	3.386	460,7	454,5	444,1	386,2
Außenzuzüge, Ausländer	953	959	795	623	104,6	105,3	91,2	71,1
Binnenfortzüge	725	726	722	621	79,5	79,7	82,8	70,8
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.607	2.752	2.876	2.908	37,9	40,1	44,3	44,2
Arbeitslose	520	506	552	442	7,6	7,4	8,5	6,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	2.070	2.085	2.187	2.050	22,7	22,9	25,1	23,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	1.754	1.752	1.868	1.738	22,0	22,0	24,6	22,8
ELB	1.241	1.245	1.347	1.278	18,1	18,1	20,7	19,4
NELB	513	507	521	460	46,5	46,5	47,7	43,8
Grundsicherung ab 65 Jahren	192	202	204	199	16,8	17,5	18,0	17,4

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Östliche Unterstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Östliche Unterstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Östliche Unterstadt

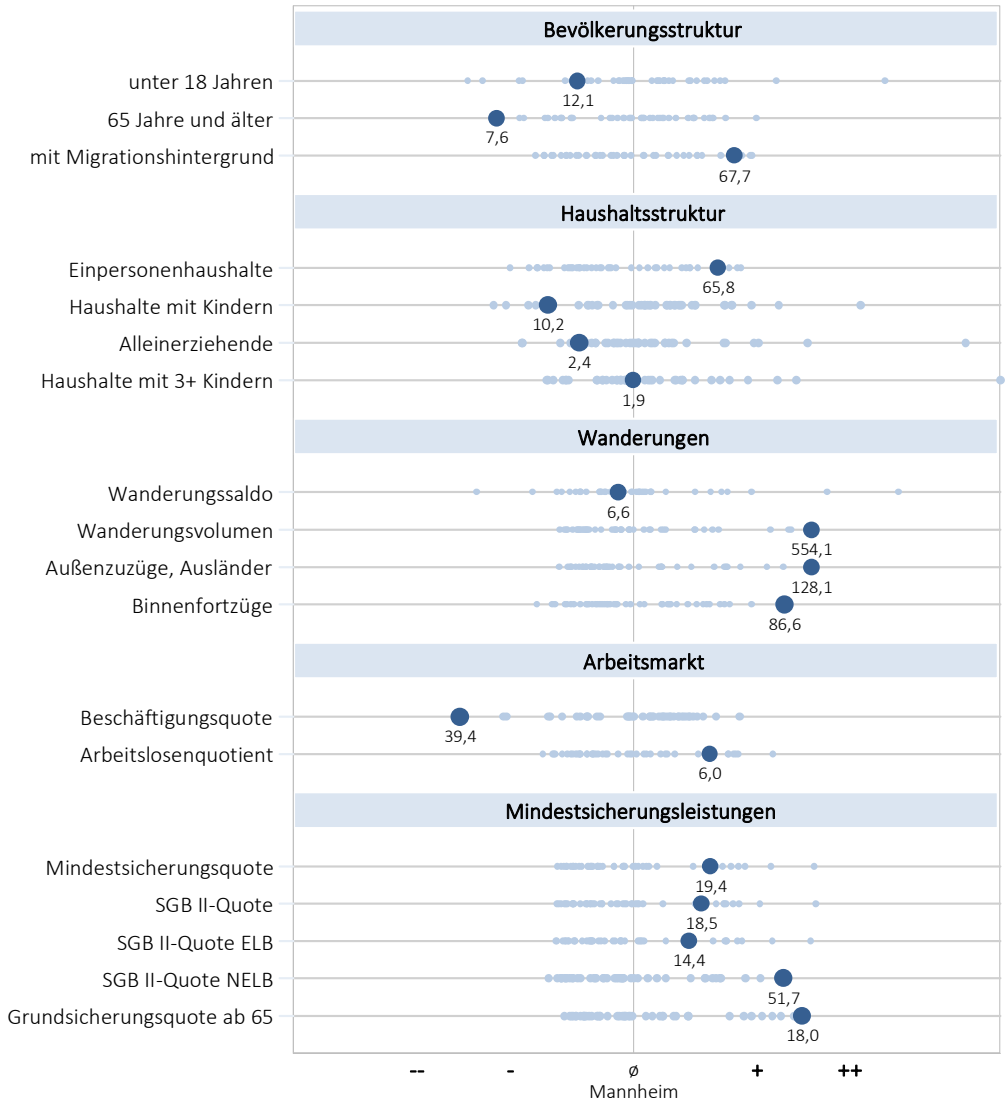
Östliche Unterstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	7.567	7.724	7.525	7.828	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	691	708	700	717	9,1	9,2	9,3	9,2
65 Jahre und älter	1.028	1.026	1.012	1.010	13,6	13,3	13,4	12,9
mit Migrationshintergrund	4.273	4.452	4.271	4.469	56,5	57,6	56,8	57,1
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.670	5.840	5.682	5.481	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	4.043	4.167	3.997	3.788	71,3	71,4	70,3	69,1
Haushalte mit Kindern	458	475	467	479	8,1	8,1	8,2	8,7
Alleinerziehendenhaushalte	97	109	119	109	1,7	1,9	2,1	2,0
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	37	41	49	45	0,7	0,7	0,9	0,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	216	139	-220	268	28,5	18,0	-29,2	34,2
Wanderungsvolumen	3.882	3.805	3.820	3.792	513,0	492,6	507,6	484,4
Außenzuzüge, Ausländer	811	858	716	837	107,2	111,1	95,1	106,9
Binnenfortzüge	719	635	626	546	95,0	82,2	83,2	69,7
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.789	3.031	3.184	3.260	46,8	49,7	53,7	52,5
Arbeitslose	290	312	268	296	4,9	5,1	4,5	4,8
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	961	1.038	939	968	12,7	13,4	12,5	12,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	778	844	755	769	11,9	12,6	11,6	11,3
ELB	585	639	579	604	9,8	10,5	9,8	9,7
NELB	193	205	176	165	33,2	34,5	30,1	27,0
Grundsicherung ab 65 Jahren	116	126	121	128	11,3	12,3	12,0	12,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Jungbusch

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Jungbusch



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Jungbusch

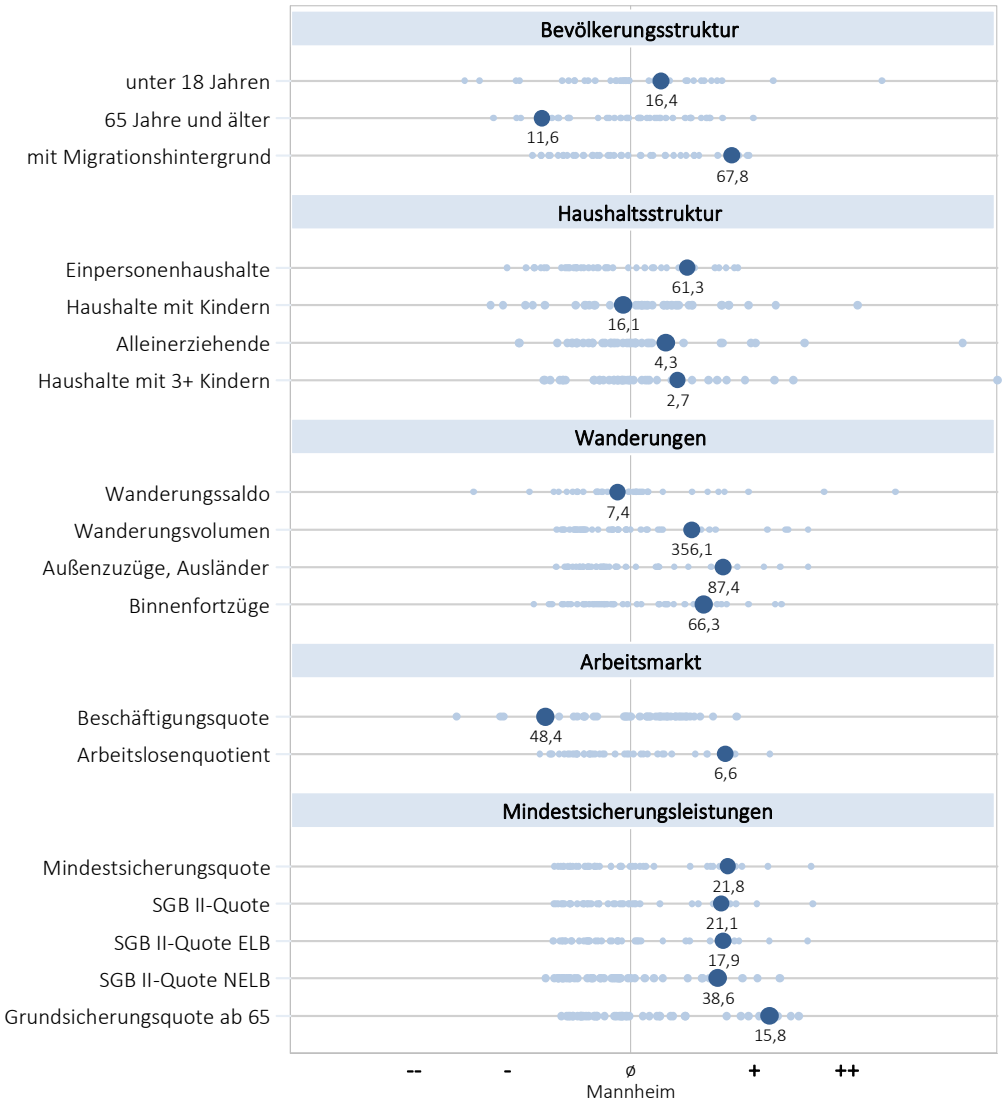
Jungbusch	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	6.324	6.328	6.296	6.353	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	807	798	787	767	12,8	12,6	12,5	12,1
65 Jahre und älter	497	503	497	483	7,9	7,9	7,9	7,6
mit Migrationshintergrund	4.366	4.324	4.312	4.298	69,0	68,3	68,5	67,7
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	4.237	4.279	4.270	4.069	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.834	2.866	2.863	2.678	66,9	67,0	67,0	65,8
Haushalte mit Kindern	437	437	429	415	10,3	10,2	10,0	10,2
Alleinerziehendenhaushalte	88	113	99	97	2,1	2,6	2,3	2,4
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	85	83	80	79	2,0	1,9	1,9	1,9
Wanderungen								
Wanderungssaldo	58	-42	-18	42	9,2	-6,6	-2,9	6,6
Wanderungsvolumen	3.672	3.536	3.358	3.520	580,6	558,8	533,4	554,1
Außenzuzüge, Ausländer	884	813	736	814	139,8	128,5	116,9	128,1
Binnenfortzüge	712	648	580	550	112,6	102,4	92,1	86,6
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.672	1.831	1.928	2.060	32,4	35,4	37,5	39,4
Arbeitslose	357	364	380	315	6,9	7,0	7,4	6,0
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.291	1.316	1.255	1.235	20,4	20,8	19,9	19,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	1.152	1.170	1.114	1.087	19,8	20,1	19,2	18,5
ELB	831	830	768	753	16,1	16,1	15,0	14,4
NELB	321	340	346	334	48,1	51,8	52,2	51,7
Grundsicherung ab 65 Jahren	86	97	91	87	17,3	19,3	18,3	18,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Neckarstadt-West

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarstadt-West



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarstadt-West

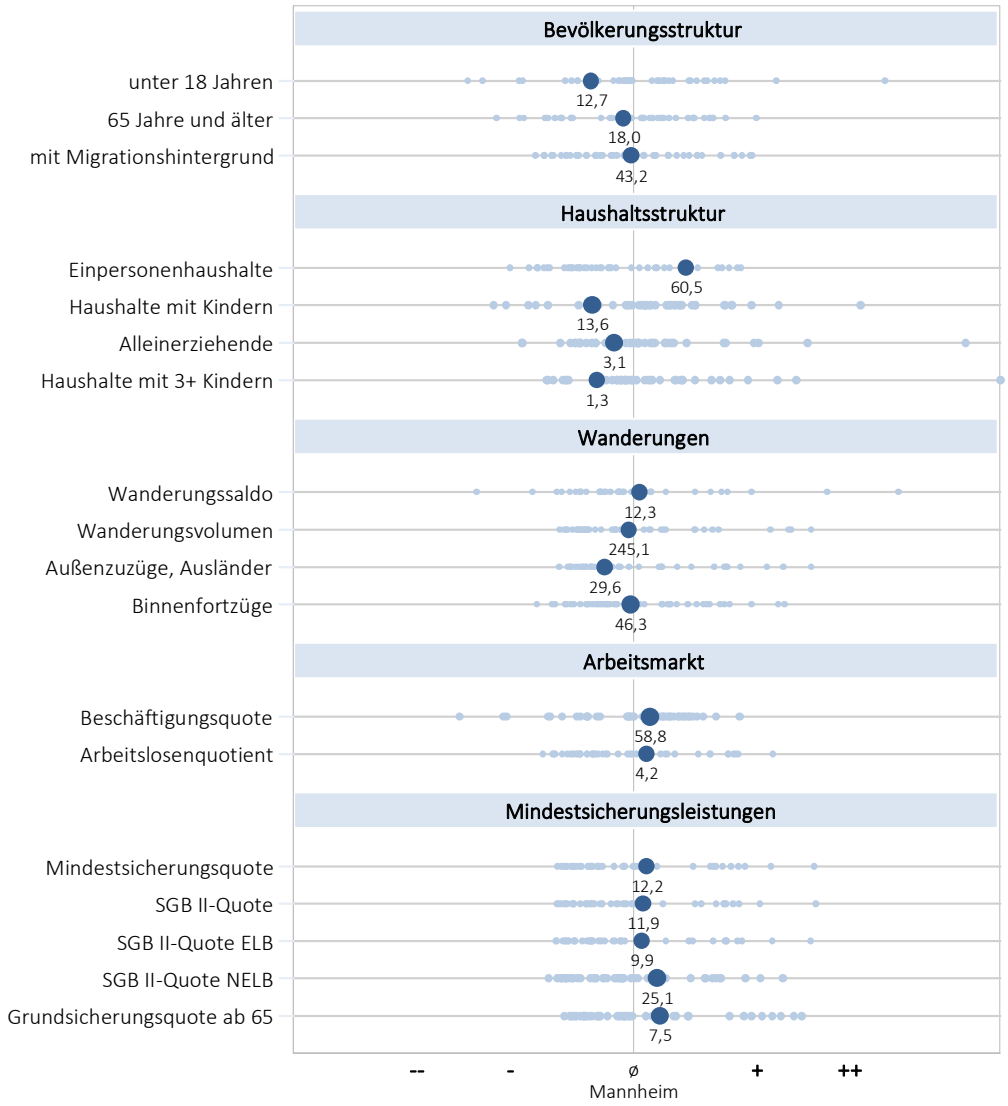
Neckarstadt-West	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	21.315	20.439	20.359	20.670	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	3.348	3.318	3.365	3.382	15,7	16,2	16,5	16,4
65 Jahre und älter	2.398	2.409	2.365	2.392	11,3	11,8	11,6	11,6
mit Migrationshintergrund	14.270	13.530	13.667	14.012	66,9	66,2	67,1	67,8
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	12.423	12.375	12.364	12.153	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	7.637	7.590	7.619	7.446	61,5	61,3	61,6	61,3
Haushalte mit Kindern	1.934	1.944	1.968	1.962	15,6	15,7	15,9	16,1
Alleinerziehendenhaushalte	500	515	519	519	4,0	4,2	4,2	4,3
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	315	319	318	333	2,5	2,6	2,6	2,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	726	-269	-173	153	34,1	-13,2	-8,5	7,4
Wanderungsvolumen	8.476	8.105	7.209	7.361	397,7	396,5	354,1	356,1
Außenzuzüge, Ausländer	2.611	1.929	1.691	1.806	122,5	94,4	83,1	87,4
Binnenfortzüge	1.789	1.585	1.508	1.370	83,9	77,5	74,1	66,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	6.473	6.889	7.119	7.476	40,1	45,1	46,9	48,4
Arbeitslose	1.067	1.018	986	1.014	6,6	6,7	6,5	6,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	4.378	4.483	4.468	4.505	20,5	21,9	21,9	21,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	3.753	3.845	3.831	3.861	19,8	21,3	21,3	21,1
ELB	2.735	2.749	2.751	2.764	17,0	18,0	18,1	17,9
NELB	1.018	1.096	1.080	1.097	36,5	39,7	38,5	38,6
Grundsicherung ab 65 Jahren	371	373	364	379	15,5	15,5	15,4	15,8

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Neckarstadt-Ost

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarstadt-Ost



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarstadt-Ost

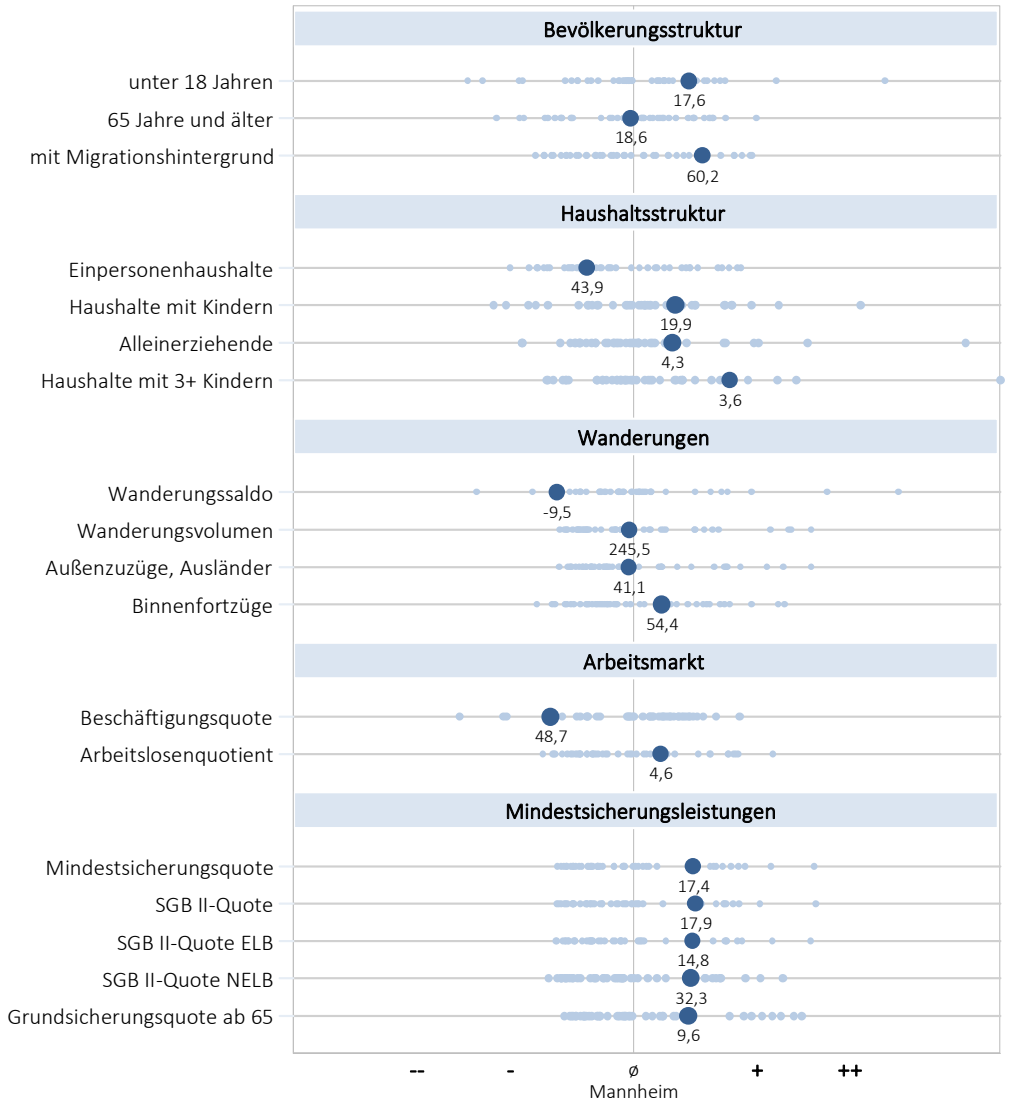
Neckarstadt-Ost	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	15.040	15.345	15.343	15.478	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.867	1.939	1.965	1.973	12,4	12,6	12,8	12,7
65 Jahre und älter	2.795	2.815	2.806	2.787	18,6	18,3	18,3	18,0
mit Migrationshintergrund	6.235	6.510	6.569	6.694	41,5	42,4	42,8	43,2
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	9.453	9.678	9.649	9.300	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	5.780	5.945	5.916	5.628	61,1	61,4	61,3	60,5
Haushalte mit Kindern	1.233	1.272	1.271	1.263	13,0	13,1	13,2	13,6
Alleinerziehendenhaushalte	282	299	294	291	3,0	3,1	3,0	3,1
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	129	125	124	125	1,4	1,3	1,3	1,3
Wanderungen								
Wanderungssaldo	43	323	47	191	2,9	21,0	3,1	12,3
Wanderungsvolumen	3.951	4.211	3.881	3.793	262,7	274,4	252,9	245,1
Außenzuzüge, Ausländer	445	542	465	458	29,6	35,3	30,3	29,6
Binnenfortzüge	851	816	778	716	56,6	53,2	50,7	46,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.883	6.100	6.259	6.474	55,2	56,0	57,5	58,8
Arbeitslose	513	499	473	459	4,8	4,6	4,3	4,2
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.844	1.941	1.938	1.883	12,3	12,6	12,6	12,2
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	1.500	1.573	1.569	1.514	12,2	12,6	12,5	11,9
ELB	1.113	1.165	1.153	1.093	10,4	10,7	10,6	9,9
NELB	387	408	416	421	24,5	25,0	25,1	25,1
Grundsicherung ab 65 Jahren	199	203	203	210	7,1	7,2	7,2	7,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Herzogenried

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Herzogenried



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Herzogenried

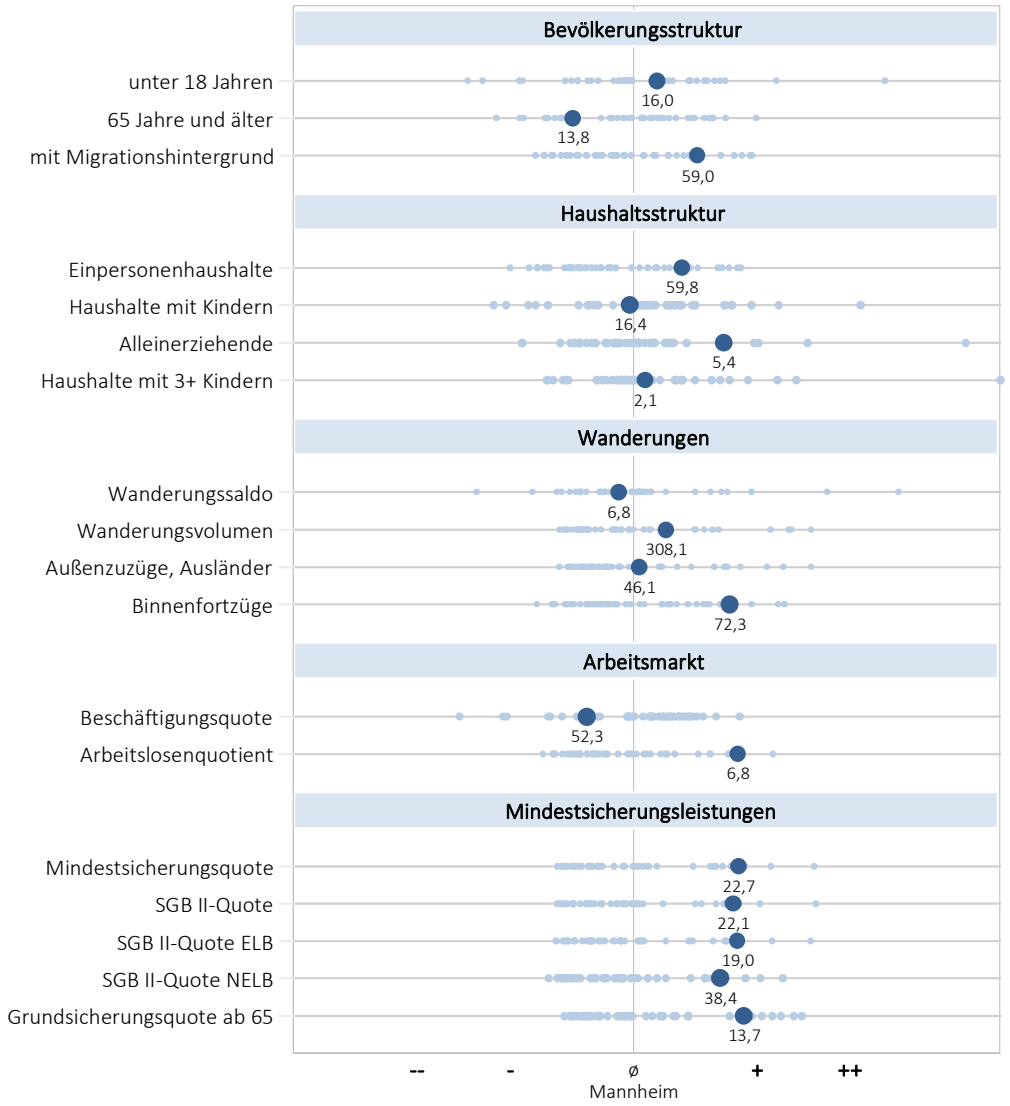
Herzogenried	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	7.780	7.706	7.534	7.443	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.361	1.342	1.341	1.310	17,5	17,4	17,8	17,6
65 Jahre und älter	1.396	1.389	1.401	1.383	17,9	18,0	18,6	18,6
mit Migrationshintergrund	4.630	4.599	4.550	4.480	59,5	59,7	60,4	60,2
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	3.871	3.900	3.875	3.661	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.679	1.729	1.748	1.609	43,4	44,3	45,1	43,9
Haushalte mit Kindern	767	754	729	727	19,8	19,3	18,8	19,9
Alleinerziehendenhaushalte	162	154	158	159	4,2	3,9	4,1	4,3
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	138	135	137	130	3,6	3,5	3,5	3,6
Wanderungen								
Wanderungssaldo	124	-71	-167	-71	15,9	-9,2	-22,2	-9,5
Wanderungsvolumen	2.212	2.315	2.077	1.827	284,3	300,4	275,7	245,5
Außenzuzüge, Ausländer	436	451	398	306	56,0	58,5	52,8	41,1
Binnenfortzüge	490	530	450	405	63,0	68,8	59,7	54,4
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.240	2.308	2.324	2.430	42,6	44,4	46,0	48,7
Arbeitslose	247	257	237	229	4,7	4,9	4,7	4,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.380	1.404	1.323	1.298	17,7	18,2	17,6	17,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	1.174	1.184	1.106	1.082	18,4	18,7	18,0	17,9
ELB	785	797	751	737	14,9	15,3	14,9	14,8
NELB	389	387	355	345	34,7	34,6	33,0	32,3
Grundsicherung ab 65 Jahren	122	126	129	133	8,7	9,1	9,2	9,6

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Wohlgelegen

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Wohlgelegen



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Wohlgelegen

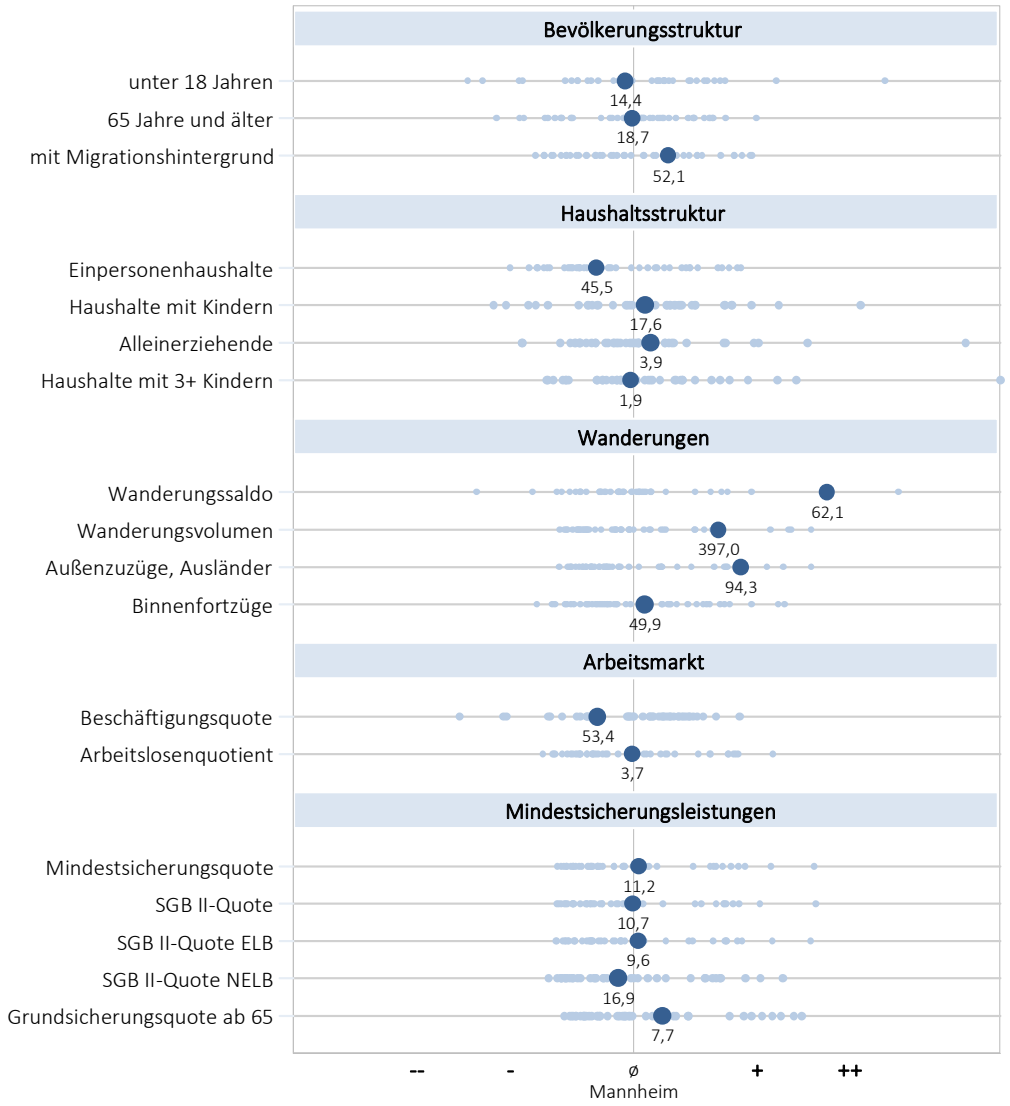
Wohlgelegen	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	5.328	5.294	5.350	5.424	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	809	809	840	869	15,2	15,3	15,7	16,0
65 Jahre und älter	753	754	753	751	14,1	14,2	14,1	13,8
mit Migrationshintergrund	3.035	3.022	3.121	3.200	57,0	57,1	58,3	59,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	3.391	3.366	3.388	3.261	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.069	2.086	2.061	1.951	61,0	62,0	60,8	59,8
Haushalte mit Kindern	520	515	518	536	15,3	15,3	15,3	16,4
Alleinerziehendenhaushalte	167	165	180	177	4,9	4,9	5,3	5,4
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	61	65	70	70	1,8	1,9	2,1	2,1
Wanderungen								
Wanderungssaldo	69	-39	13	37	13,0	-7,4	2,4	6,8
Wanderungsvolumen	1.599	1.677	1.623	1.671	300,1	316,8	303,4	308,1
Außenzuzüge, Ausländer	286	246	225	250	53,7	46,5	42,1	46,1
Binnenfortzüge	389	412	347	392	73,0	77,8	64,9	72,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.853	1.922	2.017	2.050	47,8	50,0	52,0	52,3
Arbeitslose	263	303	293	268	6,8	7,9	7,6	6,8
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.125	1.172	1.249	1.229	21,1	22,1	23,3	22,7
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	921	973	1.043	1.035	20,1	21,4	22,7	22,1
ELB	673	697	752	744	17,4	18,1	19,4	19,0
NELB	248	276	291	291	35,5	39,8	40,5	38,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	114	114	106	103	15,1	15,1	14,1	13,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Neckarstadt-Nordost

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarstadt-Nordost



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarstadt-Nordost

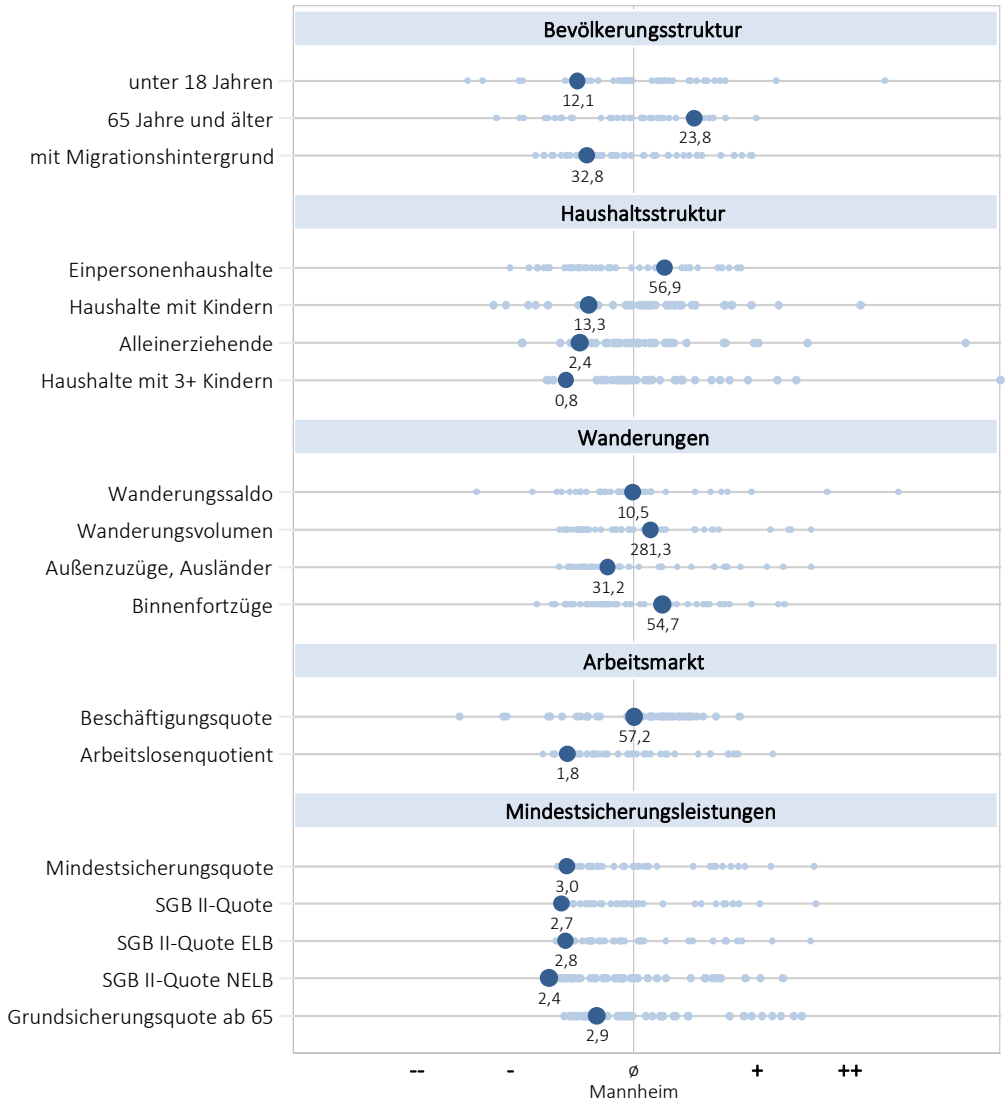
Neckarstadt-Nordost	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.114	4.300	4.582	4.866	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	546	577	650	702	13,3	13,4	14,2	14,4
65 Jahre und älter	790	821	856	912	19,2	19,1	18,7	18,7
mit Migrationshintergrund	2.117	2.245	2.384	2.537	51,5	52,2	52,0	52,1
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.337	2.423	2.539	2.578	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.113	1.109	1.157	1.174	47,6	45,8	45,6	45,5
Haushalte mit Kindern	357	379	419	453	15,3	15,6	16,5	17,6
Alleinerziehendenhaushalte	77	83	87	100	3,3	3,4	3,4	3,9
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	34	37	45	49	1,5	1,5	1,8	1,9
Wanderungen								
Wanderungssaldo	200	199	291	302	48,6	46,3	63,5	62,1
Wanderungsvolumen	1.780	1.785	1.915	1.932	432,7	415,1	417,9	397,0
Außenzuzüge, Ausländer	511	507	491	459	124,2	117,9	107,2	94,3
Binnenfortzüge	219	235	228	243	53,2	54,7	49,8	49,9
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.405	1.483	1.644	1.787	48,6	49,3	51,9	53,4
Arbeitslose	130	126	111	125	4,5	4,2	3,5	3,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	512	531	550	547	12,4	12,3	12,0	11,2
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	399	408	427	424	12,0	11,7	11,5	10,7
ELB	315	317	324	321	10,9	10,5	10,2	9,6
NELB	84	91	103	103	19,4	19,4	18,5	16,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	68	76	72	70	8,6	9,3	8,4	7,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Oststadt-Nord

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Oststadt-Nord



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Oststadt-Nord

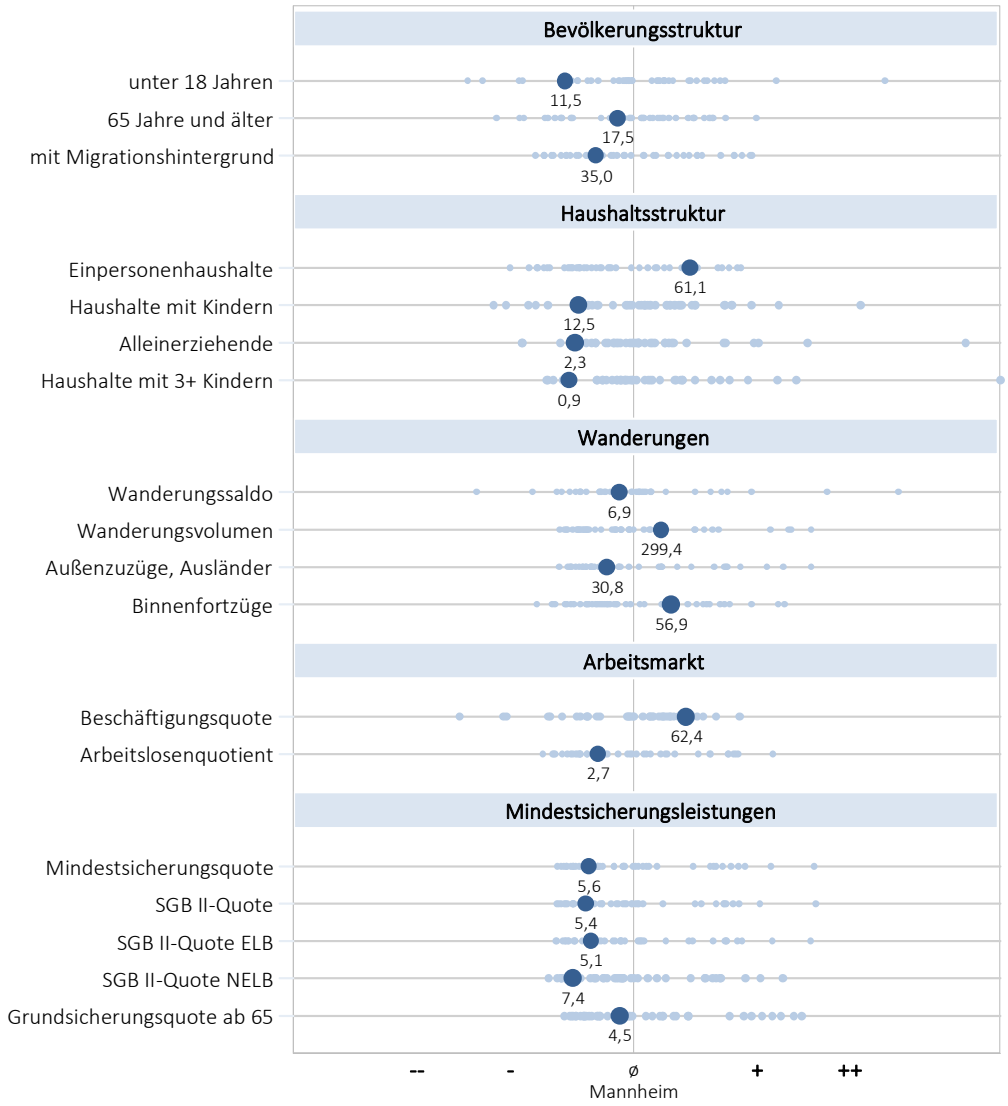
Oststadt-Nord	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	7.462	7.547	7.569	7.630	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	856	882	914	922	11,5	11,7	12,1	12,1
65 Jahre und älter	1.805	1.802	1.826	1.816	24,2	23,9	24,1	23,8
mit Migrationshintergrund	2.285	2.360	2.412	2.500	30,6	31,3	31,9	32,8
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.077	5.147	5.113	4.712	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	3.031	3.069	3.031	2.682	59,7	59,6	59,3	56,9
Haushalte mit Kindern	596	612	631	628	11,7	11,9	12,3	13,3
Alleinerziehendenhaushalte	118	115	117	113	2,3	2,2	2,3	2,4
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	37	38	36	39	0,7	0,7	0,7	0,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	38	95	7	80	5,1	12,6	0,9	10,5
Wanderungsvolumen	2.042	2.137	2.095	2.146	273,7	283,2	276,8	281,3
Außenzuzüge, Ausländer	226	272	258	238	30,3	36,0	34,1	31,2
Binnenfortzüge	392	360	414	417	52,5	47,7	54,7	54,7
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.620	2.749	2.772	2.865	53,4	55,4	56,1	57,2
Arbeitslose	106	98	90	92	2,2	2,0	1,8	1,8
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	234	228	224	228	3,1	3,0	3,0	3,0
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	156	155	161	157	2,8	2,7	2,8	2,7
ELB	143	141	142	138	2,9	2,8	2,9	2,8
NELB	13	14	19	19	1,7	1,8	2,4	2,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	59	50	45	52	3,3	2,8	2,5	2,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Oststadt-Süd

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Oststadt-Süd



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Oststadt-Süd

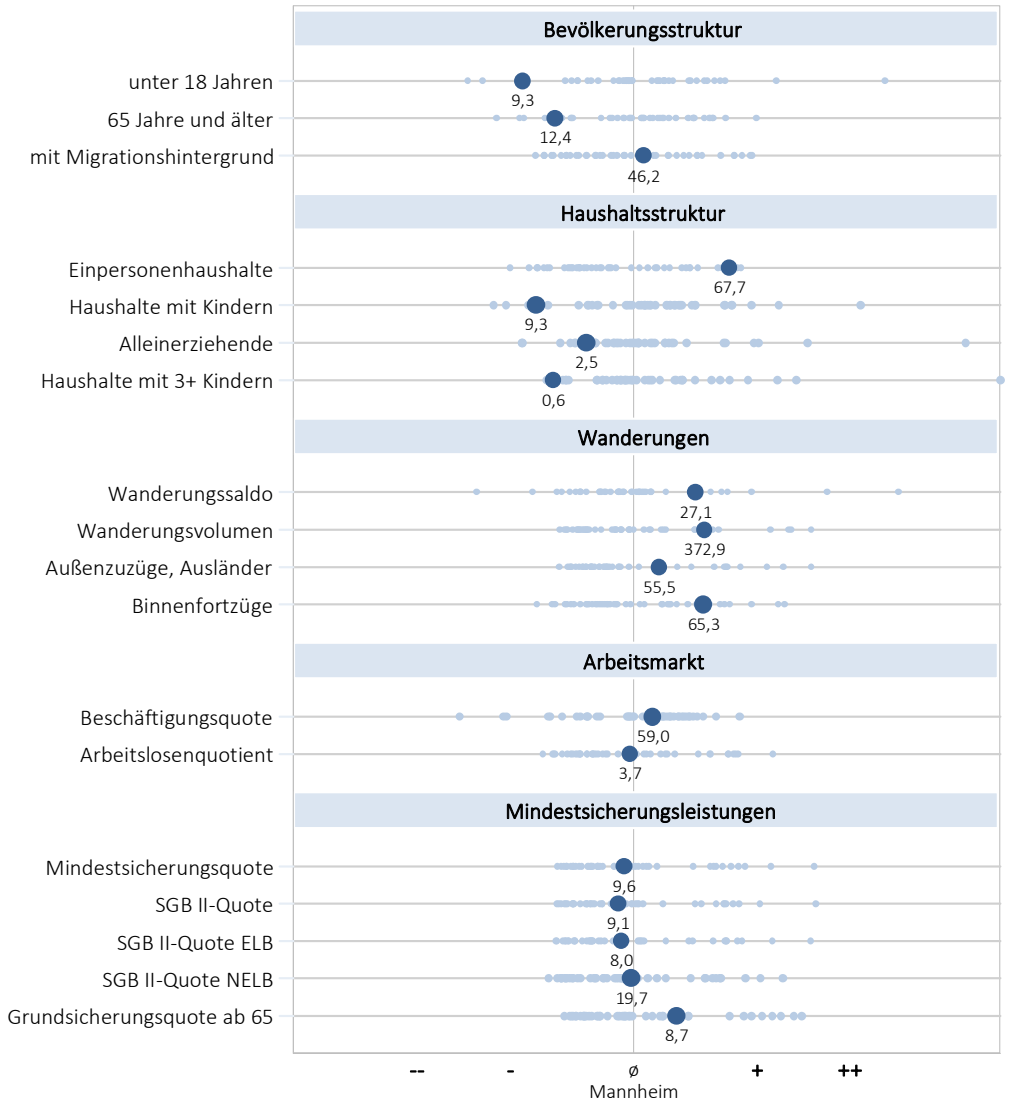
Oststadt-Süd	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.720	4.776	4.705	4.780	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	529	578	526	548	11,2	12,1	11,2	11,5
65 Jahre und älter	825	826	840	838	17,5	17,3	17,9	17,5
mit Migrationshintergrund	1.564	1.656	1.581	1.673	33,1	34,7	33,6	35,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	3.330	3.307	3.293	3.086	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.092	2.073	2.077	1.887	62,8	62,7	63,1	61,1
Haushalte mit Kindern	389	380	375	387	11,7	11,5	11,4	12,5
Alleinerziehendenhaushalte	74	68	71	71	2,2	2,1	2,2	2,3
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	16	18	22	27	0,5	0,5	0,7	0,9
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-52	46	-94	33	-11,0	9,6	-20,0	6,9
Wanderungsvolumen	1.472	1.584	1.632	1.431	311,9	331,7	346,9	299,4
Außenzuzüge, Ausländer	192	231	222	147	40,7	48,4	47,2	30,8
Binnenfortzüge	271	309	337	272	57,4	64,7	71,6	56,9
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.969	2.034	2.089	2.158	57,2	58,3	61,5	62,4
Arbeitslose	105	94	103	95	3,1	2,7	3,0	2,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	256	240	258	266	5,4	5,0	5,5	5,6
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	196	185	202	213	5,0	4,7	5,2	5,4
ELB	162	154	170	177	4,7	4,4	5,0	5,1
NELB	34	31	32	36	7,5	6,7	6,8	7,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	44	37	40	38	5,3	4,5	4,8	4,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Schwetzingerstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Schwetzingerstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Schwetzingerstadt

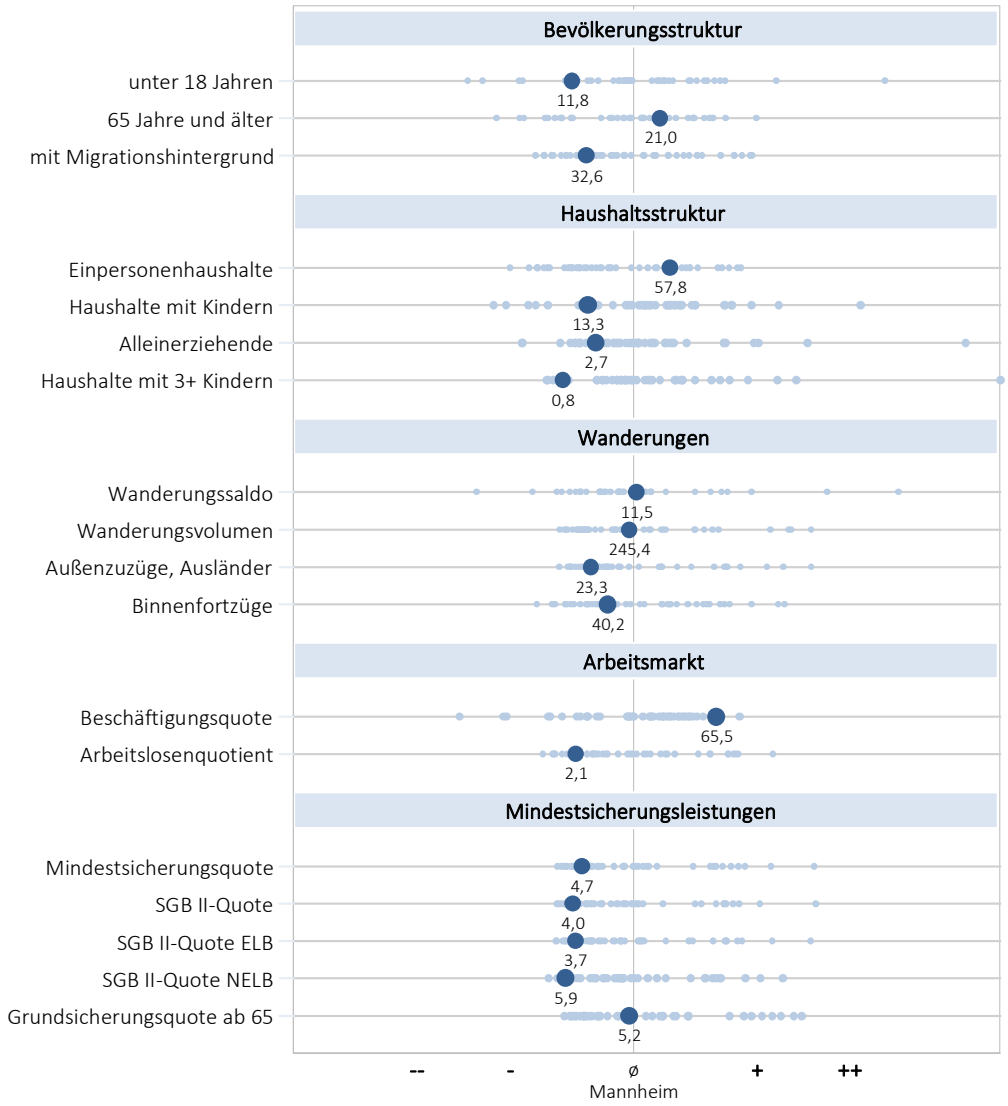
Schwetzingerstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	9.966	10.062	10.209	10.521	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	909	937	961	981	9,1	9,3	9,4	9,3
65 Jahre und älter	1.350	1.319	1.333	1.304	13,5	13,1	13,1	12,4
mit Migrationshintergrund	4.428	4.539	4.707	4.864	44,4	45,1	46,1	46,2
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	7.548	7.609	7.712	7.347	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	5.282	5.329	5.364	4.977	70,0	70,0	69,6	67,7
Haushalte mit Kindern	624	650	682	684	8,3	8,5	8,8	9,3
Alleinerziehendenhaushalte	188	185	196	186	2,5	2,4	2,5	2,5
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	42	41	44	45	0,6	0,5	0,6	0,6
Wanderungen								
Wanderungssaldo	48	92	106	285	4,8	9,1	10,4	27,1
Wanderungsvolumen	3.788	3.988	3.884	3.923	380,1	396,3	380,4	372,9
Außenzuzüge, Ausländer	512	546	583	584	51,4	54,3	57,1	55,5
Binnenfortzüge	723	717	698	687	72,5	71,3	68,4	65,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4.211	4.496	4.617	4.934	53,7	56,7	57,4	59,0
Arbeitslose	355	332	321	307	4,5	4,2	4,0	3,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	906	976	979	1.005	9,1	9,7	9,6	9,6
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	731	793	808	839	8,5	9,1	9,1	9,1
ELB	586	646	650	669	7,5	8,1	8,1	8,0
NELB	145	147	158	170	18,9	18,2	19,1	19,7
Grundsicherung ab 65 Jahren	119	122	118	114	8,8	9,2	8,9	8,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Lindenhof

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Lindenhof



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Lindenhof

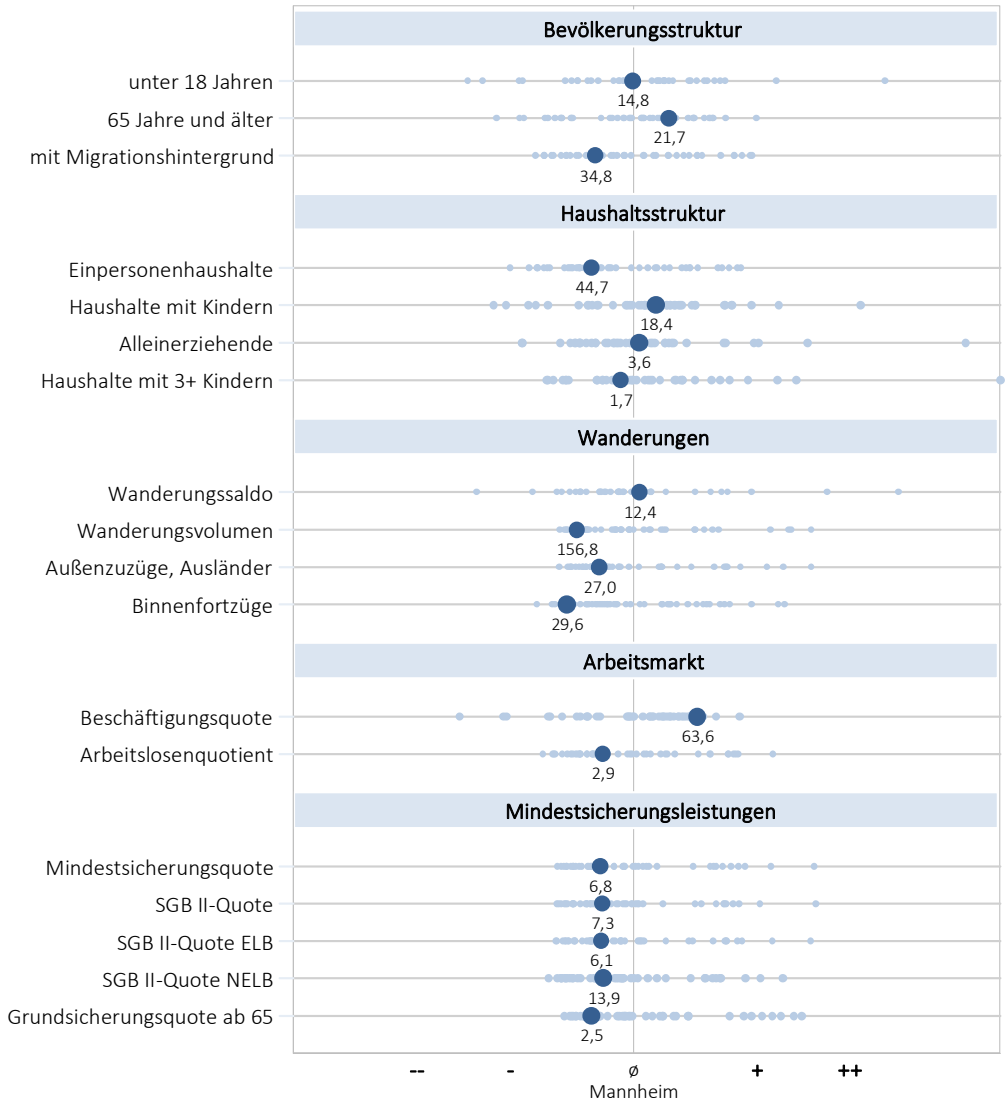
Lindenhof	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	13.056	13.148	13.294	13.441	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.466	1.492	1.572	1.585	11,2	11,3	11,8	11,8
65 Jahre und älter	2.882	2.855	2.844	2.826	22,1	21,7	21,4	21,0
mit Migrationshintergrund	4.074	4.151	4.325	4.386	31,2	31,6	32,5	32,6
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	8.504	8.587	8.525	8.148	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	5.075	5.155	5.035	4.711	59,7	60,0	59,1	57,8
Haushalte mit Kindern	1.022	1.048	1.107	1.080	12,0	12,2	13,0	13,3
Alleinerziehendenhaushalte	206	220	225	223	2,4	2,6	2,6	2,7
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	56	57	57	63	0,7	0,7	0,7	0,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	140	117	159	155	10,7	8,9	12,0	11,5
Wanderungsvolumen	3.024	3.337	3.377	3.299	231,6	253,8	254,0	245,4
Außenzuzüge, Ausländer	280	305	347	313	21,4	23,2	26,1	23,3
Binnenfortzüge	518	607	536	541	39,7	46,2	40,3	40,2
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.494	5.725	5.867	6.045	61,8	63,7	64,6	65,5
Arbeitslose	211	195	193	193	2,4	2,2	2,1	2,1
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	634	635	658	635	4,9	4,8	4,9	4,7
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	439	413	441	421	4,3	4,0	4,2	4,0
ELB	366	339	366	339	4,1	3,8	4,0	3,7
NELB	73	74	75	82	5,7	5,7	5,5	5,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	130	151	153	148	4,5	5,3	5,4	5,2

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sandhofen

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Sandhofen



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Sandhofen

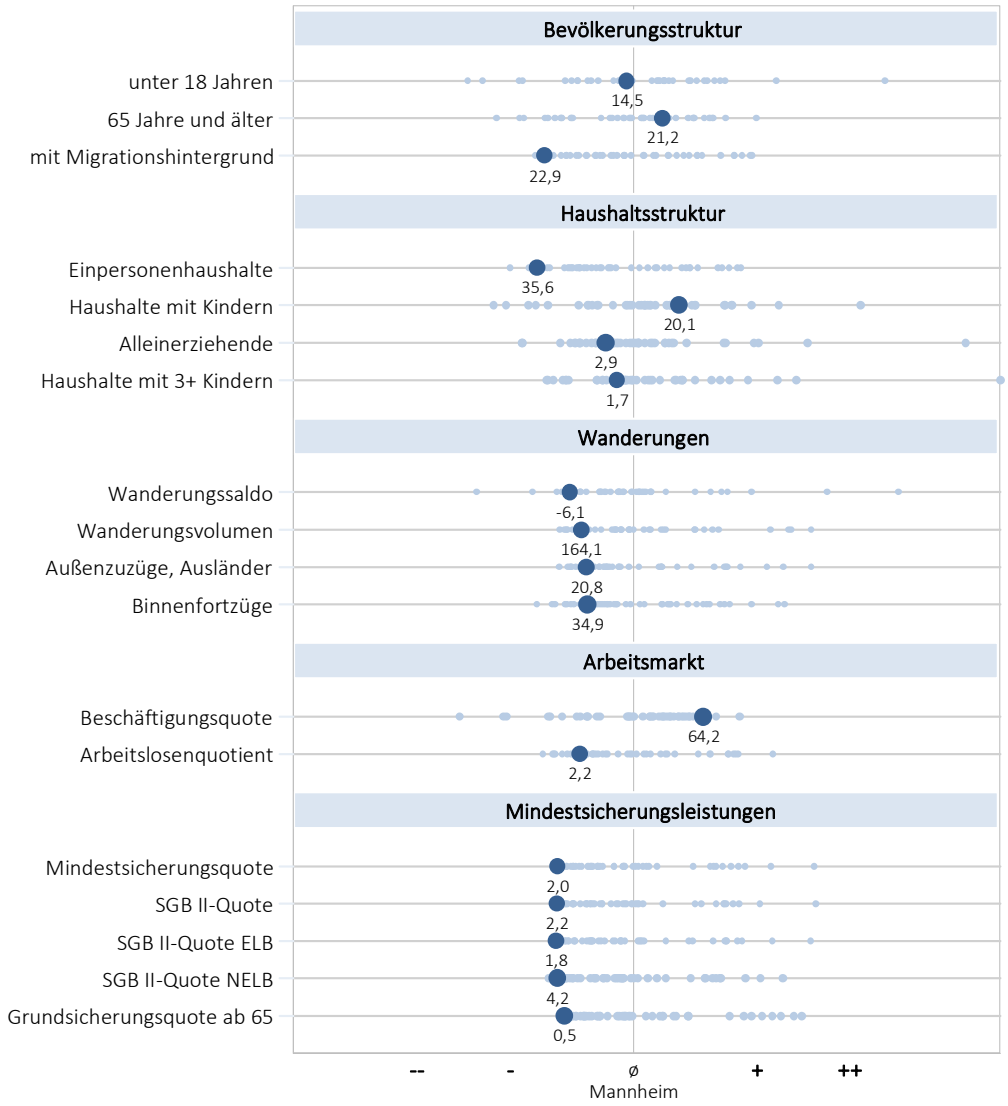
Sandhofen	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	11.335	11.535	11.594	11.714	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.654	1.713	1.738	1.737	14,6	14,9	15,0	14,8
65 Jahre und älter	2.498	2.513	2.528	2.544	22,0	21,8	21,8	21,7
mit Migrationshintergrund	3.630	3.846	3.931	4.079	32,0	33,3	33,9	34,8
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.939	6.077	6.095	6.037	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.647	2.716	2.723	2.700	44,6	44,7	44,7	44,7
Haushalte mit Kindern	1.094	1.129	1.126	1.109	18,4	18,6	18,5	18,4
Alleinerziehendenhaushalte	241	251	231	220	4,1	4,1	3,8	3,6
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	96	101	110	105	1,6	1,7	1,8	1,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	173	263	58	145	15,3	22,8	5,0	12,4
Wanderungsvolumen	2.019	1.933	1.736	1.837	178,1	167,6	149,7	156,8
Außenzuzüge, Ausländer	291	288	212	316	25,7	25,0	18,3	27,0
Binnenfortzüge	391	349	348	347	34,5	30,3	30,0	29,6
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4.534	4.768	4.829	4.915	60,6	62,5	63,2	63,6
Arbeitslose	282	246	226	223	3,8	3,2	3,0	2,9
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	793	783	772	802	7,0	6,8	6,7	6,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	671	655	644	671	7,6	7,3	7,1	7,3
ELB	486	470	466	471	6,5	6,2	6,1	6,1
NELB	185	185	178	200	13,7	13,3	12,5	13,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	64	68	65	63	2,6	2,7	2,6	2,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sandhofen-Nord

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Sandhofen-Nord



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Sandhofen-Nord

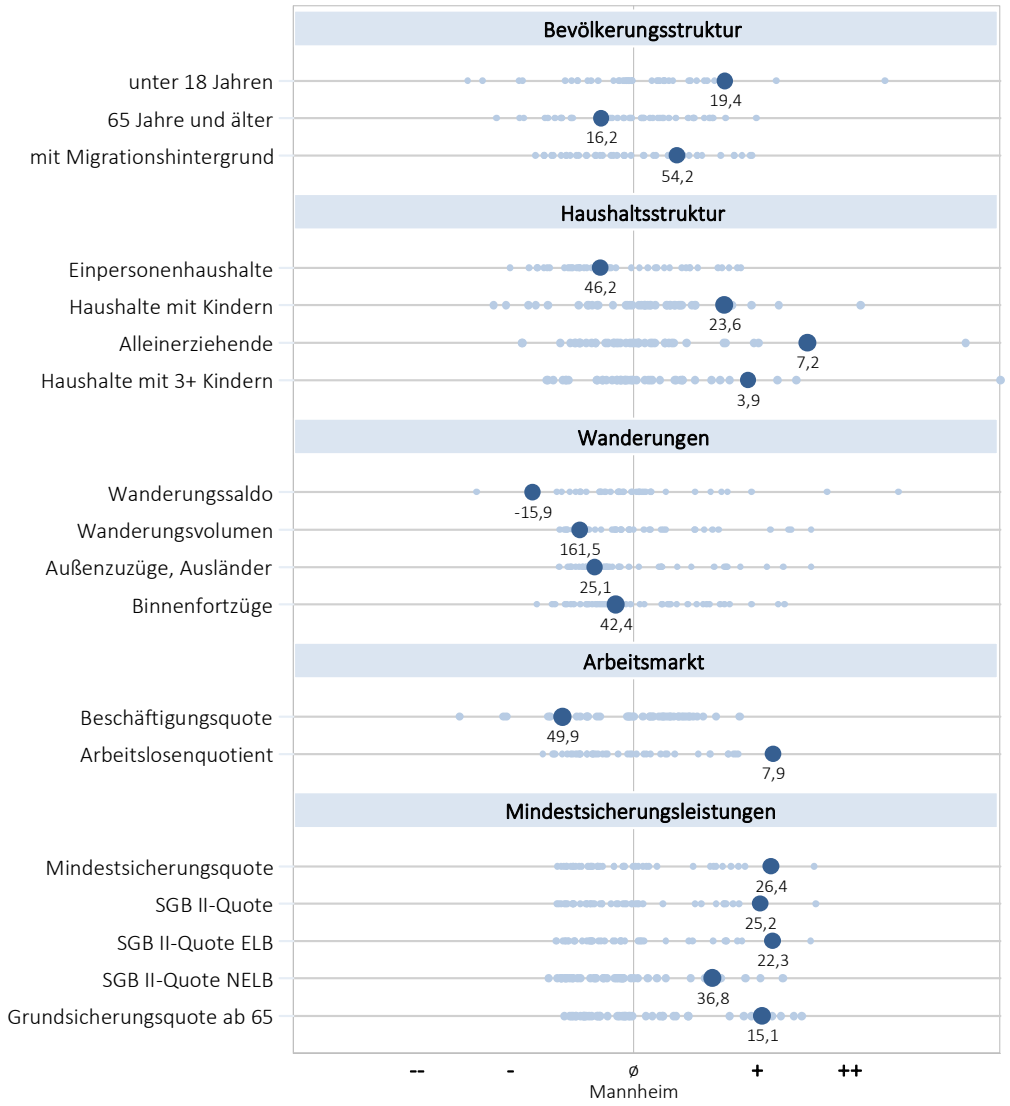
Sandhofen-Nord	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	1.958	1.947	1.998	1.975	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	281	266	292	287	14,4	13,7	14,6	14,5
65 Jahre und älter	418	413	420	419	21,3	21,2	21,0	21,2
mit Migrationshintergrund	393	416	451	452	20,1	21,4	22,6	22,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	962	969	974	953	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	341	358	336	339	35,4	36,9	34,5	35,6
Haushalte mit Kindern	184	175	191	192	19,1	18,1	19,6	20,1
Alleinerziehendenhaushalte	34	32	30	28	3,5	3,3	3,1	2,9
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	16	13	15	16	1,7	1,3	1,5	1,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	31	-1	34	-12	15,8	-0,5	17,0	-6,1
Wanderungsvolumen	299	287	308	324	152,7	147,4	154,2	164,1
Außenzuzüge, Ausländer	25	35	31	41	12,8	18,0	15,5	20,8
Binnenfortzüge	70	79	71	69	35,8	40,6	35,5	34,9
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	799	820	826	847	60,8	62,2	61,9	64,2
Arbeitslose	30	27	37	29	2,3	2,0	2,8	2,2
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	60	49	44	39	3,1	2,5	2,2	2,0
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	55	44	39	34	3,6	2,9	2,5	2,2
ELB	40	33	28	24	3,0	2,5	2,1	1,8
NELB	15	11	11	10	6,7	5,1	4,5	4,2
Grundsicherung ab 65 Jahren	3	3	2	2	0,7	0,7	0,5	0,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Schönau-Nord

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Schönau-Nord



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Schönau-Nord

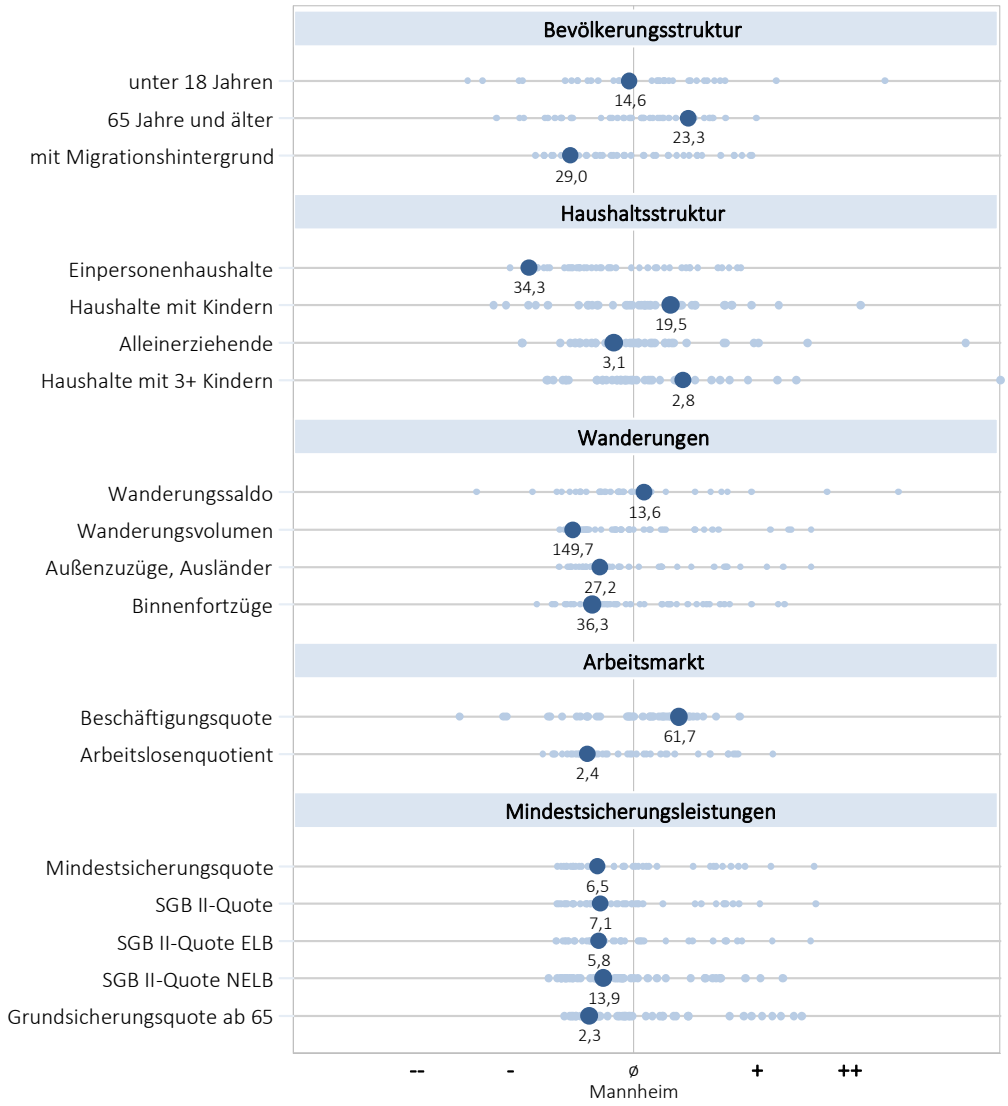
Schönau-Nord	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	9.471	9.425	9.318	9.175	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.857	1.830	1.800	1.782	19,6	19,4	19,3	19,4
65 Jahre und älter	1.424	1.426	1.446	1.487	15,0	15,1	15,5	16,2
mit Migrationshintergrund	4.992	5.034	5.044	4.969	52,7	53,4	54,1	54,2
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	4.621	4.621	4.580	4.480	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.110	2.116	2.129	2.069	45,7	45,8	46,5	46,2
Haushalte mit Kindern	1.094	1.085	1.063	1.056	23,7	23,5	23,2	23,6
Alleinerziehendenhaushalte	322	331	319	322	7,0	7,2	7,0	7,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	178	172	176	173	3,9	3,7	3,8	3,9
Wanderungen								
Wanderungssaldo	29	-39	-85	-146	3,1	-4,1	-9,1	-15,9
Wanderungsvolumen	1.933	1.805	1.605	1.482	204,1	191,5	172,2	161,5
Außenzuzüge, Ausländer	349	329	274	230	36,8	34,9	29,4	25,1
Binnenfortzüge	526	412	403	389	55,5	43,7	43,2	42,4
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.911	3.012	3.017	3.088	44,6	46,5	47,5	49,9
Arbeitslose	572	544	507	488	8,8	8,4	8,0	7,9
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	2.625	2.613	2.542	2.418	27,7	27,7	27,3	26,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	2.161	2.147	2.072	1.934	26,9	26,8	26,3	25,2
ELB	1.519	1.508	1.445	1.382	23,3	23,3	22,7	22,3
NELB	642	639	627	552	42,2	42,0	41,4	36,8
Grundsicherung ab 65 Jahren	213	224	212	224	15,0	15,7	14,7	15,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Schönau-Süd/West

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Schönau-Süd/West



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Schönau-Süd/West

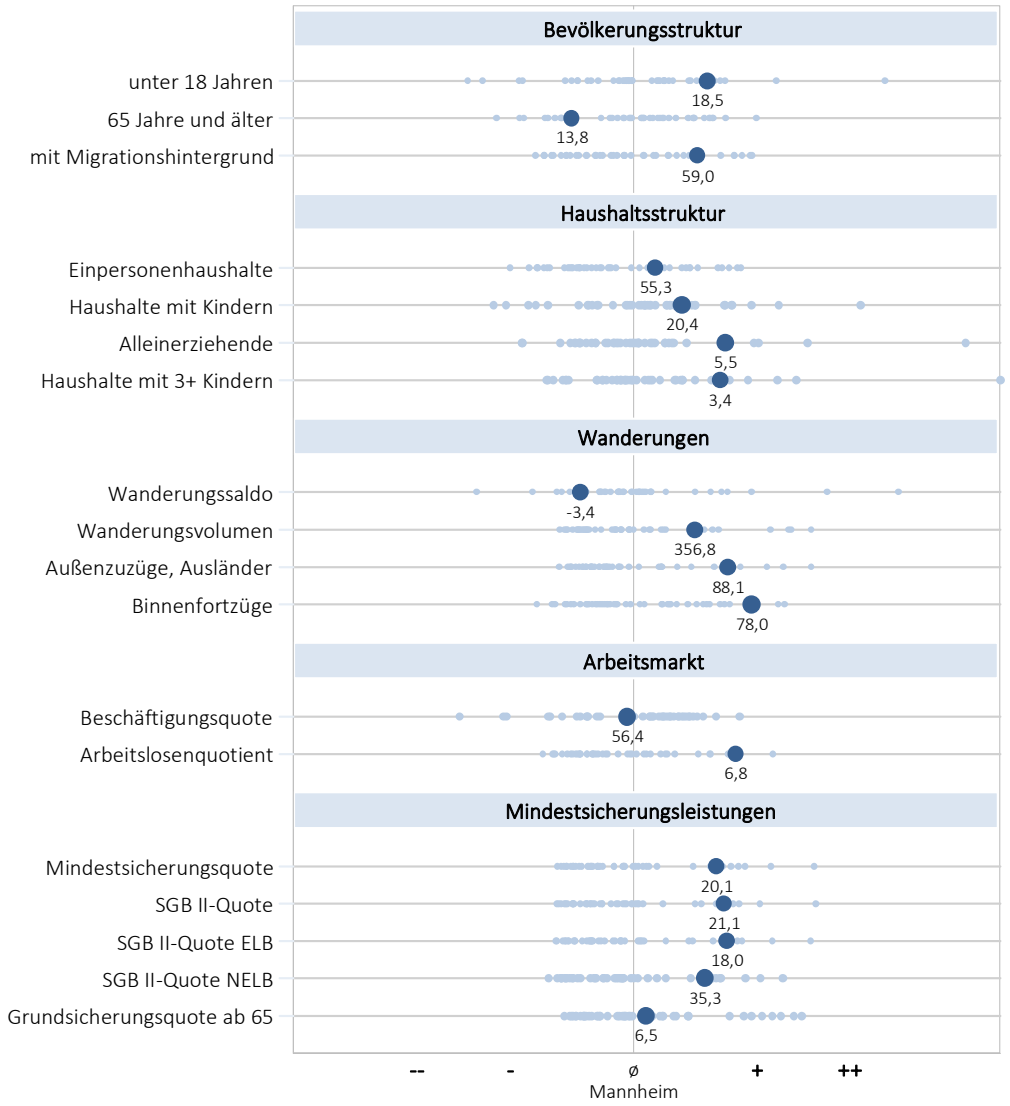
Schönau-Süd/West	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.664	3.697	3.718	3.748	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	535	551	553	549	14,6	14,9	14,9	14,6
65 Jahre und älter	857	871	858	875	23,4	23,6	23,1	23,3
mit Migrationshintergrund	934	982	1.004	1.088	25,5	26,6	27,0	29,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.721	1.732	1.746	1.733	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	587	589	584	594	34,1	34,0	33,4	34,3
Haushalte mit Kindern	337	356	349	338	19,6	20,6	20,0	19,5
Alleinerziehendenhaushalte	53	59	55	54	3,1	3,4	3,2	3,1
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	37	38	42	48	2,1	2,2	2,4	2,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	128	47	45	51	34,9	12,7	12,1	13,6
Wanderungsvolumen	628	557	579	561	171,4	150,7	155,7	149,7
Außenzuzüge, Ausländer	34	61	75	102	9,3	16,5	20,2	27,2
Binnenfortzüge	168	146	152	136	45,9	39,5	40,9	36,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.401	1.419	1.491	1.502	58,5	59,4	61,7	61,7
Arbeitslose	83	70	62	59	3,5	2,9	2,6	2,4
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	216	218	215	244	5,9	5,9	5,8	6,5
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	181	185	175	203	6,4	6,5	6,1	7,1
ELB	130	131	119	142	5,4	5,5	4,9	5,8
NELB	51	54	56	61	12,3	12,3	12,7	13,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	17	21	19	20	2,0	2,4	2,2	2,3

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Waldhof-West/Mitte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Waldhof-West/Mitte



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Waldhof-West/Mitte

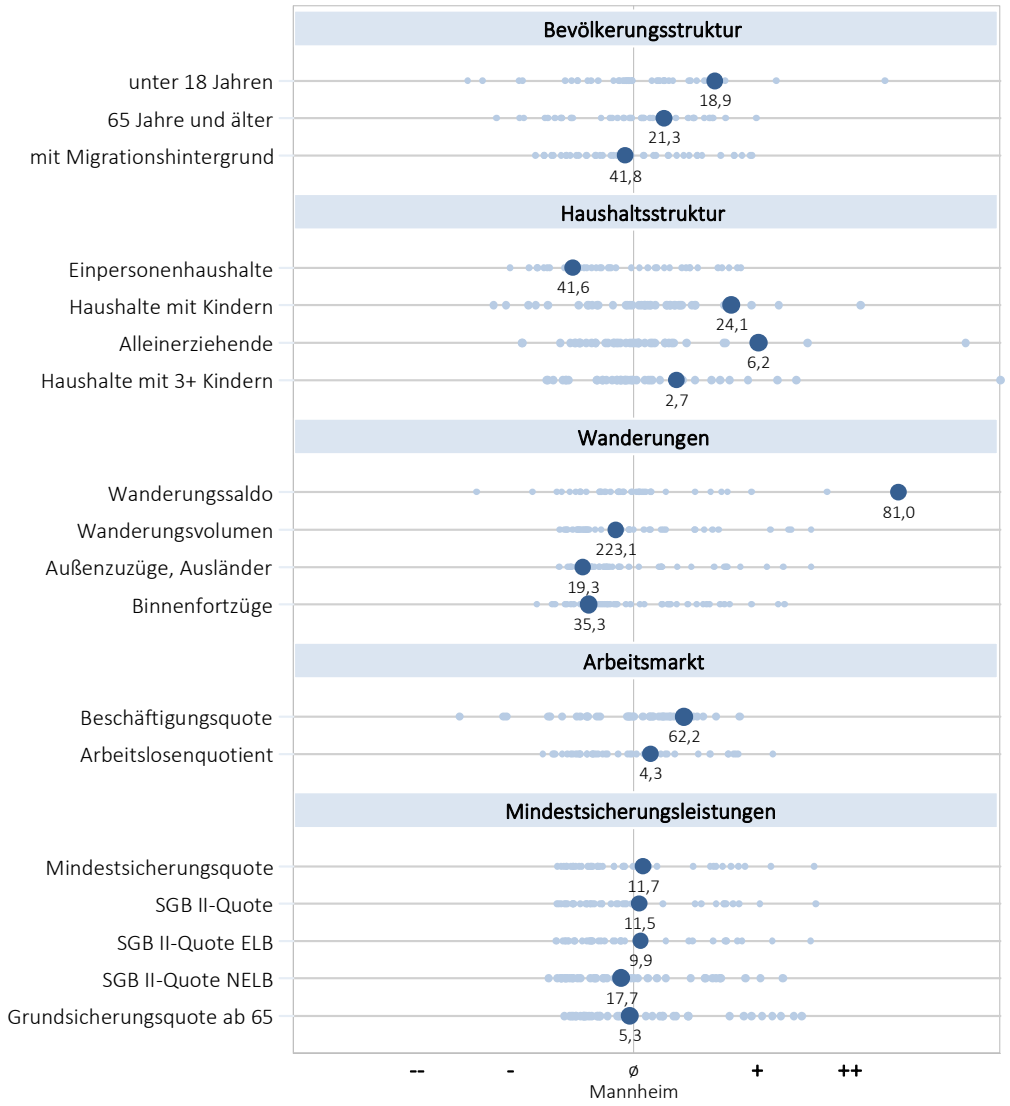
Waldhof-West/Mitte	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.904	4.061	4.134	4.142	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	688	722	749	767	17,6	17,8	18,1	18,5
65 Jahre und älter	500	543	560	570	12,8	13,4	13,5	13,8
mit Migrationshintergrund	2.110	2.279	2.401	2.444	54,0	56,1	58,1	59,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.204	2.255	2.263	2.181	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.240	1.291	1.272	1.207	56,3	57,3	56,2	55,3
Haushalte mit Kindern	407	416	435	444	18,5	18,4	19,2	20,4
Alleinerziehendenhaushalte	126	110	123	119	5,7	4,9	5,4	5,5
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	69	76	74	74	3,1	3,4	3,3	3,4
Wanderungen								
Wanderungssaldo	70	155	57	-14	17,9	38,2	13,8	-3,4
Wanderungsvolumen	1.496	1.901	1.595	1.478	383,2	468,1	385,8	356,8
Außenzuzüge, Ausländer	371	448	394	365	95,0	110,3	95,3	88,1
Binnenfortzüge	343	441	352	323	87,9	108,6	85,1	78,0
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.401	1.541	1.606	1.653	49,6	53,0	54,3	56,4
Arbeitslose	207	191	201	199	7,3	6,6	6,8	6,8
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	841	882	851	832	21,5	21,7	20,6	20,1
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	765	793	767	753	22,5	22,5	21,5	21,1
ELB	530	547	533	526	18,8	18,8	18,0	18,0
NELB	235	246	234	227	40,5	40,3	37,8	35,3
Grundsicherung ab 65 Jahren	34	40	36	37	6,8	7,4	6,4	6,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Speckweggebiet

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Speckweggebiet



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Speckweggebiet

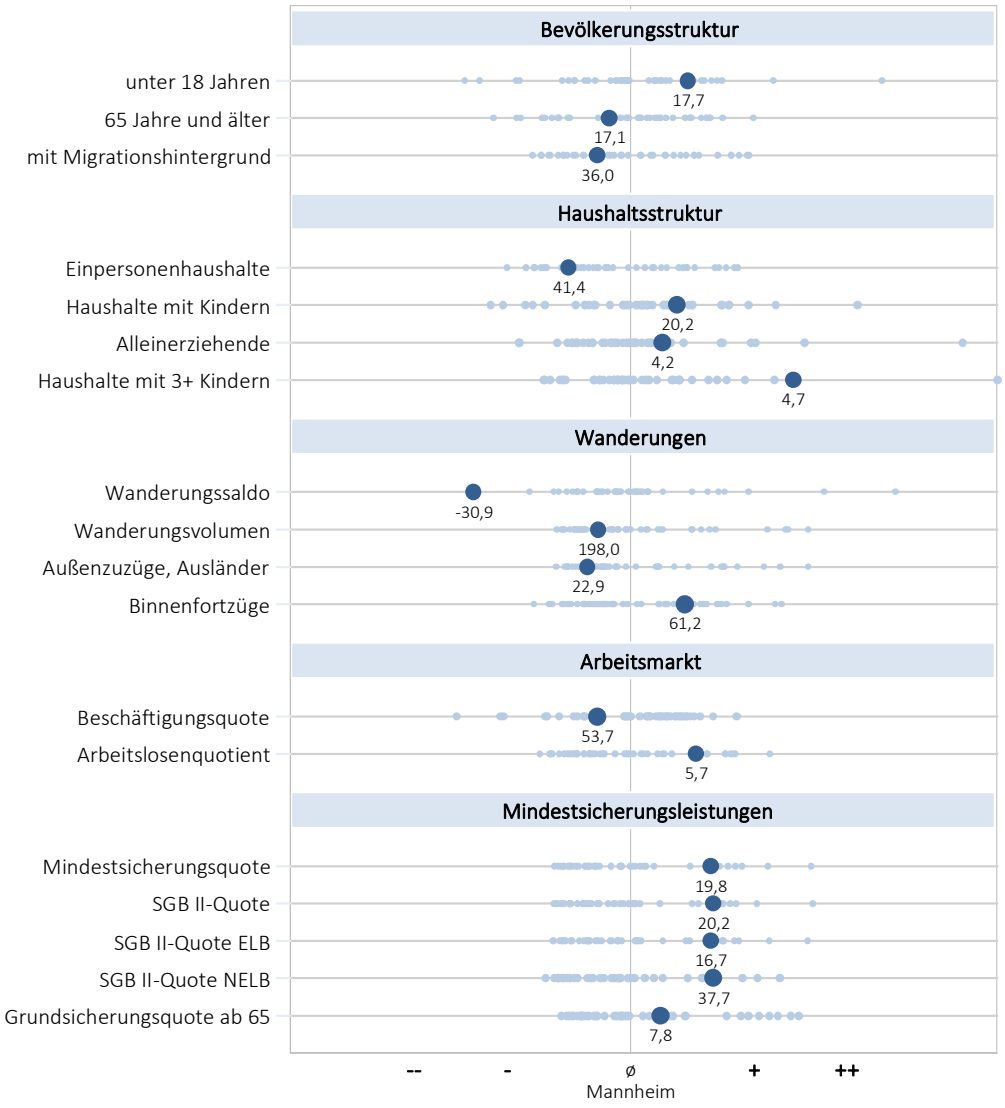
Speckweggebiet	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.790	4.761	4.895	5.294	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	825	837	899	1.000	17,2	17,6	18,4	18,9
65 Jahre und älter	1.148	1.134	1.112	1.129	24,0	23,8	22,7	21,3
mit Migrationshintergrund	1.660	1.731	1.910	2.215	34,7	36,4	39,0	41,8
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.482	2.445	2.448	2.551	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.145	1.101	1.056	1.060	46,1	45,0	43,1	41,6
Haushalte mit Kindern	526	529	560	615	21,2	21,6	22,9	24,1
Alleinerziehendenhaushalte	133	137	143	157	5,4	5,6	5,8	6,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	50	48	59	68	2,0	2,0	2,4	2,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	12	25	157	429	2,5	5,3	32,1	81,0
Wanderungsvolumen	782	847	977	1.181	163,3	177,9	199,6	223,1
Außenzuzüge, Ausländer	65	68	91	102	13,6	14,3	18,6	19,3
Binnenfortzüge	254	247	256	187	53,0	51,9	52,3	35,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.736	1.782	1.813	2.049	58,6	60,9	60,3	62,2
Arbeitslose	142	94	115	141	4,8	3,2	3,8	4,3
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	576	563	593	621	12,0	11,8	12,1	11,7
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	452	434	467	479	12,4	12,0	12,3	11,5
ELB	320	302	311	325	10,8	10,3	10,3	9,9
NELB	132	132	156	154	19,4	18,8	20,1	17,7
Grundsicherung ab 65 Jahren	55	58	59	60	4,8	5,1	5,3	5,3

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Speckweggebiet westlich der Hessischen Straße

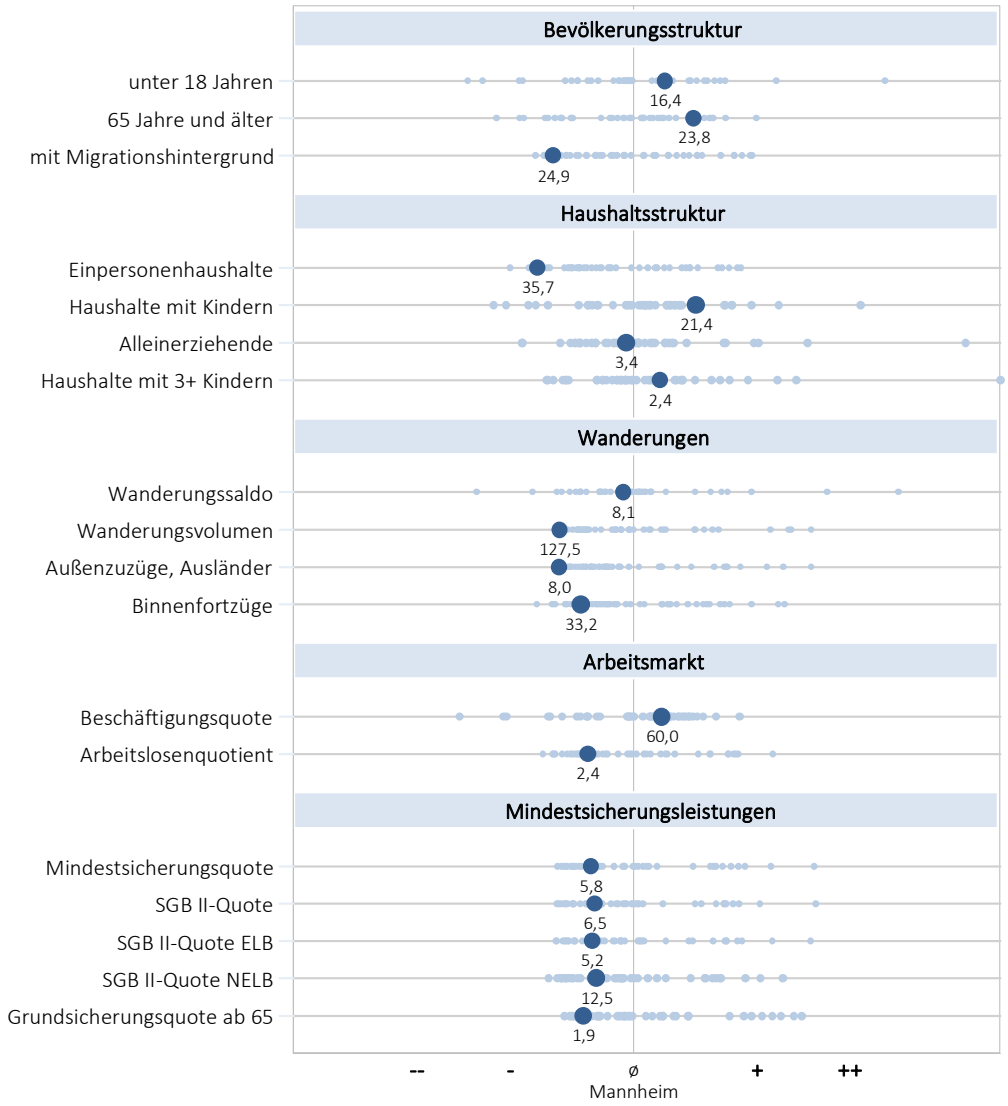
Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	1.978	1.931	1.934	1.879	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	403	372	356	333	20,4	19,3	18,4	17,7
65 Jahre und älter	312	316	320	321	15,8	16,4	16,5	17,1
mit Migrationshintergrund	667	666	690	677	33,7	34,5	35,7	36,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	926	919	935	880	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	390	386	399	364	42,1	42,0	42,7	41,4
Haushalte mit Kindern	204	191	187	178	22,0	20,8	20,0	20,2
Alleinerziehendenhaushalte	43	36	42	37	4,6	3,9	4,5	4,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	53	48	45	41	5,7	5,2	4,8	4,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-1	-35	-2	-58	-0,5	-18,1	-1,0	-30,9
Wanderungsvolumen	369	437	412	372	186,6	226,3	213,0	198,0
Außenzuzüge, Ausländer	33	50	59	43	16,7	25,9	30,5	22,9
Binnenfortzüge	113	134	132	115	57,1	69,4	68,3	61,2
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	697	683	706	697	52,2	51,7	52,6	53,7
Arbeitslose	93	82	87	74	7,0	6,2	6,5	5,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	451	432	384	372	22,8	22,4	19,9	19,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	408	386	333	315	24,5	23,9	20,6	20,2
ELB	251	250	232	217	18,8	18,9	17,3	16,7
NELB	157	136	101	98	47,3	46,4	37,3	37,7
Grundsicherung ab 65 Jahren	25	21	25	25	8,0	6,6	7,8	7,8

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Gartenstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Gartenstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Gartenstadt

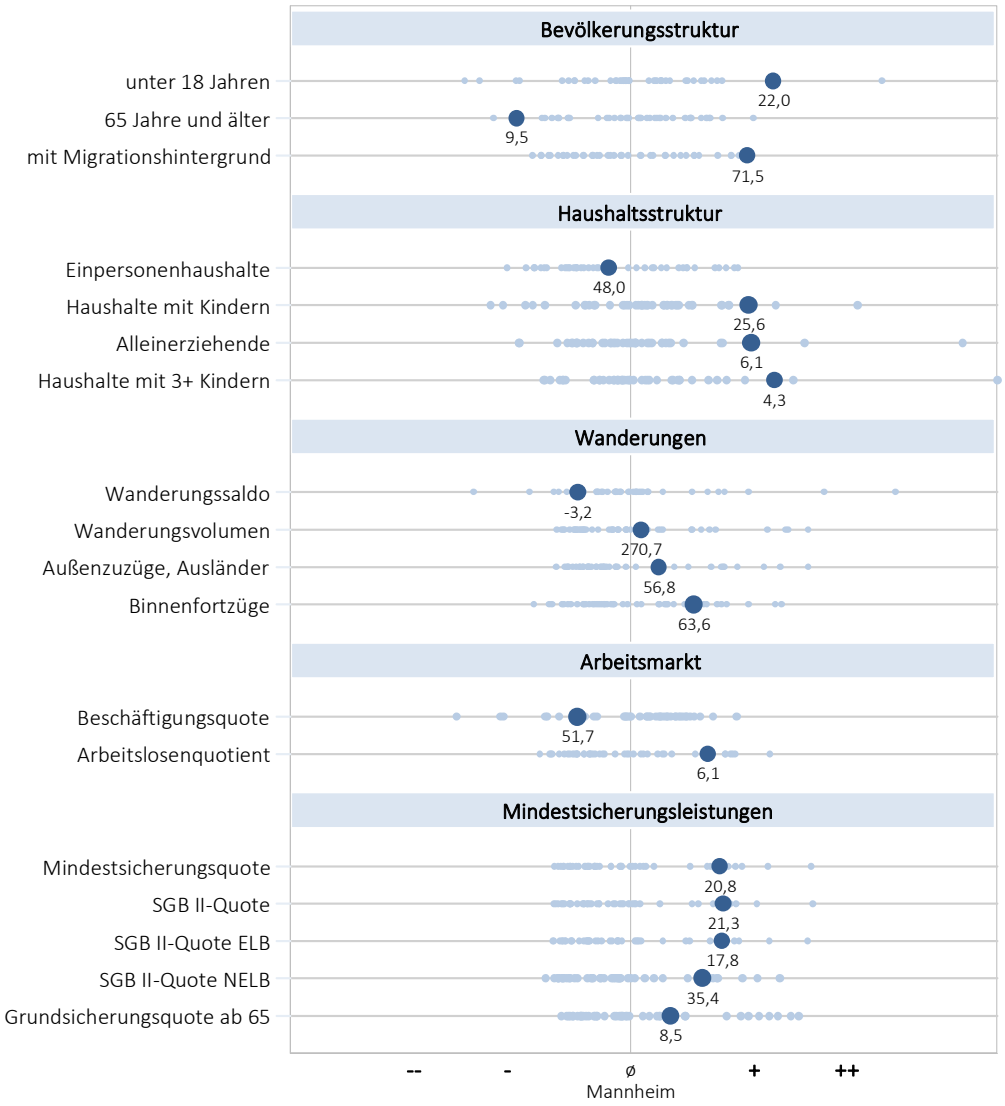
Gartenstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	10.465	10.446	10.378	10.429	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.722	1.699	1.703	1.714	16,5	16,3	16,4	16,4
65 Jahre und älter	2.485	2.493	2.474	2.481	23,7	23,9	23,8	23,8
mit Migrationshintergrund	2.388	2.450	2.499	2.599	22,8	23,5	24,1	24,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.024	5.028	5.015	4.892	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.828	1.836	1.837	1.748	36,4	36,5	36,6	35,7
Haushalte mit Kindern	1.054	1.047	1.038	1.047	21,0	20,8	20,7	21,4
Alleinerziehendenhaushalte	169	173	176	165	3,4	3,4	3,5	3,4
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	105	100	106	117	2,1	2,0	2,1	2,4
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-48	-16	-37	84	-4,6	-1,5	-3,6	8,1
Wanderungsvolumen	1.286	1.416	1.217	1.330	122,9	135,6	117,3	127,5
Außenzuzüge, Ausländer	69	76	64	83	6,6	7,3	6,2	8,0
Binnenfortzüge	363	421	329	346	34,7	40,3	31,7	33,2
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.816	3.877	3.893	3.943	57,6	58,6	59,4	60,0
Arbeitslose	205	180	170	160	3,1	2,7	2,6	2,4
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	560	546	613	606	5,4	5,2	5,9	5,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	457	439	507	514	5,7	5,5	6,4	6,5
ELB	318	316	361	343	4,8	4,8	5,5	5,2
NELB	139	123	146	171	10,3	9,2	10,8	12,5
Grundsicherung ab 65 Jahren	48	47	46	46	1,9	1,9	1,9	1,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Luzenberg

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Luzenberg



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Luzenberg

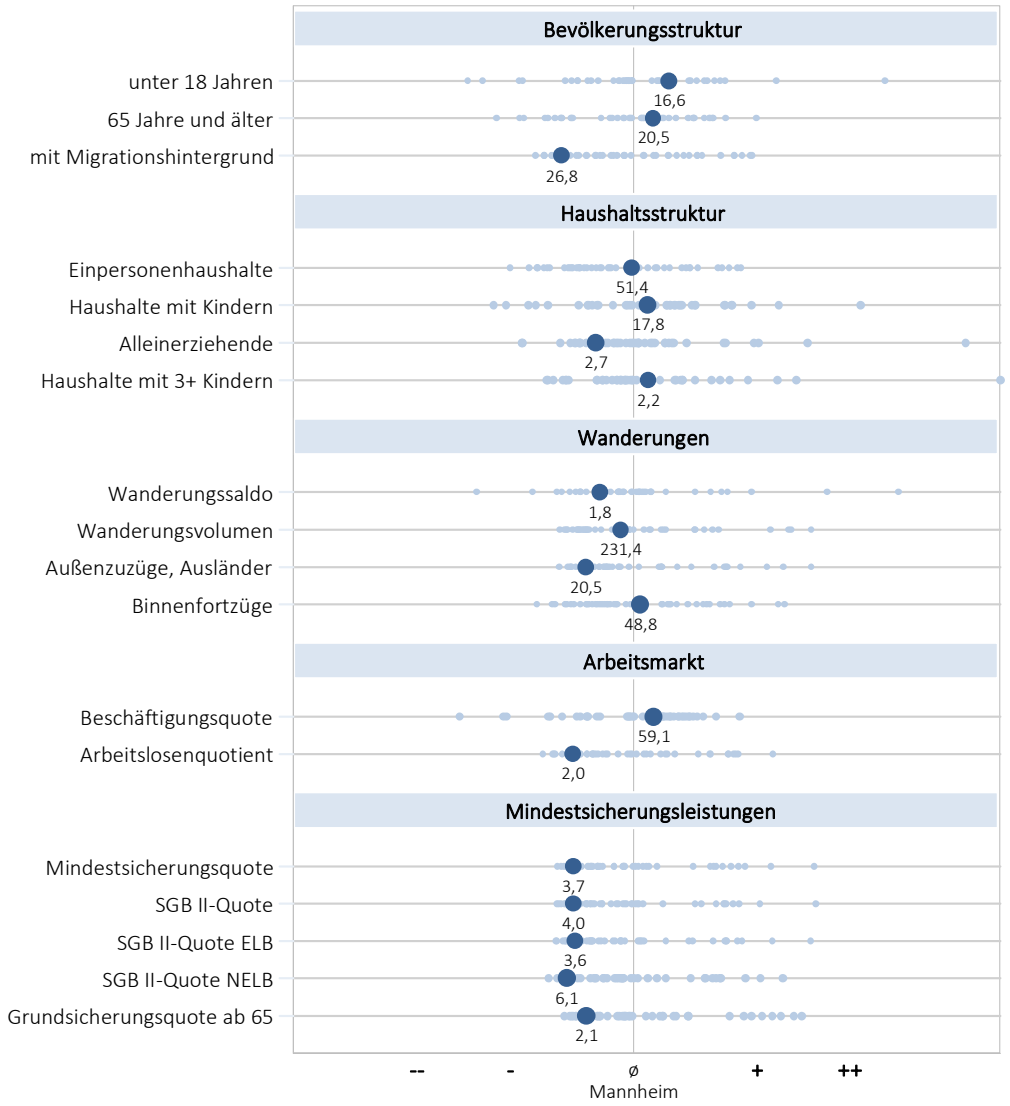
Luzenberg	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.067	3.107	3.065	3.081	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	661	692	684	677	21,6	22,3	22,3	22,0
65 Jahre und älter	274	282	289	293	8,9	9,1	9,4	9,5
mit Migrationshintergrund	2.087	2.144	2.143	2.203	68,0	69,0	69,9	71,5
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.555	1.568	1.549	1.518	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	782	774	773	729	50,3	49,4	49,9	48,0
Haushalte mit Kindern	392	404	397	389	25,2	25,8	25,6	25,6
Alleinerziehendenhaushalte	101	106	94	92	6,5	6,8	6,1	6,1
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	60	65	62	66	3,9	4,1	4,0	4,3
Wanderungen								
Wanderungssaldo	1	15	-66	-10	0,3	4,8	-21,5	-3,2
Wanderungsvolumen	1.305	1.047	946	834	425,5	337,0	308,6	270,7
Außenzuzüge, Ausländer	255	215	199	175	83,1	69,2	64,9	56,8
Binnenfortzüge	269	237	212	196	87,7	76,3	69,2	63,6
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	974	1.084	1.147	1.153	43,8	48,5	51,8	51,7
Arbeitslose	184	157	143	135	8,3	7,0	6,5	6,1
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	691	628	591	642	22,5	20,2	19,3	20,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	650	581	546	594	23,3	20,6	19,7	21,3
ELB	422	376	364	397	19,0	16,8	16,4	17,8
NELB	228	205	182	197	40,0	34,9	32,3	35,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	17	20	20	25	6,2	7,1	6,9	8,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Neuostheim

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neuostheim



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neuostheim

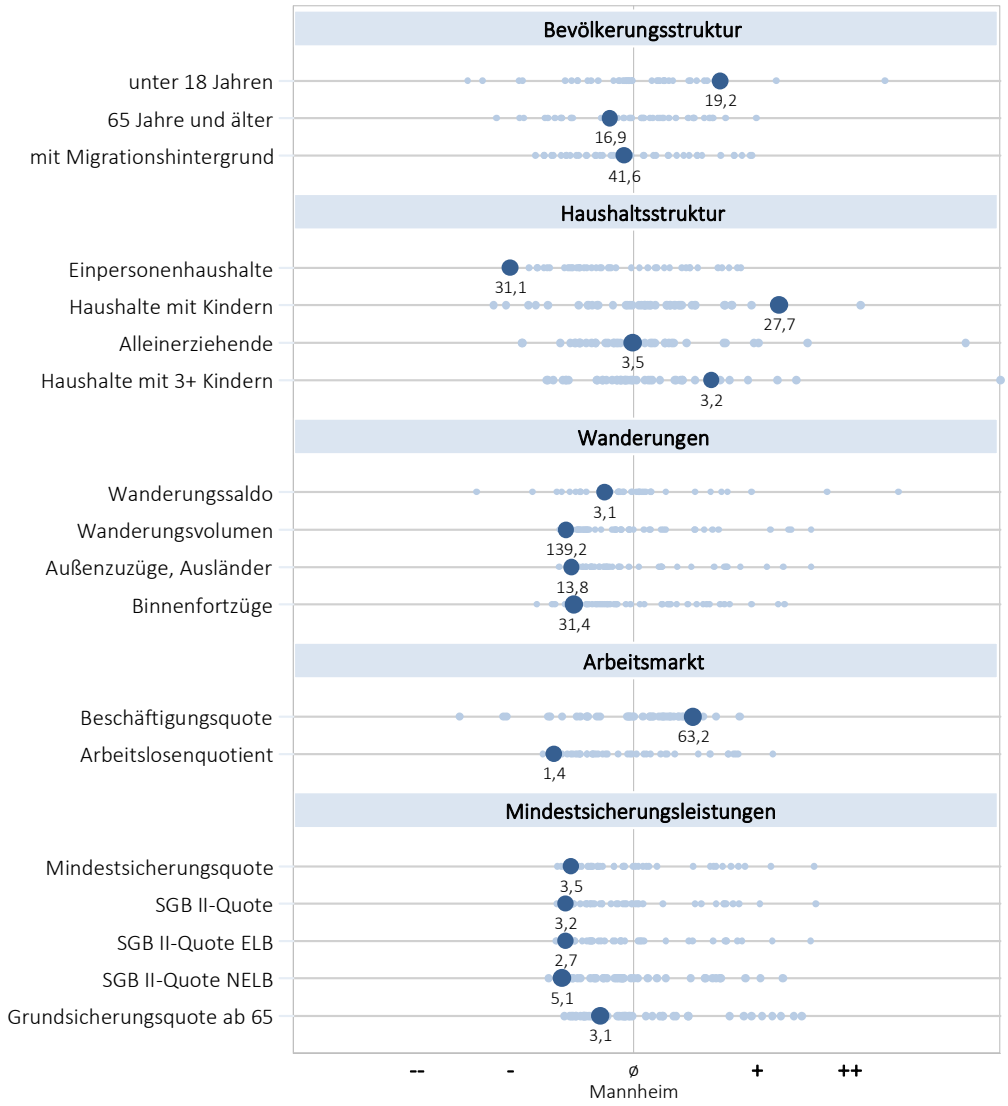
Neuostheim	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	2.812	2.781	2.829	2.830	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	464	448	468	470	16,5	16,1	16,5	16,6
65 Jahre und älter	596	584	596	579	21,2	21,0	21,1	20,5
mit Migrationshintergrund	691	726	747	758	24,6	26,1	26,4	26,8
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.961	1.933	1.952	1.641	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.101	1.084	1.096	844	56,1	56,1	56,1	51,4
Haushalte mit Kindern	285	273	288	292	14,5	14,1	14,8	17,8
Alleinerziehendenhaushalte	46	41	42	45	2,3	2,1	2,2	2,7
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	33	32	33	36	1,7	1,7	1,7	2,2
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-17	-31	44	5	-6,0	-11,1	15,6	1,8
Wanderungsvolumen	633	709	688	655	225,1	254,9	243,2	231,4
Außenzuzüge, Ausländer	66	80	77	58	23,5	28,8	27,2	20,5
Binnenfortzüge	145	158	111	138	51,6	56,8	39,2	48,8
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	995	1.016	1.049	1.099	54,4	55,9	57,1	59,1
Arbeitslose	50	44	33	37	2,7	2,4	1,8	2,0
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	83	98	113	106	3,0	3,5	4,0	3,7
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	64	80	94	91	2,9	3,6	4,2	4,0
ELB	50	60	66	67	2,7	3,3	3,6	3,6
NELB	14	20	28	24	3,6	5,3	7,1	6,1
Grundsicherung ab 65 Jahren	15	15	15	12	2,5	2,6	2,5	2,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Neuhermsheim

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neuhermsheim



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neuhermsheim

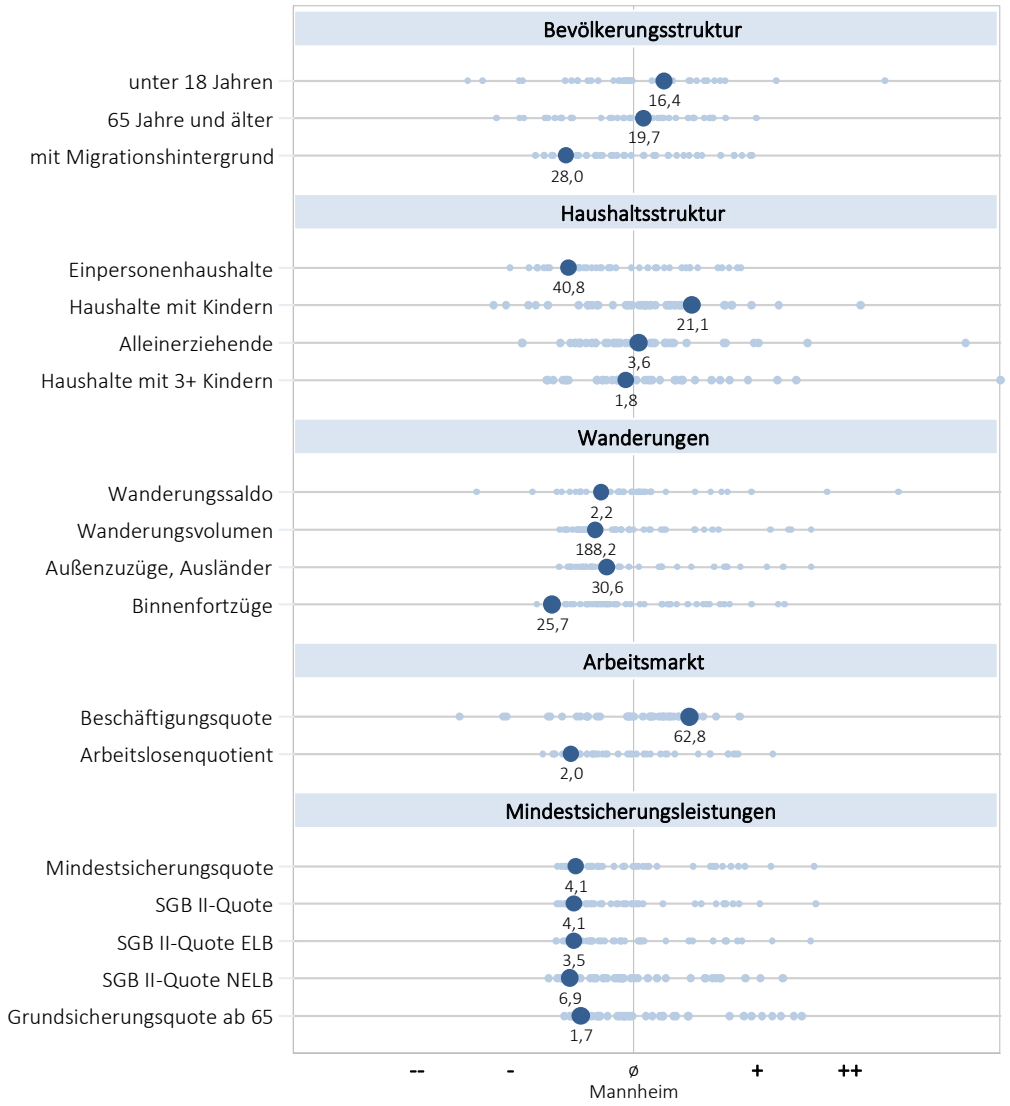
Neuhermsheim	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.614	4.606	4.567	4.556	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	926	939	922	873	20,1	20,4	20,2	19,2
65 Jahre und älter	751	763	756	771	16,3	16,6	16,6	16,9
mit Migrationshintergrund	1.902	1.910	1.907	1.894	41,2	41,5	41,8	41,6
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.898	1.892	1.900	1.908	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	567	569	572	593	29,9	30,1	30,1	31,1
Haushalte mit Kindern	579	576	559	529	30,5	30,4	29,4	27,7
Alleinerziehendenhaushalte	86	90	78	67	4,5	4,8	4,1	3,5
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	56	59	63	62	3,0	3,1	3,3	3,2
Wanderungen								
Wanderungssaldo	23	11	-36	14	5,0	2,4	-7,9	3,1
Wanderungsvolumen	651	661	640	634	141,1	143,5	140,1	139,2
Außenzuzüge, Ausländer	53	48	60	63	11,5	10,4	13,1	13,8
Binnenfortzüge	124	140	140	143	26,9	30,4	30,7	31,4
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.840	1.843	1.854	1.935	59,4	59,8	60,9	63,2
Arbeitslose	51	59	56	44	1,6	1,9	1,8	1,4
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	144	173	178	161	3,1	3,8	3,9	3,5
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	105	130	135	120	2,7	3,4	3,5	3,2
ELB	75	87	85	83	2,4	2,8	2,8	2,7
NELB	30	43	50	37	3,9	5,7	6,5	5,1
Grundsicherung ab 65 Jahren	23	24	23	24	3,1	3,1	3,0	3,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Seckenheim

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Seckenheim



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Seckenheim

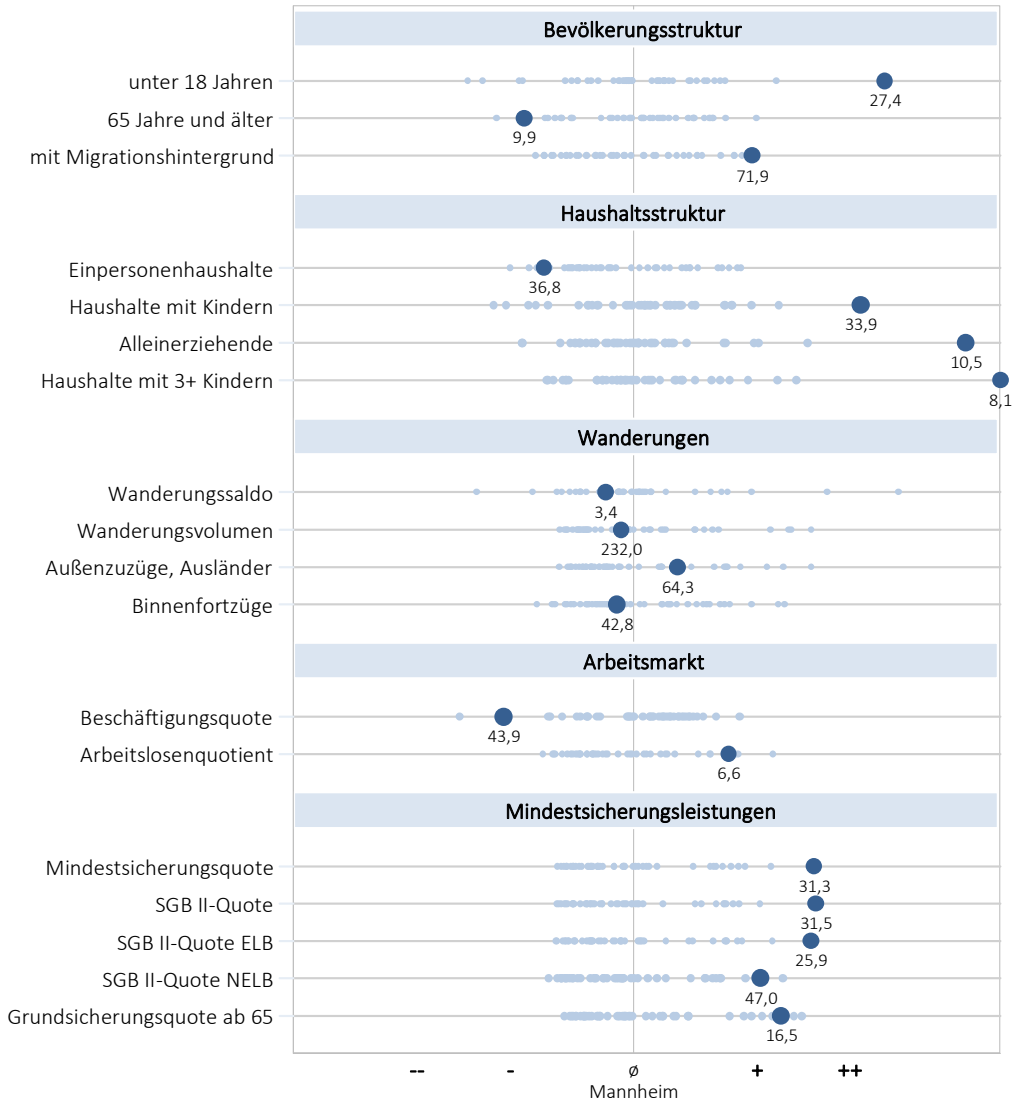
Seckenheim	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	12.562	12.715	12.752	12.765	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	2.110	2.118	2.134	2.090	16,8	16,7	16,7	16,4
65 Jahre und älter	2.404	2.425	2.484	2.511	19,1	19,1	19,5	19,7
mit Migrationshintergrund	3.167	3.333	3.494	3.570	25,2	26,2	27,4	28,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	6.321	6.416	6.481	6.267	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.597	2.664	2.752	2.560	41,1	41,5	42,5	40,8
Haushalte mit Kindern	1.356	1.360	1.347	1.325	21,5	21,2	20,8	21,1
Alleinerziehendenhaushalte	210	209	216	228	3,3	3,3	3,3	3,6
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	123	117	119	114	1,9	1,8	1,8	1,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	12	154	54	28	1,0	12,1	4,2	2,2
Wanderungsvolumen	1.942	2.076	2.318	2.402	154,6	163,3	181,8	188,2
Außenzuzüge, Ausländer	217	238	404	391	17,3	18,7	31,7	30,6
Binnenfortzüge	304	341	353	328	24,2	26,8	27,7	25,7
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.103	5.236	5.251	5.373	60,1	60,8	61,2	62,8
Arbeitslose	190	182	176	167	2,2	2,1	2,1	2,0
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	496	547	580	517	3,9	4,3	4,5	4,1
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	403	443	469	417	4,0	4,3	4,6	4,1
ELB	285	310	334	301	3,4	3,6	3,9	3,5
NELB	118	133	135	116	7,1	7,9	8,0	6,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	39	44	53	42	1,6	1,8	2,1	1,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Hochstätt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Hochstätt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Hochstätt

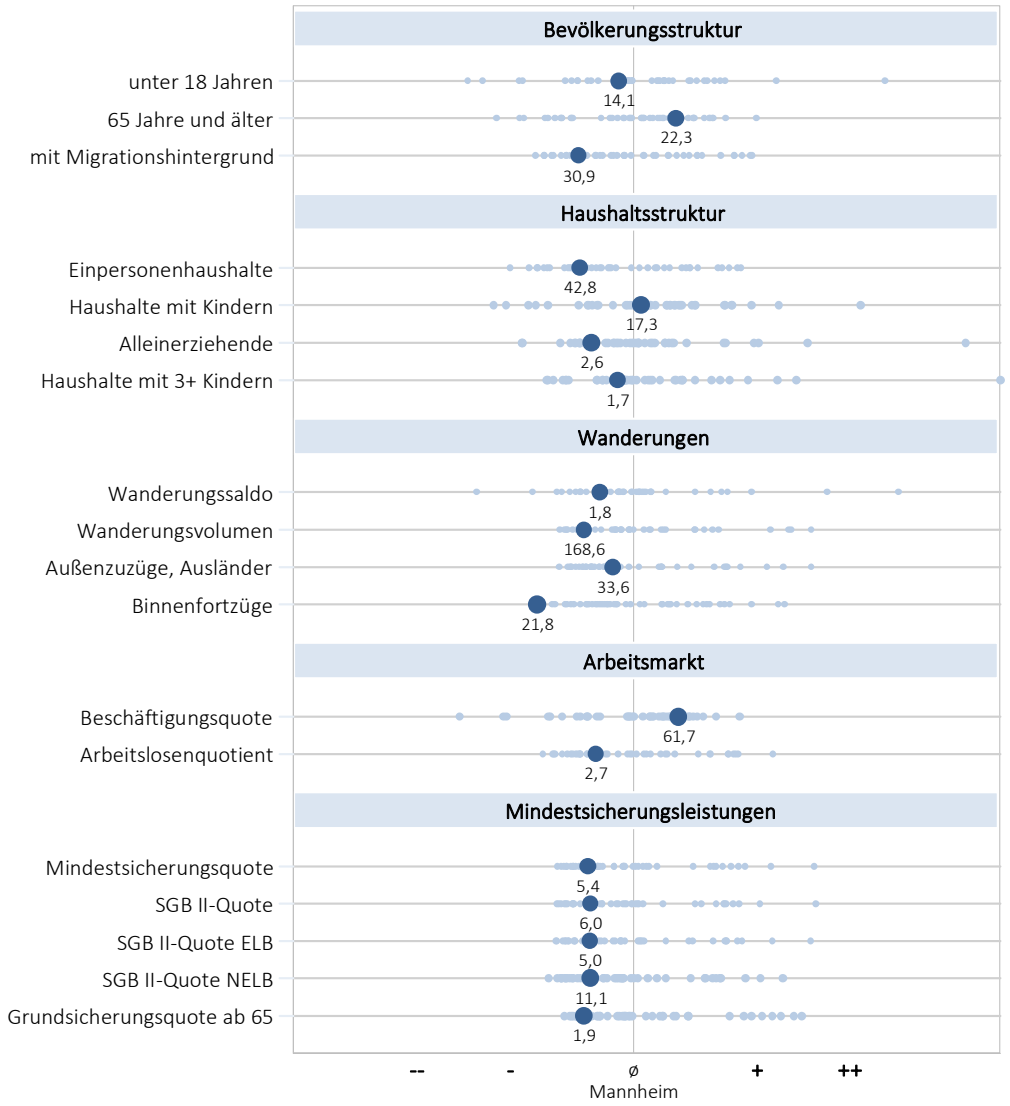
Hochstätt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.116	3.145	3.159	3.202	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	835	867	879	876	26,8	27,6	27,8	27,4
65 Jahre und älter	319	307	305	316	10,2	9,8	9,7	9,9
mit Migrationshintergrund	2.169	2.226	2.277	2.303	69,6	70,8	72,1	71,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.381	1.358	1.351	1.352	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	540	510	510	497	39,1	37,6	37,7	36,8
Haushalte mit Kindern	449	472	454	458	32,5	34,8	33,6	33,9
Alleinerziehendenhaushalte	131	127	124	142	9,5	9,4	9,2	10,5
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	99	97	105	109	7,2	7,1	7,8	8,1
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-12	-4	-29	11	-3,9	-1,3	-9,2	3,4
Wanderungsvolumen	1.148	1.084	755	743	368,4	344,7	239,0	232,0
Außenzuzüge, Ausländer	284	252	153	206	91,1	80,1	48,4	64,3
Binnenfortzüge	180	172	147	137	57,8	54,7	46,5	42,8
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	804	900	917	935	38,2	42,7	43,5	43,9
Arbeitslose	160	147	142	140	7,6	7,0	6,7	6,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	877	928	960	1.001	28,1	29,5	30,4	31,3
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	800	840	874	908	28,6	29,6	30,6	31,5
ELB	497	509	533	552	23,6	24,2	25,3	25,9
NELB	303	331	341	356	43,7	45,2	45,8	47,0
Grundsicherung ab 65 Jahren	37	44	43	52	11,6	14,3	14,1	16,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Friedrichsfeld

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Friedrichsfeld



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Friedrichsfeld

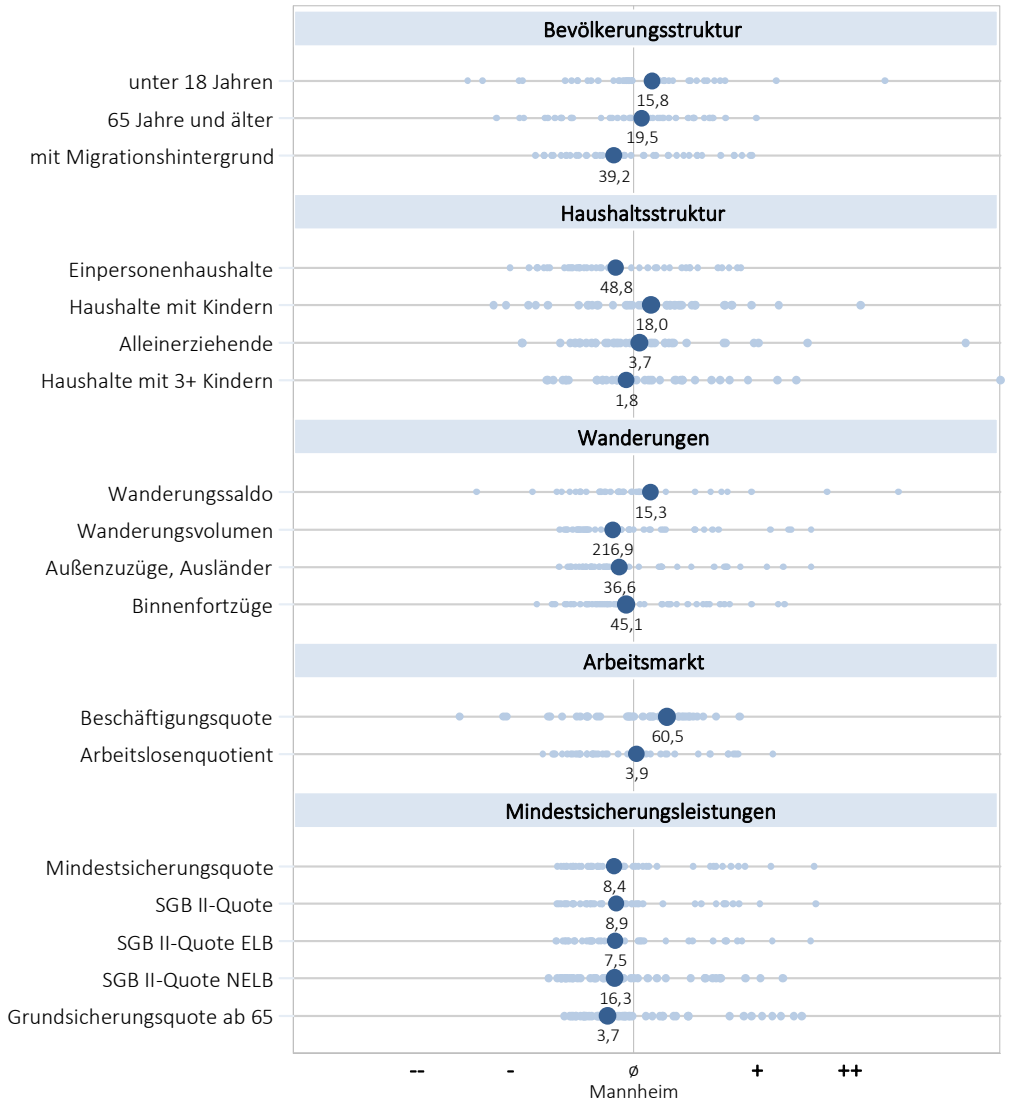
Friedrichsfeld	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	5.401	5.394	5.406	5.422	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	746	755	768	766	13,8	14,0	14,2	14,1
65 Jahre und älter	1.211	1.188	1.205	1.211	22,4	22,0	22,3	22,3
mit Migrationshintergrund	1.550	1.596	1.629	1.675	28,7	29,6	30,1	30,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.852	2.864	2.847	2.799	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.232	1.248	1.205	1.197	43,2	43,6	42,3	42,8
Haushalte mit Kindern	491	497	500	484	17,2	17,4	17,6	17,3
Alleinerziehendenhaushalte	88	97	90	74	3,1	3,4	3,2	2,6
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	41	43	41	47	1,4	1,5	1,4	1,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-75	-11	9	10	-13,9	-2,0	1,7	1,8
Wanderungsvolumen	1.043	1.119	1.089	914	193,1	207,5	201,4	168,6
Außenzuzüge, Ausländer	181	261	189	182	33,5	48,4	35,0	33,6
Binnenfortzüge	186	160	156	118	34,4	29,7	28,9	21,8
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.037	2.031	2.079	2.204	56,8	56,4	58,2	61,7
Arbeitslose	117	99	99	96	3,3	2,7	2,8	2,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	316	322	296	293	5,9	6,0	5,5	5,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	270	272	248	251	6,4	6,5	5,9	6,0
ELB	201	197	184	180	5,6	5,5	5,1	5,0
NELB	69	75	64	71	11,4	12,4	10,2	11,1
Grundsicherung ab 65 Jahren	25	23	24	23	2,1	1,9	2,0	1,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Käfertal

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Käfertal



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Käfertal

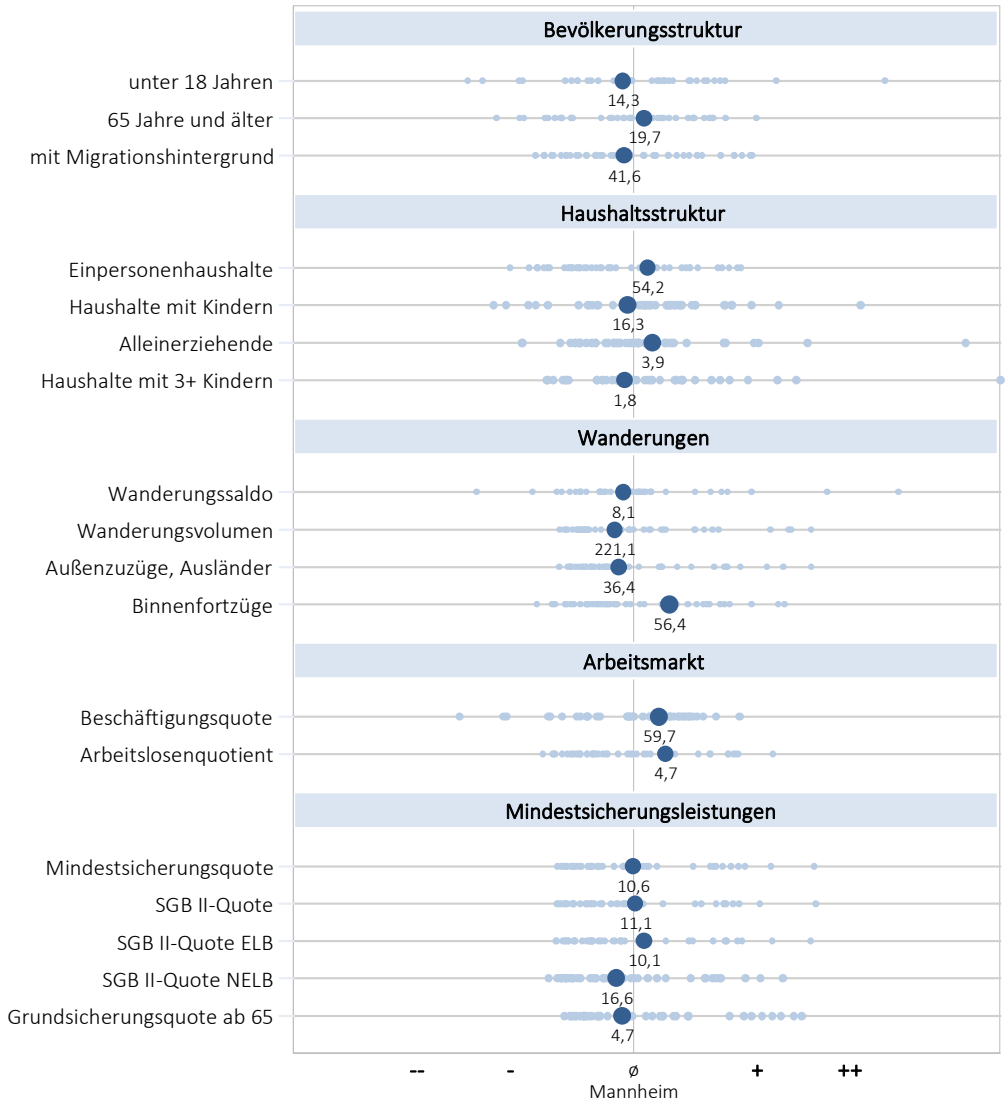
Käfertal	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	9.332	9.320	9.398	9.553	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.475	1.480	1.487	1.508	15,8	15,9	15,8	15,8
65 Jahre und älter	1.811	1.824	1.832	1.863	19,4	19,6	19,5	19,5
mit Migrationshintergrund	3.378	3.459	3.597	3.745	36,2	37,1	38,3	39,2
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.151	5.112	5.154	5.094	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.556	2.496	2.518	2.487	49,6	48,8	48,9	48,8
Haushalte mit Kindern	913	925	912	919	17,7	18,1	17,7	18,0
Alleinerziehendenhaushalte	192	188	175	186	3,7	3,7	3,4	3,7
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	88	85	88	93	1,7	1,7	1,7	1,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	277	115	57	146	29,7	12,3	6,1	15,3
Wanderungsvolumen	2.197	2.303	2.253	2.072	235,4	247,1	239,7	216,9
Außenzuzüge, Ausländer	320	397	364	350	34,3	42,6	38,7	36,6
Binnenfortzüge	493	469	470	431	52,8	50,3	50,0	45,1
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.469	3.652	3.747	3.893	55,0	57,9	58,9	60,5
Arbeitslose	243	255	241	249	3,9	4,0	3,8	3,9
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	841	853	864	806	9,0	9,2	9,2	8,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	742	735	753	684	9,9	9,8	10,0	8,9
ELB	532	524	529	480	8,4	8,3	8,3	7,5
NELB	210	211	224	204	17,3	17,7	18,6	16,3
Grundsicherung ab 65 Jahren	62	71	63	68	3,4	3,9	3,4	3,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Käfertal-Süd

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Käfertal-Süd



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Käfertal-Süd

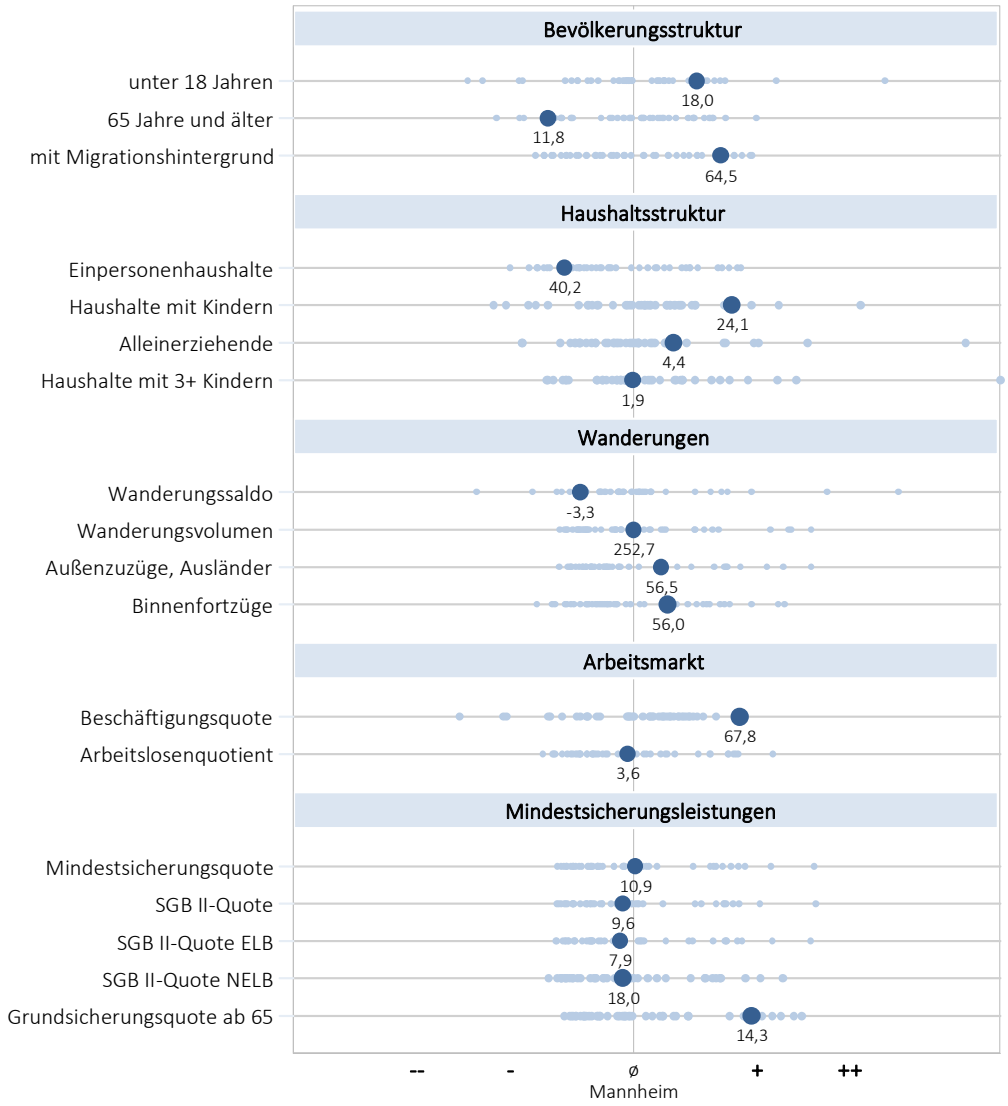
Käfertal-Süd	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.965	5.012	5.007	5.034	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	710	713	745	721	14,3	14,2	14,9	14,3
65 Jahre und älter	1.019	1.028	996	991	20,5	20,5	19,9	19,7
mit Migrationshintergrund	1.909	1.960	1.995	2.094	38,4	39,1	39,8	41,6
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.876	2.932	2.899	2.825	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.580	1.639	1.606	1.530	54,9	55,9	55,4	54,2
Haushalte mit Kindern	464	459	470	460	16,1	15,7	16,2	16,3
Alleinerziehendenhaushalte	125	132	124	111	4,3	4,5	4,3	3,9
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	43	46	51	51	1,5	1,6	1,8	1,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	21	96	11	41	4,2	19,2	2,2	8,1
Wanderungsvolumen	1.237	1.298	1.299	1.113	249,1	259,0	259,4	221,1
Außenzuzüge, Ausländer	143	206	159	183	28,8	41,1	31,8	36,4
Binnenfortzüge	298	304	303	284	60,0	60,7	60,5	56,4
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.919	1.978	1.985	2.057	57,0	58,2	58,5	59,7
Arbeitslose	161	149	162	163	4,8	4,4	4,8	4,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	537	540	535	534	10,8	10,8	10,7	10,6
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	454	446	443	448	11,5	11,2	11,0	11,1
ELB	343	345	345	349	10,2	10,2	10,2	10,1
NELB	111	101	98	99	19,1	17,3	15,9	16,6
Grundsicherung ab 65 Jahren	42	47	50	47	4,1	4,6	5,0	4,7

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Käfertal-Südost

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Käfertal-Südost



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Käfertal-Südost

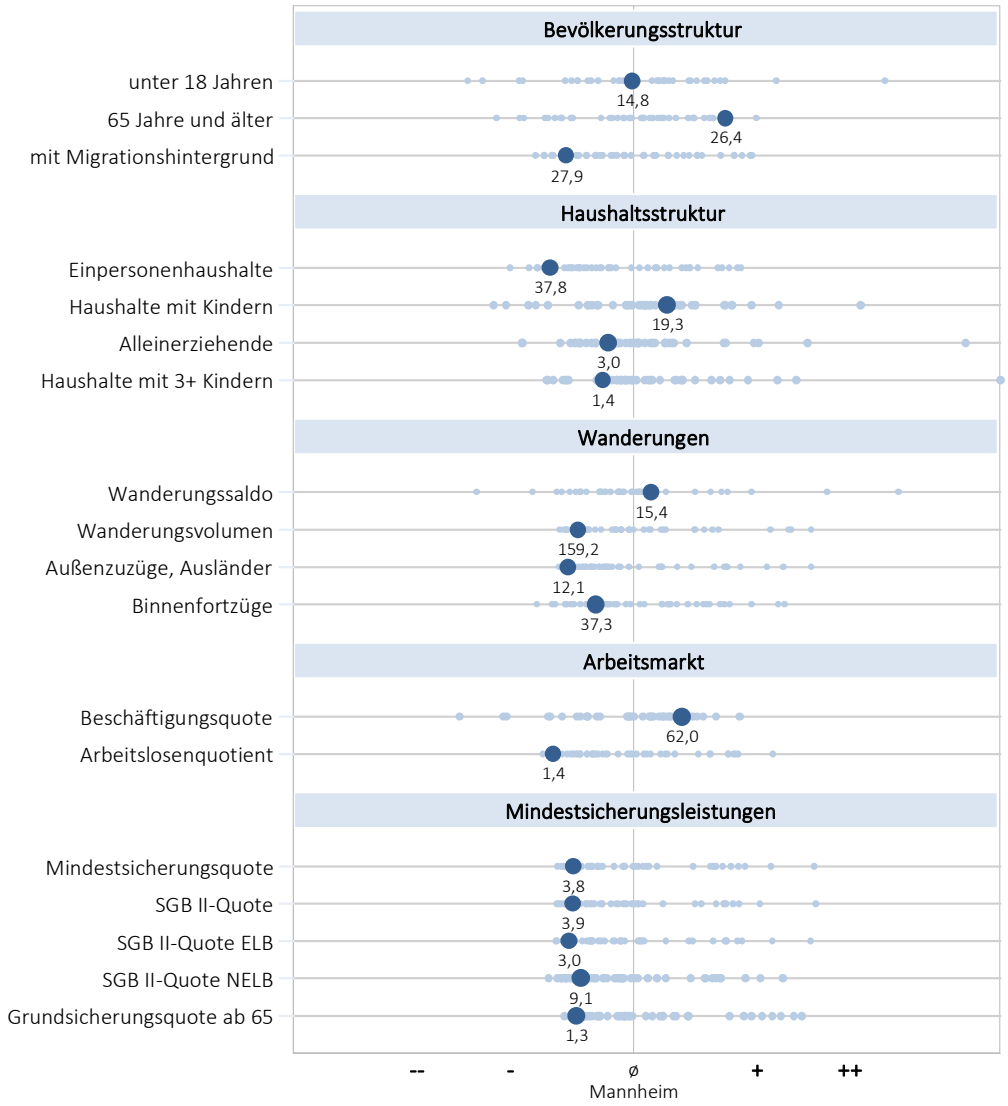
Käfertal-Südost	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.155	4.321	4.490	4.515	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	786	771	800	813	18,9	17,8	17,8	18,0
65 Jahre und älter	476	508	520	533	11,5	11,8	11,6	11,8
mit Migrationshintergrund	2.633	2.714	2.870	2.910	63,4	62,8	63,9	64,5
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.949	2.067	2.165	2.174	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	723	793	847	875	37,1	38,4	39,1	40,2
Haushalte mit Kindern	505	499	521	525	25,9	24,1	24,1	24,1
Alleinerziehendenhaushalte	97	90	95	95	5,0	4,4	4,4	4,4
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	42	40	36	42	2,2	1,9	1,7	1,9
Wanderungen								
Wanderungssaldo	76	132	135	-15	18,3	30,5	30,1	-3,3
Wanderungsvolumen	1.036	1.102	1.125	1.141	249,3	255,0	250,6	252,7
Außenzuzüge, Ausländer	163	215	277	255	39,2	49,8	61,7	56,5
Binnenfortzüge	263	199	190	253	63,3	46,1	42,3	56,0
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.850	1.998	2.105	2.237	61,2	63,1	63,9	67,8
Arbeitslose	146	112	96	119	4,8	3,5	2,9	3,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	462	441	464	491	11,1	10,2	10,3	10,9
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	368	342	361	384	10,0	9,0	9,1	9,6
ELB	260	233	239	261	8,6	7,4	7,3	7,9
NELB	108	109	122	123	16,4	16,8	18,1	18,0
Grundsicherung ab 65 Jahren	65	69	74	76	13,7	13,6	14,2	14,3

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sonnenschein

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Sonnenschein



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Sonnenschein

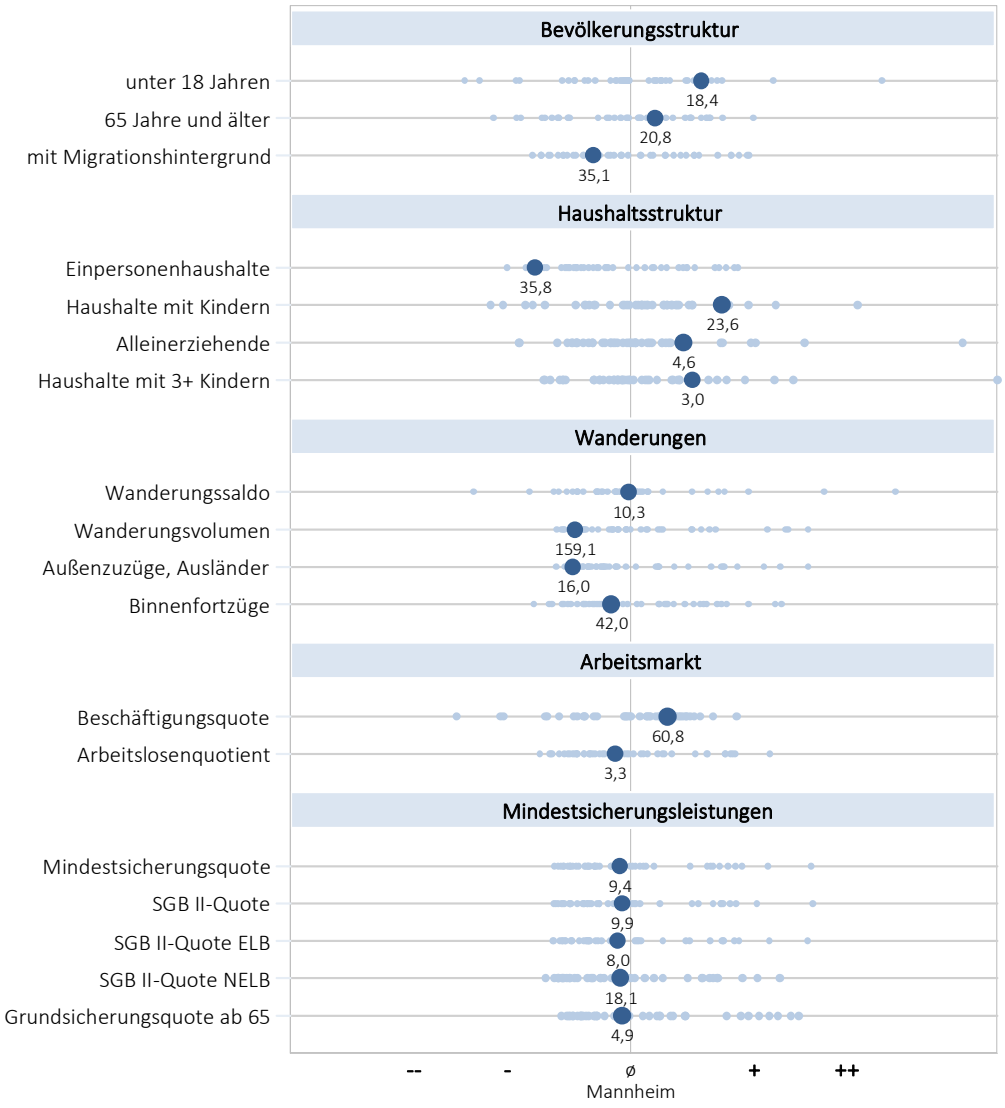
Sonnenschein	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	3.255	3.317	3.365	3.380	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	493	500	508	500	15,1	15,1	15,1	14,8
65 Jahre und älter	890	893	896	892	27,3	26,9	26,6	26,4
mit Migrationshintergrund	817	862	907	944	25,1	26,0	27,0	27,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.587	1.601	1.623	1.599	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	630	615	611	604	39,7	38,4	37,6	37,8
Haushalte mit Kindern	295	302	311	308	18,6	18,9	19,2	19,3
Alleinerziehendenhaushalte	43	52	46	48	2,7	3,2	2,8	3,0
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	27	26	23	23	1,7	1,6	1,4	1,4
Wanderungen								
Wanderungssaldo	79	95	76	52	24,3	28,6	22,6	15,4
Wanderungsvolumen	455	499	522	538	139,8	150,4	155,1	159,2
Außenzuzüge, Ausländer	47	62	36	41	14,4	18,7	10,7	12,1
Binnenfortzüge	105	120	118	126	32,3	36,2	35,1	37,3
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.180	1.203	1.282	1.311	58,9	58,4	61,2	62,0
Arbeitslose	40	32	22	30	2,0	1,6	1,0	1,4
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	117	134	112	127	3,6	4,0	3,3	3,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	85	98	81	98	3,6	4,0	3,3	3,9
ELB	58	65	54	64	2,9	3,2	2,6	3,0
NELB	27	33	27	34	7,4	9,1	7,2	9,1
Grundsicherung ab 65 Jahren	14	14	14	12	1,6	1,6	1,6	1,3

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Speckweggebiet östlich der Hessischen Straße

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Speckweggebiet östlich der Hessischen Straße



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Speckweggebiet östlich der Hessischen Straße

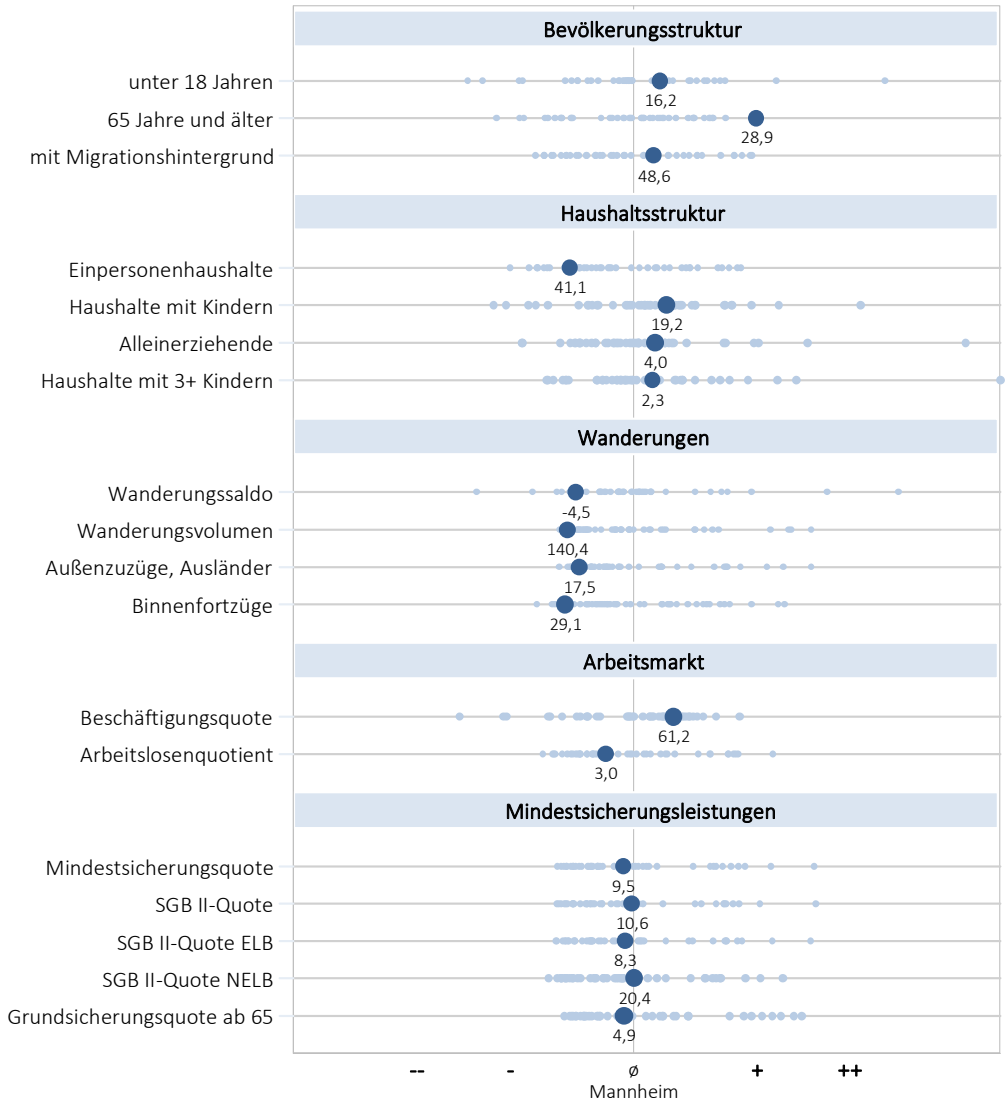
Speckweggebiet östl.d.Hess.Str.	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	2.645	2.596	2.595	2.621	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	477	457	474	482	18,0	17,6	18,3	18,4
65 Jahre und älter	546	536	536	546	20,6	20,6	20,7	20,8
mit Migrationshintergrund	853	867	885	919	32,2	33,4	34,1	35,1
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	1.264	1.251	1.241	1.207	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	471	461	458	432	37,3	36,9	36,9	35,8
Haushalte mit Kindern	289	278	283	285	22,9	22,2	22,8	23,6
Alleinerziehendenhaushalte	55	57	48	56	4,4	4,6	3,9	4,6
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	36	33	36	36	2,8	2,6	2,9	3,0
Wanderungen								
Wanderungssaldo	47	-42	-3	27	17,8	-16,2	-1,2	10,3
Wanderungsvolumen	397	388	397	417	150,1	149,5	153,0	159,1
Außenzuzüge, Ausländer	35	30	28	42	13,2	11,6	10,8	16,0
Binnenfortzüge	103	104	105	110	38,9	40,1	40,5	42,0
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	987	1.003	1.005	1.023	57,9	59,5	60,0	60,8
Arbeitslose	71	59	49	56	4,2	3,5	2,9	3,3
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	266	256	240	247	10,1	9,9	9,2	9,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	222	214	199	205	10,6	10,4	9,7	9,9
ELB	139	130	119	134	8,1	7,7	7,1	8,0
NELB	83	84	80	71	21,1	22,5	20,9	18,1
Grundsicherung ab 65 Jahren	28	28	27	27	5,1	5,2	5,0	4,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Vogelstang

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Vogelstang



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Vogelstang

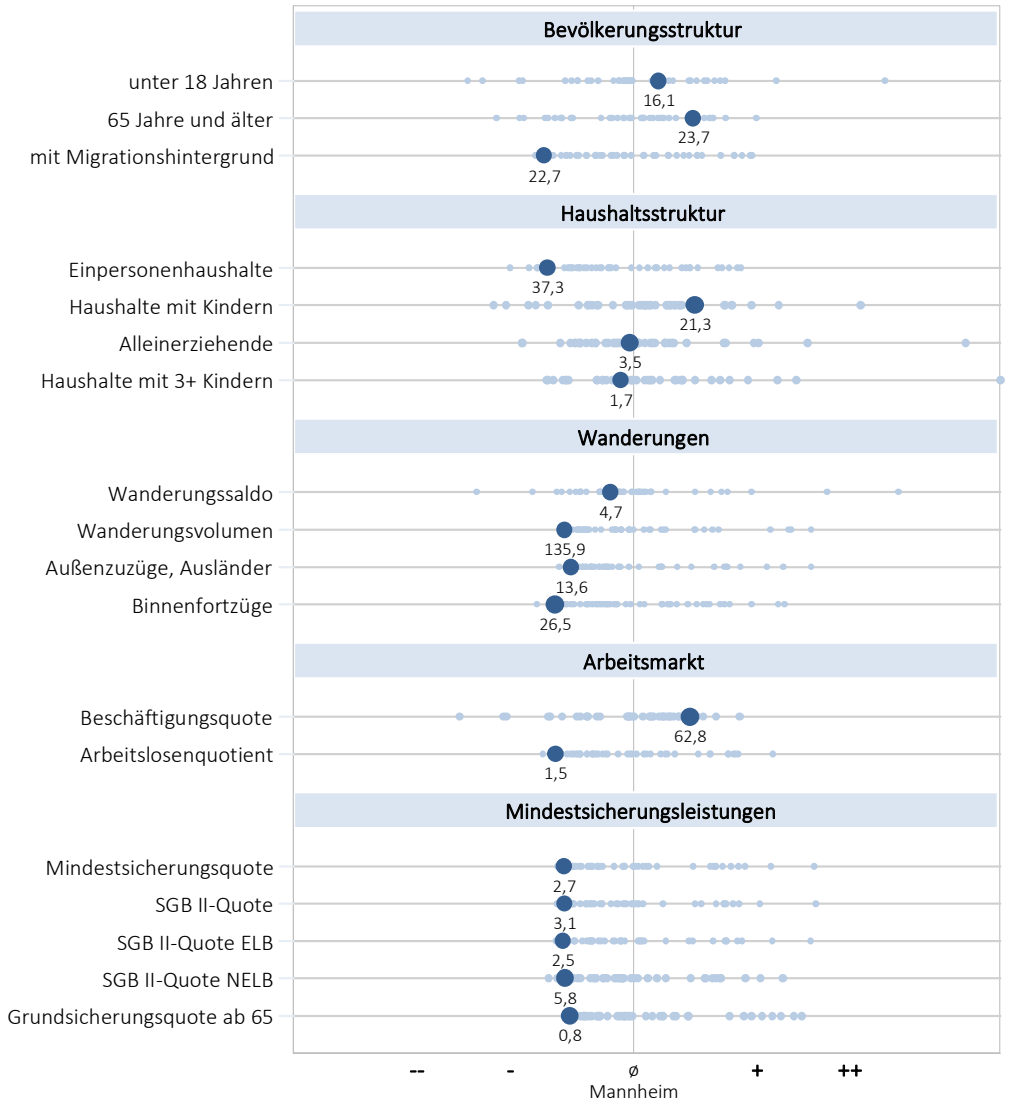
Vogelstang	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	12.834	12.728	12.688	12.530	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	2.013	1.982	2.028	2.027	15,7	15,6	16,0	16,2
65 Jahre und älter	3.770	3.742	3.689	3.625	29,4	29,4	29,1	28,9
mit Migrationshintergrund	5.983	6.010	6.104	6.091	46,6	47,2	48,1	48,6
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	6.373	6.486	6.450	6.205	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.553	2.678	2.693	2.550	40,1	41,3	41,8	41,1
Haushalte mit Kindern	1.224	1.199	1.214	1.191	19,2	18,5	18,8	19,2
Alleinerziehendenhaushalte	250	237	252	247	3,9	3,7	3,9	4,0
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	126	125	132	141	2,0	1,9	2,0	2,3
Wanderungen								
Wanderungssaldo	-65	-44	51	-57	-5,1	-3,5	4,0	-4,5
Wanderungsvolumen	2.035	1.992	1.683	1.759	158,6	156,5	132,6	140,4
Außenzuzüge, Ausländer	289	298	253	219	22,5	23,4	19,9	17,5
Binnenfortzüge	322	432	341	365	25,1	33,9	26,9	29,1
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4.273	4.344	4.403	4.414	57,6	59,0	60,1	61,2
Arbeitslose	249	234	213	214	3,4	3,2	2,9	3,0
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.207	1.269	1.218	1.191	9,4	10,0	9,6	9,5
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	974	1.027	987	946	10,7	11,4	11,0	10,6
ELB	642	667	646	602	8,6	9,1	8,8	8,3
NELB	332	360	341	344	20,2	22,1	20,4	20,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	162	169	162	176	4,3	4,5	4,4	4,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Wallstadt

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Wallstadt



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Wallstadt

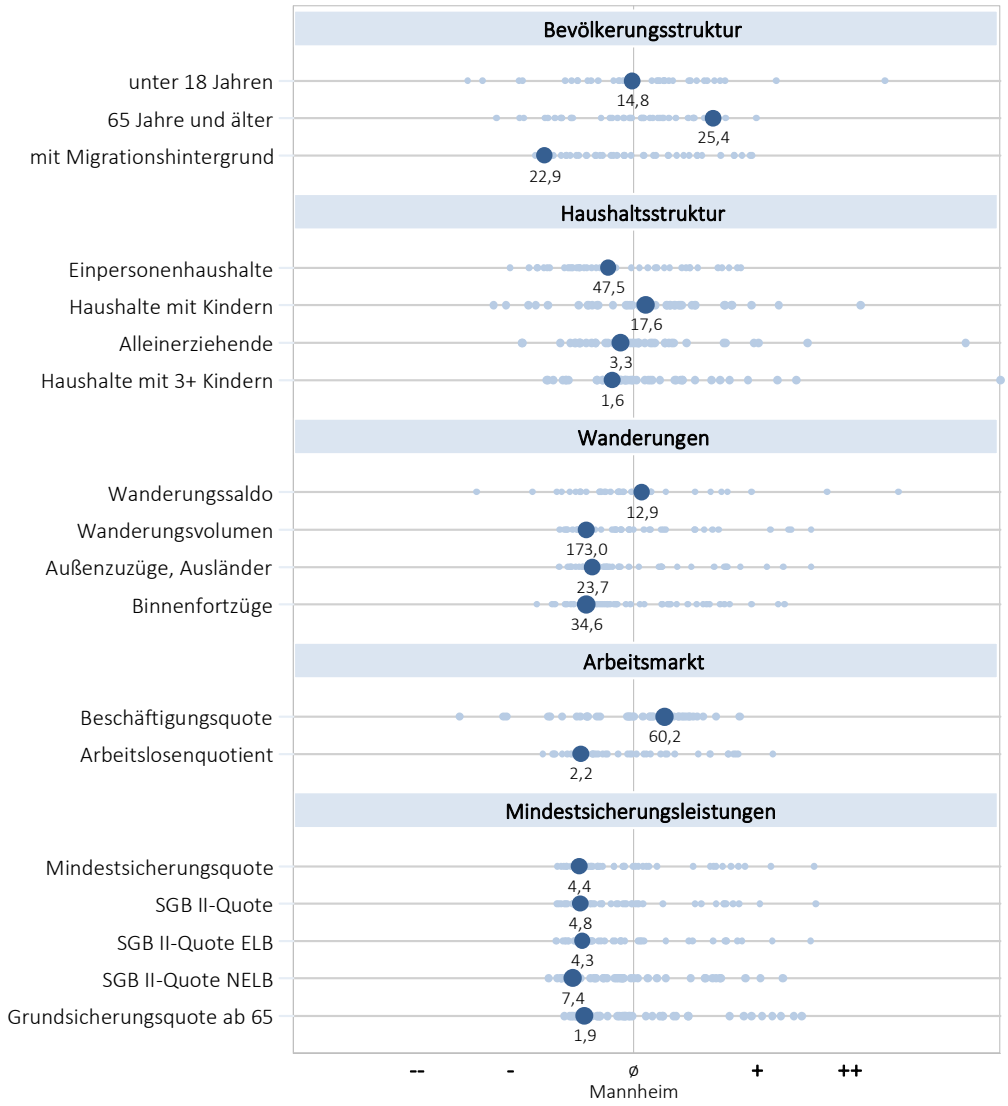
Wallstadt	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	7.911	7.939	7.914	7.956	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.258	1.261	1.247	1.282	15,9	15,9	15,8	16,1
65 Jahre und älter	1.819	1.827	1.859	1.888	23,0	23,0	23,5	23,7
mit Migrationshintergrund	1.652	1.680	1.721	1.805	20,9	21,2	21,7	22,7
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	3.875	3.921	3.944	3.847	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.453	1.488	1.524	1.436	37,5	37,9	38,6	37,3
Haushalte mit Kindern	795	807	804	820	20,5	20,6	20,4	21,3
Alleinerziehendenhaushalte	119	137	136	133	3,1	3,5	3,4	3,5
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	60	65	66	67	1,5	1,7	1,7	1,7
Wanderungen								
Wanderungssaldo	46	62	-31	37	5,8	7,8	-3,9	4,7
Wanderungsvolumen	996	1.126	1.085	1.081	125,9	141,8	137,1	135,9
Außenzuzüge, Ausländer	63	88	93	108	8,0	11,1	11,8	13,6
Binnenfortzüge	219	196	202	211	27,7	24,7	25,5	26,5
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.044	3.090	3.105	3.148	60,2	61,1	61,8	62,8
Arbeitslose	81	104	85	75	1,6	2,1	1,7	1,5
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	189	195	184	215	2,4	2,5	2,3	2,7
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	155	162	149	186	2,5	2,7	2,5	3,1
ELB	112	108	100	125	2,2	2,1	2,0	2,5
NELB	43	54	49	61	4,2	5,1	4,8	5,8
Grundsicherung ab 65 Jahren	20	17	16	16	1,1	0,9	0,9	0,8

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Feudenheim-Nord

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Feudenheim-Nord



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Feudenheim-Nord

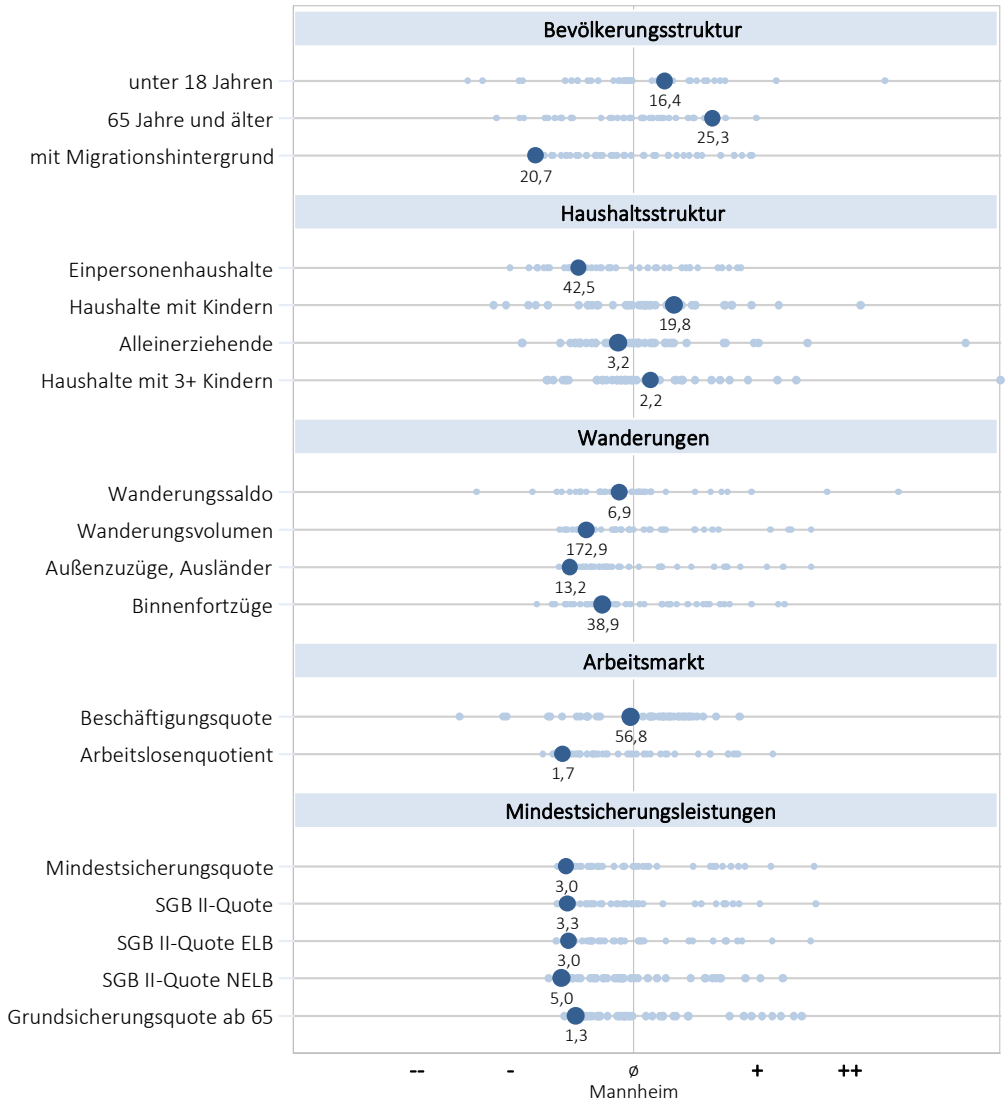
Feudenheim-Nord	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	9.474	9.412	9.427	9.509	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.381	1.382	1.382	1.406	14,6	14,7	14,7	14,8
65 Jahre und älter	2.489	2.448	2.419	2.414	26,3	26,0	25,7	25,4
mit Migrationshintergrund	1.952	1.946	2.039	2.177	20,6	20,7	21,6	22,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.387	5.358	5.331	5.095	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.634	2.632	2.594	2.420	48,9	49,1	48,7	47,5
Haushalte mit Kindern	905	891	890	897	16,8	16,6	16,7	17,6
Alleinerziehendenhaushalte	190	186	171	166	3,5	3,5	3,2	3,3
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	77	72	76	81	1,4	1,3	1,4	1,6
Wanderungen								
Wanderungssaldo	35	8	66	123	3,7	0,8	7,0	12,9
Wanderungsvolumen	1.571	1.542	1.592	1.645	165,8	163,8	168,9	173,0
Außenzuzüge, Ausländer	132	149	162	225	13,9	15,8	17,2	23,7
Binnenfortzüge	344	374	367	329	36,3	39,7	38,9	34,6
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.340	3.421	3.457	3.583	56,9	58,5	58,7	60,2
Arbeitslose	144	131	123	133	2,5	2,2	2,1	2,2
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	416	395	415	420	4,4	4,2	4,4	4,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	330	312	345	342	4,7	4,5	4,9	4,8
ELB	250	240	270	257	4,3	4,1	4,6	4,3
NELB	80	72	75	85	7,2	6,5	6,7	7,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	48	53	40	47	1,9	2,2	1,7	1,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Feudenheim-Süd

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Feudenheim-Süd



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Feudenheim-Süd

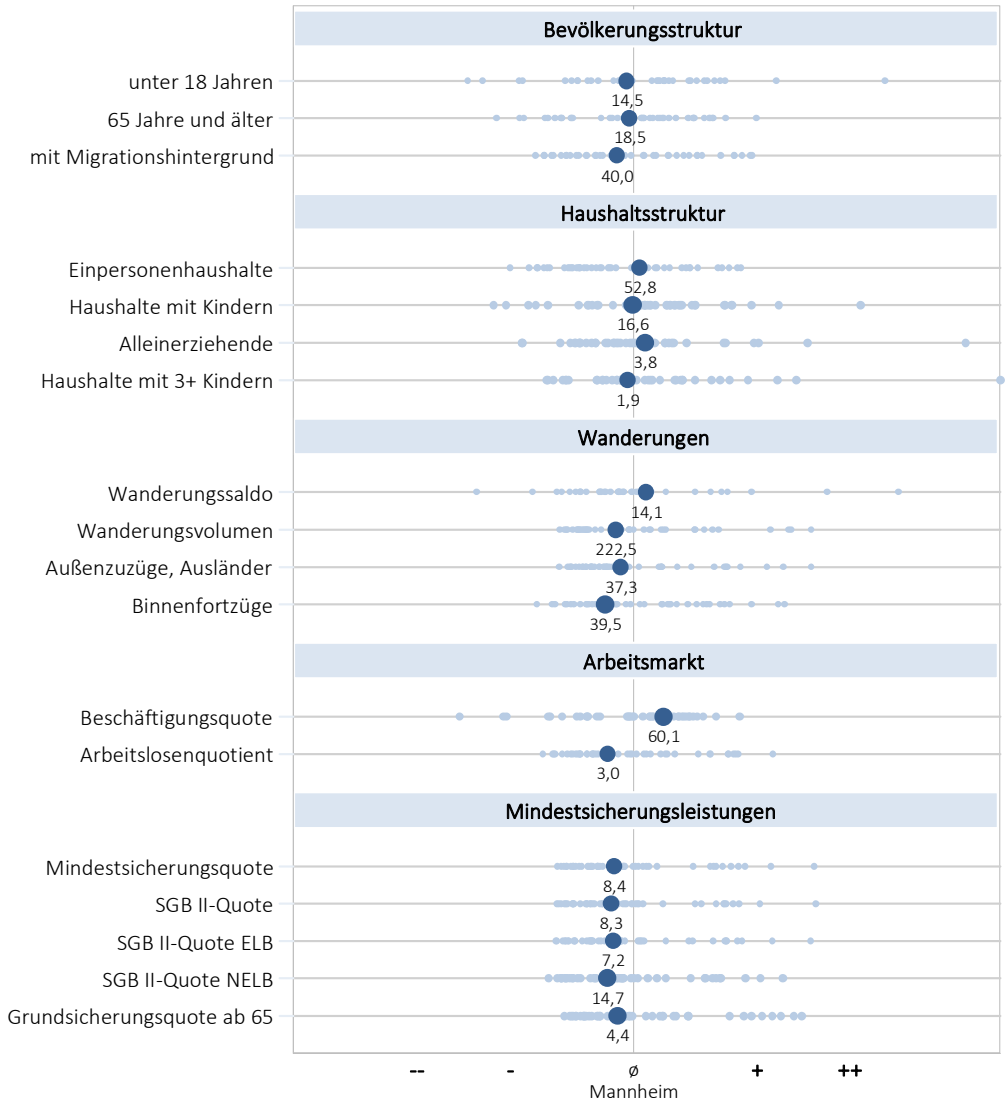
Feudenheim-Süd	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	4.569	4.563	4.577	4.605	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	764	765	762	755	16,7	16,8	16,6	16,4
65 Jahre und älter	1.109	1.131	1.156	1.167	24,3	24,8	25,3	25,3
mit Migrationshintergrund	861	899	931	953	18,8	19,7	20,3	20,7
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.484	2.474	2.494	2.373	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.107	1.074	1.097	1.009	44,6	43,4	44,0	42,5
Haushalte mit Kindern	479	483	479	469	19,3	19,5	19,2	19,8
Alleinerziehendenhaushalte	84	88	79	76	3,4	3,6	3,2	3,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	46	50	50	53	1,9	2,0	2,0	2,2
Wanderungen								
Wanderungssaldo	7	12	19	32	1,5	2,6	4,2	6,9
Wanderungsvolumen	677	682	757	796	148,2	149,5	165,4	172,9
Außenzuzüge, Ausländer	42	43	50	61	9,2	9,4	10,9	13,2
Binnenfortzüge	179	170	178	179	39,2	37,3	38,9	38,9
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.486	1.522	1.565	1.601	52,7	54,3	55,9	56,8
Arbeitslose	56	53	54	48	2,0	1,9	1,9	1,7
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	112	121	131	136	2,5	2,7	2,9	3,0
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	94	102	111	115	2,7	3,0	3,2	3,3
ELB	69	71	82	84	2,4	2,5	2,9	3,0
NELB	25	31	29	31	3,9	4,9	4,7	5,0
Grundsicherung ab 65 Jahren	11	12	14	15	1,0	1,1	1,2	1,3

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Neckarau

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarau



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Neckarau

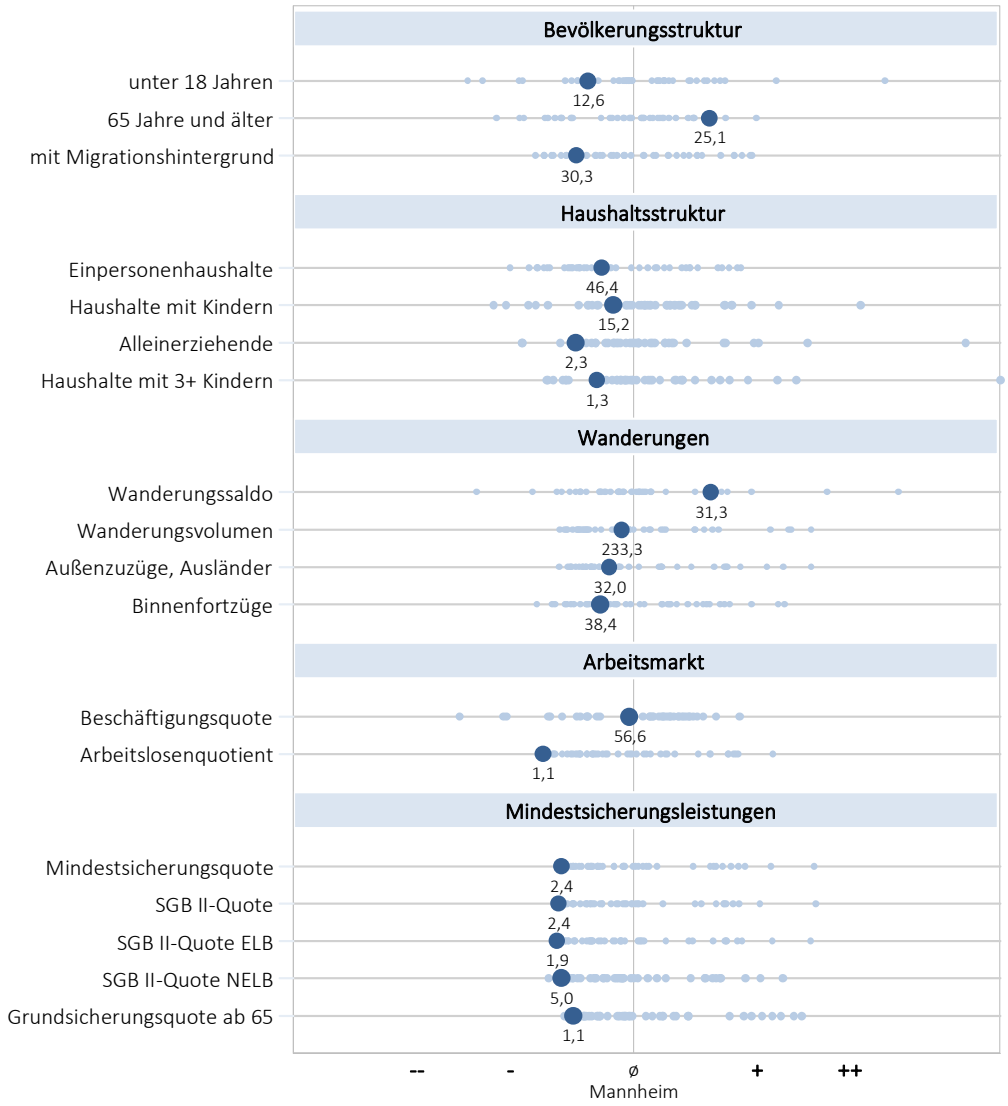
Neckarau	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	15.539	15.653	15.636	15.832	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	2.306	2.337	2.262	2.301	14,8	14,9	14,5	14,5
65 Jahre und älter	2.873	2.883	2.901	2.927	18,5	18,4	18,6	18,5
mit Migrationshintergrund	5.795	5.972	6.088	6.327	37,3	38,2	38,9	40,0
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	8.728	8.796	8.884	8.689	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	4.619	4.673	4.769	4.585	52,9	53,1	53,7	52,8
Haushalte mit Kindern	1.460	1.469	1.444	1.444	16,7	16,7	16,3	16,6
Alleinerziehendenhaushalte	326	342	331	328	3,7	3,9	3,7	3,8
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	149	146	146	161	1,7	1,7	1,6	1,9
Wanderungen								
Wanderungssaldo	231	113	16	223	14,9	7,2	1,0	14,1
Wanderungsvolumen	3.655	3.833	3.732	3.523	235,2	244,9	238,7	222,5
Außenzuzüge, Ausländer	533	673	610	590	34,3	43,0	39,0	37,3
Binnenfortzüge	692	793	741	626	44,5	50,7	47,4	39,5
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.980	6.190	6.378	6.629	55,4	56,8	58,6	60,1
Arbeitslose	340	370	351	333	3,2	3,4	3,2	3,0
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.271	1.372	1.364	1.335	8,2	8,8	8,7	8,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	1.050	1.138	1.119	1.075	8,3	8,9	8,8	8,3
ELB	764	825	833	799	7,1	7,6	7,7	7,2
NELB	286	313	286	276	15,3	16,7	15,4	14,7
Grundsicherung ab 65 Jahren	113	111	111	128	3,9	3,9	3,8	4,4

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Niederfeld

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Niederfeld



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Niederfeld

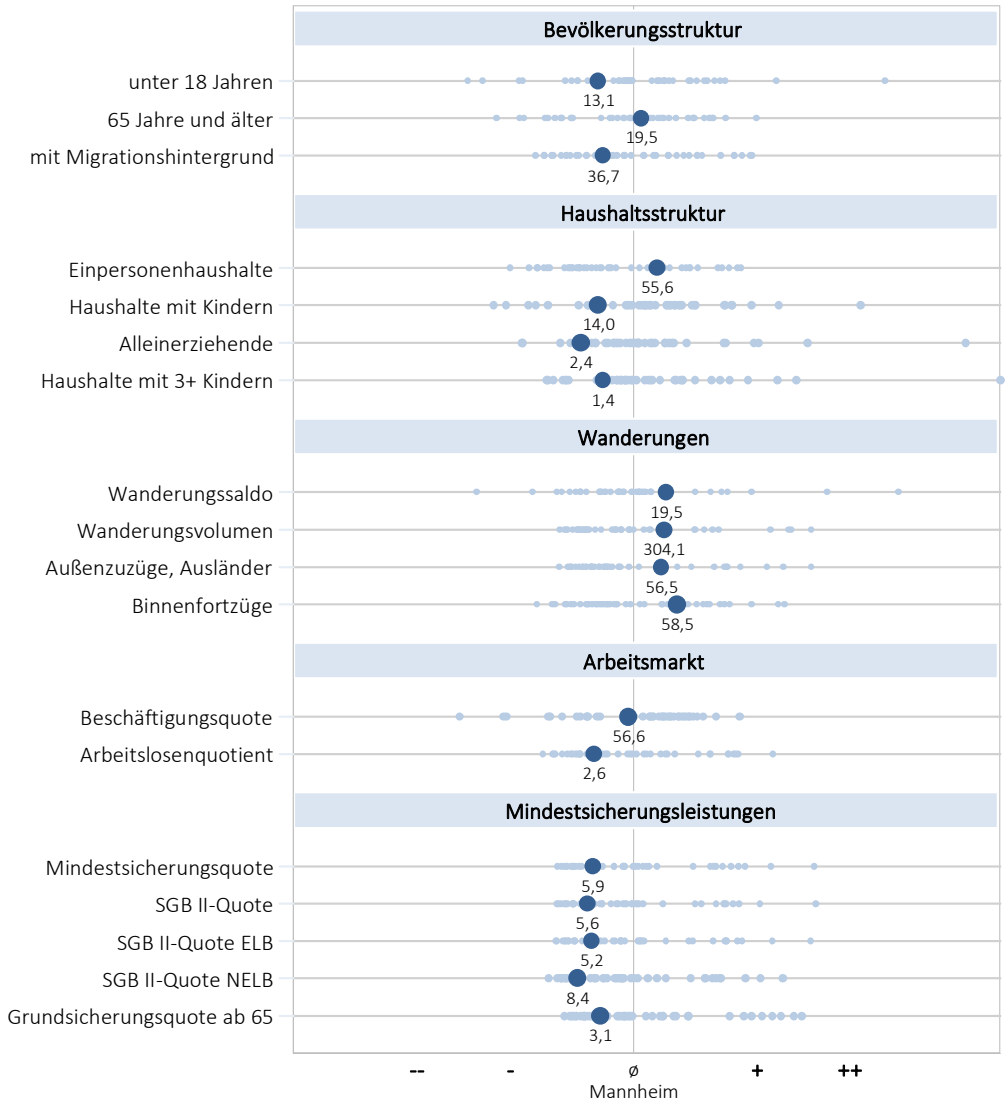
Niederfeld	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	7.278	7.440	7.419	7.634	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	879	915	928	961	12,1	12,3	12,5	12,6
65 Jahre und älter	1.854	1.892	1.891	1.914	25,5	25,4	25,5	25,1
mit Migrationshintergrund	2.024	2.177	2.214	2.315	27,8	29,3	29,8	30,3
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	4.053	4.159	4.188	4.098	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.913	1.995	2.008	1.902	47,2	48,0	47,9	46,4
Haushalte mit Kindern	593	605	615	621	14,6	14,5	14,7	15,2
Alleinerziehendenhaushalte	79	84	86	95	1,9	2,0	2,1	2,3
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	48	54	50	55	1,2	1,3	1,2	1,3
Wanderungen								
Wanderungssaldo	194	172	37	239	26,7	23,1	5,0	31,3
Wanderungsvolumen	1.988	1.944	1.707	1.781	273,2	261,3	230,1	233,3
Außenzuzüge, Ausländer	391	379	271	244	53,7	50,9	36,5	32,0
Binnenfortzüge	348	296	283	293	47,8	39,8	38,1	38,4
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.523	2.619	2.664	2.786	53,5	54,5	56,0	56,6
Arbeitslose	79	69	63	55	1,7	1,4	1,3	1,1
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	159	157	157	182	2,2	2,1	2,1	2,4
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	123	122	114	135	2,3	2,2	2,1	2,4
ELB	89	86	81	95	1,9	1,8	1,7	1,9
NELB	34	36	33	40	4,8	4,8	4,3	5,0
Grundsicherung ab 65 Jahren	18	19	22	21	1,0	1,0	1,2	1,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Almenhof

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Almenhof



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Almenhof

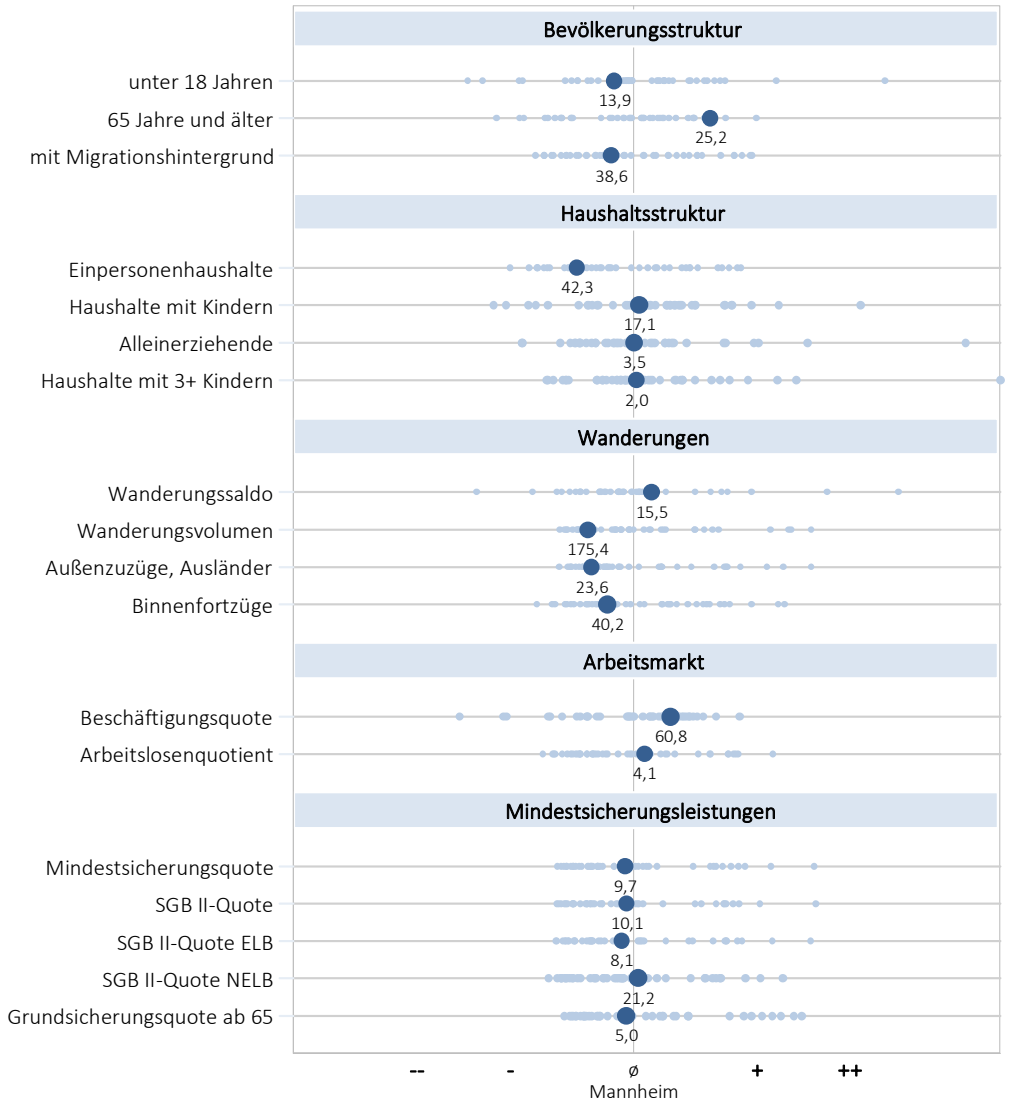
Almenhof	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	6.830	6.863	6.867	6.992	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	918	897	907	915	13,4	13,1	13,2	13,1
65 Jahre und älter	1.376	1.379	1.365	1.363	20,1	20,1	19,9	19,5
mit Migrationshintergrund	2.324	2.345	2.438	2.566	34,0	34,2	35,5	36,7
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	4.155	4.194	4.230	4.084	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.319	2.361	2.416	2.271	55,8	56,3	57,1	55,6
Haushalte mit Kindern	583	571	571	572	14,0	13,6	13,5	14,0
Alleinerziehendenhaushalte	125	118	111	99	3,0	2,8	2,6	2,4
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	54	53	54	59	1,3	1,3	1,3	1,4
Wanderungen								
Wanderungssaldo	50	74	35	136	7,3	10,8	5,1	19,5
Wanderungsvolumen	1.882	1.968	1.925	2.126	275,5	286,8	280,3	304,1
Außenzuzüge, Ausländer	273	264	302	395	40,0	38,5	44,0	56,5
Binnenfortzüge	382	416	375	409	55,9	60,6	54,6	58,5
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.458	2.617	2.637	2.747	52,2	55,3	55,7	56,6
Arbeitslose	147	124	121	127	3,1	2,6	2,6	2,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	419	413	433	416	6,1	6,0	6,3	5,9
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	347	333	345	317	6,4	6,1	6,3	5,6
ELB	270	259	266	252	5,7	5,5	5,6	5,2
NELB	77	74	79	65	10,3	9,9	10,3	8,4
Grundsicherung ab 65 Jahren	36	35	37	42	2,6	2,5	2,7	3,1

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Casterfeld

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Casterfeld



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Casterfeld

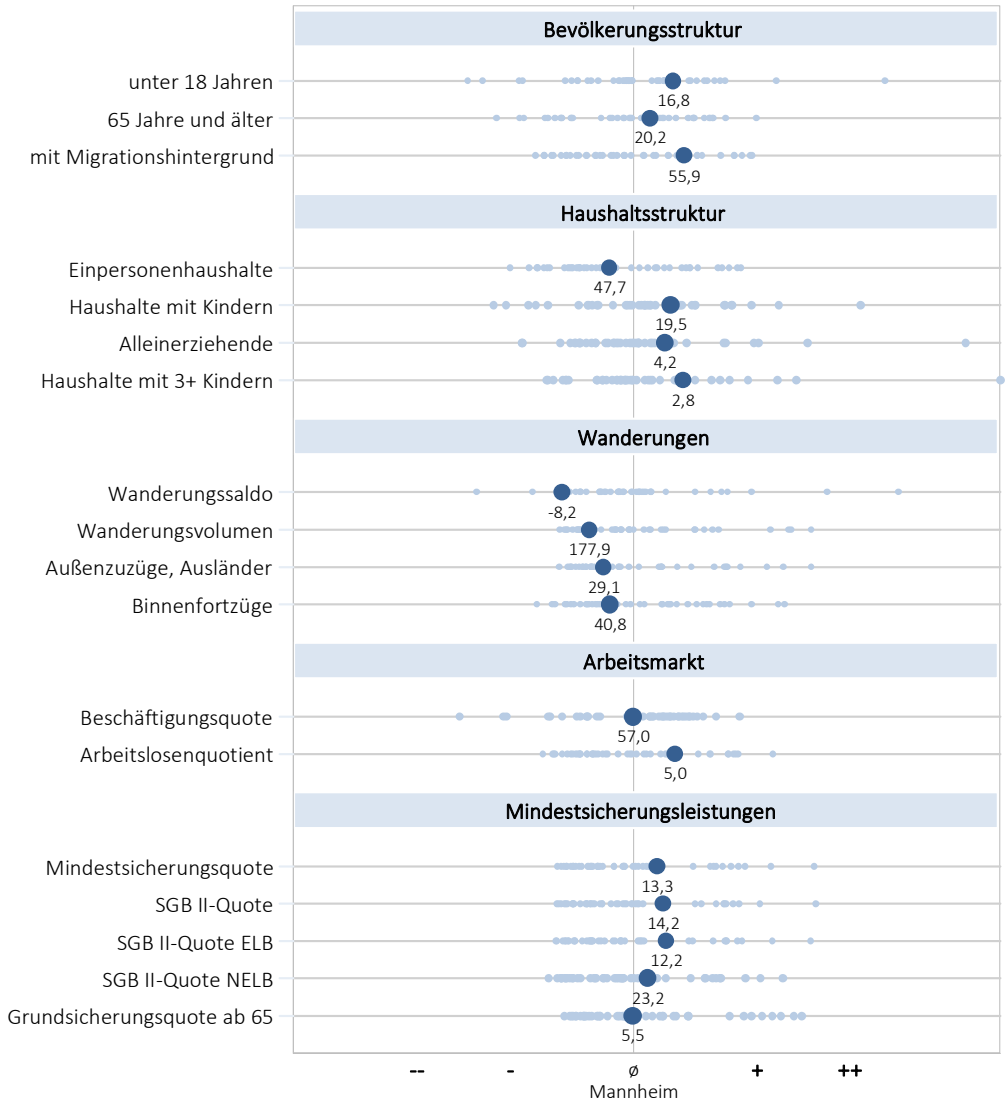
Casterfeld	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	5.886	5.952	5.887	5.940	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	749	793	814	825	12,7	13,3	13,8	13,9
65 Jahre und älter	1.484	1.480	1.478	1.494	25,2	24,9	25,1	25,2
mit Migrationshintergrund	2.095	2.207	2.200	2.291	35,6	37,1	37,4	38,6
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	2.985	3.032	2.992	2.905	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.278	1.315	1.291	1.228	42,8	43,4	43,1	42,3
Haushalte mit Kindern	482	500	493	497	16,1	16,5	16,5	17,1
Alleinerziehendenhaushalte	100	100	106	103	3,4	3,3	3,5	3,5
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	43	50	58	58	1,4	1,6	1,9	2,0
Wanderungen								
Wanderungssaldo	106	107	-21	92	18,0	18,0	-3,6	15,5
Wanderungsvolumen	1.076	1.139	1.149	1.042	182,8	191,4	195,2	175,4
Außenzuzüge, Ausländer	155	165	172	140	26,3	27,7	29,2	23,6
Binnenfortzüge	232	246	261	239	39,4	41,3	44,3	40,2
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.176	2.273	2.257	2.286	57,3	59,4	60,6	60,8
Arbeitslose	129	127	138	154	3,4	3,3	3,7	4,1
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	519	558	556	574	8,8	9,4	9,4	9,7
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	389	422	437	449	8,8	9,4	9,9	10,1
ELB	275	292	293	303	7,2	7,6	7,9	8,1
NELB	114	130	144	146	18,8	20,1	21,1	21,2
Grundsicherung ab 65 Jahren	63	68	68	75	4,2	4,6	4,6	5,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Rheinau-Mitte/Ost

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Rheinau-Mitte/Ost



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Rheinau-Mitte/Ost

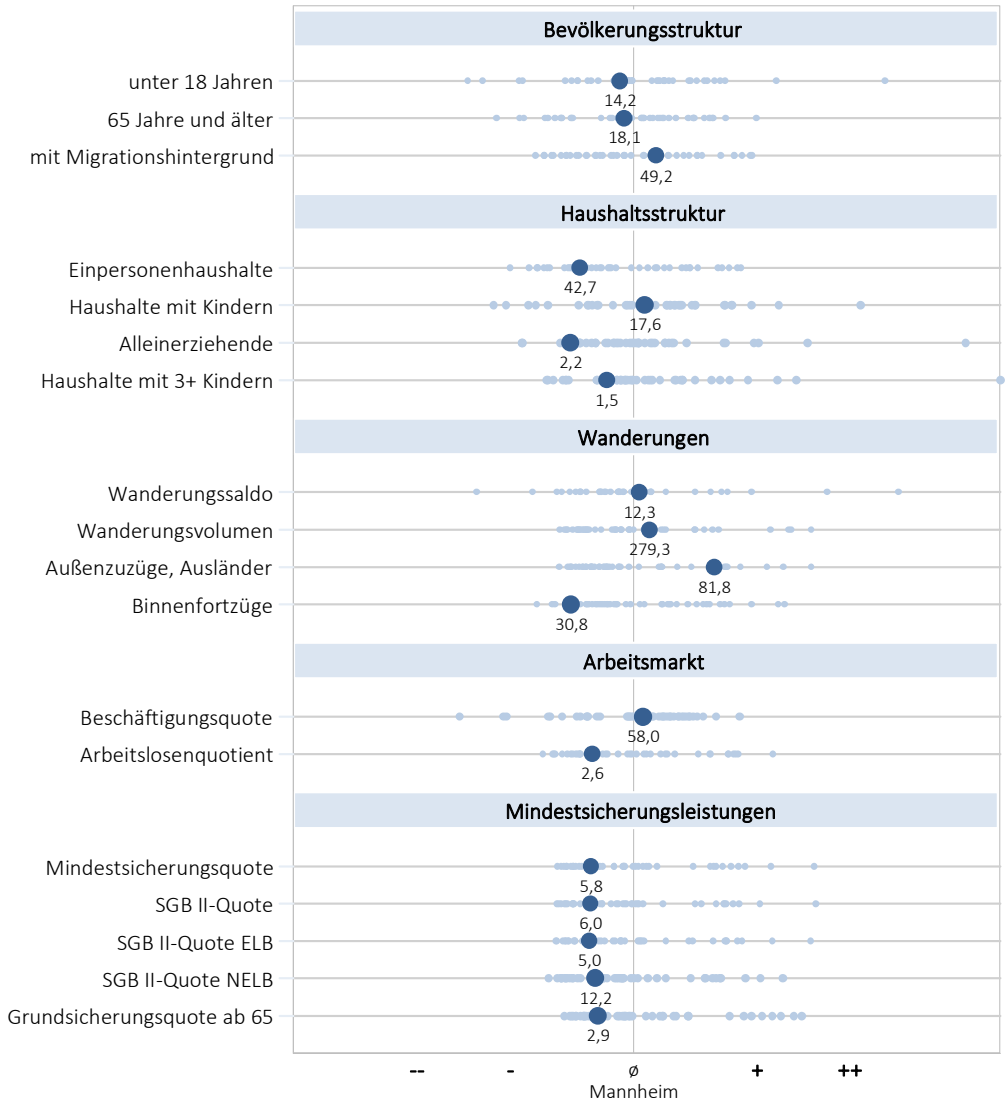
Rheinau-Mitte/Ost	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	10.472	10.635	10.676	10.583	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	1.746	1.784	1.823	1.780	16,7	16,8	17,1	16,8
65 Jahre und älter	2.059	2.075	2.094	2.134	19,7	19,5	19,6	20,2
mit Migrationshintergrund	5.617	5.816	5.899	5.912	53,6	54,7	55,3	55,9
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	5.526	5.632	5.577	5.412	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	2.663	2.727	2.660	2.581	48,2	48,4	47,7	47,7
Haushalte mit Kindern	1.039	1.064	1.080	1.055	18,8	18,9	19,4	19,5
Alleinerziehendenhaushalte	226	231	230	227	4,1	4,1	4,1	4,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	153	150	155	150	2,8	2,7	2,8	2,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	125	188	43	-87	11,9	17,7	4,0	-8,2
Wanderungsvolumen	2.273	2.384	2.179	1.883	217,1	224,2	204,1	177,9
Außenzuzüge, Ausländer	450	438	388	308	43,0	41,2	36,3	29,1
Binnenfortzüge	436	443	433	432	41,6	41,7	40,6	40,8
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.664	3.815	3.874	3.974	52,7	53,9	55,0	57,0
Arbeitslose	412	420	380	348	5,9	5,9	5,4	5,0
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	1.515	1.560	1.445	1.412	14,5	14,7	13,5	13,3
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	1.325	1.352	1.241	1.196	15,7	15,8	14,5	14,2
ELB	932	958	880	852	13,4	13,5	12,5	12,2
NELB	393	394	361	344	27,0	26,5	23,5	23,2
Grundsicherung ab 65 Jahren	100	100	100	117	4,9	4,8	4,8	5,5

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Rheinau-Süd

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Rheinau-Süd



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Rheinau-Süd

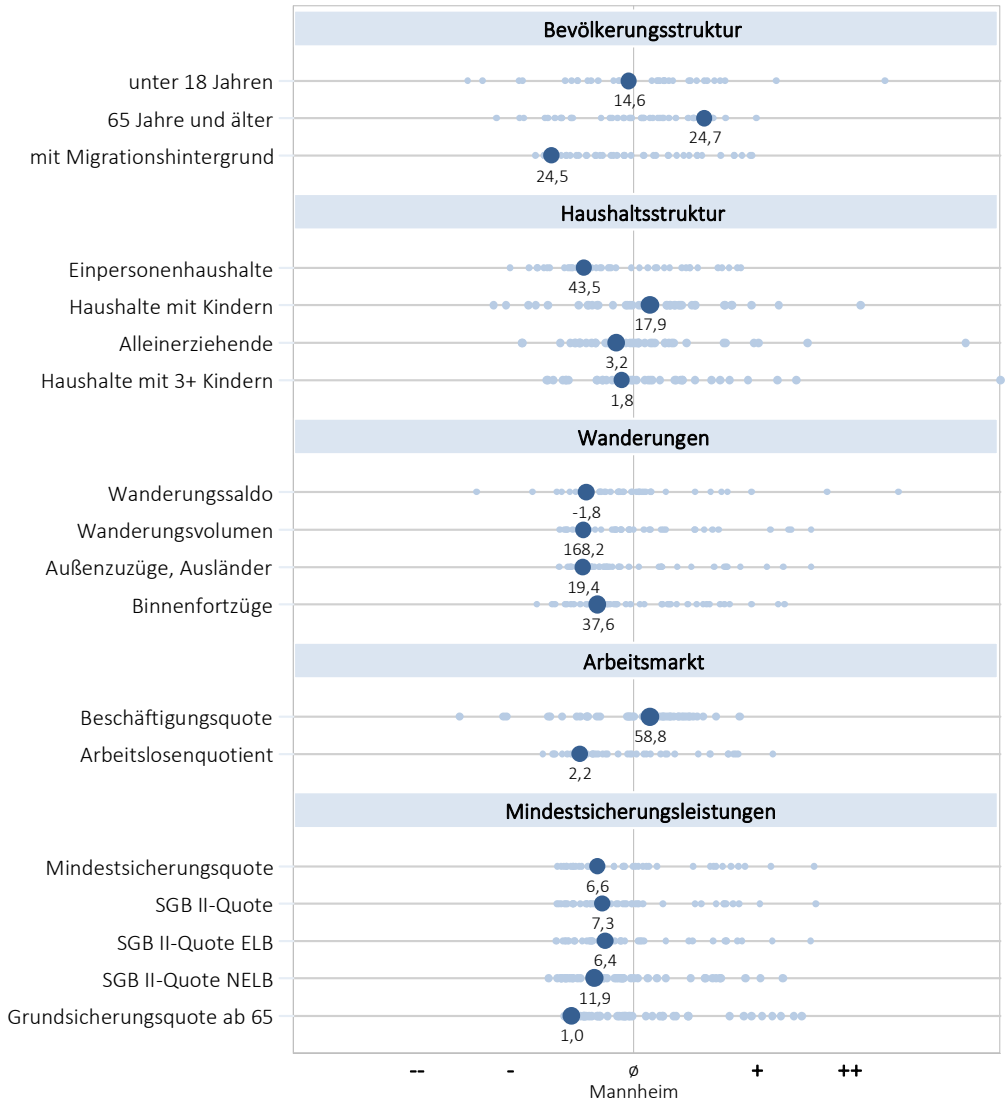
Rheinau-Süd	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	6.560	6.735	6.658	6.764	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	911	918	951	959	13,9	13,6	14,3	14,2
65 Jahre und älter	1.115	1.139	1.171	1.222	17,0	16,9	17,6	18,1
mit Migrationshintergrund	3.169	3.347	3.230	3.327	48,3	49,7	48,5	49,2
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	3.205	3.307	3.394	3.396	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	1.307	1.390	1.425	1.450	40,8	42,0	42,0	42,7
Haushalte mit Kindern	593	591	606	596	18,5	17,9	17,9	17,6
Alleinerziehendenhaushalte	68	70	83	75	2,1	2,1	2,4	2,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	52	49	55	51	1,6	1,5	1,6	1,5
Wanderungen								
Wanderungssaldo	103	163	-79	83	15,7	24,2	-11,9	12,3
Wanderungsvolumen	2.005	2.049	2.229	1.889	305,6	304,2	334,8	279,3
Außenzuzüge, Ausländer	612	646	594	553	93,3	95,9	89,2	81,8
Binnenfortzüge	237	244	231	208	36,1	36,2	34,7	30,8
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.520	2.605	2.697	2.760	53,1	53,3	57,1	58,0
Arbeitslose	143	142	128	122	3,0	2,9	2,7	2,6
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	430	427	422	393	6,6	6,3	6,3	5,8
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	366	362	363	332	6,7	6,5	6,6	6,0
ELB	269	269	269	236	5,7	5,5	5,7	5,0
NELB	97	93	94	96	13,8	13,1	12,3	12,2
Grundsicherung ab 65 Jahren	36	42	35	36	3,2	3,7	3,0	2,9

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Pfingstberg

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Pfingstberg



Stand: Dezember 2017

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Sozialstrukturindikatoren für den Planungsraum Pfingstberg

Pfingstberg	Anzahl				Indikator			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bevölkerungsstruktur								
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	1.667	1.660	1.659	1.647	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
unter 18 Jahren	258	247	237	241	15,5	14,9	14,3	14,6
65 Jahre und älter	408	411	411	406	24,5	24,8	24,8	24,7
mit Migrationshintergrund	377	386	395	403	22,6	23,3	23,8	24,5
Haushaltsstruktur								
Privathaushalte insgesamt	888	902	906	853	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:								
Einpersonenhaushalte	374	401	402	371	42,1	44,5	44,4	43,5
Haushalte mit Kindern	154	149	146	153	17,3	16,5	16,1	17,9
Alleinerziehendenhaushalte	32	28	25	27	3,6	3,1	2,8	3,2
Haushalte mit 3 oder mehr Kindern	14	14	15	15	1,6	1,6	1,7	1,8
Wanderungen								
Wanderungssaldo	43	-7	7	-3	25,8	-4,2	4,2	-1,8
Wanderungsvolumen	267	271	335	277	160,2	163,3	201,9	168,2
Außenzuzüge, Ausländer	41	23	39	32	24,6	13,9	23,5	19,4
Binnenfortzüge	39	70	83	62	23,4	42,2	50,0	37,6
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	578	580	605	611	54,4	55,2	57,2	58,8
Arbeitslose	31	35	31	23	2,9	3,3	2,9	2,2
Mindestsicherungsleistungen								
Mindestsicherungsleistungen	108	104	98	108	6,5	6,3	5,9	6,6
darunter:								
SGB II-Leistungsberechtigte	95	86	79	91	7,5	6,9	6,3	7,3
ELB	68	60	59	67	6,4	5,7	5,6	6,4
NELB	27	26	20	24	13,8	13,1	10,5	11,9
Grundsicherung ab 65 Jahren	2	6	6	4	0,5	1,5	1,5	1,0

Quelle: Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung. Berechnungen nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Fachbereichs Arbeit und Soziales und der Kommunalen Statistikstelle.

ELB = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
NELB = Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Literaturverzeichnis

Achatz, Juliane; Hirseland, Andreas; Lietzmann, Torsten; Zabel, Cordula (2013): Alleinerziehende Mütter im Bereich des SGB II. Eine Synopse empirischer Befunde aus der IAB-Forschung. IAB-Forschungsbericht Nr. 8/2013.

Altrock, Uwe; Kunze, Ronald (Hrsg.) (2017): Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung 2016. Wiesbaden.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014): Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017): Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politikszenarien. Gütersloh.

Beste, Jonas; Bruckmeier, Kerstin; Klingert, Isabell; Kupka, Peter; Lietzmann, Torsten; Moczall, Andreas; Osiander, Christopher; vom Berge, Philipp; Wolff, Joachim (2017): Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit. IAB-Stellungnahme 2/2017.

Bosančić, Saša (2016): Ungleichheit bekämpfen! Wo der deutsche Wohlfahrtsstaat jetzt investieren muss.

Brachat-Schwarz, Werner (2012): Vom Babyboom zur älter werdenden Gesellschaft. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2012, S. 13-18.

Brachat-Schwarz, Werner (2017): Setzt sich der Trend zu kleineren Privathaushalten fort? Ergebnisse einer neuen Haushaltsvorausberechnung für Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5 + 6/2017, S. 20-24.

Bruckmeier, Kerstin; Eggs, Johannes; Himsel, Carina; Trappmann, Mark; Walwei, Ulrich (2013): Aufstocker im SGB II. Steinig und lang – der Weg aus dem Leistungsbezug. IAB-Kurzbericht Nr. 14/2013.

Bruckmeier, Kerstin; Lietzmann, Torsten; Rothe, Thomas; Saile, Anna-Theresa (2015): Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II – Langer Leistungsbezug ist nicht gleich Langzeitarbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht Nr. 20/2015.

Bruckmeier, Kerstin (2017): Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug, in: Möller, Joachim; Walwei, Ulrich (Hg.) (2017): Arbeitsmarkt kompakt. Analysen, Daten, Fakten. Nürnberg, S. 50-68.

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg (2015): Langzeitarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg. Aktualisierte und erweiterte Fassung des Dossiers 2014/04. Arbeitsmarkt Dossier 2015/02.

Bundesagentur für Arbeit (2017): Blickpunkt Arbeitsmarkt – Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen 2016, Nürnberg, April 2017.

Bundesagentur für Arbeit (2017): Blickpunkt Arbeitsmarkt – Aktuelle Entwicklungen der Zeitarbeit. Berichte, Nürnberg, Juli 2017.

Bundesagentur für Arbeit (2017): Qualifikation und Arbeitslosigkeit in regionaler Betrachtung. Vortrag auf der Statistischen Woche 2017 von Michael Hartmann.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten. Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven. Forschungsbericht 18.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2016): Bevölkerungsentwicklung 2016. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel. Wiesbaden.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2015): Lebenslagen und Einkommenssituation älterer Menschen. Implikationen für Wohnungsversorgung und Wohnungsmärkte. Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg) (2016): Wandel demografischer Strukturen in deutschen Großstädten. BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2016.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016: Gutes Zusammenleben im Quartier.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012): Altersarmut. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Deutsches Institut für Urbanistik; Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. (2014): Auszug aus der Studie »Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen«.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2015): Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2017): Abschied vom Aufstieg!? Paritätisches Jahresgutachten 2017.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (2008): Eckpunkte des Deutschen Vereins zur sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (2010): Empfehlungen des Deutschen Vereins zur besseren Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshintergrund.

Dingeldey, Irene (2015): Bilanz und Perspektiven des aktivierenden Wohlfahrtsstaates, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2015, S. 33-40.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2008): Ökonomische Lage von Familien. Report 4/2008.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2014): Einkommenslage älterer Menschen, Stuttgart 2014.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2016): Lebensformen und Alltagsrealitäten von Familien, Report 2/2016. Stuttgart.

Farwick, Andreas (2012): Segregation, in: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, S. 381-419.

Fuhr, Gabriela (2012): Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010, in: Wirtschaft und Statistik, Juli 2012, S. 549-562.

Geyer, Johannes (2015): Grundsicherungsbezug und Armutsrisikoquote als Indikatoren von Altersarmut. DIW Roundup 62.

Giesecke, Johannes (2014): Arbeitsmarkt und Beschäftigung, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn, S. 40-57.

Gölz, Uwe (2014): Soziale Sicherungssysteme in Baden-Württemberg. Ein Überblick. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2014.

Groh-Samberg, Olaf; Voges, Wolfgang (2014): Armut und soziale Ausgrenzung, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn, S. 58-79.

Gutfleisch, Ralf (2007): Sozialräumliche Differenzierung und Typisierung städtischer Räume. Ein Methodenvergleich am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main.

Harlander, Tim; Kuhn, Gerd (2012): Deutschland – »Mischung« in kommunaler Praxis und Wohnungswirtschaft, in: Soziale Mischung in der Stadt : Case Studies - Wohnungspolitik in Europa - historische Analyse, S. 386-407.

Hartmann, Michael (2016): Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, in: "WISTA – Wirtschaft und Statistik", Sonderheft, 7/2016.

Häussermann, Hartmut (2010): Armutsbekämpfung durch Stadtplanung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2010, S. 23-29.

Heinecker, Paula; Pohlmann, Stefan; Leopold, Christian (2012): Ältere Migranten als Klienten, in: Pohlmann, Stefan (Hrsg.): Altern mit Zukunft. Wiesbaden, S. 93-123.

Höhne, Jutta (2016): Migrantinnen und Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): WISTA Wirtschaft und Statistik. Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration, S. 24-40.

Hohmeyer, Katrin; Lietzmann, Torsten (2016): Langzeitleistungsbezug und -arbeitslosigkeit: Struktur, Entwicklung und Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. IAB Aktuelle Berichte 8/2016.

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen (IAW) (2015): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts - und Reichtumsberichterstattung).

Klingholz, Reiner (2016): Deutschlands demografische Herausforderungen. Wie sich unser Land langsam aber sicher wandelt. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Discussion Paper 18.

Körner-Blätgen, Nadine; Sturm, Gabriele (2016): Wandel demografischer Strukturen in deutschen Großstädten. BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2016.

Kronauer, Martin (2015): Was können Städte gegen zunehmende Armut tun? In: Neue Caritas 02/2015.

Maier, Simone (2014): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2014.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – ein Engagement der Jobcenter, das sich für alle Beteiligten lohnt! Eine Handlungshilfe für erfolgreiche Integration.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015.

Nowossadeck, Sonja; Klaus, Daniela; Romeu Gordo, Laura; Vogel, Claudia (2017): Migrantinnen und Migranten in der zweiten Lebenshälfte. DZA – Report Altersdaten Heft 2/2017.

Promberger, Markus (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2008, S. 7-15.

Reißlandt, Carolin; Nollmann, Gerd (2006): Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26/2006, S. 24-32.

Rudolph, Helmut (2014): „Aufstocker“: Folge der Arbeitsmarktreformen?, in: WSI-Mitteilungen 3/2014, S. 207–217.

Rüßler, Harald; Stiel Janina (2013): Städtische Demografiepolitik – Quartiersentwicklung durch Partizipation im Alter, in: Aus der Altersforschung, gen 40 (3), S. 11-17.

Schimany, Peter; Rühl, Stefan; Kohls, Martin (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten. Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven. BAMF Forschungsbericht 18.

Schmitz-Veltin, Ansgar; Bulenda, Norman (2017): Der Migrationshintergrund in der Kommunalstatistik. Möglichkeiten und Grenzen registergestützter Daten, in: sozialmagazin 5-6/2017, S. 56-64.

Sczesny, Cordula; Kühnlein, Gertrud; Böwing-Schmalenbrock (2012): Kurzpräsentation ausgewählter Projekte zur Umwandlung von 400-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Schneider, Jens; Crul, Maurice; Lelie, Frans (2015): Generation Mix. Die superdiverse Zukunft unserer Städte – und was wir daraus machen. Münster.

Schröter, Anne (2015): Wege aus der Bedürftigkeit. Strategien von Aufstocker-Familien für einen Ausstieg aus dem ALG II-Bezug. Wiesbaden.

Siebel, Walter (2007): Krise der Stadtentwicklung und die Spaltung der Städte, in: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe, S. 123-135.

Stadt Mannheim (2007): Demografische Entwicklungen im Kontext des gesellschaftlichen Wandels – Konsequenzen für die Mannheimer Sozialpolitik. Informationsvorlage Nr. 116/2007.

Stadt Mannheim (2007): Arm trotz Arbeit in Mannheim – Bezug von Leistungen nach SGB II bei Erwerbstätigkeit. Informationsvorlage Nr. 508/2007

Stadt Mannheim (2008): Verbesserung der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen im Stadtteil Hochstätt – ein Projekt der ARGE Job-Center Mannheim. Informationsvorlage Nr. 685/2008.

Stadt Mannheim (2008): SGB II-Aufstocker/innen – Niedriglohnfolgen, Kundenstruktur, Fallbeispiele. Informationsvorlage Nr. 751/2008.

Stadt Mannheim (2010): Erfolge des „Jungen Mannheim“ mit dem Abbau der U-25-Arbeitslosigkeit. Informationsvorlage Nr. 158/2010.

Stadt Mannheim (2012): Neuere EU-Binnenzuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Sachstandsbericht und erste Handlungsempfehlungen. Beschlussvorlage Nr. V674/2012.

Stadt Mannheim (2015): Bericht zur Lebenslage älterer Menschen. Informationsvorlage Nr. V016/2016.

Stadt Mannheim (2015): 3. Mannheimer Bildungsbericht. Informationsvorlage zum Versand Nr. V091/2015.

Stadt Mannheim (2016). Bevölkerungsprognose 2036 in kleinräumiger Gliederung. Mannheim. Statistische Berichte Mannheim 6/2016.

Stadt Mannheim (2017): Anzahl und Struktur der Mannheimer Privathaushalte in kleinräumiger Gliederung. Statistische Daten Mannheim 2/2017.

Stadt Mannheim (2017): Einwohner mit Migrationshintergrund in kleinräumiger Gliederung. Statistische Daten 3/2017.

Stadt Mannheim (2017): Wohnungsmarkt-Monitoring 2016. Informationsvorlage Nr. V135/2017.

Stadt Mannheim (2017): Jobcenter Mannheim. Zielerreichung und Finanzabschluss 2016 – Zielvereinbarungsprozess und Finanz- und Stellenplan – Geplante Eingliederungsmaßnahmen 2017. Beschlussvorlage Nr. V274/2017.

Stadt Mannheim (2017): Sachstandsbericht zur EU-Binnenwanderung aus Bulgarien und Rumänien (2013-2016). Beschlussfassung zur Fortführung des Integrationsfonds Südosteuropa (SOE). Beschlussvorlage Nr. V313/2017.

Stadt Mannheim (2017): Siedlungsmonitoring Jahresbericht 2016. Informationsvorlage Nr. V573/2017.

Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

Stein, P.; Vollnhals, S. (2011): Grundlagen clusteranalytischer Verfahren.

Stoll, David; Greger, Birgit; Wohlrab, Doris (2012): Rahmenbedingungen für ein Altern mit Zukunft, in: Pohlmann, Stefan (Hrsg.): Altern mit Zukunft, S. 217-235.

Tophoven, Silke; Wenzig, Claudia; Lietzmann, Torsten (2016): Kinder in Armutslagen. Konzepte, aktuelle Zahlen und Forschungsstand. IAB-Forschungsbericht 11/2016.

Weber, Brigitte; Weber, Enzo (2013): Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht 4/2013.

Weiß, Anja (2014): Migranten, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn, S. 580-592.

Wiedenbeck, Michael; Züll, Cornelia (2010): Clusteranalyse, in: Wolf, Christof; Best, Henning (Hrsg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden, S. 525-552.

STADTMANNHEIM²

Arbeit und Soziales